

## 10. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 29. April 2015

### Inhalt

	Seite		Seite
<b>Mitteilungen des Vizepräsidenten</b> .....	608	Frage 158 (Änderung der Schleusenzeiten) Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange .....	618
<b>1. Aktuelle Stunde</b>			
<b>Thema:</b> <b>Kulturelle Identität im Land Brandenburg stärken</b>		Frage 160 (Erhöhung der Akzeptanz beim Netzaus- bau) Minister für Wirtschaft und Energie Gerber. ....	619
Antrag der Fraktion der AfD		Frage 161 (Errichtung von Flüchtlingsunterkünften) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze .....	619
Drucksache 6/1213			
Entschließungsantrag der Fraktion der AfD		Frage 162 (IKW Rüdersdorf) Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger .....	620
Drucksache 6/1282.....	609	Frage 163 (Verfahren beim Ländertauschverfah- ren für Lehrer) Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske. . .	621
Dr. Gauland (AfD) .....	609		
Frau Dr. Liedtke (SPD) .....	610	Frage 164 (Das Benutzen von Kraftfahrtsstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge) Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange .....	622
Frau Heinrich (CDU) .....	611		
Frau Große (DIE LINKE) .....	612	Frage 159 (Landesmittel für kommunale Bil- dungsinfrastruktur) Minister der Finanzen Görke .....	622
Frau von Halem (B90/GRÜNE).....	613		
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur		Frage 166 (Soziale Lage von Pflegebedürftigen) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze .....	623
Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst .....	614		
Frau Gossmann-Reetz (SPD).....	615	Frage 167 (Auftragsvergabe S-Bahn Berlin) Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange .....	624
Dr. Gauland (AfD) .....	616		
<b>2. Fragestunde</b>			
Drucksache 6/1253		Frage 168 (Schluss mit Armeewerbung an Schu- len?) Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske. . .	625
Drucksache 6/1215.....	617		
Dringliche Anfrage 2 (Inbetriebnahme der Gru- benwasserbehandlungsanlage „Am Weinberg“) Minister für Wirtschaft und Energie Gerber. ....	617		
Frage 165 (Finanzierung der Altenpflegeschulen) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze .....	617		

	Seite		Seite
Frage 169 (Förderung der berlinfernen Regionen) Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange . . . . .	626	Minister der Justiz und für Europa- und Verbrau- cherschutz Dr. Markov . . . . .	644
Frage 170 (Geburtshilfe sowie Kinder- und Ju- gendmedizin im Krankenhaus Templin) Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze . . . . .	627	Wiese (AfD) . . . . .	645
<b>3. Impfen schützt alle</b>		Kurzintervention des Abgeordneten Vogel (B90/GRÜNE) . . . . .	646
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		<b>6. Gesetz zur Änderung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Meldege- setzes</b>	
Drucksache 6/1224. . . . .	627	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Wilke (DIE LINKE) . . . . .	627	Drucksache 6/612	
Nowka (CDU) . . . . .	628	<u>2. Lesung</u>	
Frau Dr. Münch (SPD) . . . . .	629	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales	
Dr. van Raemdonck (AfD) . . . . .	630	Drucksache 6/1245. . . . .	646
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE) . . . . .	630	<b>7. Gesetz über die Neuregelung der Hochschul- zulassung im Land Brandenburg</b>	
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	631	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze . . . . .	632	Drucksache 6/1147	
Wilke (DIE LINKE) . . . . .	633	<u>1. Lesung</u> . . . . .	646
Kurzintervention des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄH- LER Gruppe) . . . . .	634	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst . . . . .	646
<b>4. Eisenhydroxidschlämme aus der Braunkohle- sanierung ordnungsgemäß deponieren und Gewässer schützen</b>		Prof. Dr. Schierack (CDU) . . . . .	647
Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Frau Müller (SPD) . . . . .	647
Drucksache 6/1228. . . . .	634	Kalbitz (AfD) . . . . .	648
Frau Schier (CDU) . . . . .	634	Frau Vandre (DIE LINKE) . . . . .	649
Barthel (SPD) . . . . .	635	Frau von Halem (B90/GRÜNE) . . . . .	650
Schröder (AfD) . . . . .	636	<b>8. Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Finanzierungsfonds Flughafen BER (Finanzie- rungsfonds Flughafen BER-Gesetz - SV BER-G)</b>	
Frau Schwarzenberg (DIE LINKE) . . . . .	636	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	637	Drucksache 6/1159	
Minister für Wirtschaft und Energie Gerber. . . . .	638	<u>1. Lesung</u>	
Kurzintervention des Abgeordneten Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	639	<u>in Verbindung damit:</u>	
Frau Schier (CDU) . . . . .	639	<b>Kein weiteres Steuergeld für BER</b>	
<b>5. Gegen ein weiteres Hilfspaket für Griechen- land</b>		Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülz- ke und Péter Vida BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
Antrag der Fraktion der AfD		Drucksache 6/1166 (2. Neudruck) . . . . .	650
Drucksache 6/1192. . . . .	640		
Wiese (AfD) . . . . .	640		
Frau Kaiser (DIE LINKE) . . . . .	641		
Bretz (CDU) . . . . .	642		
Vogel (B90/GRÜNE) . . . . .	643		

	Seite		Seite
Minister der Finanzen Görke . . . . .	650	<b>1. Lesung</b> . . . . .	673
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	652	Dr. Schöneburg (DIE LINKE) . . . . .	673
Schmidt (SPD) . . . . .	653	Dr. Redmann (CDU) . . . . .	674
Kurzintervention		Ness (SPD) . . . . .	675
des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	654	Schröder (AfD) . . . . .	676
Bretz (CDU) . . . . .	654	Frau Schinowsky (B90/GRÜNE) . . . . .	677
Christoffers (DIE LINKE) . . . . .	655	Minister des Innern und für Kommunales	
Galau (AfD) . . . . .	656	Schröter . . . . .	678
Vogel (B90/GRÜNE) . . . . .	657		
Minister Görke . . . . .	658	<b>12. Taten statt Worte - Lebensmittelverschwendung</b>	
Kurzintervention		<b>wirksam eindämmen!</b>	
des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	659	Antrag	
<b>9. Gesetz für mehr Demokratie bei Bürgerentscheiden</b>		der Fraktion der CDU	
Gesetzentwurf		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
der Fraktion der AfD			
Drucksache 6/1168		Drucksache 6/831	
<b>1. Lesung</b> . . . . .	660	(Neudruck) . . . . .	679
Dr. van Raemdonck (AfD) . . . . .	660	<b>13. Erfassung des Unterrichtsausfalls</b>	
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE) . . . . .	660	Antrag	
Frau Richstein (CDU) . . . . .	661	der Fraktion der AfD	
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE) . . . . .	662	Drucksache 6/836 . . . . .	679
Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	662	Frau Bessin (AfD) . . . . .	679
Kurzintervention		Frau Koß (SPD) . . . . .	680
des Abgeordneten Schröder (AfD) . . . . .	663	Hoffmann (CDU) . . . . .	680
Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	663	Frau Dannenberg (DIE LINKE) . . . . .	681
Minister des Innern und für Kommunales		Frau von Halem (B90/GRÜNE) . . . . .	681
Schröter . . . . .	664	Frau Bessin (AfD) . . . . .	681
Jung (AfD) . . . . .	664	<b>14. Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg</b>	
<b>10. Weiterentwicklung der Krankenhäuser zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Land</b>		<b>wieder einberufen</b>	
Antrag		Antrag	
der Fraktion der SPD		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
der Fraktion DIE LINKE		Drucksache 6/957	
Drucksache 6/829 . . . . .	665	Entschließungsantrag	
Frau Dr. Münch (SPD) . . . . .	665	der Fraktion der SPD	
Nowka (CDU) . . . . .	666	der Fraktion DIE LINKE	
Wilke (DIE LINKE) . . . . .	667	Drucksache 6/1270 . . . . .	682
Dr. van Raemdonck (AfD) . . . . .	668	Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	682
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE) . . . . .	669	Roick (SPD) . . . . .	683
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	669	Wichmann (CDU) . . . . .	684
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen		Domres (DIE LINKE) . . . . .	684
und Familie Golze . . . . .	670	Frau Schade (AfD) . . . . .	685
Nowka (CDU) . . . . .	672	Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und	
<b>11. Viertes Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes</b>		Landwirtschaft Vogelsänger . . . . .	686
Gesetzentwurf		Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	687
der Fraktion der SPD		<b>15. Übernahme der Tarifeinigung für die Ange-</b>	
der Fraktion DIE LINKE		<b>stellten auf die Landesbeamten</b>	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag	
Drucksache 6/1123		der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schül-	
		ke und Péter Vida	
		BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
		Drucksache 6/1039	
		(2. Neudruck)	

	Seite		Seite
<u>in Verbindung damit:</u>		Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	701
<b>Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die angestellten Lehrer</b>		Kosanke (SPD) . . . . .	702
Antrag		Kurzintervention	
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida		des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	703
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Kosanke (SPD) . . . . .	704
Drucksache 6/1124		Lakenmacher (CDU) . . . . .	704
(2. Neudruck) . . . . .	687	Jung (AfD) . . . . .	705
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	687	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE) . . . . .	705
Ludwig (DIE LINKE) . . . . .	688	Minister des Innern und für Kommunales Schröter . . . . .	706
Hoffmann (CDU) . . . . .	689	Kurzintervention	
Königer (AfD) . . . . .	690	des Abgeordneten Lakenmacher (CDU) . . . . .	707
Vogel (B90/GRÜNE) . . . . .	690	Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	707
Minister der Finanzen Görke . . . . .	691		
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	692	<b>18. Nein zum Stellenabbau bei der Justiz</b>	
<b>16. Gesetzliche Regelung für Mindestabstände für die Errichtung von Windkraftanlagen in Brandenburg endlich umsetzen - 10H-Regelung für Windkraftanlagen nach § 249 Absatz 3 Baugesetzbuch in Brandenburg einführen</b>		Antrag	
Antrag		der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida	
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida		BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Drucksache 6/1179	
Drucksache 6/1164		(2. Neudruck) . . . . .	708
(3. Neudruck) . . . . .	693	Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	708
Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	693	Stohn (SPD) . . . . .	709
Christoffers (DIE LINKE) . . . . .	694	Kurzintervention	
Bretz (CDU) . . . . .	695	des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	709
Schröder (AfD) . . . . .	696	Eichelbaum (CDU) . . . . .	710
Frau Schinowsky (B90/GRÜNE) . . . . .	697	Jung (AfD) . . . . .	711
Kurzintervention		Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	711
des Abgeordneten Schröder (AfD) . . . . .	698	Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Dr. Markov . . . . .	712
Frau Schinowsky (B90/GRÜNE) . . . . .	698	Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	715
Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider . . . . .	699	Minister Dr. Markov . . . . .	715
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	699	Raschke (B90/GRÜNE) . . . . .	715
Kurzintervention		<b>19. Transparenz über den Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP herstellen (I)</b>	
des Abgeordneten Barthel (SPD) . . . . .	701	Antrag	
Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . . .	701	der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida	
<b>17. Aufforderung zur Abgabe einer Regierungserklärung zu den Vorwürfen „Manipulierte Kriminalitätsstatistik“</b>		BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
Antrag		Drucksache 6/1180	
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida		(2. Neudruck)	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		<u>in Verbindung damit:</u>	
Drucksache 6/1178		<b>Absenkung von Standards durch das Freihandelsabkommen TTIP verhindern (II)</b>	
(2. Neudruck) . . . . .	701	Antrag	
		der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülze und Péter Vida	
		BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
		Drucksache 6/1181	
		(2. Neudruck)	

	Seite		Seite
und		Drucksache 6/1288. ....	716
<b>Keine Einschränkung der Demokratie durch TTIP hinnehmen (III)</b>		Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe) . . . .	716
Antrag		Frau Dr. Münch (SPD) . . . . .	717
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülz-		Kurzintervention	
ke und Péter Vida		des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄH-	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		LER Gruppe) . . . . .	718
Drucksache 6/1182		Frau Dr. Münch (SPD) . . . . .	718
(2. Neudruck)		Dr. Redmann (CDU) . . . . .	719
und		Frau Kaiser (DIE LINKE) . . . . .	720
<b>Kein Freihandelsabkommen TTIP mit Investi-</b>		Jung (AfD) . . . . .	720
<b>tionsschiedsverfahren (IV)</b>		Jungclaus (B90/GRÜNE) . . . . .	721
Antrag		Minister für Wirtschaft und Energie Gerber. . . .	722
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülz-			
ke und Péter Vida		<b>20. Wahl eines Mitgliedes der Parlamentarischen</b>	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		<b>Kontrollkommission (PKK)</b>	
Drucksache 6/1183		Antrag mit Wahlvorschlag	
(2. Neudruck)		der Fraktion der AfD	
und		Drucksache 6/1221. ....	723
<b>Vollständige Dienstleistungsliberalisierung</b>			
<b>durch Freihandelsabkommen TTIP verhin-</b>		<b>Anlagen</b>	
<b>dern (V)</b>		Gefasste Beschlüsse . . . . .	725
Antrag		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord-	
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülz-		nungspunkt 9 - Gesetz für mehr Demokratie bei Bür-	
ke und Péter Vida		gerentscheiden - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD,	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Drucksache 6/1168, 1. Lesung . . . . .	727
Drucksache 6/1184		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord-	
(2. Neudruck)		nungspunkt 16 - Gesetzliche Regelung für Mindestab-	
und		stände für die Errichtung von Windkraftanlagen in	
<b>Umweltschutz nicht durch TTIP gefährden (VI)</b>		Brandenburg endlich umsetzen - 10H-Regelung für	
Antrag		Windkraftanlagen nach § 249 Absatz 3 Baugesetzbuch	
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülz-		in Brandenburg einführen - Antrag der Abgeordneten	
ke und Péter Vida		Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida -	
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Drucksache 6/1164	
Drucksache 6/1185		(3. Neudruck) . . . . .	728
(2. Neudruck)		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd-	
Entschließungsantrag		liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am	
der Fraktion der SPD		29. April 2015 . . . . .	729
der Fraktion DIE LINKE		Anwesenheitsliste . . . . .	738
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom	
		Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

**Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr****Vizepräsident Dombrowski:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich zur 10. Sitzung des Landtages Brandenburg.

Frau Präsidentin Stark nimmt heute Vormittag gemeinsam mit weiteren Abgeordneten an der Gedenkfeier 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge in Halbe teil. Dort werden weitere Ehrengäste aus dem In- und Ausland erwartet. Auch einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag wohnen diesem Ereignis bei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürger!

In der Nacht zum Sonntag, dem 19. April sind 100 Kilometer vor der Küste Libyens mehr als 900 Menschen ertrunken, als ein überladenes Flüchtlingsboot kenterte. Jeder Flüchtling, der den gefährvollen Weg über das Mittelmeer antritt, hat seine eigene dramatische Geschichte. Keiner von ihnen kommt ohne Not.

Wenn das Nachbarhaus von einer Rakete zerstört wird, wenn Eltern ihre Kinder nicht mehr ernähren können, wenn Menschen in Todesangst leben, dann ist die Not, die Menschen zur Flucht antreibt, stärker als die Regeln, mit denen wir sie davon abhalten wollen, nach Europa zu kommen.

Mehr als 5 000 Menschen sind bis jetzt auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken, in dem Meer, an dem wir gern Urlaub machen. Solange das passiert, gibt es nur ein Gebot: Wir in Europa müssen uns bekennen. Unsere Strategie der Abschreckung kostet Menschenleben. Das können und dürfen wir so nicht hinnehmen.

Europa ist eine Wertegemeinschaft, die sich nicht zu allererst an der Währung und an materiellen Werten orientiert. Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes, die die Menschenwürde und die Rechte jedes einzelnen Menschen betonen, verankern nicht nur Rechte, die deutschen Staatsbürgern zustehen, sondern binden auch uns als politisch Handelnde, in diesem Geiste zu handeln, wenn Menschen in größter Not sind. Der Umstand, dass noch nicht alle europäischen Regierungen dies so sehen, entbindet uns nicht von der Verantwortung. Außenminister Steinmeier hat - wie ich finde, zu Recht - ausgeführt: Wir sind nicht verantwortlich, aber wir tragen Verantwortung.

1978 hat der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht mit seiner mutigen Entscheidung für die Aufnahme von 1 000 Bootsflüchtlings aus Vietnam den Grundstein für die erfolgreiche Geschichte der Cap Anamur gelegt, die 11 300 Menschen gerettet hat. Es waren 140 000 Menschen, die von der italienischen Marine während der Rettungsaktion Mare Nostrum aus dem Meer geholt wurden.

Gerade weil die Aufgabe, die wir heute haben, viel größer ist, ist die Zeit reif für eine neue Initiative nach dem mutigen Vorbild von Ernst Albrecht. Auch heute ist es möglich, persönliche Verantwortung zu übernehmen. Es genügt nicht, nach Hilfe zu rufen, wir müssen Hilfe leisten. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht noch mehr Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben kommen.

Wir wollen der Menschen gedenken, die auf der Flucht nach Europa den Tod gefunden haben. Ich bitte Sie, sich zu einer Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich zu einer Gedenkminute von den Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Bemerkungen vor Eintritt in die Tagesordnung: Gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung teile ich Ihnen mit, dass der Abgeordnete Andreas Kalbitz anstelle der Abgeordneten Christina Schade von der AfD-Fraktion als Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion benannt wurde.

Gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 der Geschäftsordnung informiere ich Sie darüber, dass die Parlamentarische Kontrollkommission am 5. März 2015 Herrn Abgeordneten Sören Kosanke als Vorsitzenden und Herrn Abgeordneten Björn Lakenmacher als Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat und dass der Unterausschuss des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 11. März 2015 Herrn Abgeordneten Uwe Schmidt als Vorsitzenden und Herrn Abgeordneten Ludwig Burkardt als Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat.

Des Weiteren informiere ich Sie darüber, dass die Abgeordneten Iris Schülke, Christoph Schulze und Péter Vida am 19. März 2015 angezeigt haben, dass sie sich zu einer Gruppe mit dem Namen BRANDENBURGER VEREINIGTE BÜRGERBEWEGUNGEN/FREIE WÄHLER Gruppe im Landtag Brandenburg - das ist die Langform, die Kurzform lautet: BVB/FREIE WÄHLER Gruppe - zusammengeschlossen haben. Zur Sprecherin der Gruppe wurde die Abgeordnete Schülke gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Entwurf der Tagesordnung. Gibt es von Ihrer Seite Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall; damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Nun einiges zu gemeldeten Abwesenheiten: Frau Ministerin Schneider wird von 10 bis 14 Uhr nicht anwesend sein und von Frau Ministerin Prof. Dr. Kunst vertreten. Abgemeldet sind bei uns ganztägig der Abgeordnete Kuhnert und bis 13 Uhr die Abgeordneten Björn Lakenmacher und Stefan Ludwig. Ich habe vorhin schon gesagt: Es werden bis zum frühen Nachmittag sicherlich weitere Abgeordnete fehlen, da sie ebenfalls an der Gedenkveranstaltung teilnehmen.

Meine Damen und Herren, bevor ich Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Stunde, aufrufe, noch eine Bemerkung zur heutigen Technik hier im Plenarsaal. - Darf ich das Gerät bitte einmal sehen, ich würde es gern hochhalten. Es ist Folgendes:

Wir haben ja viel Elektronik in unserem modernen wunderschönen Schloss. Allerdings funktioniert sie nicht immer. Es wurde festgestellt, dass sozusagen der automatisch program-



mierte Redezeitverlauf usw. nicht funktioniert. Von daher fahren wir hier mit Notprogramm.

(Vereinzelt Gelächter)

Das sieht dann so aus - für die Journalisten gibt das vielleicht ein hübsches Foto.

(Der Präsident hält das Gerät hoch.)

Jede Fraktion hat ja so eine Art Stoppuhr; das ist dann für mich eine Kleinigkeit,

(Vereinzelt Heiterkeit)

das alles im Auge zu behalten - vor allen Dingen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil nämlich auch die Anzeige auf Ihren Rednerpulten, die Ihnen anzeigen sollte, wann Sie fertig sein müssten, nicht funktioniert. Von daher bitte ich um Verständnis und um kollegiale Zusammenarbeit, damit wir auch ohne diese wunderbare moderne Elektronik den Tag heute unterhaltsam und interessant zu gestalten versuchen. Herzlichen Dank.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Vielleicht hat noch jemand eine Eieruhr?)

- Ja, Frau Kollegin, wenn ich das vorher gewusst hätte, hätte ich mir eine einfache Uhr mitgebracht. Ich habe ja gehört, dass viele Kolleginnen und Kollegen auch schon wunderbare Armbänder - Watch-Uhren - tragen, wo man alles ablesen kann. Aber das ist hierfür nicht ganz zu gebrauchen. Wir machen also das, was die Verwaltung vorgeschlagen hat: mit acht Uhren hier vorn klarzukommen.

(Heiterkeit)

Egal! Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann machen wir einfach mal los.

(Lachen bei der SPD)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

#### **Aktuelle Stunde**

#### **Thema: Kulturelle Identität im Land Brandenburg stärken**

Antrag  
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/1213

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 6/1282 vor.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Gauland für die einbringende Fraktion. Bitte schön.

#### **Dr. Gauland (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „In Vielfalt geeint“ - so lautet seit jeher das Motto der Europäischen Union, welches

den Kulturen, Traditionen und Sprachen in Europa einen besonderen Stellenwert einräumt - nicht ohne Grund, denn sie sind die Säulen unserer nationalen und regionalen kulturellen Identität. Um diese regionale Identität zu stärken, ist es unsere Aufgabe, die Vielfalt des kulturellen Erbes in unserem Land zu schützen. Ein besonderes Schutzbedürfnis kommt dabei den Denkmälern zu, denn Denkmäler sind herausragende Zeugnisse der Entwicklung unserer Kulturen, unserer Geschichte. Sie sind ein verbindendes Element zwischen Vergangenheit und Gegenwart, dienen der Selbstvergewisserung einer Gesellschaft und sind damit identitätsstiftend.

Weil dies so ist, findet sich die wichtige Aufgabe des Denkmalschutzes auch als Staatsaufgabe in der brandenburgischen Verfassung wieder. Doch es wäre nicht Thema der Aktuellen Stunde, käme die Landesregierung dieser Staatsaufgabe mit Verfassungsrang in angemessener Weise nach. Ganz im Gegenteil, wenn wir uns in Brandenburg umschauen, sehen wir vielerorts den Verfall von bedeutendem Kulturgut.

Allein von den 430 denkmalgeschützten Schlössern und Gutshäusern sind 149 - rund 35 % - sanierungs- und sicherungsbedürftig. Und wie reagiert die Landesregierung? Die im aktuellen Haushaltsentwurf eingestellten Gelder für Fördermaßnahmen im Bereich der Denkmalhilfe sollen bis 2016 von 17 Millionen auf 14 Millionen Euro gekürzt werden. Nachvollziehbar? - In keiner Weise.

Noch viel weniger nachvollziehbar ist dies für mich angesichts der Tatsache, dass es seit nunmehr drei Jahren einen möglichen Ansatz gibt, den Denkmalschutz in Brandenburg zu stärken, nämlich durch eine Denkmalstiftung. Bereits 2012 hieß es in einem Bericht Ihres Ministeriums, Frau Dr. Kunst:

„Eine Denkmalstiftung ist ein geeignetes Instrument, um die aufgezeigten Lücken bei der Förderung, der Sicherung und Erhaltung des baukulturellen Erbes im Land maßgeblich zu schließen.“

Was geschah? - Nichts.

2013 sagten Sie, Frau Kunst, im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ihr Ministerium wolle die Voraussetzungen zur Gründung einer Denkmalstiftung weiter zuspitzen. Was geschah? - Nichts.

Als das Thema dann 2014 von den Kollegen der CDU, der FDP und den Grünen im Plenum wieder aufgegriffen wurde, sagten Sie, Frau Kunst, die notwendigen Schritte seien unternommen worden, um die Denkmalförderung über ein Instrument der Denkmalstiftung zu verbessern. Vollmundig versprachen Sie, die Ansätze zur Gründung einer Denkmalstiftung zu Beginn der neuen Legislaturperiode erneut aufzugreifen. Was geschah? - Wieder nichts.

Als das Thema dann im März dieses Jahres im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur erneut angesprochen wurde, sagten Sie, Frau Kunst, dass sich am Stand nichts geändert habe. Sie hätten es jetzt jedoch - auch hinsichtlich des Haushaltsaufstellungsverfahrens - von allen Seiten beleuchtet. Was immer das nun bedeutet: Haben wir eine Denkmalstiftung? Finden wir einen Ansatz im Haushalt? - Nein. Eine Stiftung haben wir immer noch nicht und einen Ansatz im Haushalt sucht man ebenso vergebens.

Frau Ministerin, alle Parteien in diesem Parlament - Ihre eingeschlossen - sprechen sich seit drei Jahren für eine Denkmalstiftung aus. Die Experten in Ihrem eigenen Ministerium halten diesen Ansatz für sinnvoll. Sie selbst befürworten das Modell, um die Denkmäler in unserem Land besser zu schützen. Vielleicht nehmen Sie unseren Entschließungsantrag endlich zum Anlass, Ihren Worten Taten folgen zu lassen. - Danke schön.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Das Wort erhält für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Dr. Liedtke.

#### **Frau Dr. Liedtke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Es gibt hier einen Dissens zwischen einer Drucksache, die fordert, sich über regionale Identität zu verständigen, und einer zweiten Drucksache, die sich ausschließlich auf die Denkmalstiftung des öffentlichen Rechts bezieht - eine kleine Mogelpackung. Eigentlich, lieber Herr Gauland, hatten Sie eine Debatte über regionale Identität gefordert, der wir uns auch gerne stellen wollen.

Meine Damen und Herren, greifen wir das doch auf! Reden wir über regionale Identität - das ist ein wichtiges Thema - und überlegen wir dann, was wir mit den Denkmälern machen!

Wem gehört Beethoven? Gehört er den Bonnern, weil er dort geboren wurde? Oder gehört er den Wienern, weil er dort das Meiste komponiert hat? Oder gehört er vielleicht den Leipziguern, weil sie jedes Jahr an Silvester die 9. Sinfonie spielen und auf dem Hauptbahnhof einen großen Flashmob veranstaltet haben, wo alle „Freude, schöner Götterfunken“ gesungen haben? Oder gehört er den Japanern, die mit 45 000 Mann im Stadion die Ode an die Freude musiziert und gesungen haben? Oder gehört er den Brandenburgern, die vielleicht keine große Aktion gestalten, sich ihm aber ebenso verbunden fühlen? Das ist Weltkulturerbe nämlich: nicht fremd, quer über den ganzen Erdball.

Kennen Sie „Grünes Gelb“ von Frank Michael Zeidler, dem Begründer vom Kunsthaus Potsdam? Haben Sie das Märchen „Der König und die Gärtnerin“ von Carmen Winter aus Frankfurt (Oder) oder „Russendisko“ des Vielitzers Wladimir Kammer gelesen? Kennen Sie Kompositionen von Georg Katzer aus Zeuthen oder Helmut Zapf aus Zepernick? Waren Sie kürzlich im Theater bei Martin Schüler in Cottbus oder im Konzert des Dirigenten Takao Okigaya in Neuruppin? Oder in der Giovanni-Aufführung der Warschauer Musikuniversität an der Musikakademie Rheinsberg? Oder besuchen Sie ab morgen das 1. internationale Tangofestival „Arrabal“, benannt nach einem argentinischen Vorort von Buenos Aires, in der „Fabrik“ in Potsdam? Das alles ist Kultur in Brandenburg.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Sie merken, meine Damen und Herren: Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass wir unsere Identität heute genau kennen. Deutschland hat die UNESCO-Konvention von 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen am 12. März 2007 ratifiziert. Es war nicht unter den ersten 30 Län-

dern. Inzwischen haben mehr als 133 Staaten und die EU-Länder die UNESCO-Konvention unterschrieben. Es ist unsere politische Aufgabe, das Erbe, zeitgenössische Ausdrucksformen und fremde Kulturen im eigenen Land zu fördern, und, mit Verlaub, nicht nur Denkmäler. Dazu gehören das Erbe von Schinkel, Fontane und Praetorius, die Kunst bei Friedrich II., aber auch die böhmische Geigerfamilie der Bendas, die italienischen Primadonnen und Kastraten, der Maler Antoine Pesne - überhaupt, was wäre Sanssouci ohne französisches Vorbild, ohne Versailles?

Wir können einen Kanon der Literatur, der Musik des 18., 19. und 20. Jahrhunderts zusammenstellen, um Werte zu vermitteln. Und wir werden diesen Kanon alle zehn Jahre verändern, weil sich unsere Sichtweise auf die Dinge ändert, weil Kultur ein Prozess ist und wir auch Literaten aus Brandenburg wie Kleist oder Peter Huchel vor zwanzig Jahren anders gelesen haben als jetzt. Genau das macht das Spannende an Theaterinszenierungen aus. Das Werk in der Kultur ist nicht für die Ewigkeit gesetzt.

Die Brandenburger „Kulturpolitische Strategie 2012“ nennt regionale Identität als Kriterium ihrer Förderung. „Wer das Andere nicht kennt, weiß nicht, was sein Eigenes ist,“ überschrieb der ehemalige Präsident des Deutschen Kulturrates Max Fuchs einen Leitartikel, „das Eigene ist ein dynamisches Konzept, geprägt vom ständigen Prozess der Ausdehnung und Überwindung.“ Ich füge hinzu: Das Eigene genügt schlicht nicht; Anderes kommt täglich hinzu. Eigenes und Anderes werden austauschbar, der Austausch findet ständig statt und Neues muss auch in der Architektur hinzukommen.

Es ist übrigens ein Irrtum, dass wir immer genau wüssten, was Eigenes und Anderes ist. Kultur ist die Art und Weise, wie ein Mensch lebt und arbeitet, eine soziale Dimension, Kultur ist multi, viel, eine Zusammensetzung aus ganz viel Schützenswertem, ganz viel Neuem und ganz viel Fremdem. Kultur ist übrigens kein Synonym für Bildung.

Regionale Identität kann ein bestimmtes kulturelles Milieu ausmachen, eine Prägung durch Muttersprache, Zu-Hause-Sein, menschliche Bindungen, gemeinsame Wurzeln und gemeinsames Entdecken von Neuem - unabhängig von nationaler Identität. Das, gemeinsam mit der regionalen Identität, fördern wir: Schlösser und Gärten, Denkmalschutz, Erinnerungskultur, Kunst- und Kulturprojekte. Es gibt Lücken - die Künstlernachlässe der letzten 60 Jahre, Erinnerungs- und Lernkultur zum Militärgefängnis Schwedt oder ausgewählte Kunst- und Kulturprojekte von Vereinen und Verbänden, die vor Ort Identität stiften. Bei den Künstlernachlässen gibt es Bilder nichtdeutscher Herkunft. Bei den Kunst- und Kulturprojekten wünsche ich mir Heimatlieder aus Brandenburg: die eritreischen, die syrischen und die deutschen.

Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur - das tut ein bisschen weh, Herr Gauland - führt nicht automatisch zu einem besseren Dialog der Kulturen in einer demokratisch bewegten Welt. Diese Illusion der 70er-Jahre müssen wir aufgeben angesichts neuer Netzkulturen und virtueller Kulturräume, die nicht abgrenzbar sind - warum auch? Millionen können - wenig oder gar nicht reflektiert - einem Klick in kürzester Zeit folgen. Das kann eine Form von autoritärer Struktur sein - und da liegt unser eigentlicher Kulturkonflikt. Diese neue Situation ist die Herausforderung für vielfältige Kunst und Kultur heute. Wir gehen noch wenig damit um.



Ich gebe Ihnen Recht: Wer in einem sozialen Raum Geborgenheit gefunden hat, auch dank Bauwerken, die er lange kennt, ist weniger anfällig für autoritäre Strukturen. Auch im Netz gilt: Kultur ist Reichtum. Lassen Sie uns kulturelle Vielfalt in Brandenburg stärken! Dazu gehört kulturelle Bildung ab dem Kita-Alter, dazu gehören kontinuierliche und qualitativ hochwertige künstlerische Angebote zum Erbe, zu aktuellen Ausdrucksformen, zu fremden Kulturen im eigenen Land. Lassen Sie uns bürgerschaftliches Engagement stärken - angesichts Ihres Antrages auch mit besonderem Augenmerk auf kulturelle Projekte! Lassen Sie uns die große Freude und emotionale Kraft spüren, wenn Menschen über sämtliche Ländergrenzen hinweg gemeinsam eine Melodie wie die von Beethoven summen können! Das verstehe ich unter kultureller Identität.

In unseren Anträgen zum Haushalt haben wir - SPD und DIE LINKE - verabredet, eine Denkmalhilfe einzugliedern. Das wird sicherlich nicht alles erfüllen, was man sich wünscht, aber ich sage nochmals: Kultur ist Vielfalt, Kultur ist Reichtum. Kultur ist auch sehr lebendig und nicht nur Denkmalpflege.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Heinrich.

#### **Frau Heinrich (CDU):**

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Was kann uns als Kulturpolitiker mehr erfreuen, als dass die Kunst und Kultur in den Mittelpunkt dieses Plenums gelangt? Kulturelle Identität im Land Brandenburg stärken, verehrte Damen und Herren der antragstellenden Fraktion - allein der protokollarische Fakt ist ein sehr bemessenes Instrument ohne aktuellen Anlass, in dieser Aktuellen Stunde, in nur wenigen Minuten nicht abschließende Gedanken äußern zu können und auch die Frage zu erlauben, worin die Aktualität besteht. Ihr Antrag selbst gibt darauf bemessen Antwort. Allein meine Vermutung gibt vielleicht Teilantworten. So unterstelle ich, dass Sie in Wahrheit vielleicht sagen wollten: Sie möchten die kulturelle Identität schützen, weil Sie meinen, dass unterschiedliche Kulturen, vielleicht auch durch Zuwanderung, die Identität eines Landes nicht bewahren könnten. Doch das ist keine allein kulturpolitische, sondern auch eine ethische und gesellschaftliche Frage. Ich muss auch keine Kulturpolitikerin sein, um zu wissen, dass die Identität unseres Bundeslandes stark und unverkennbar ist.

Aber ich möchte diesen Kontext aus Sicht der Kultur betrachten und nicht in Hypothesen verfallen. Kulturelle Identität ist etwas Empfundenes, es ist das, was wir leben, es sind unsere Werte, Wurzeln und unsere Gegenwart. Identitätsstiftung ist nicht nur eine Frage der Kultur. Auch Dorfgemeinschaften oder das bewusste Erleben von Landschaftsprägungen, Natur und Städtebau, auch Tourismus sind für den einzelnen etwas, wo er sich in seiner Identität wiederfindet und einen authentischen Bezug dazu lebt. Ich empfehle Ihnen allen, den Einladungen in diesem Jahr der Kulturlandreihe mit ganz besonderem Augenmerk zu begegnen. Es ist eine Reise durch das Land Brandenburg, voller Beispiele gelebter Identität und nicht beschränkt auf die metropolennahen Angebote von Hochkultur.

Auch die Frage der Identität war für uns ein Grund, in der vergangenen Legislaturperiode ein Konzept und ein Grundlagen-

papier zu erstellen, das die kulturelle Bildung als wesentliche Grundlage identitätsstiftender Schwerpunkte betrachtet und in den Unionsfraktionen der Landesparlamente auch vertreten wird. Doch - und damit sind wir wieder im Verantwortungsbereich eines Landesparlamentes - braucht es auch geeigneter Rahmenbedingungen, Kultur zu leben, zu inszenieren und mit ihr gesellschaftlich zu agieren.

Erinnern Sie sich, verehrte Damen und Herren: Als das Land Brandenburg 1990 wiedergegründet wurde, stand es kulturpolitisch vor großen Herausforderungen, denn der zentral gesteuerte und nach politischen Vorgaben arbeitende Kulturbetrieb musste in die föderale Struktur von Ländern und Kommunen umgewandelt werden. Heute, 2015, kann man resümieren: Das ist auch in Brandenburg ziemlich gut gelungen. Auch darf man nicht gering schätzen, dass aus Mitteln der EU, des Bundes und des Landes in den vergangenen Jahren etwa 1 Milliarde Euro in die Kultur investiert wurde. Wer jetzt staunt, dem sei in Erinnerung gerufen: Das ist 1 % des Gesamthaushaltes.

Brandenburg hat eine starke, vielfältige und regional verwurzelte Kulturszene, die viel zur Landesidentität beiträgt. Dass es dazu kam, ist eine Leistung, die ohne zahlreiche private Initiativen, ohne Stiftungen, Verbände und Vereine weder realisierbar noch beständig wäre. Es wird auch künftig nicht einfach sein, die Verteidigung der Kultur als ein öffentliches Gut im fiskalischen Verteilungskampf als Form der Wirtschaftsförderung zu etablieren.

Als CDU kämpfen wir seit Jahren für einen besseren Denkmalschutz, für ausreichende Förderung der Kunst- und Musikschulen, für eine beständige Theater-, Orchester- und Museumslandschaft und den Religionsunterricht an Schulen, um nur einige Beispiele zu nennen. Kritisch dabei: Allein die Finanzmittel zur Sicherung bestandsgefährdeter Denkmäler und Kulturgüter sind unter Rot-Rot um 90 % zurückgegangen. Nur ein Beispiel: Während 2009 noch 871 000 Euro für die konzertierte Denkmalhilfe bereitstanden, waren es 2013 nur noch 88 000 Euro.

Um die Denkmäler als wichtige Erinnerungsorte für unsere Heimat zu erhalten - da gebe ich dem Antragsteller Recht -, brauchen wir eine Denkmalstiftung. Aber, verehrter Herr Dr. Gauland, es genügt nicht, die Anträge von CDU und GRÜNEN abzuschreiben. Auch die Frage der Förderung der kulturellen Bildung ist in Brandenburg noch offen. Mit den derzeit bereitgestellten Mitteln und Vorgaben kann aus meiner Sicht eine qualitativ hochwertige kulturelle Bildung nicht ausreichend gewährleistet werden. 2014 hat die Landesregierung das Musik- und Kunstschulgesetz geändert und dabei die Ansprüche erhöht, ohne die Finanzierung ausreichend bereitzustellen. Das hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass es inzwischen sage und schreibe ...

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit geht zu Ende.

#### **Frau Heinrich (CDU):**

... vier Volksinitiativen für musische Bildung gibt. - Ich habe doch neun Minuten, oder?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Bei mir stehen fünf Minuten. Aber okay, dann ruhig weiter!

**Frau Heinrich (CDU):**

Danke schön. - Wir kommen jetzt zu dem aus meiner Sicht Wichtigen. Ich möchte deutlich in Erinnerung rufen: Wir müssen uns im Kulturbereich von den rein institutionellen Debatten dringend lösen. Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Debatte über die Bedeutung von Kultur. Ist unsere kulturpolitische Ausrichtung in Brandenburg mehr als eine Evaluierung unserer selbst willen, um kulturelles Handeln zur Dienstleistung zu degradieren, oder finden wir Wege, die kulturellen Angebote in Brandenburg so zu unterstützen, dass die Kulturpolitik dieses Landes Kultur als Motor von Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung und Innovation versteht?

Am Wochenende begleitete ich - wie auch Ministerin Kunst und der Ministerpräsident - in Mühlberg die Neueröffnung eines international bedeutenden Museums, dessen Bezüge zur Reformation, europäischer bis regionaler Geschichte weit über die Landesgrenzen Deutschlands wahrgenommen werden. In Doberlug fand ein Treffen der Erben der Zisterzienser statt, in Elsterwerda öffneten Musikschulen die Pforten der Stadtpfarrkirche, und heute erinnern wir in Halbe an Menschen, deren Leben einem so schrecklichen Krieg zum Opfer fiel. Das alles sind wir und ist Teil unserer Identität. Worauf es heute in der Kulturpolitik wirklich ankommt, ist, über kulturpolitische Inhalte zu reden. Das ist unser parlamentarischer Auftrag hier in diesem Haus.

(Beifall CDU)

Wir als CDU wollen nicht, dass sich in der Kultur nur durchsetzt, was dem Mainstream entspricht, was der Markt bestimmt, sondern eine weitreichende kulturelle Teilhabe, generationsübergreifende Bildung und auch Vielfalt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Antragsteller! Mit einer solch guten und ausgewogenen Kulturpolitik stärken wir auch die kulturelle Identität unseres Landes, und dafür danke ich Ihnen allen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Große.

**Frau Große (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gauland, ich muss einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie das Prozedere einer Aktuellen Stunde ganz offensichtlich noch nicht verstanden haben. Sie haben einen Antrag gestellt, in dem dreimal der Begriff kulturelle Identität und einmal der Begriff nationale Identität vorkommt. Das Wort Denkmal kommt in Ihrem Antrag nicht vor. Ihr Entschließungsantrag als Tischvorlage, heute auf den Tisch gelegt, widmet sich allein diesem einen Teil von kultureller Identität, nämlich dem Denkmalschutz, und das ist nicht ganz lauter. Das zumindest muss ich Ihnen sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Sie wollen mit diesem Antrag „eigene kulturelle Identität wieder mehr in den Fokus des Handelns rücken“ - so Ihr Antrags- text. Das unterstellt erstens das Vorhandensein einer solchen ei-

genen brandenburgischen Identität in einem kulturellen Kontext, nämlich Brandenburg, vor 25 Jahren gegründet. Das unterstellt zweitens ein vermeintliches Bedürfnis, sich von anderen Identitäten abzugrenzen, und es unterstellt drittens, dass nach Ihrer Wahrnehmung die kulturelle Identität in Brandenburg aus dem Fokus des politischen Handelns gerückt ist. Sonst hätten Sie ja diesen Antrag nicht stellen müssen.

Ich komme zum ersten Punkt, dem Vorhandensein einer brandenburgischen Identität: Was mache denn nun ich? Tschechische Wurzeln, sächsische Herkunft, mehr als „Steige hoch, du roter Adler“ liebe ich lateinamerikanische Musik, und ja, die Liebe zu meiner Wahlheimatstadt Oranienburg hat ihre Grundlage auch in den holländischen Wurzeln dieser Stadt. Gerade erst am Wochenende haben wir zusammen mit den Holländern das Oranjefest gefeiert - ein wunderbares Begegnungsfest. Was, Herr Gauland, wäre diese Landeshauptstadt Potsdam ohne den Einfluss russischer, französischer, holländischer Kultur? Was wäre Goethe ohne Italien, Beethoven ohne Frankreich, deutsche Malerei ohne französischen Impressionismus, unsere Gastronomie ohne diese wunderbare italienische Küche? Ein Teil Ihrer Identität, Herr Kollege Gauland, sind ja ganz offensichtlich die englischen Jackets - so what?

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Kulturelle Identität ist nichts Starres. Die Leitkulturdebatten zu Beginn des Jahrtausends haben sich in einer wunderbaren, selbstverständlichen Vielfalt aufgelöst, und die wollen Sie - so zumindest der Antragstext - wiederbeleben. Willkommen im Gestern! Ihr Kulturbegriff ist nicht der unsere. DIE LINKE steht für einen weiten Kulturbegriff - dazu ist heute schon viel gesagt worden -: Künste, Literatur, Lebensweisen, Menschenrechte, Wertesysteme, Traditionen, Glaubensrichtungen, spirituelle, intellektuelle, emotionale, immaterielle Ausdrucksformen. Für uns ist Kultur im besten Sinne ein Lebensmittel. Der Zugang zu diesem muss für jede und jeden möglich sein. Wir, DIE LINKE, hätten Kultur gern als Staatsziel im Grundgesetz verankert, aber ganz klar nicht unter nationalem Aspekt - Deutschland ist ein Teil Europas, der einen Welt. Wir werden ein Einwanderungsland sein, und selbstverständlich wird das unsere Kultur bereichern.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Nun zu Ihrer zweiten Annahme - eigene Identität stärken heißt ja auch, sich abzugrenzen -: Sie bekennen sich in Ihrem Antrag zwar zur Vielfalt, aber offensichtlich nur als additiven Prozess. Wovon wollen Sie sich abgrenzen? Was ist Brandenburger Identität in Ihrer Interpretation? Dazu haben Sie vorhin nichts gesagt.

Ihre dritte Unterstellung ist, die kulturelle Identität sei aus dem Fokus politischen Handelns geraten. Darüber hinaus stellen Sie fest, dass Kultur oftmals nur funktional als marketing- und tourismusrelevant gesehen wird. Auch das steht in Ihrem Text. Diese Ihre antragtragende Idee ist nun wirklich ungeheuerlich, zumal für eine Fraktion, in deren Wahlprogramm steht, dass die kulturelle Bildung beschnitten gehört. Kulturelle Bildung wiederum diffamieren Sie in Ihrem Wahlprogramm als reine politische Kampagne. Das ist nun wirklich eine Ohrfeige für alle, die sich unter zugegebenermaßen oft schwierigen Bedingungen in unterschiedlichster Weise für den Erhalt dieser Lebensader engagieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Ich nenne nur einmal die Veranstaltungen, zu denen in der letzten Woche Einladungen in unseren Fächern lagen - einiges ist heute schon erwähnt worden -: „Musikschulen öffnen Kirchen“, Kulturland, „Landschaft im Wandel“, Tanztage, Tangofestival, „Tag des offenen Ateliers“, Pfingst Jam, „Ein Dorf macht Oper“, Baumb Blütenfest. Man müsste drei Leben haben, um alles genießen, an allem teilhaben zu können, was es im Land gibt. 20 Theater, 400 Museen, zwei Staatsorchester, Filmorchester, Tausende Denkmale, Schlösser, Gärten, Parks, Herrenhäuser, Industriedenkmale. Wir haben eine hochkarätige Erinnerungskultur zur NS-Barbarei wie auch zur Geschichte der DDR zu bieten - auch das gehört zur Identitätsfindung.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Unsere Soziokultur ist vielfältig.

Alle bisherigen brandenburgischen Landesregierungen und Landtage - egal, welcher Couleur - haben sich für das Heben der Schätze, deren Erhalt, deren Neubewertung, deren Erweiterung eingesetzt. Die rot-rote Landesregierung hat trotz des Konsolidierungsdrucks Aufwüchse in diesem Bereich zu verzeichnen. Es braucht Sie und Ihre kruden Ideen, Herr Gauland, in diesem Land wirklich nicht!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich kann auch nicht erkennen, inwiefern Sie, sehr verehrte Abgeordnete der AfD, zu irgendeiner kulturellen Bereicherung beigetragen haben. Zu Ihrem Entschließungsantrag: In dem entsprechenden Ausschuss - Herr Kalbitz, Sie waren dabei - haben wir über die Stiftung Denkmalschutz gesprochen und festgestellt, dass es drei Varianten gibt. Variante A: 20 Millionen Euro aus Landesmitteln. Variante B: Eine Verbraucherstiftung mit 5 Millionen Euro aus Landesmitteln. Variante C: Eine Treuhandstiftung, die wir ja nicht einfach von uns aus beschließen und einrichten können. Darüber werden wir auch weiter sprechen, darauf können Sie sich verlassen. Dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abgeordnete von Halem.

**Frau von Halem (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Natürlich rede auch ich gern über Kultur, aber dieser Antrag ist doch verwunderlich. Nicht nur, dass er jeden Bezug zu einer möglichen Aktualität vermissen lässt - man fragt sich schon, welcher Welpenbonus eigentlich dazu geführt hat, dass der überhaupt zugelassen wurde -,

(Heiterkeit bei B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

sondern dieser Antrag macht auch deutlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, dass Sie auch nicht so genau wissen, wovon Sie eigentlich reden: Weiß nicht woher, weiß nicht wohin, mich wundert, dass ich trotzdem bin.

(Beifall sowie Heiterkeit B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

In Ihrem Antrag reden Sie in einem Atemzug von nationaler Identität und Ihrem Wunsch nach Stärkung kultureller Identität in Brandenburg. Sind denn nationale Identität und kulturelle Identität in Brandenburg ein und dasselbe? Was verstehen Sie worunter? Wenn Sie sie stärken wollen, welcher Instrumente wollen Sie sich dabei bedienen? Da zaubern Sie heute, fünf Minuten vor Beginn der Plenarsitzung, einen Entschließungsantrag hervor, der geklaut ist. Das ist der Antrag von der CDU-Fraktion und uns aus dem letzten Sommer.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, DIE LINKE und CDU)

Das ist Ihre kulturelle und damit auch politische Identität, Ihre Kultur, dass Sie das einfach abkupfern? Was ist denn das eigentlich für eine Alternative? Diese Alternative brauchen wir nicht!

(Beifall DIE LINKE und CDU)

Aber gut, diese Nebelstocherei mit geklautem Ziel und diffussem Ausgangspunkt gibt die Freiheit, dieses Vakuum mit eigenen Gedanken zu füllen. Schon der Begriff der Identität macht deutlich, dass er für sich genommen eine leere Worthülse ist und nur durch Abgrenzung mit anderen Identitäten überhaupt greifbar gemacht werden kann. Je nachdem, wer neben mir steht, bin ich Mensch, Weiße, Frau, Erdenbewohnerin, Europäerin, Brandenburgerin, Fahrradfahrerin, Linkshänderin, Christin, Geisteswissenschaftlerin usw. Das sind alles Bestandteile meiner Identität. Wir sind eben alle auf unterschiedliche Weise verschieden.

Was könnte denn die kulturelle Identität der Nation in Brandenburg sein? Dazu vier Blitzlichter. Erstens: Als Julius Cäsar vor 2 000 Jahren in seinem berühmten Germanen-Exkurs schreibt, Jagd und Krieg seien die wichtigsten Tätigkeiten der Germanen, hat Griechenland schon mehrere Jahrhunderte elaborierter Demokratietheorien hinter sich. Was davon prägt unsere Kultur heute?

Zweitens: Das Themenjahr von Kulturland Brandenburg im Jahr 2005 war 1 000 Jahre Christentum in Brandenburg. Albrecht der Bär, der spätere Markgraf von Brandenburg, war einer der wichtigsten Protagonisten der Christianisierung der Elbslawen im 12. Jahrhundert - friedlich war das nicht. Infolge dessen kam es geradezu zu einer Kolonialisierung des Slawenlandes durch deutsche Siedler. Identitäten verändern sich.

Drittens: Sorben und Wenden, die ab dem 6. Jahrhundert nach Brandenburg eingewandert sind, erwarten heute Unterstützung bei dem Erhalt ihrer kulturellen Identität. Die gehört ohne Frage zur kollektiven Identität Brandenburgs,

(Beifall B90/GRÜNE und DIE LINKE)

aber sie definiert sich durch die Abgrenzung von der Mehrheit.

Viertens: Die schönsten Gebäude Potsdams sind in Anlehnung an Vorbilder aus Italien, Holland, Frankreich, Ägypten, Russland und China entstanden. Wessen kulturelle Identität kommt da eigentlich zum Ausdruck? Zumindest wird deutlich, dass Brandenburgs kulturelle Identität viel zu umfangreich für fünf Minuten ist.

Kulturelle Identität schöpft immer aus der Vergangenheit. Gesellschaften bedienen sich bestimmter Ursprungsmythen zur

Schaffung von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit. Religionen tun das übrigens genauso, und schon dieses Beispiel zeigt, dass verschiedene kulturelle Identitäten sich nicht nur immer überlappen, sondern dass sie - übrigens genau wie das ökologische Gleichgewicht - nichts Statisches sind. Sie unterlagen und unterliegen ständigen Neudefinierungen, individuell und kollektiv. Neue und heterogene Wanderungsbewegungen, genauso wie globale wirtschaftliche Entwicklungen, bringen uns Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt, und unsere kulturelle Identität wird sich weiterentwickeln.

Kulturelle Identität einer Gruppe ist immer nur in Kontrastierung zu anderen Gruppen wahrnehmbar. Ich kann die eigene kulturelle Identität bzw. bestimmte Aspekte derselben nutzen, um mich gegenüber anderen abzugrenzen und Machtansprüche daraus abzuleiten. Oder ich kann sensibel damit umgehen und mir dessen bewusst sein, dass die Vielzahl der kollektiven Identitäten eine kulturelle Weiterentwicklung bedeutet und immer bedeutet hat.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Kollegin, Sie haben tatsächlich nur fünf Minuten.

**Frau von Halem (B90/GRÜNE)**

Ich will nur noch diesen Satz beenden.

Ich kann mir dessen bewusst sein, dass der Begriff der kulturellen Identität nicht dazu taugt, Prognosen über das Verhalten kulturell definierter Kollektive zu machen, und dass - drittens und schließlich - das Maß der Identitäten und der Umgang derselben miteinander selbst ein Beleg für Zivilität und Kultur sind.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, DIE LINKE sowie CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Prof. Kunst.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung beschäftigt sich intensiv damit, die kulturelle Identität des Landes zu stärken.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Ich möchte dabei auf fünf Aspekte eingehen, die maßgeblich die Identität unseres Landes geprägt haben.

Erstens: Brandenburg ist das Land des Toleranzedikts von 1685, was bedeutet, dass bereits in einer Zeit, in der es weder verbriefte Menschenrechte noch internationale Verabredungen über Flüchtlingshilfe gab, der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg seine Grenzen öffnete und viele wegen ihres Glaubens verfolgte Hugenotten in das damalige Reich des Großen Kurfürsten kamen. Das bedeutete, dass etwa 20 000 Flüchtlinge hier im ausgehenden 17. Jahrhundert auf brandenburgisch-preußischem Boden eine neue Heimat fanden, eine Zahl, die im Vergleich zu den heutigen Flüchtlingszahlen und der damaligen Bevölkerung eine beeindruckende

Integrationsleistung war. Die Hugenotten ließen sich hier nieder und trugen ganz wesentlich zur kulturellen Identitätsbildung und auch zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.

Zweitens: Brandenburg begründet seine heutige Identität ganz wesentlich aus der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor gut 25 Jahren. 2015 - dem Jahr, in dem sich das Land anschickt, seinen noch jungen Gründungstag zu feiern - ist die Entstehung seiner Geschichte gleichzeitig auch wichtiger Teil der Identität eines jeden einzelnen Brandenburgers und jeder Brandenburgerin. Zur kulturellen Identität gehört deshalb auch wesentlich sein Platz als Land in Europa, sodass auf Europa zu bauen auch heißt, seine gemeinsame Kultur lebendig zu erhalten, die Vielfalt der Kulturen zu achten und zu stärken, sich bewusst zu machen, welche Einflüsse es gegeben hat. Frau Große hatte das sehr schön ausgeführt, auch in den anderen Redebeiträgen kam es sehr gut zur Geltung.

Ein Ergebnis unserer gemeinsamen europäischen Tradition sind eben auch Werte wie Religionsfreiheit, Toleranz, Menschenrechte und Freiheit. In einer ganz bewussten Öffnung für unsere europäischen, namentlich polnischen Nachbarn leistet Brandenburg im besten Sinne einen Beitrag zur gemeinsamen kulturellen und europäischen Identität. Die Europa-Universität Viadrina mit bundesweit der größten Zahl an ausländischen Studierenden und gemeinsamen Einrichtungen zwischen Polen und Deutschland mit dem Collegium Polonicum ist dafür ein ganz wunderbares Beispiel.

(Beifall der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Ein anderes Beispiel, das aus Brandenburg heraus gerade jetzt entwickelt wird, ist das „Europäische Jahr des kulturellen Erbes“, welches im Jahr 2018 stattfinden wird. Das ist eine Initiative des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, dem ich als Präsidentin vorsitze.

Drittens: Brandenburg ist ein Land der kulturellen Vielfalt. Es sind gerade seine Unterschiede in den regionalen Identitäten, die seinen Reichtum ausmachen, auch im Bereich des baukulturellen Erbes, für das kontinuierlich erhebliche Aufwendungen vorgenommen werden. Ich erinnere Sie auch an die verschiedenen Debatten, die wir dazu bereits gehabt haben. Allein für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten werden bis 2017 160 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm ausgegeben. Auch die weiteren baukulturellen Erbe-Liegenschaften im Land sind nicht ohne Förderung. Im Bereich der baukulturellen Förderinstrumente sind die Städtebauförderung, die Förderung im ländlichen Raum, die Förderung national wertvoller Kulturdenkmale, die Fördermittel aus dem Staatskirchenvertrag und all das, was im Kontext der Förderung von touristischer Infrastruktur sowie Wirtschaftsförderung ausgereicht wird, zu nennen.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger des Landes, die Geschichte und die jeweiligen Traditionen vor Ort zu bewahren prägt mitunter ganz unterschiedliche regionale Identitäten. Diese zu entfalten ist Inhalt und einer der wesentlichen Punkte unserer kulturpolitischen Strategie, mit der wir 2012 deutlich gemacht haben, dass wir ganz bewusst auf regionale Identität als Schwerpunkt in der Kulturförderung setzen. Drei Beispiele sollen das belegen: Kulturland Brandenburg macht mit seinen jährlich 30 bis 50 Projekten in allen Regionen die kulturelle



Vielfalt in Brandenburg und das reiche, manchmal versteckte kulturelle Erbe sichtbar. Die Themenjahre von Kulturland widmen sich ganz explizit der kulturellen Vielfalt und Identität des Landes. Das belegt ganz eindrucksvoll auch die Begleitpublikation, die ich zur Lektüre empfehle.

Die Brandenburgische Landesausstellung widmete sich im vergangenen Jahr in Doberlug-Kirchhain der wechselvollen Geschichte von Preußen und Sachsen. Es war kein Zufall, dass diese überaus erfolgreiche Ausstellung weit im Süden unseres Landes stattfand - ist doch diese Region wesentlich auch durch ihre sächsischen Wurzeln geprägt.

Gerade in der vergangenen Woche fiel in Cottbus der Startschuss für das Projekt „Musikschulen öffnen Kirchen“. In landesweit 61 Benefizkonzerten aus 23 brandenburgischen Musikschulen bringen Kinder und Jugendliche mit ihrer Musik die alten Dorfkirchen zum Klingen. Die landesweit rund 1 400 Kirchen, von denen sich mittlerweile 75 % in einem guten baulichen Zustand befinden, stiften für viele Menschen völlig unabhängig von ihrem eigenen konfessionellen Bekenntnis lokale Identität. Nachwuchsmusiker erhalten über das Projekt ein Podium, sich musikalisch zu präsentieren, und tragen überdies mit dem, was sie einwerben, gleichzeitig durch eigenes Engagement zur Erhaltung der wertvollen Kulturgüter bei.

Ich könnte noch weitere Projekte benennen, will es aber dabei belassen.

Nur noch ein Punkt: Viele dieser Projektansätze sind mit Angeboten der kulturellen Bildung gekoppelt, die wir gerade ausbauen. Die kulturelle Bildung liegt mir ganz besonders am Herzen, weil sie dazu beiträgt, dass auch Kinder und Jugendliche an das herangeführt werden, was kulturelle Identität ausmacht.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt an vielen Stellen die Rahmenbedingungen im Land, um bottom-up regionale Identität zur Entfaltung zu bringen.

Viertens: Das beste Beispiel dafür, dass regionale Identität auch die kulturelle Identität prägt, ist die sorbisch/wendische Kultur. Das gesamte Gebiet des heutigen Landes Brandenburg hat slawische Wurzeln. Das wendisch-deutsche Miteinander ist also bis heute prägender Aspekt Brandenburger Identität. Diese kulturellen Wechselwirkungen bewusster zu machen, sorbisch/wendische Identität zu stärken sowie der Erhalt des biculturellen Charakters der Lausitz sind für die Landesregierung Herzensangelegenheit und Verpflichtung zugleich. Dementsprechend wurde im vergangenen Jahr beispielsweise die Präambel des Sorben/Wenden-Gesetzes neu gefasst, die gerade dies auch auf den Punkt bringt und ins Bewusstsein rückt.

Fünftens: Lassen Sie mich vor dem Hintergrund des aktuellen Gedenkens an das Kriegsende und die Befreiung von der NS-Schreckensherrschaft noch auf einen die Identität des Landes in besonderer Weise prägenden Bereich eingehen, nämlich die Erinnerungskultur. Die Debatten über Mahn- und Denkmale, Feiertage, symbolische Gesten und Jahrestage lassen auf ein großes gesellschaftliches Interesse an identitätsstiftenden Elementen der Zeitgeschichte schließen. Nie zuvor sind so viele Stolpersteine gesetzt und Gedenkstätten weiterentwickelt worden wie in den vergangenen 20 Jahren.

Ich halte fest: Zum einen ist die Geschichte Brandenburgs geprägt von einer Kultur des Willkommens und der Offenheit für

Einflüsse von außen, zum anderen sind es die kulturelle Vielfalt und die ganz unterschiedlichen Ausprägungen regionaler Identitäten, die das Kulturland Brandenburg ausmachen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Gossmann-Reetz.

#### **Frau Gossmann-Reetz (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Prof. Kunst sprach gerade vom Edikt von Potsdam. Greifen wir das doch noch einmal auf: 1685 - lange her, 330 Jahre, sehr lange her. Damals hat der Große Kurfürst beschlossen: Brandenburg hilft Flüchtlingen, schützt vom Tode bedrohte Menschen und gibt ihnen eine neue Heimat. - Das ist unsere Tradition, die Tradition unseres Landes. Und das ist Kultur und Identität, unsere Identität -

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE sowie des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

die Identität unseres Landes Brandenburg, auf die wir Demokraten stolz sind.

Das ist leider bei Ihnen, Herr Gauland, immer noch nicht angekommen. Sie tun mit Ihrem Antrag so, als würde Brandenburg Nachhilfe brauchen. Das ist lächerlich, unverschämt und dreist.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE und B90/GRÜNE)

In Ihrem Antrag kommen Sie scheinbar harmlos daher, ja regelrecht wohlwollend und gutmütig. Das sind einfache, schöne Sätze, die Sie da schreiben. Man könnte sogar vielen zustimmen, wenn sie denn so gemeint wären.

(Beifall SPD - Bischoff [SPD]: Ja! - Frau Bessin [AfD]: Können Sie Gedanken lesen?)

Aber es geht Ihnen nicht um Denkmäler, Identität, Nation und Brandenburg. Das beweisen Ihre Anfragen, das beweisen Ihre Anträge. Das alles sind nur Instrumente, um auszugrenzen und abzuschotten.

(Gelächter des Abgeordneten Jung [AfD])

Ja. Um zu sagen: Wir hier und die da draußen; wir wollen unter uns bleiben. - Das geht nicht auf.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Das passt nicht, das passt ökonomisch nicht und politisch erst recht nicht. Wir wollen, dass Menschen zu uns kommen, wir wollen Fachkräfte und - für uns als Demokraten ist noch viel wichtiger - wir wollen Flüchtlingen helfen, weil sie in Not sind.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Alle Reden heute haben gezeigt: Wir brauchen Ihre Belehrungen und sumpfigen Bekenntnisse nicht, schon gar nicht im

Rahmen einer Aktuellen Stunde, die von Ihnen missbraucht wird, um ein kleines braunes Süppchen zu kochen.

(Oh! Oh! sowie weitere Zurufe von der AfD)

Wovor soll unsere Kultur geschützt werden? Wir sind eine offene Gesellschaft und wir wollen es auch bleiben, eine Gesellschaft, die sich verändert, und keine, die in einem nationalen, kleingeistigen Korsett erstarrt.

(Zurufe von der AfD)

Wenn wir Antworten auf die Fragen suchen, wer wir sind, wohin wir wollen und wie wir leben wollen, dann tun wir das auf der Basis eines sozialen, eines christlichen und solidarischen Menschenbildes. Das ist unsere Identität und nicht die Ihre.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie fischen im Trüben am braunen Rand der Gesellschaft. Das haben Sie bei Ihrem Landesparteitag am letzten Wochenende eindrücklich bewiesen, Herr Gauland. Deswegen sind Sie auch nicht harmlos, sondern gefährlich.

(Dr. Gauland [AfD]: Ich bin sehr froh, dass ich nicht harmlos bin!)

Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Jung [AfD]: Sie hetzten selbst und grenzen aus!)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Ich frage die Kollegin Heinrich: Sie hätten noch anderthalb Minuten Redezeit. Möchten Sie die nutzen? - Das ist nicht der Fall. Danke schön. - Frau Große von der Fraktion DIE LINKE, möchten Sie die verbliebene Redezeit nutzen? - Auch nicht. Die Landesregierung hat Verzicht erklärt. Dann erhält der Abgeordnete Gauland von der AfD-Fraktion noch einmal das Wort. - Bitte.

#### **Dr. Gauland (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von solchen Debatten lernt man eine Menge. Ich habe heute wieder eine Menge über Kultur gelernt - was das ist, was das bedeutet, was das in Brandenburg bedeutet -; nur eines, meine Damen und Herren, habe ich nicht gelernt: warum wir keine Denkmalstiftung haben. Jeder hat sich darum herumgedrückt.

(Beifall AfD)

Ich habe eine Frage gestellt; daraus ergibt sich auch die Aktualität. Dies erwähne ich, weil Sie, Frau von Halem, fragen, was daran aktuell ist. Ja, es ist aktuell daran - das bestreite ich ja gar nicht -, dass Sie und die CDU sich darum bemüht haben, und dies in mehreren Jahren. Aber es geschieht nichts, es kommt nichts. Es wird zugespitzt, es wird weiter darüber gesprochen.

(Frau Große [DIE LINKE]: Von welcher Frage sprechen Sie?)

Ich habe schlichtweg die Frage gestellt, meine Damen und Herren, warum keine Denkmalstiftung in diesem Land möglich ist, sondern nur darüber geschwätzt wird

(Frau Große [DIE LINKE]: Sie haben einen Antrag gestellt!)

und im Grunde genommen immer nur dieselben Debatten geführt werden.

(Beifall AfD)

Daraus, liebe Frau von Halem, ergibt sich eben auch die Aktualität.

(Zuruf der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

Und nun noch ein anderer Aspekt. Auf der einen Seite wird unserem Antrag vorgeworfen - was habe ich gerade gehört? -: braunes Süppchen.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Ja!)

Auf der anderen Seite sagen die Grünen: Das ist bei uns abgeschrieben. - Was denn nun?

(Beifall AfD sowie Widerspruch des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Ist das ein braunes Süppchen und damit bei den Grünen abgeschrieben, oder ist das etwas Neues? Sie müssen sich schon entscheiden, in welche Ecke Sie uns drängen wollen.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das sind zwei verschiedene Anträge!)

Und dann, liebe Kollegen, hätte ich schon gedacht, dass die Ministerin sich hier heute hinstellt und sagt: Also, am Soundsovielten haben wir eine Denkmalstiftung. - Wir wissen wieder gar nichts. Das Ergebnis ist im Grunde genommen wie immer, und die Aktualität bei dieser Geschichte wird immer größer.

Ich kann nur noch einmal an alle appellieren, diese Frage wirklich ernst zu nehmen und hier nicht mit allen möglichen kulturellen Belehrungen zu kommen. Ich muss über Beethoven und auch über die Sorben und Wenden hier nicht belehrt werden. Ich will wissen, warum die Regierung keine Denkmalstiftung hinkommt.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Das ist für mich die entscheidende Frage. Sie beantworten sie nicht; stattdessen belehren Sie uns über allen möglichen Blödsinn.

(Heiterkeit AfD)

Entschuldigung, wenn ich etwas über brandenburgische Kultur wissen will, schaue ich in den alten Fontane. Das ist viel klüger und besser, als Ihnen zuzuhören. - Danke schön.

(Beifall AfD)



**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Die Aussprache zur Aktuellen Stunde ist damit beendet.

Ich rufe zur Abstimmung über den Entschließungsantrag, Drucksache 6/1282, der Fraktion der AfD „Kulturelles Erbe in Brandenburg bewahren“ auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Dr. Gauland [AfD]: Kulturbanausen!)

Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Fragestunde**

Drucksache 6/1253

Drucksache 6/1215

Ich möchte bevor wir einsteigen, Schülerinnen und Schüler der Lise-Meitner-Oberschule in Strausberg sowie SPD-Seniorinnen und -Senioren und Freunde aus Falkensee begrüßen; darunter sehe ich auch den Bürgermeister, Heiko Müller, der aber, wie ich weiß, nicht im Ruhestand ist. Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

So, meine Damen und Herren, jetzt zu Tagesordnungspunkt 2, Fragestunde. Hierzu liegt zuerst die **Dringliche Anfrage 2** (Inbetriebnahme der Grubenwasserbehandlungsanlage „Am Weinberg“) der Abgeordneten Heide Schinowsky vor. - Bitte schön.

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits am 15. Oktober letzten Jahres wurde im Beisein des ehemaligen brandenburgischen Ministers für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Herrn Christoffers, eine neue Grubenwasserbehandlungsanlage am Tagebau Welzow-Süd eingeweiht. Stichproben eines unabhängigen Instituts im Auftrag des BUND haben ergeben, dass Eisengrenzwerte der wasserrechtlichen Erlaubnis für einzuleitendes Wasser in die umgebenden Fließe weiterhin - auch nach der Inbetriebnahme - überschritten werden. Nun verkündete das Bergbauunternehmen Vattenfall in einer Mitteilung vom 23. April, also letzte Woche - deshalb auch die Dringlichkeit der Anfrage -, die Grubenwasserbehandlungsanlage sei erst am 19. März dieses Jahres vollständig in Betrieb genommen worden.

Daher frage ich die Landesregierung: Ab welchem Termin für die Inbetriebnahme der Grubenwasserbehandlungsanlage „Am Weinberg“ gelten die strengeren Eisengrenzwerte der wasserrechtlichen Erlaubnis?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Wirtschaftsminister antwortet. - Bitte schön.

**Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schinowsky, die Güteproblematik der Grubenwasserbehandlungsanlage in Welzow-Süd wird seit Langem untersucht. Mit der langfristigen wasserrechtlichen Erlaubnis für den Tagebau Welzow-Süd für den räumlichen Teilabschnitt I aus dem Jahr 2008 hat das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe dem Bergbauunternehmen aufgegeben, eine Grubenwasserbehandlungsanlage zu errichten. Der Probetrieb für diese Anlage wurde, wie Sie richtig sagen, am 15. Oktober des letzten Jahres aufgenommen. Aufgrund technischer Einspielungsprobleme und erforderlicher weitergehender Optimierungsmaßnahmen konnte die endgültige Inbetriebnahme der Grubenwasserbehandlungsanlage - aber das haben wir auch schon im Wirtschaftsausschuss diskutiert - erst am 19. März dieses Jahres erfolgen.

Während des Probetriebs der Grubenwasserbehandlungsanlage Welzow vom 15. Oktober letzten Jahres bis zum 18. März 2015 galten weiterhin die in der Nebenbestimmung 431 der wasserrechtlichen Erlaubnis für den Tagebau Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt I, festgehaltenen Einleitwerte von Eisen gesamt kleiner als 5 Milligramm pro Liter und von Eisen gelöst kleiner als 2 Milligramm pro Liter. Mit der endgültigen Inbetriebnahme der Anlage am 19. März sind die strengeren Einleitwerte der Nebenbestimmung 432 der wasserrechtlichen Erlaubnis mit einem Eisengesamtgehalt in Höhe von maximal 3 Milligramm pro Liter und Eisen gelöst von maximal 1 Milligramm pro Liter einzuhalten. Die seitherigen Messungen zeigen auch, dass diese Grenzwerte bisher nicht überschritten worden sind. - Danke schön.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Ich rufe die **Frage 165** (Finanzierung der Altenpflegeschulen) auf - es gab einen Tausch -, gestellt von der Abgeordneten Roswitha Schier.

**Frau Schier (CDU):**

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 15.04.2015 hat Sozialministerin Golze darüber informiert, dass auch die Altenpflegeschulen 2015 und 2016 mehr Geld für die Ausbildung erhalten. Die Unterfinanzierung der Ausbildung wird von der Landesarbeitsgemeinschaft der Altenpflegeschulen seit Jahren kritisiert. Dem Haushalt ist nicht zu entnehmen, wie sich der Schülerkostensatz im Einzelnen entwickelt.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sich die Höhe des Schülerkostensatzes im Vergleich zum bisherigen Satz von 330 Euro verändern?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Ich bitte die Landesregierung, die Frage zu beantworten. - Bitte schön.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Schier, gern beantworte ich Ihre Frage.

Im Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2015 und 2016 ist mit Wirkung für den kommenden Ausbildungsgang, also ab Oktober 2015, ein um ca. 15 % gesteigener Fördersatz zugrunde gelegt, gestiegen auf monatlich 380 Euro pro Schülerin und Schüler.

Ich würde aber, da Sie in Ihrer Fragestellung die kritisierte Unterfinanzierung der Ausbildung angesprochen haben, darauf gern noch kurz eingehen. In rechtlicher Hinsicht handelt es sich bei der Förderung der Altenpflegeausbildung durch das Land um eine freiwillige Leistung, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Es gibt das Altenpflegegesetz; es enthält einen Rechtsrahmen dafür, wie eine solche Ausbildung ablaufen soll und wie die staatliche Anerkennung der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen erfolgt, aber darin findet sich keine Verpflichtung des Staates, diese Ausbildung auch zu finanzieren. Den Ländern steht dort ein breiter Ermessensspielraum zu.

Das Land Brandenburg fördert aber schon seit 2011 die Kosten des theoretischen und praktischen Unterrichts in der Altenpflegeausbildung, da für uns die Gewinnung von gutem Pflegepersonal eine hohe Bedeutung hat, auch im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung in der Pflege. Wir haben diese Ausbildung deshalb zuerst aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und anschließend aus Landesmitteln gefördert, von 2003 bis 2009 in Höhe von 299 Euro und dann aus Landesmitteln in Höhe von 330 Euro pro Schülerin und Schüler. Im Jahr 2014 waren es 3,6 Millionen Euro, die wir hierfür ausgegeben haben. Wir werden die Förderung nun, wie gesagt, auf 380 Euro pro Schülerin und Schüler nochmals erhöhen, so denn der Haushaltsgesetzgeber, also der Landtag, unserem Vorschlag folgt.

Wir haben darüber hinaus die Altenpflegeausbildung als ein Förderprojekt aus dem Fonds zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Projekte in den neuen Bundesländern, auch Mauerfonds genannt, vorgeschlagen. Insgesamt in Höhe von 323 500 Euro können hier Anträge auf Übernahme von Sachkosten in den Altenpflegesschulen gestellt werden. Das Antragsverfahren läuft gegenwärtig, sodass wir auch hiermit einen Beitrag für die Altenpflegeausbildung im Land Brandenburg leisten. - Danke schön.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Als Nächstes rufe ich die **Frage 158** (Änderung der Schleusenzeiten) der Abgeordneten Elisabeth Alter und Tina Fischer auf; durch den Tausch der Fragen vorhin war ich ein wenig aus dem Rhythmus.

#### **Frau Alter (SPD):**

Wir können gemeinsam in den Rhythmus kommen, indem wir gemeinsam eine Schifffahrt machen.

In der „Märkischen Oderzeitung“ vom 19.03.2015 hieß es:

„Ab sechs sind die Schleusen dicht“.

Die „Amtliche Bekanntmachung Nr. 02/2015“ vom Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin bestätigt unsere Befürchtung. Die Schleusenzeiten in Wendisch Rietz, Kummersdorf, Storkow und Neue Mühle - Königs Wusterhausen - werden drastisch verkürzt. Unsere Wassertourismusrregion trifft diese Nachricht wie

ein Schlag. Der Landkreis Dahme-Spreewald nennt dies in einer Pressemitteilung „einen Rückschritt - das wäre eine Strafe für Unternehmen, Kommunen und Gäste der Region!“. Bei einer Anfahrt von mehreren Stunden ist ein Erreichen der hiesigen Seen über das Wasserstraßennetz und die damit verbundenen Schleusen innerhalb eines Tages jetzt kaum noch möglich. Dabei sind wir uns einig: Die Schleusenzeiten müssen eher verlängert als verkürzt werden. In den Sommermonaten gibt es Staus vor den Schleusen. Lange Wartezeiten müssen bereits jetzt in Kauf genommen werden. Wie soll das erst in Zukunft werden? Hier werden Einsparungen auf Kosten der Wirtschaft und des Tourismus gemacht. Das kann nicht Ziel für unser Reiseland Brandenburg sein.

Aus diesem Grund fragen wir, Tina Fischer und ich, die Landesregierung: Welche Unterstützungen kann sie für die Aufrechterhaltung der Schleusenzeiten von 7.30 Uhr bis 22 Uhr leisten?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Landesregierung antwortet Staatssekretärin Lange.

#### **Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Alter, Frau Fischer, die betroffenen Schleusen sind Bestandteil des Netzes der Bundeswasserstraßen. Für deren Betrieb ist allein der Bund verantwortlich. Der Minister für Wirtschaft und Energie und die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung haben sich gemeinsam an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Herrn Dobrindt, mit dem Ziel gewandt, die Schleusenzeiten in dem erforderlichen Umfang sicherzustellen. Sie haben dabei insbesondere auch auf die große Bedeutung der Schleusen für den Tourismus hingewiesen. Eine Antwort steht noch aus.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Ich rufe die **Frage 160** (Erhöhung der Akzeptanz beim Netzausbau), gestellt vom Abgeordneten Thomas Domres, auf. - Bitte.

(Zuruf von der CDU: Immer ruhig, Thomas!)

#### **Domres (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich war noch gar nicht vorbereitet.

Das Bundeskabinett hat im März einen Gesetzentwurf zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus beschlossen. Darin sollen die Möglichkeiten zur Teilerdverkabelung erweitert und der Turnus der Netzentwicklungsplanung auf zwei Jahre festgelegt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Minister Albrecht Gerber.

**Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Domres, der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsausbaus befindet sich zurzeit im Bundesratsverfahren und wird in der Plenarsitzung des Bundesrates am 8. Mai behandelt.

Die Landesregierung befindet sich derzeit noch in der Meinungsbildung. Deshalb kann ich Ihnen noch keine abschließende Auffassung mitteilen, sondern nur einige Hinweise geben. Wir werden vielleicht um den 8. Mai herum noch einmal Gelegenheit haben, darüber zu reden.

Das Grundanliegen der vorgesehenen Änderung wird von der Landesregierung positiv eingeschätzt. Inhalt des Gesetzes ist die Änderung des im Jahre 2011 eingeführten Systems der Bedarfsermittlung an Transportnetzen. Das geregelte mehrstufige Verfahren mit einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung hat sich aus unserer Sicht bewährt. Es hat sich jedoch als zweckmäßig erwiesen - das finden wir auch richtig -, den bisher jährlichen Turnus der Netzentwicklungsplanung zu einem zweijährigen Planungszeitraum auszuweiten. Unklarheiten durch Überschneidungen der verschiedenen Netzentwicklungspläne sollen beseitigt und eine Planung geschaffen werden, die von einer breiten Basis aus Netzbetreibern, betroffenen Unternehmen und Öffentlichkeit nachvollzogen und mitgetragen werden kann. Das kann - da bin ich relativ sicher - auch zur Verbesserung der Akzeptanz des Netzausbaus beitragen.

Der Gesetzentwurf sieht des Weiteren die Ausweitung der Möglichkeiten zur Verlegung von Erdkabeln in technisch und wirtschaftlich effizienten Teilbereichen oder Teilabschnitten von Höchstspannungsleitungen vor und legt weitere Pilotstrecken für eine Entwicklung fest. Die Vorschrift wird dahingehend erweitert, dass in angemessenem Rahmen und in konfliktträchtigen Bereichen von der Erdverkabelung Gebrauch gemacht werden kann.

Im weiteren Verlauf des Netzausbaus sollen insgesamt in Deutschland vertiefte Erfahrungen bei Planung, Realisierung und Betrieb von Erdkabeln gesammelt werden. Das ist ja eine Technologie, die sich noch in der Entwicklung befindet, die mit einer Reihe von technischen Fragestellungen verbunden ist und auch nicht ohne Auswirkungen bleiben kann. Sie wissen, dass man Schneisen für potenzielle Reparaturen freihalten muss. Die Landesregierung begrüßt, dass durch die Bundesregierung klargestellt wird, dass der Einsatz von Erdkabelsystemen auf Höchstspannungsebene insbesondere im Drehstrombereich bisher noch nicht dem Stand der Technik entspricht und auch nicht entsprechen kann; das ist kein Vorwurf.

Wie gesagt, um den 8. Mai herum können wir gern weitere Details austauschen. - Danke schön.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die nächste Frage, die **Frage 161** (Errichtung von Flüchtlingsunterkünften), wird von Herrn König von der AfD-Fraktion gestellt.

**König (AfD):**

In vielen Orten Brandenburgs gibt es vor, während und nach der Errichtung von Flüchtlingsheimen Proteste von Anwoh-

nern gegen diese Entscheidung, zuletzt in Kittlitz, einer Gemeinde mit rund 100 Einwohnern, wo ab Herbst 130 Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Schritte hat sie unternommen, um die gesellschaftliche Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften in unserem Land zu steigern?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Es antwortet Frau Ministerin Golze.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr König, Sie wissen sicherlich, dass den Landkreisen die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung übertragen ist. Das heißt, die Schaffung der erforderlichen Unterkünfte, auch die Standortauswahl und die Art der Unterkunft, also ob Gemeinschaftsunterkunft, Wohnverbund oder Unterbringung in Wohnungen, fallen in die Zuständigkeit der Kommunen.

Nichtsdestotrotz sieht die Landesregierung eine Mitverantwortung, hier zu unterstützen, Ressentiments abzubauen, Ängste zu beseitigen, Vorurteilen zu begegnen und nicht zuletzt die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandene Hilfsbereitschaft zu nutzen. An dieser Stelle möchte ich deshalb sowohl den Kommunen, die in den vergangenen Monaten eine Mammutaufgabe bewältigt haben, als auch der Zivilgesellschaft einen großen Dank aussprechen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Diese Diskussion ist natürlich nicht neu, das Thema ist nicht neu, aber es hat in den letzten Monaten an Dramatik gewonnen. Deshalb beziehe ich mich vorrangig auch auf Tätigkeiten in diesem Jahr. Im Januar 2015 hat die Landesregierung zu einem Spitzengespräch mit der kommunalen Ebene eingeladen, im Februar zu einem zweiten Spitzengespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. In diesen beiden Spitzengesprächen sind viele Probleme und Themen angesprochen worden. Es gibt die Vereinbarung zu vielen Handlungsschritten.

Ein erstes konkretes Ergebnis ist, dass sich die Landesregierung entschlossen hat, eine Koordinierungsstelle der Landesregierung einzurichten, um für die Kommunen eine zentrale Anlaufstelle zu haben, um Fragen entgegenzunehmen, sie dann quasi im Back Office der Landesregierung zu klären und an einer Stelle die Antworten herauszugeben, um den Kommunen dabei zu helfen, Entscheidungsprozesse zügiger und gut abgestimmt auf den Weg zu bringen.

Wir setzen uns als Landesregierung weiter dafür ein, dass sich auch der Bund strukturell an den Kosten beteiligt, die im Rahmen der Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, geduldeten und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entstehen.

Der Landtag hat im Jahre 2014 ein Landesintegrationskonzept vorgelegt, das sieben Handlungsfelder umschreibt und auch deutlich macht, wer hier was wo machen kann und machen soll. Dort werden gute Beispiele aufgeführt, wie im ganzen

Land Initiativen erfolgreich vor Ort arbeiten und tätig werden. Es ist kein Geheimnis, dass wir hier auch auf das ehrenamtliche Engagement setzen. Ich möchte hier auf das Ehrenamtsportal in der Staatskanzlei verweisen, wo sowohl Hilfe gesucht als auch Hilfe angeboten werden kann, um vor Ort Willkommensinitiativen zu unterstützen.

Das Land Brandenburg fördert die regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, die Beratung auch in Verwaltungen anbieten, und wir fördern den Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz, kurz FAZIT, der Beratungen in Gemeinschaftsunterkünften unterstützt. Wir haben Angebote für ehrenamtlich Aktive in der Flüchtlingspolitik. Wir haben ein Beratungsnetzwerk aus dieser RAA, aus dem brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, dem landesweiten Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Opferperspektive, die allesamt Unterstützung vor Ort anbieten, auch gerade in Vorbereitung von örtlichen Bürgerversammlungen. Diese Angebote werden auch von allen Landkreisen genutzt und dankbar angenommen.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Ministerin Golze, es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Königer und danach eine Nachfrage der Abgeordneten Schier.

#### **Königer (AfD):**

Ich bedanke mich erst einmal für die Antwort, die für mich keine war. Denn ich hatte Sie nicht gefragt, was Sie politisch tun, sondern wie Sie auf die Bürger zugehen, also was Sie in der Gesellschaft unternehmen: dass man einmal mit den Bürgern spricht und nicht so eine Wohlfühlveranstaltung wie den Flüchtlingsgipfel macht, wo Sie zwar mit allen Möglichen gesprochen haben, aber nicht mit den Betroffenen, die es angeht. Also, meine Frage an Sie: Wann sprechen Sie mit den Bürgern?

#### **Ministerin Golze:**

Ihre Frage lautete: Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung unternommen, um die gesellschaftliche Akzeptanz für Flüchtlingsunterkünfte zu steigern?

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Ich habe Ihnen aufgezählt, welche Einrichtungen wir hier unterstützen, wie wir das Ehrenamt fördern. Auch das sind Bürgerinnen und Bürger, und genau die waren auch beim Spitzengespräch anwesend.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Bitte, Kollegin Schier.

#### **Frau Schier (CDU):**

Frau Ministerin, Sie haben eingangs gesagt, dass die kommunale Ebene für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sei. In einem RBB-Interview haben Sie gerade zu dem, was Herr Königer anspricht, zu Kittlitz, gesagt, man könnte das

Konzept überarbeiten. War Ihnen zu dem Zeitpunkt, als Sie beim RBB waren, das Unterbringungskonzept des Landkreises Oberspreewald-Lausitz bekannt?

#### **Ministerin Golze:**

Ich habe in diesem Interview nicht gesagt, dass man das Konzept überarbeiten müsste. Ich habe gesagt, dass alle Kommunen, die diese Aufgabe übernehmen müssen, ja übernommen haben, gut beraten sind, wenn sie solche Konzepte in einem breiten gesellschaftlichen Dialog diskutieren. Dies war im betroffenen Landkreis der Fall. Es gibt sogar ein im Kreistag beschlossenes Konzept. Das ist nicht einmal irgendwo vorgeschrieben, sondern hier hat der Landkreis diesen Weg der Öffnung der Diskussion in die Gesellschaft hinein gewählt.

Meine Staatssekretärin hat am Tag darauf an einer mehr als dreistündigen Beratung auch mit den Ortsbeiräten in der Gemeinschaftsunterkunft in Lübbenau teilgenommen, wo sich alle Beteiligten noch einmal dazu verständigt haben, an diesem Konzept festzuhalten und es vor Ort umzusetzen.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Die nächste Frage, die **Frage 162** (IKW Rüdersdorf) wird vom Abgeordneten Jungclaus, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gestellt.

#### **Jungclaus (B90/GRÜNE):**

Der Brand in der Müllverbrennungsanlage von Vattenfall in Rüdersdorf am Ostermontag hat die Bedenken der Bevölkerung vor Ort gegen die Anlage weiter verstärkt. Laut Presse sah sich die Feuerwehr gezwungen, ca. 4 000 Tonnen Müll kontrolliert abbrennen zu lassen, da eine Löschung nicht mehr möglich war. Seit der Inbetriebnahme der Anlage war dies bereits der dritte Müllbrand.

Angesichts des erneuten Brandes in der Müllverbrennungsanlage in Rüdersdorf frage ich die Landesregierung: Welche Informationen liegen ihr zu Ursache, Verlauf und Gefährdung vor?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Minister Vogelsänger.

#### **Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Zu Ihrer Frage möchte ich mitteilen, dass der Landesregierung folgende Informationen vorliegen. Es handelte sich um einen Brand im Bunker des Industriekraftwerks für Ersatzbrennstoffe und vergleichbare gewerbliche Abfälle. Den Ort haben Sie genannt, Herr Abgeordneter.

In den Morgenstunden des 6. April, das war Ostermontag, bemerkte der Kranfahrer des Bunkerkrans einen Brand im Annahmehunker. Die Feuerwehr wurde um 0.30 Uhr alarmiert, die Feuerwehr traf um 0.44 Uhr ein. Das zeigt, dass das System auch entsprechend funktioniert. Zuerst wurde mit werkseigenen Brandbekämpfungsmitteln gearbeitet. Der Feuerwehreinsatz dauerte rund fünf Stunden. Das ist auch solchen Maßnah-



men geschuldet wie dem Abbrennen der Brandnester im Bunker, also dem Ausschließen weiterer Brandnester.

Die Luft aus dem Annahnebunker wird im Normalbetrieb über die Primärluftansaugung abgesaugt und als Verbrennungsluft dem Kessel zugeführt. Während des Brandes wurde die Brennstoffzufuhr aus dem Annahnebunker zum Kessel eingestellt, nicht aber die Luftzuführung. Der Kessel wurde während des Brandes mit Heizöl weiterbetrieben. Damit konnte ein Großteil der Brandgase aus dem Annahnebunker im Kessel faktisch nachverbrannt und über die Abgasreinigung der Anlage gereinigt werden. Brandgase traten in geringem Umfang durch die automatische Entrauchungsklappe im Bunker und durch geöffnete Bunkerrolltore dann aus. Im Anschluss wurden nach Feststellung des ABC-Erkundungswagens der Freiwilligen Feuerwehr Petershagen keine Schadstoffe nachgewiesen. - Herzlichen Dank.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Die nächste Frage, **Frage 163** (Verfahren beim Ländertauschverfahren für Lehrer), wird vom Abgeordneten Péter Vida gestellt.

#### **Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Das Land Brandenburg wirbt intensiv und in zahlreichen Bundesländern um neue Lehrkräfte. Zugleich besteht das Ländertauschverfahren für Lehrer. Hierbei müssen die Bewerbungen bei den jeweiligen Regionalstellen des Landesschulamtes eingehen. Einstellungen erfolgen zum Beginn eines Schuljahres zum 1. August.

Es liegen Informationen vor, dass der Leiter der Regionalstelle Brandenburg an der Havel gegenüber Bewerbern geäußert habe, dass er keine genaue Kenntnis über den Entscheidungsprozess der aufgrund des Tauschverfahrens eingehenden Bewerbungen habe und etwaige Absagen von „externen Stellen“ erstellt würden.

Eine aus Brandenburg stammende Bewerberin, die derzeit in Hamburg lebt, sich in Brandenburg als Gymnasiallehrerin, hilfsweise als Grundschullehrerin, beworben hat und gern nach Brandenburg zurückkehren würde, hat auf ihre in den beiden letzten Jahren eingereichten Bewerbungen keine Antwort erhalten. Auch mündliche Nachfragen wurden ergebnislos abgewiesen. Die Frist über die Entscheidung zur Einstellung zum Schuljahr 2015/16 drängt.

Ich frage die Landesregierung: Wer entscheidet aufgrund welcher Weisungen in welcher Frist über Bewerbungen im Rahmen des Ländertauschverfahrens?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Es antwortet Herr Minister Baaske.

#### **Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einen schönen guten Morgen!

Herr Vida, ich habe die Anfrage der Kollegin aus Hamburg schon vor mehreren Wochen erhalten und mich auch erst ein-

mal mit dem Thema Lehrertauschverfahren beschäftigt. Das ist in der Tat ein Verfahren, das auf eine Vereinbarung innerhalb der Kultusministerkonferenz zurückzuführen ist. Dabei wurde festgelegt, dass man zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die schon im System sind, gerade aufgrund persönlicher Probleme wie Pflege eines Elternteils, Familienzusammenführung welcher Form auch immer, vorrangig bedienen will, wenn es zum Beispiel darum geht, von Hamburg nach Brandenburg zu ziehen. Es ist aber so vereinbart worden, dass dies immer nur im Verhältnis eins zu eins möglich ist. Also, jemand aus Brandenburg möchte nach Hamburg und jemand aus Hamburg möchte nach Brandenburg ziehen. Das passt natürlich selten. Trotzdem findet jedes Jahr, so auch in diesem Jahr Ende März, eine Lehrertauschkonferenz statt, zu der sich die Vertreter der Bundesländer an einen Tisch setzen und zum Beispiel sagen: Ich habe hier einen Kollegen, der von Hamburg nach Brandenburg möchte; hat denn Brandenburg jemanden, der nach Hamburg ziehen möchte? Wenn das nicht der Fall ist, dann kann dies im Lehrertauschverfahren nicht berücksichtigt werden.

Nichtsdestotrotz kann und sollte sich die Kollegin - ich weiß, dass sie noch im Verfahren ist - ganz regulär in Brandenburg bewerben. Sie kommt dann hier ganz regulär in dieses Verfahren als Beamtin, allerdings nur dann, wenn sie eine Freistellung aus Hamburg hat.

Nun habe ich mir das Protokoll der KMK noch einmal angeschaut. Die KMK hat sich damals darauf verständigt, dass bei der Bewerbung in ein anderes Bundesland nach mindestens zwei Jahren die Freistellung erfolgen sollte. Da sie sich schon zweimal beworben hat, gehe ich davon aus, dass sie eine Freistellung aus Hamburg hat und sich hier bewerben kann. Diese Regionalschulleiterin aus Brandenburg an der Havel hat mir auch bestätigt, dass sie im Verfahren ist. Entschieden ist es noch nicht, aber sie würde in jedem Fall eine Nachricht aus Brandenburg erhalten. Für die Nichtberücksichtigung im Verfahren „Lehrertausch“ zwischen Hamburg und Brandenburg müsste sie dann allerdings keine Nachricht von uns, sondern aus Hamburg bekommen. Das könnten Sie ihr vielleicht auch noch einmal sagen. - Vielen Dank.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Die nächste Frage, **Frage 164** (Das Benutzen von Kraftfahrstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge) wird von Herrn Abgeordneten Folgart gestellt.

#### **Folgart (SPD):**

Für Landwirte wird das Durchfahren von Ortschaften oder das Benutzen von kombinierten Agrar-, Rad- und Fußwegen mit Landmaschinen zunehmend schwieriger. Die Hauptsachen sind die zunehmende Größe der Maschinen, das wachsende Verkehrsaufkommen, aber auch die höheren Geschwindigkeiten, für die moderne Landmaschinen heute zugelassen sind. Das setzt Landwirte, Bewohner und andere Verkehrsteilnehmer einem erhöhten Unfallrisiko aus, was wiederum zu interessen gebundenen Konflikten innerhalb von Ortschaften führt. Beispielhaft seien hier der Ortsteil Wustermark und der Gemeindeteil Dyrotz im Landkreis Havelland genannt. Das Benutzen der Ortsumgehung über die vierspurige Bundesstraße 5 als Kraftfahrstraße mit Fahrzeugen unterhalb von 60 km/h ist derzeit nicht gestattet. Davon sind fast 100 % der Landmaschinen betroffen.

Ich frage die Landesregierung: Ist es möglich, für die betroffenen Ortslagen Regelungen zu schaffen, die das Benutzen von Kraftfahrstraßen vorsehen, wenn damit eine Entlastung und Risikominimierung für andere Verkehrsteilnehmer einhergeht?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Darauf antwortet Frau Staatssekretärin Lange.

**Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Folgart, gemäß § 1 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes sind Bundesstraßen des Fernverkehrs öffentliche Straßen, die ein zusammenhängendes Verkehrsnetz bilden und einem weiträumigen Verkehr dienen oder zu dienen bestimmt sind. Die B 5 ist eine Kraftfahrstraße für den Schnellverkehr. Sie hat in der Gemarkung Wustermark eine Anschlussstelle zur Bundesautobahn A 10, dem Berliner Ring, und schafft somit die direkte Verbindung zwischen der Autobahn und der Stadt Berlin. Daneben bindet sie Wustermark mit einem Gewerbegebiet an und ist der direkte Zubringer zum Designer-Outlet Berlin.

Nach § 18 StVO dürfen Fahrzeuge, deren Höchstgeschwindigkeit unter 60 km/h liegt und die bestimmte Größen überschreiten - Höhe 4 m, Breite 2,55 m; das trifft wahrscheinlich auf die meisten Fahrzeuge zu -, nicht auf Kraftfahrstraßen fahren. Bevor die B 5 auch zwischen den vorgenannten Anschlussstellen als Kraftfahrstraße ausgewiesen wurde, ist das untergeordnete Netz bezüglich der Nutzbarkeit für den langsam fahrenden Verkehr überprüft und zum Teil, soweit nötig, auch ertüchtigt worden. In der Ortslage Wustermark - Dyrotz kann die ehemalige Bundesstraße 5 aufgrund ihres Ausbauzustandes den landwirtschaftlichen Verkehr aufnehmen, ohne die anderen Verkehrsteilnehmer zu gefährden.

Es ist zu erwarten, dass die Unfallrisiken auf der Kraftfahrstraße weitaus größer sind, da andere Verkehrsteilnehmer keine langsamen landwirtschaftlichen Fahrzeuge dort erwarten. Auch die Verschmutzung der Fahrbahn würde bei Beanspruchung mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen erfahrungsgemäß zunehmen. Gefährliche Überholmanöver durch Lkw und weitere Gefahrenpotenziale können Fehlverhalten herbeiführen. Aus den vorgenannten Gründen hat die Straßenverkehrsbehörde in diesem Fall keinen Ermessensspielraum.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Der Kollege Folgart hat eine Nachfrage.

**Folgart (SPD):**

Frau Staatssekretärin, nur eine Nachfrage: Aus Ihrer Antwort geht hervor, dass es nicht möglich sein wird, einen Vorstoß zu unternehmen, um über Ausnahmegenehmigungen, beispielsweise zur Erntezeit, eine zeitliche Befristung für die Genehmigung zur Benutzung zu erhalten.

**Staatssekretärin Lange:**

Nein, auch für Ausnahmen, zum Beispiel in den Erntezeiten, ist kein Ermessensspielraum vorhanden.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Es wurden Fragen getauscht. Zunächst stellt Frau Abgeordnete Dr. Ludwig ihre **Frage 159** (Landesmittel für kommunale Bildungsinfrastruktur).

**Frau Dr. Ludwig (CDU):**

Die die Landesregierung tragenden Parteien haben im Koalitionsvertrag ein Investitionsförderprogramm angekündigt, in dem ausdrücklich 80 Millionen Euro für kommunale Bildungsinfrastruktur vorgesehen sind. In der von der Landesregierung beschlossenen Fassung des Doppelhaushalts 2015/16 sind 15 Millionen für Bildungsinfrastruktur eingestellt. In der Landtagssitzung vom 22. Januar erklärte der Finanzminister, die Landesregierung werde zur nächsten Landtagssitzung - im März - entsprechende Rahmensetzungen zum Landeshaushalt und zu diesem Investitionsprogramm formulieren.

Ich frage die Landesregierung: Unter welchen Voraussetzungen können Schulträger wann Landesmittel für Investitionen in Schulgebäude beantragen?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Finanzminister Görke.

**Minister der Finanzen Görke:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Dr. Ludwig, Sie haben nicht richtig zitiert, dass ich im Januar auf die Anfrage Ihres Kollegen Hoffmann gesagt habe, dass mit dem Landeshaushalt die Rahmensetzungen für dieses kommunale Investitionsprogramm vorgelegt werden sollen. Sie finden im Einzelplan 20 - das haben Sie richtig dargestellt - die entsprechenden Budgetgrößen, beispielsweise für das Teilpaket Bildungsinfrastruktur in Größenordnungen von 15 Millionen Euro für die Jahresscheibe 2016 und weitere Verpflichtungsermächtigungen in der Größenordnung von 65 Millionen Euro bis 2019. In Gänze ist das kommunale Investitionsprogramm dieser Koalition bis zum Jahr 2019 in den Verpflichtungsermächtigungen durchgeschrieben.

Sie fragten, ab wann die Kommunen nun die Anträge stellen könnten. Ich bitte da um Respekt vor dem Parlament: Bevor nicht dieses Hohe Haus die Budgetgrößen beschlossen hat, werde ich nicht in Gespräche mit meinen Fachressortkollegen und mit der kommunalen Familie eintreten. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass in dem Moment, wo das Parlament diesen Haushalt freigibt, ich sofort - die Vorarbeiten laufen - mit meinen Ressortkollegen die entsprechenden Förderrichtlinien erarbeiten werde, und zwar mit dem Ziel, dass die kommunale Familie rechtzeitig in die Lage versetzt wird, die Anträge zum 01.01.2016 einzureichen.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Es gibt zwei Nachfragen. Zunächst Frau Dr. Ludwig, bitte.

**Frau Dr. Ludwig (CDU):**

Heißt das konkret, dass bei Maßnahmen, die jetzt warten und für die Investitionen getätigt werden müssten, die entsprechenden Anträge ganz konkret erst für 2016 gestellt werden können? Kommt es also vorher definitiv nicht zum Tragen?



**Minister Görke:**

Sehr geehrte Kollegin Dr. Ludwig, Sie sind eine erfahrene Abgeordnete in diesem Hohen Haus. Bevor nicht das Parlament den Haushalt beschlossen und damit die Budgetgrößen festgelegt hat, wäre es kontraproduktiv, wenn ich mit möglicherweise halbgaaren Entwürfen über Förderrichtlinien an die Öffentlichkeit gehen würde. Da wären beispielsweise Sie als Opposition die ersten, die mich kritisieren würden. Deshalb bitte ich einfach darum, die Reihenfolge zu berücksichtigen, die klar ist: erst das Parlament, und dann ist der Weg frei für exekutives Handeln.

Wir werden dann die Förderrichtlinien sehr zeitnah und auch kommunalfreundlich erstellen. Beispielsweise muss die Frage geklärt werden, wie hoch der kommunale Eigenanteil sein muss. Das werden wir dann miteinander zu besprechen haben. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die nächste Nachfrage stellt die Abgeordnete von Halem.

**Frau von Halem (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Minister Görke, vielen Dank für die Antwort. Es ist schön, dass die Landesregierung dieses Investitionsprogramm tatsächlich koordiniert. Mich interessiert noch: Gibt es denn inhaltliche Kriterien, nach denen diese Gelder vergeben werden, für die Kommunen, die die Ausreichung dieser Gelder beantragen können?

**Minister Görke:**

Es gibt natürlich erste Überlegungen innerhalb der Landesregierung - das ist zumindest eine Gesprächsbasis, die ich durchaus kommunizieren kann. Wir wollen versuchen, ähnlich wie beim Konjunkturpaket des Bundes, welches 2009/2010 durchaus für gute Impulse bezüglich der Investitionen in Infrastruktur gesorgt hat, dies möglicherweise als Pauschvorlage verwenden, um diese Mittel den Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Das sind Überlegungen; sie sind noch nicht abgeschlossen. Aber das schwebt uns vor: keinen aufgeblähten Förderzyklus zu entwerfen, sondern diese Mittel wirklich kommunalfreundlich auszureichen, sodass auch die kommunale Familie investieren kann. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die **Frage 166** (Soziale Lage von Pflegebedürftigen) wird vom Abgeordneten René Wilke gestellt.

**Wilke (DIE LINKE):**

20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung werden deutschlandweit immer mehr Pflegebedürftige zum Sozialfall. Medienberichten zufolge stieg die Zahl der Empfänger von staatlicher Hilfe zur Pflege seit 2005 um rund 31 %. Rund 444 000 Pflegebedürftige waren 2013 auf finanzielle Unterstützung angewiesen, 2005 waren es noch knapp 340 000. Auch die staatlichen Nettoausgaben zur Finanzierung arbeitsgefährdeter Pflegebedürftiger hat sich erhöht - von 2,61 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 3,34 Milliarden im Jahr 2013.

Ich frage die Landesregierung daher: Wie hat sich die soziale Lage von Pflegebedürftigen im Land Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Golze.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wilke, wie Sie wissen, sind die Leistungen nach der Pflegeversicherung einkommens- und vermögensunabhängig. Sie richten sich nach der Art bzw. Schwere der Pflegebedürftigkeit und danach, ob häusliche, teilstationäre oder vollstationäre Pflege in Anspruch genommen wird.

Deshalb habe ich zur Beantwortung Ihrer Frage die Zahl derjenigen Menschen in Brandenburg herangezogen, die Hilfe zur Pflege bekommen, das heißt, die diese Pflegeleistungen trotz Leistung der Pflegeversicherung noch nicht bezahlen können. Diese habe ich der Statistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vom Oktober 2014 entnommen.

Sie hatten nach der Entwicklung der vergangenen zehn Jahre gefragt. Im Jahr 2006 hatten wir in Brandenburg 5 879 Menschen, die Hilfe zur Pflege in Anspruch genommen haben. Diese Zahlen haben sich dann kontinuierlich nach oben bewegt - im Jahr 2013 waren es bereits 7 620. Ich kann Ihnen die Zahlen für die entsprechenden Jahre gern zur Verfügung stellen.

Es gibt also einen kontinuierlichen Anstieg. Wir müssen allerdings den Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt daneben legen. Hierbei ist festzustellen, dass der Anstieg im Land Brandenburg deutlich schneller ausgefallen ist. Das bedeutet, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die Pflege zur Hilfe erhielten - gemessen an allen pflegebedürftigen Personen im Land Brandenburg - sogar leicht zurückgegangen ist. 2009 betrug dieser Anteil 7,9 %, 2011 betrug der 7,8 % und im Jahr 2013 sogar nur 7,4 %. Für das Jahr 2014 liegen noch keine aktuellen Zahlen vor.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Die **Frage 167** (Auftragsvergabe S-Bahn Berlin) wird vom Abgeordneten Frank Bommert gestellt.

**Bommert (CDU):**

Die S-Bahn Berlin GmbH als 100%ige Tochter der Deutschen Bahn hat den Bau von Wagen für den Betrieb des Berliner S-Bahn-Rings neu ausgeschrieben. Das Unternehmen Bombardier wurde von dem Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen; die Deutsche Bahn habe die Anforderungen ohne erkennbaren Grund verschärft. Die Bitte, die Frist zu verlängern, sei seitens der Bahn abgelehnt worden. Der Betriebsrat teilt in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten mit, dass dieser Auftrag für das Unternehmen 1 000 Arbeitsplätze für die nächsten zehn Jahre sichern würde.

Deshalb meine Frage an die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um ein faires und transparentes Ausschreibungsverfahren bei der S-Bahn Berlin GmbH

sicherzustellen, sodass dem Unternehmen Bombardier eine gleichberechtigte Teilnahme am Verfahren möglich ist?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Lange.

**Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Bommert, an dem von Ihnen genannten Anhörungsverfahren ist die Landesregierung weder direkt noch als Aufsichtsbehörde beteiligt. Zur Gewährleistung fairer und transparenter Ausschreibungsverfahren ist in Deutschland der Rechtsweg jedermann eröffnet. Zuständig für das von Ihnen in Bezug genommene Vergabeverfahren der DB AG zur Beschaffung von S-Bahnfahrzeugen ist in erster Instanz die Vergabekammer des Bundes in Bonn. Soweit der Landesregierung bekannt wurde, hat die Kammer das genannte Verfahren nicht beanstandet.

Die Landesregierung ist sich gleichwohl der herausragenden Bedeutung der Schienenverkehrstechnik und des Schienenfahrzeugbaus für den Industriestandort Brandenburg bewusst. Deshalb ist und bleibt die Landesregierung im Interesse der Sicherung des Standortes Hennigsdorf mit Bombardier im Dialog.

Darüber hinaus hat der Wirtschaftsminister mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Kontakt aufgenommen. Es ist beabsichtigt, unter Führung des BMWI einen Gesprächskreis zur Zukunftssicherung des Bahnindustriestandortes Deutschland einzurichten. Der Wirtschaftsminister will dort die Interessen der brandenburgischen Unternehmen einbringen.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Es gibt zwei Nachfragen. Bitte, Herr Abgeordneter Bommert.

**Bommert (CDU):**

Das ist nicht ganz schlüssig, darum meine Nachfrage: Wie nimmt die Landesregierung die Sorgen der Belegschaft und des Betriebsrates wahr? Wie will man konkret für Hennigsdorf Maßnahmen ergreifen, um den Standort für die nächsten Jahre zu sichern? Denn gerade der Betrieb in Hennigsdorf ist doch, was die Bahntechnik betrifft, von hervorragender Bedeutung und für den Standort Oberhavel ganz wichtig.

Wie gesagt: Wie sieht die Landesregierung das und wie wird mit Betriebsrat und Belegschaft Kontakt aufgenommen?

**Staatssekretärin Lange:**

Ihre Frage bezog sich auf das Ausschreibungsverfahren. Darauf habe ich geantwortet, dass wir nicht Beteiligte in diesem Verfahren sind. Es geht da um ein Verhältnis zwischen der DB und Bombardier.

**Bommert (CDU):**

Sie haben keine Antwort auf meine Nachfrage gegeben, wie man mit den Sorgen der Belegschaft und des Betriebsrates umgeht. Da kam nichts nach.

**Staatssekretärin Lange:**

Es gibt keine konkreten. Im Moment gibt es Kontakte mit dem Unternehmen, dort werden Gespräche geführt. In Ihrer Anfrage ging es doch konkret um die Ausschreibung.

(Zuruf des Abgeordneten Bommert [CDU])

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielleicht ist es nicht so gut, das jetzt im Dialog zu besprechen, sondern es wäre besser, eine Frage zu stellen.

**Bommert (CDU):**

Alles klar, Herr Dombrowski, danke.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die Kollegin Schinowsky hat eine Nachfrage angemeldet. Bitte schön.

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Die eine Sache ist ja, ob sich die Landesregierung in die Vergabe, die die Deutsche Bahn ausschreibt, einmischen kann. Das sehe ich auch so, dass das nur schwer möglich ist.

Der Ihnen als Landesregierung mögliche Weg ist aber, in das allgemeine übergeordnete Vergabeverfahren einzugreifen, das ja noch nicht beendet ist. Die Ausschreibung erfolgt über die Gemeinsame Landesplanung - glaube ich zumindest - von Berliner Senat und dem Land Brandenburg. Dort wurden die Bedingungen so formuliert, dass sich alle Mitbewerber zurückgezogen haben und nur noch die Deutsche Bahn übriggeblieben ist. Das Verfahren läuft aber noch, es gibt noch nicht die endgültige Entscheidung für die Deutsche Bahn. Die fällt erst im Herbst.

Meine Frage an die Landesregierung ist, ob sie sich unter diesen Bedingungen, wo sich zum einen abzeichnet, dass nur noch die Deutsche Bahn - ohne Bombardier - dabei ist und es zum anderen Hinweise darauf gibt, dass unfaire Wettbewerbsbedingungen vonseiten der Bahn herrschen, vorstellen kann, dass sie sich gegen die Deutsche Bahn als derzeit einzigen Bewerber entscheidet.

**Staatssekretärin Lange:**

Bei der Ausschreibung führt das Verfahren der Verkehrsbetrieb Berlin-Brandenburg. Es handelt sich um ein laufendes Verfahren. Da gibt es strikte Vorgaben nach EU-Recht. Die Vergaberichtlinien sind entsprechend einzuhalten. Von daher ist es im Moment nicht möglich, Einfluss zu nehmen.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Kollegin, eine weitere Nachfrage ist nicht möglich, das geht nur beim Fragesteller.

Die **Frage 168** (Schluss mit Armeewerbung an Schulen?) wird nun von der Abgeordneten Kaiser für die Fraktion DIE LINKE gestellt.

**Frau Kaiser (DIE LINKE):**

Die Bundeswehr hat Nachwuchsbedarf. Laut Presseberichten lässt die Bundesverteidigungsministerin die Werbung an Schu-

len verstärken. Traditionell kommen extra ausgebildete Jugendoffiziere in den Unterricht und halten Vorträge. Beispielsweise spielen Schüler auch in Kasernen das Rollenspiel „Pol&IS“, in welchem das Kriegführen als notwendig dargestellt wird.

Nicht nur Kinderrechtler kritisieren das. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes forderte die Bundesregierung bereits vor einem Jahr auf, Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen zu verbieten. Die Lehrgewerkschaft GEW sieht in dieser Praxis einen Verstoß gegen die Grundsätze der politischen Bildung, weil nur einseitig informiert werde. Vertreter friedenspolitischer Organisationen sind - im Vergleich zur Bundeswehr - in ihren Zugangsmöglichkeiten zu Schulen stark eingeschränkt.

In mehreren Bundesländern laufen widersprüchliche Auseinandersetzungen. Manche wollen die Armeewerbung an Schulen einschränken, darunter Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Erfurter rot-rot-grünen Koalitionsvertrag steht unter anderem, dass an Schulen künftig „keine Unterrichts-, Informations- und Bildungsveranstaltungen in alleiniger Durchführung der Bundeswehr mehr stattfinden“ sollen. Andere Länder schließen konkrete Kooperationsverträge mit der Bundeswehr ab und schreiben die Rahmenbedingungen dafür fest.

Ich frage die Landeregierung: Welche Position bezieht sie in diesem Streit zu politischen Vorgaben, nach denen die Schulen zeitgleich mit der Bundeswehr auch Vertreterinnen und Vertreter von Friedensinitiativen einladen und zur Diskussion zulassen müssen?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Minister Baaske wird dies beantworten.

**Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Kaiser, in Brandenburg ist das über die Verwaltungsvorschrift „Schulbetrieb“ geregelt. Ich hoffe, dass das Kriegsspielen bei der Bundeswehr nicht im Unterricht passiert. Ich glaube auch nicht, dass die Bundeswehr so etwas macht. Darüber können wir aber gerne nachher diskutieren.

Unsere Verwaltungsvorschrift erlaubt den Einbezug von Sachkundigen in den Unterricht. Das können Betriebe und Vereinigungen sein

(Allgemeine Unruhe)

- nun mal ganz ruhig -, das kann natürlich auch die Bundeswehr sein. Die Lehrkräfte sind angehalten, Art und Umfang vorher mit denjenigen, die einbezogen werden, im Detail zu besprechen - das muss auf den Kurs und die Klasse abgestimmt sein, und die Lehrkraft wird moderieren. Es geht nicht, dass sie sich nach hinten setzt und denjenigen, der über seinen Betrieb spricht, einfach gewähren lässt. Das heißt, es ist unter der moderierenden Gestaltung der Lehrkraft durchzuführen.

Es darf auch keine einseitige Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler stattfinden, und die Lehrkraft hat auf die notwendige Ausgewogenheit und das Verbot politischer Werbung zu achten. In genau diesem Rahmen ist auch eine sachliche Darstellung der Aufgaben und der Entwicklungsmöglichkeiten der

Bundeswehr selbstverständlich möglich und, wie ich finde, auch durchaus erlaubt. Es darf natürlich keine Werbung stattfinden und erst recht keine Nachwuchswerbung für die Bundeswehr. Insofern ist die Bundeswehr allen anderen Berufsgruppen gleichgestellt, die all dies auch im Unterricht machen dürfen. - Ich sehe, da ist noch eine Nachfrage.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die Abgeordnete Kaiser hat eine Nachfrage. Bitte schön.

**Frau Kaiser (DIE LINKE):**

In Kenntnis dieser Richtlinie und aufgrund ganz praktischer Erfahrungen erinnere ich mich an eine öffentliche Diskussion in meinem Wahlkreis, in der Lehrerinnen und Lehrer zum Teil verunsichert waren und sich Unterstützung erhofft haben - zum Beispiel dabei, Kontakt zu friedenspolitischen Initiativen aufzunehmen. Diese Unterstützung gibt es nicht. Diese Initiativen haben auch beschränkte Möglichkeiten, und es handelt sich meistens um ehrenamtliche Tätigkeiten.

Deshalb frage ich: Könnten Sie sich vorstellen, die Zugangsmöglichkeiten friedenspolitischer Initiativen zu Schulen als Landesregierung aktiv zu erweitern oder den Schulen entsprechend Unterstützung zukommen zu lassen?

**Minister Baaske:**

Frau Kaiser, die Bundeswehr ist eine demokratisch gelenkte und demokratisch gesteuerte Armee in unserem Lande.

(Vereinzel Beifall SPD und starker Beifall CDU, AfD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Sie handelt im Auftrag des Bundestags, und ich bin, ehrlich gesagt, sehr froh, dass es in dieser Bundeswehr keine Zwangsrekruitierungen mehr gibt.

(Vereinzel Beifall SPD und starker Beifall CDU, AfD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Aber genau deshalb muss die Bundeswehr auch die Möglichkeit haben, in Schulen darzustellen, welche Berufsmöglichkeiten es bei der Bundeswehr gibt.

Ich bin nicht derjenige - ich sage das ausdrücklich -, der zu Gelöbnissen oder Vereidigungen geht und dort spricht. Dazu habe ich viel zu schlechte Erfahrungen mit dem System Armee gemacht. Ich will voranschicken, Frau Kaiser: Als ich 17 Jahre alt war, habe ich meine erste Schulwoche der 12. Klasse damit verbracht, in Verhören durch Offiziere von Staatssicherheit und Nationaler Volksarmee dazu befragt zu werden, warum ich denn nicht Offizier der NVA werden möchte. Verhöre, eine ganze Woche lang!

(Vereinzel Beifall SPD und starker Beifall CDU, AfD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Das ist von der Qualität her mit heute nicht zu vergleichen. Ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen der

Bundeswehr sich an diese Verwaltungsvorschrift halten. Und wenn Lehrerinnen und Lehrer merken, das funktioniert nicht, dann sollen sie mir das sagen. Dann kann man darauf reagieren und mit der Bundeswehr über ihre Möglichkeiten sprechen. Und wenn sie die überschreiten, werde ich dagegen vorgehen.

Aber wenn wir dazu übergehen wollten, dass wir ab jetzt immer Doppelveranstaltungen machen, dann kann ich nur sagen: Wenn die Landwirtschaft für ihre Berufe wirbt, dann müsste ich parallel dazu die Tierschutzorganisation PETA einladen. Oder wenn der „Daimler“ in der Schule ist und dafür wirbt, dass er Mechatroniker oder für ähnliche Berufe ausbildet, dann kann ich den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club dazuholen.

(Beifall CDU, AfD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Und wenn ein Krankenhaus darstellen will, dass Ärzte und Krankenschwestern gebraucht werden und man so etwas im Krankenhaus lernen kann, dann kann ich den Landesverband der Homöopathen dazuholen. Das würde uns aber mit Sicherheit nicht weiterbringen.

(Beifall SPD, CDU, AfD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Die **Frage 169** (Förderung der berlinfernen Regionen) wird von der Abgeordneten Schade für die AfD-Fraktion gestellt. Bitte schön.

#### **Frau Schade (AfD):**

Laut Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 365, Drucksache 6/795, fand keine Neuorientierung der Regionalförderung statt, obwohl eine Konzentration auf die Infrastrukturprobleme der berlinnahen Regionen angestrebt wird. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg sagte laut „PNN“:

„Wir müssen denen helfen, die unter Wachstumsschmerzen leiden, im Gegensatz zu den Gemeinden mit starkem Rückgang der Bevölkerung in den fernen Regionen.“

Ich frage die Landesregierung: Wie wird vor diesem Hintergrund die Förderung der berlinfernen Regionen sichergestellt?

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Lange.

#### **Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Lange:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung unterstützt mit den ihr verfügbaren Förderinstrumenten sowohl Aufgaben in den verdichteten Regionen im Berliner Umland als auch in den berlinfernen Regionen. Für die berlinfernen Regionen sei beispielhaft auf die verschiedenen Programme der Integrierten ländlichen Entwicklung verwiesen. Mir ist sehr gut bekannt - da ich einmal Amtsdirektorin in einem sehr ländlich geprägten Amt war -, dass es sehr viele Programme auch für die berlinfernen Regionen gibt.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. Es gibt noch eine Nachfrage vom Kollegen Genilke.

#### **Genilke (CDU):**

Frau Staatssekretärin, Integrierte ländliche Entwicklung trifft aber nicht das, was die berlinfernen Regionen ausmacht. Es ist eben nicht alles nur ländliche Entwicklung, sondern wir haben auch viele Städte in Brandenburg, die nicht profitieren von dem Grundsatz: Wir müssen den betroffenen Gemeinden, die Bevölkerungszuwachs haben, helfen. Ich denke, hier wird eher der Maßstab verletzt.

Ich würde mir schon eine Antwort wünschen, wie Sie diesen Städten und Gemeinden entgegenkommen, die nicht zu den einwohnerstärksten Landkreisen gehören, die in Zukunft also Bevölkerungszuwachs haben, die andererseits nicht zu der ländlichen Entwicklung gehören, die Sie gerade ansprachen, und für die es offensichtlich andere Programme geben soll.

Welche Programme sollen das in Zukunft sein? Und welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

#### **Staatssekretärin Lange:**

Es gibt für die kleineren Städte Städtebauprogramme. Als Beispiel möchte ich das „Programm für kleine und mittlere Städte“ nennen, in das verschiedene Kooperationskommunen im Land aufgenommen wurden. Auch die Städtebausanierung ist für kleine Kommunen offen. Als Beispiel für kleine Kommunen, die dort aufgenommen wurden, seien Putzitz und die Stadt Meyenburg genannt. Die Mittel sind für Städtebauförderung, woraus diese Programme gespeist werden, in den Haushaltsentwurf aufgenommen.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Die letzte Frage für heute, die **Frage 170** (Geburtshilfe sowie Kinder- und Jugendmedizin im Krankenhaus Templin) stellt der Kollege Wichmann für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

#### **Wichmann (CDU):**

Im Raum Templin sind derzeit viele junge Familien beunruhigt und besorgt, weil es Informationen gibt, dass mit einer erneuten Fortschreibung des Krankenhausplanes Umstrukturierungen im Sana Krankenhaus Templin geplant sind. So ist davon die Rede, dass es künftig wegen der geringen Anzahl der Entbindungen dort keine Geburtshilfe und möglicherweise auch keine Kinder- und Jugendmedizin mehr geben soll. Die Schließung der Geburtshilfe und der Kinder- und Jugendmedizin wäre ein entscheidender Standortnachteil für diesen Teil der Uckermark und auch für den gesamten Norden des Landes Brandenburg. Insbesondere junge Familien, die in der Uckermark bleiben wollen bzw. dorthin zurückkehren würden, legen Wert auf eine möglichst wohnortnahe geburtshilfliche und kinderärztliche Versorgung.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Sana Kliniken AG, die Geburtshilfe und die Kinder- und Jugendmedizin in Templin zu erhalten?



**Vizepräsident Dombrowski:**

Es antwortet Frau Ministerin Golze.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wichmann, ja, es besteht ein Prüfauftrag aus der Fortschreibung des Dritten Krankenhausplanes für vier Geburtshilfen mit unter 300 Geburten pro Jahr und drei kleine Kindermedizinische Abteilungen. Das ist im Sommer 2013 vom Hohen Haus so beschlossen worden. Im Unterschied zu anderen Bundesländern besteht aber im Land Brandenburg kein Automatismus, wenn die Zahl von 300 Geburten pro Jahr unterschritten wird. Vielmehr wird im Einzelfall geprüft, mit welchem Einsatz die Versorgungssicherheit vor Ort gewährleistet werden kann. Das betrifft auch die Geburtshilfe und die Kinder- und Jugendmedizin am Krankenhaus in Templin. Die Gesundheitsabteilung meines Hauses steht in engem Kontakt mit dem Krankenhausträger - mit dem Ziel, Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Nach vorliegenden Informationen ist weiterhin stabil mit ca. 250 Geburten im Jahr zu rechnen. Wir haben das Ziel, dem Krankenhausträger dabei zu helfen, zusammen mit der kommunalen Landschaft ringsumher, die ein Interesse an der Geburtshilfestation hat, diese zu erhalten. Eine endgültige Entscheidung fällt nach der Landeskrankenhauskonferenz am 17. Juni.

Sie haben in Ihrer Fragestellung von Informationen gesprochen, die die Menschen vor Ort beunruhigen. Es sind Gerüchte. Ich bitte Sie, den Gerüchten offensiv entgegenzutreten, um keinen Strudel der Verunsicherung auszulösen.

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Der Abgeordnete hat eine Nachfrage.

**Wichmann (CDU):**

Ich verbreite keine Gerüchte, sondern habe zu Dingen nachgefragt, die Bürger an mich herantragen.

(Zurufe: Sie hat ja auch nicht gesagt, dass Sie die Gerüchte in die Welt gesetzt haben!)

**Ministerin Golze:**

Ich habe auch nichts anderes behauptet.

**Wichmann (CDU):**

Ich bin zunächst einmal beruhigt, dass Sie - wenn ich Sie richtig verstanden habe - heute hier gesagt haben, dass die Kinder- und Jugendmedizin sowie die Geburtshilfe in Templin bleiben werden. So sollten wir es gemeinsam nach draußen tragen. Ich finde, da müssen wir keine Konferenz abwarten, wenn es Ihr Ziel als Ministerin ist - so habe ich Sie heute verstanden -, dass die Abteilung in Templin bleibt.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Bitte die Nachfrage!

**Wichmann (CDU):**

Ich bitte Sie, heute klar zu sagen, ob Sie persönlich dafür eintreten.

**Ministerin Golze:**

Ich habe eben ausgeführt, dass es im Landeskrankenhausplan einen Prüfauftrag gibt. Über diesen Prüfauftrag berät die Landeskrankenhauskonferenz; ich kann ihm nicht mit einer eigenen Entscheidung vorgreifen. Dort sitzen die Krankenhausträger, die Krankenhausgesellschaft, der Städte- und Gemeindebund, die Krankenkassen und viele andere am Tisch. Ich habe eben ausgeführt - Sie brauchen sich nicht aufzuregen, Herr Fraktionsvorsitzender -, dass wir gemeinsam mit dem Krankenhausträger und den Kommunen in der Umgebung zusammensitzen, um ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Kinder- und Jugendmedizin sowie die Geburtshilfe am Standort gehalten werden können. Genau das habe ich gesagt und bitte darum, dass Sie den Gerüchten offensiv entgegenzutreten und darstellen, dass es Gerüchte sind und keine Informationen, die auf Tatsachen beruhen.

(Beifall DIE LINKE und der Abgeordneten Lehmann [SPD])

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Ich schließe Tagesordnungspunkt 2. Die übrigen, heute nicht gestellten mündlichen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Goethe-Oberschule Eberswalde. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Impfen schützt alle**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/1224

Mich erreicht die erfreuliche Botschaft, dass die Technik wieder funktionieren soll. - Ich rufe als ersten Redner den Abgeordneten Wilke von der Fraktion DIE LINKE auf. Bitte schön.

**Wilke (DIE LINKE):**

Dann testen wir also die Technik. - Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Die Frage des Impfschutzes ist eine, die derzeit viele Menschen in Brandenburg, Berlin und ganz Deutschland bewegt. Die aktuellen Masernerkrankungen, insbesondere in Berlin, zeigen, dass das Ziel, diese schwerwiegende Krankheit komplett auszurotten, noch lange nicht erreicht ist. Damit einhergeht nun eine bundesweite Debatte zum Impfschutz bis hin zu der Frage einer möglichen Impfpflicht für Kinder und Erwachsene.

Fakt ist: Masern könnten ausgerottet werden, wenn sich alle, die dazu in der Lage sind, dagegen impfen lassen. Die Infek-

tionskette könnte damit wirksam und nachhaltig unterbrochen werden. Fakt ist auch: Masern sind eine gefährliche Krankheit, die insbesondere bei Komplikationen zu schweren Dauerschäden und im schlimmsten Fall zum Tod führen kann. Bei Erwachsenen ist der Krankheitsverlauf sogar oft noch schwerer als bei Kindern.

Wer sich also gegen eine Impfung entscheidet, sollte dafür sehr gute Gründe haben. Zu guten Gründen gehört, dass es Kinder gibt, die aufgrund spezifischer Erkrankungen, hochgradiger Immunschwäche oder nach Transplantationen nicht geimpft werden dürfen. Umso wichtiger ist es - auch zum Schutz eben dieser Kinder, die darauf angewiesen sind -, dass jene, die es tun können, die Chance zur Impfung nutzen. Andernfalls werden genau die Kinder, die die Möglichkeit zur Impfung eben nicht haben, unter Umständen lebensbedrohlich gefährdet.

Wer sich ohne gute Gründe - damit meine ich solche Behauptungen wie, dass eine Krankheit nun mal durchgemacht werden müsse, dass die Erreger noch nicht gesehen worden seien, dass der natürliche Schutz der Muttermilch dauerhaft ausreichen würde oder - am schlimmsten - dass die meisten Krankheiten, gegen die geimpft wird, ja nicht mehr auftreten würden - womit wir bei der Frage wären: Warum wohl? - gegen Impfungen entscheidet, handelt verantwortungslos und riskiert nicht nur die Gesundheit der eigenen Kinder, sondern auch die jener, die darauf angewiesen sind, dass andere einen Ausbruch verhindern.

Natürlich wird deshalb bundesweit auch über eine mögliche Impfpflicht diskutiert. Für Brandenburg gilt, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt zunächst nicht nötig erscheint. 80 Masernfälle wurden in diesem Jahr in Brandenburg registriert. In Berlin waren es bis zum heutigen Tag ca. 800. Seit Ausbruch im Oktober letzten Jahres waren es über 1 000.

Auffällig ist vor allem, dass der Durchimpfungsgrad bei der zweiten Schutzimpfung niedriger ist. Während wir bei der ersten Impfung von Kita-Kindern bei nahezu 100 % liegen, sinken die Zahlen bei der zweiten Impfung auf knapp unter 90 %. Auch bei Erwachsenen, insbesondere jenen, die nach 1970 geboren wurden, fehlen die Schutzimpfungen interessanterweise häufiger als bei ihren Kindern. Bei den Schulanfängern und Schulabgängern halten wir in Brandenburg durch die regelmäßigen Untersuchungen die von der WHO vorgegebenen 95 %.

Das alles zeigt, dass die Impfbereitschaft prinzipiell sehr hoch ist, es aber Lücken in der Verstetigung gibt. Deshalb müssen wir genau an dieser Stelle ansetzen. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen sind diese Zahlen kein Grund zum Ausruhen. Die Entwicklungen in einigen Landkreisen, aber vor allem in den kreisfreien Städten sollten uns animieren, jetzt die Anstrengungen zu verstärken, um den nötigen Impfschutz in der Bevölkerung zu erhöhen und dem Ziel der Ausrottung von gefährlichen Krankheiten wie Masern und Röteln näherzukommen.

Wir haben deshalb die kommende von Brandenburg und Berlin ausgerichtete 4. Nationale Impfkonzferenz Mitte Juni zum Anlass genommen, um die Landesregierung mit unserem Antrag damit zu beauftragen, diese Impfkonzferenz zu nutzen, um erstens Szenarien zur weiteren Verbesserung der Impfquote zu entwickeln und Impfen als zentrale vorbeugende Maßnahme für Kinder vor Besuch einer öffentlichen Institution zu etablieren, zweitens eine bundesweite Aufklärungs- und Informa-

tionskampagne anzustoßen, drittens ebenen- und länderübergreifend für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu werben, damit dieser absichern kann, dass die regelmäßigen Untersuchungen und Überprüfungen an Schulen und Kitas tatsächlich erfolgen können, und sich viertens im Rahmen der neuen Bundesgesetzgebung dafür einzusetzen, dass Impfberatung ein fester Bestandteil der Gesundheitsvorsorge und der ärztlichen Beratung wird, um bestehende Lücken schneller zu erkennen und schließen zu können.

Ich glaube, wir sind sehr gut beraten, vor dem Einsatz von Pflicht- und Zwangsmaßnahmen zunächst alle vorhandenen Möglichkeiten im Rahmen des Prinzips der Aufklärung und der Freiwilligkeit auszuschöpfen, zumal das Landesparlament, meine sehr geehrten Damen und Herren, ausschließlich im Epidemiefall eine - nur vorübergehende - Impfpflicht beschließen dürfte. Davon sind wir erfreulicherweise sehr weit entfernt. Das heißt aber gleichzeitig auch, dass wir uns - falls nötig - gegebenenfalls bundespolitisch andere Optionen offenhalten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen unserer Fraktion bzw. der Koalitionsfraktionen werbe ich sehr um Zustimmung zu unserem Antrag und hoffe, dass wir mit der heutigen Debatte ein Stück weit einen Beitrag zur Verbesserung der Aufklärung und der Instrumente leisten können und der eine oder andere vielleicht - wir haben es vorhin gehört: die Impfrate bei Erwachsenen ist deutlich schlechter als bei Kindern - seinen Impfstatus überprüfen lässt. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Nowka.

#### **Nowka (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Kollege Wilke, Sie haben vieles, was wir in der letzten Debatte schon relativ ausführlich besprochen hatten, aufgegriffen. Das finden wir gut. Es dürfte aber nicht verwundern, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle etwas mehr Konsequenz gewünscht hätten. Sie haben die Konsequenzen mit den Maßnahmen, die Sie auf der Impfkonzferenz ansprechen und unter Umständen beschließen lassen wollen, angedeutet. Unser Antrag, den wir beim letzten Plenum eingebracht hatten, wurde von Ihnen mehrheitlich abgelehnt. Ich darf an den wesentlichen Inhalt erinnern: Es sollte der Handlungsspielraum ausgelotet werden, ob im Kita-Gesetz geregelt werden kann, nur vollständig gegen Masern geimpfte Kinder in die Kita aufzunehmen, und zwar genau aus den von Ihnen prägnant genannten Gründen.

Genau diesen Ansatz verfolgt aktuell das sächsische Sozialministerium; das ging gestern durch die Presse. Was Sie heute vorlegen, greift unsere Vorstellungen auf, ohne die notwendigen Konsequenzen zu konkretisieren. Ich erinnere daran, dass die Fragen, die Sie gestellt haben, im Kita-Gesetz bis zu dem Punkt in Brandenburg schon geregelt sind. Wir haben im Prinzip ein Durchchecken des Impfstatus bei jedem Kind, das in die Kita aufgenommen wird. Das ist geregelt. Es besteht die Pflicht, den Gesundheitsstatus ärztlich überprüfen zu lassen. Das ist auch schon geregelt. Genauso können wir aufgrund der



hohen Impfquote feststellen, dass die Aufklärung, zumindest im Bereich Kinder- und Jugendmedizin, durch die Kinderärzte, aber auch die Allgemeinmediziner bereits sehr gut gewährleistet wird.

Viele Ärzte wünschen sich an der Stelle aber mehr Rückhalt aus der Politik, weil sie oft das Gefühl haben, dass die Diskussionen, die wir hier führen müssen und dankenswerterweise jetzt auch führen, in die Arztpraxen verlegt werden. Das ist nicht Sinn der Sache. Ich möchte deshalb aus Zuschriften von Kinderärzten zu dem Thema zitieren:

„Hier ist nun die Politik gefordert. Die deutsche Bundesregierung hat die UN-Charta über die Kinderrechte unterzeichnet. Zu einem Höchstmaß erreichbarer Gesundheit für Kinder und Jugendliche gehört unbedingt auch der Schutz vor ansteckenden, übertragbaren und impfpräventablen Erkrankungen. Eine Impfpflicht wird sich in Deutschland aufgrund der Gesetzeslage nicht durchsetzen lassen, aber ‚Ohne Impfung - keine Schule‘ wäre organisierbar.“

Eine weitere Stellungnahme:

„Eine sachliche Argumentation der Impfpflicht scheint bei gewissen Gruppen von Eltern oft unmöglich zu sein. Wenn dies der Grund dafür ist, dass es eine zunehmende Zahl von nichtgeimpften Kindern und damit erneuten Krankheitsausbrüchen mit Gefährdung noch nicht geimpfter Kinder auch bei uns in Brandenburg gibt, sollte dies ein guter Grund dafür sein, auch hier das Kindeswohl vor das Elternrecht zu stellen. Hierzu ist jedoch eine klare politische Erklärung notwendig.“

Auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg hat sich dahin gehend geäußert:

„Von einer Impfung profitieren auch die Menschen im Umfeld, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können. Denn je größer die Durchimpfungsrate in der Bevölkerung ist, desto schwerer können sich Krankheiten wie die Masern ausbreiten. Aus ärztlicher Sicht ist daher jede Maßnahme zu unterstützen, die den Durchimpfungsgrad der Bevölkerung erhöht.“

Es gab jüngst einen Artikel zu dem Besuch von Ministerin Golze bei einer erfahrenen Kinderärztin in Potsdam, wonach sich die Ärztin dafür ausgesprochen hat, eine Drohkulisse aufzubauen. Kindertagesstätten sollten nicht gezwungen werden dürfen, nicht geimpfte Kinder aufzunehmen. Sie sagte: Ich stelle niemanden ein, der nicht geimpft ist. - Auf den Einwand, Menschen könnten sich dadurch in ihrer persönlichen Freiheit beeinträchtigt fühlen, sagte die Ärztin, die persönliche Freiheit werde heutzutage auf sehr vielfältige Weise eingeschränkt. Da erinnere ich daran, dass im Kita-Gesetz schon vieles geregelt ist, was im Grunde genommen den Kita-Besuch ausschließt, wenn man bestimmten Forderungen nicht nachkommt. Beim Impfen gehe es um den Schutz der Kinder, die noch nicht selbst darüber entscheiden können. „Ich hätte nichts gegen eine Impfpflicht“, bemerkte die Ärztin.

Zum Thema Freiheit drängte sich mir in dem Zusammenhang ein Zitat von Otto von Bismarck auf; mit ihm beschäftigt man sich ja, weil er gerade seinen 200. Geburtstag hatte:

„Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch betrieben wird als mit dem Wort ‚frei‘. Ich traue dem Wort nicht, weil keiner die Freiheit für alle will; jeder will sie für sich.“

Wir gestalten als politische Entscheidungsträger Freiheitsrechte, bei deren Ausübung für Dritte die Gefahr schwerer Erkrankungen oder gar des Sterbens entsteht. Wir dulden dies nicht nur im Allgemeinen, sondern auch in den Gemeinschaftseinrichtungen zur Betreuung und Bildung unserer Kinder, für die unser Staat und wir als Gesetzgeber in einer besonderen Verantwortung stehen.

Wir stimmen Ihrem Antrag wegen seiner richtigen Ansätze zu, wenn er auch in unseren Augen noch nicht die angemessene Reaktion auf die aktuelle Problemlage darstellt. Wir könnten uns allerdings auch vorstellen, dass das, was Sie jetzt angekündigt haben, in dem nächsten Umsetzungsschritt durchaus noch weiter geht. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Münch.

**Frau Dr. Münch (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden feststellen, dass es bei dem Thema Impfen einen fraktionsübergreifenden, breiten Konsens gibt, auch wenn Herr Nowka das Thema Freiheit, Impfpflicht, Impfwang gerade noch einmal sehr intensiv dargestellt hat - wobei, Herr Nowka, der Kollege Bismarck nicht die Gallionsfigur ist, die ich unbedingt für das Thema Freiheit und soziale Gerechtigkeit wählen würde.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE - Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

Ich denke, das Thema Impfpflicht ist ein schwieriges Thema, das sehr grundsätzlich - auch juristisch - im Kontext mit der Verfassung und unseren Freiheitsrechten diskutiert werden müsste. Aber es geht uns nicht darum, hier fein ziseliert juristische und freiheitstheoretische Beobachtungen anzustellen, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, dass möglichst alle Kinder geimpft werden und wir es schaffen, das Ziel zu erreichen, zu dem wir uns verpflichtet haben, nämlich Masern und Röteln auszurotten. Wir sollten in einer weit entwickelten zivilisierten Gesellschaft dazu in der Lage sein, die Menschen zu überzeugen, sodass wir dieses Ziel auch erreichen.

Wir sind hier in Brandenburg sehr gut aufgestellt; Sie haben die Zahlen zitiert, Kollege Wilke. Wir haben einen Durchimpfungsgrad von über 95 %. Das ist auch das Ziel, das uns die Weltgesundheitsorganisation vorgibt. Damit sind wir tatsächlich sehr gut aufgestellt. Trotzdem erleben wir immer wieder - deswegen ist es auch so wichtig, sich diesem Thema immer wieder auch gemeinsam zu stellen -, dass es Ausbrüche und Epidemien gibt. Wir haben es in Berlin erst vor kurzem erlebt, dass es auch Todesfälle gibt, die nicht sein müssten und die sehr betroffen machen.

Man muss sich natürlich fragen: Warum gibt es immer noch Eltern, Familien, die Impfungen verweigern und ihre Kinder nicht impfen lassen? Natürlich sind hier auch die Ärzte in der Pflicht, auch wenn das sicherlich oft belastende und unangenehme Situationen in den Arztpraxen sind. Aber wem, wenn nicht dem Kinderarzt, sollten die Eltern vertrauen und von ihm Informationen - aus erster Hand - bekommen? Deswegen möchten wir auch die Ärzte und den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit unserem Antrag stärken.

Seit ungefähr 200 Jahren gibt es das Instrument der Impfung, und genauso lange gibt es auch Impfskeptiker. Man muss die unterschiedlichen Argumente ernst nehmen und Menschen in ihren Lebenswelten dort abholen, wo sie stehen.

Wir wollen Masern bald eliminieren. Wir wollen, dass kein Kind an einer Maserninfektion sterben muss - und auch kein Erwachsener, denn bei den Erwachsenen verlaufen diese Infekte häufig noch schwerer als bei Kindern. Deswegen ist es hier so wichtig, an das anzuknüpfen, was bereits vorhanden ist.

Wir haben die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission - der Staat steht hinter diesen Empfehlungen - für bestimmte Impfungen. Der Staat tritt auch für mögliche gesundheitliche Schädigungen durch Impfungen ein. Die Anzahl der potenziellen Schädigungen ist im Vergleich zum Nutzen sehr gering. Das Paul-Ehrlich-Institut erfasst gemeldete Verdachtsfälle. Beispielsweise ergab eine Auswertung für das Jahr 2009, dass in lediglich elf von Tausenden von Fällen ein vermuteter Zusammenhang mit der Impfung gesichert wurde. Deshalb ist es so wichtig, für Impfen zu werben und aufzuklären.

Es geht nicht darum, zu sagen: Das Kind muss diese Erkrankung durchgemacht haben. - Der Begriff Kinderkrankheit verleitet immer dazu, diese Krankheit zu verniedlichen und zu sagen: Eine Krankheit, die nur Kinder bekommen, müsse man durchgemacht haben. - Das ist nicht der Fall. Diese Krankheiten können sehr bedrohlich verlaufen und auch schwere Folgen für das weitere Leben des Betroffenen haben.

In den Kinderarztpraxen hängt oft das Bild eines Impfschirms. Er soll sehr schön symbolisieren, dass die Menschen selbst geschützt sind, aber vor allen Dingen, dass sie durch Impfen auch ihre Mitbürger schützen. Deshalb ist es auch im Sinne der Gesellschaft so wichtig, dass sich möglichst alle Menschen impfen lassen.

Wir möchten die Landesregierung deshalb mit unserem Antrag ermutigen, sich bei der Nationalen Impfkonzferenz, die Berlin und Brandenburg im Juni gemeinsam veranstalten und auf der das Thema Masern ein Schwerpunkt sein wird, noch stärker einzubringen. Wir möchten, dass der Lebensweltenansatz im Rahmen der Bundesratsbefassung des Gesetzentwurfs zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention eingebracht wird.

Außerdem geht es uns - das ist mir besonders wichtig - darum, den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken, denn gerade der Öffentliche Gesundheitsdienst hat hier eine ganz starke präventive Funktion. Alle Kinder werden in den Schulen untersucht. Hier kommt die beratende Funktion mit Blick auf die Kinder, ihre Eltern sowie die Schulen hinzu. Deswegen ist ein wichtiger Punkt in unserem Antrag auch die Stärkung des ÖGD.

Wir möchten Sie alle bitten, diesem Antrag zuzustimmen, denn es geht darum, die Prävention zu verstärken, Menschen zu er-

mutigen, sich freiwillig für eine Impfung zu entscheiden. Es geht darum, bewährte Ansätze aufzugreifen und weiterzuentwickeln, soziale Netzwerke bzw. Medien zu nutzen, die Menschen in ihren Lebenswelten abzuholen. Und es geht darum, den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält jetzt die Fraktion der AfD, der Abgeordnete Dr. van Raemdonck. Bitte schön.

#### **Dr. van Raemdonck (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich möchte meine Rede mit einem Zitat von Hellmuth Karasek beginnen:

„Man muss die Phantasie mit wenig anregen, damit sie viel daraus macht.“

So oder so ähnlich muss wohl dieses - ich traue mich gar nicht, das als Antrag zu bezeichnen - bedruckte Papier entstanden sein. Die Autoren haben völlig übersehen, dass die Abwesenheit von Inhalt überhaupt nichts anregt.

Was Sie uns hier präsentieren, Herr Wilke, sollte für eine Landesregierung tägliches Geschäft sein, und die Frage muss erlaubt sein: Hält die rot-rote Koalition ihre eigene Regierungsmannschaft für völlig unfähig, oder ist es so, dass den Abgeordneten der Regierungskoalition ihre Niederschrift so gewichtig vorkommt, dass sie das Parlament und die Landesregierung mit all den Selbstverständlichkeiten unbedingt behelligen muss?

Eines ist allerdings bemerkenswert: Die Impfberatung soll - ich zitiere - „in allen Lebenswelten“ - ich wiederhole: in allen Lebenswelten - „ein fester Bestandteil der Gesundheitsvorsorge“ werden. Das sieht mir ganz nach einem intergalaktischen Sonderauftrag für Captain Kirk und seine Enterprise-Besatzung aus.

(Beifall AfD - Domres [DIE LINKE]: Sie sind witzig!)

Liebe Kollegen! Das Thema Impfschutz ist zu wichtig, als dass es mit diesem billigen Papier abgehandelt werden dürfte. Nehmen Sie das Parlament, die Regierung und die Bürger in Brandenburg ernst und ziehen Sie den Antrag zurück oder bearbeiten Sie ihn gründlich! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Vogel [B90/GRÜNE]: Da kennen wir auch ein paar AfD-Anträge, die zurückgezogen gehören!)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält jetzt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordnete Nonnemacher. Bitte.

#### **Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident Dombrowski! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nach diesem Gipfel der Peinlichkeit möchte ich zum Thema zurückkommen.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE)

Der Antrag der Koalitionsfraktionen nimmt den Titel der 4. Nationalen Impfkonzferenz auf, die am 18. und 19. Juni 2015 von den Ländern Berlin und Brandenburg als gemeinsame Gesundheitsregion in der Berliner Urania ausgerichtet wird. Diese Konferenz steht unter dem Motto „Impfen schützt alle - Masern-Elimination ist machbar!“.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen nimmt auch die Diskussion wieder auf, die wir hier im März-Plenum über den Prüfauftrag der CDU, ungeimpfte Kinder aus Betreuungseinrichtungen auszuschließen, geführt haben.

Bereits 1999 hatten sich Bund und Länder mit dem „Interventionsprogramm Masern, Mumps, Röteln“ die Elimination des Masernvirus bis 2010 auf die Fahnen geschrieben. Eingebettet war dieses Programm in die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation. Vor dem Hintergrund zahlreicher regionaler Masernausbrüche musste für die Region Europa das Eliminationsziel auf 2015 verschoben werden. Dieses Ziel werden wir aber erneut nicht erreichen, wie der aktuelle Masernausbruch in der Region Berlin-Brandenburg belegt.

Die Ausrottung des Masernvirus stellt wegen seiner hohen Ansteckungsfähigkeit eine besondere Herausforderung dar. Eine hohe Immunität in der gesamten Bevölkerung - nämlich von mindestens 95 % - ist nötig, um Infektionsketten zu durchbrechen und die Elimination zu erreichen. Dazu sind zwei Impfungen erforderlich.

Als Indikator für den Erfolg einer Masernelimination sieht die Weltgesundheitsorganisation eine Neuerkrankungsrate von unter einem Fall pro Million Einwohner und eine stabile Impfquote von über 95 % in allen Altersgruppen für die zweifache Masern-Mumps-Röteln-Impfung vor. Aber auch, wenn die Diskussion momentan durch den großen Masernausbruch in unserer Region und das neuerliche Verfehlen des Eliminationsziels beherrscht wird, sind Impfquote und Immunität im Kindesalter doch besser, als oft unterstellt wird. Für das Jahr 2001 wurden deutschlandweit 6 139 Masernfälle gemeldet, 2006 2 308 und 2014 443, wovon mehr als ein Viertel auf den Monat Dezember entfällt.

Die Durchimpfungsrate für alle empfohlenen Impfungen hat sich bei den Schuleingangsuntersuchungen in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich stark erhöht. Sie liegt für Diphtherie, Polio und Tetanus stabil sehr hoch und für die erste Masernimpfung inzwischen ebenfalls bei über 95 %. Bei der zweiten Masernimpfung bestehen noch Defizite. Es werden jetzt aber auch Impfquoten von 90 % erreicht, und wie gesagt: Die Tendenz ist kontinuierlich steigend.

Aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey wissen wir, dass Impfungen häufig nicht zu den empfohlenen Zeitpunkten durchgeführt werden und Impfücken besonders bei Jugendlichen bestehen. Insbesondere bei Familien mit vielen Kindern, bei Migranten und bei Kindern, deren Eltern Vorbehalte gegen Impfungen haben, bestehen Defizite. Hier gilt es, mit zielgruppenspezifischen Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit, wie auch im Antrag gefordert, gezielt gegenzusteuern. Die allergrößten Defizite bestehen aber weiterhin bei den Erwachsenen.

Die in den letzten 15 Jahren dokumentierten Steigerungen der Durchimpfungsquoten im Kindesalter für viele Impfungen zeigen, dass weitere Erfolge und auch eine Elimination der Ma-

sern durch die Prinzipien der Aufklärung und der freiwilligen Impfung erreicht werden können. Es bedarf bei der augenblicklichen Lage keiner Impfpflicht. Eine solche streng abzuwägende Impfpflicht wurde in der Bundesrepublik Deutschland erst einmal vorübergehend mit dem Gesetz über die Pockenschutzimpfung erlassen. Auch die Elimination der Poliomyelitis 2002 wurde auf der Grundlage unseres Systems der Freiwilligkeit erreicht. Die erste Masern-Mumps-Röteln-Impfung sollte bei Kindern mit elf Monaten, die zweite vor Vollendung des zweiten Lebensjahres erfolgen.

Der Schutz von kleinen Säuglingen und Nichtimpffähigen kann nur über die Impfung des persönlichen Umfeldes erfolgen. Deshalb müssen im Zuge eines solidarischen Agierens Impfücken auch bei Älteren konsequent geschlossen und auch Asylsuchende unmittelbar nach Eintreffen in den Erstaufnahmeeinrichtungen konsequent nach den STIKO-Empfehlungen geimpft werden.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen benennt sinnvolle Strategien zur Verbesserung des Impfschutzes, weshalb wir ihm gern zustimmen werden.

(Beifall B90/GRÜNE, DIE LINKE, SPD sowie vereinzelt CDU)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Das Wort erhält jetzt die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Schulze. Bitte.

#### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Kollegen von der Linkspartei und der SPD-Fraktion sei für den Antrag gedankt, auch wenn ich nicht verhehlen will, dass er durchaus hätte weiter gehen können; darauf komme ich aber noch.

Frau Nonnemacher hat dankenswerterweise auf die medizinischen Aspekte des Impfens hingewiesen. Wir haben es hier mit einem chronischen Dilemma zu tun zwischen Freiheit auf der einen Seite - zu tun, was man für richtig hält - und mit Solidarität auf der anderen, nämlich der Solidarität den Mitmenschen gegenüber.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat im Rahmen der Kindwohldebatte, die hier vor sechs bis acht Jahren geführt wurde - ich erinnere an den Fall Dennis in Cottbus und andere Fälle -, ein richtungsweisendes Gutachten zum Erziehungsrecht der Eltern nach Artikel 6 Grundgesetz erstellt. Einige meinen, dass sich der Staat fernzuhalten habe. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages kam zu dem Ergebnis, dass es kein Recht auf Vernachlässigung gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Impfen ist wichtig, das ist keine Frage. Wir führen leider an dieser Stelle die Diskussion nur auf Masern verkürzt. Es ist aber auch über andere Krankheiten zu reden: Mumps, Röteln, Windpocken, Polio, Diphtherie, Wundstarrkrampf, Hepatitis, Haemophilus influenzae, Meningokokken - das alles muss man im Gesamtkontext sehen. Leute, die Masernimpfungen ablehnen, lehnen auch andere Impfungen ab. Das ist keine Sache, die sich nur auf Masern beschränkt.

Meine Damen und Herren, wir mögen bitte nicht vergessen, dass vor hundert Jahren in Deutschland noch 25 % aller Kinder

vor dem 5. Lebensjahr gestorben sind, und dies im Wesentlichen an Infektionserkrankungen, die wir durch Impfungen weitgehend ausgerottet haben. Wir liegen heute bei 3,8 Todesfällen unter 1 000 Kindern. Wenn wir uns die Kindersterblichkeit in der Dritten Welt anschauen - 4,8 Millionen pro Jahr im südlichen Afrika, 3,1 Millionen in Asien und 3,7 Millionen in Lateinamerika pro Jahr -, dann stellen wir fest: Das hat alles etwas mit Impfen zu tun. Impfverweigerung ist auch ein Wohlstandsproblem, weil wir zum Teil vergessen haben, welche präventiven Wirkungen es hat. Manche denken, ihr eigenes Heil sei höher anzusiedeln als das der Gemeinschaft. Ich darf daran erinnern, dass wir in den Jahren von 2000 bis 2013 weltweit noch 1,7 Millionen Todesfälle durch Masern hatten; das ist eine Zahl der WHO.

Daran erkennt man: Masern sind keine harmlose Krankheit. In die USA zum Beispiel darf nicht einreisen, wer nicht gegen Masern geimpft ist. Das gilt übrigens für alle Deutschen und wird geprüft, ähnlich wie die Gelbfieber-Impfung im Gelbfieber-Gürtel der Welt. Es ist ein bedenkliches Zeichen, wenn Deutsche bei der Einreise in die Vereinigten Staaten in besonderer Art und Weise geprüft werden. Es zeigt, dass wir ein Problem haben.

Das Hauptproblem besteht aber nicht, wie hier impliziert wurde, in der Frage der Impfung von Kindern und Jugendlichen. Da haben wir in der Tat einen hohen Impfschutz. Das Problem besteht bei den nach 1970 Geborenen. Hier setzt auch meine Kritik am Antrag an. Es ist richtig: Wir müssen reden, wir müssen sensibilisieren. Aber ich wünsche mir, dass wir nicht nur reden, sondern auch anfangen, etwas zu tun.

Es ist nicht so, dass es nicht ginge. Die Kollegen von der CDU haben in der Plenarsitzung im März einen ersten Vorstoß gemacht, den ich für richtig halte. Nicht der Durchimpfungsgrad bei Kindern, sondern der bei Erwachsenen ist das entscheidende Problem. Gegen Masern zum Beispiel können Kinder erst ab dem 13. Lebensmonat geimpft werden. In der Zeit davor haben sie keinen Impfschutz. Und von wem bekommen sie Krankheiten? Von erwachsenen nicht impfgeschützten Personen oder im Kindergarten. Hier ist das Problem. Hier müsste etwas getan werden.

In Sachsen zum Beispiel wird etwas getan: Sachsen hat schon 1991 eine Sächsische Impfkommission eingerichtet. Sie trifft jährlich neue Entscheidungen zu Pflichtimpfungen, die von den Krankenkassen bezahlt werden. In Brandenburg gibt es das nicht. Das Problem ist: Die STIKO beim Robert-Koch-Institut, die bundesweit entsprechende Entscheidungen trifft, hat die Masern-Impfung für die nach 1970 Geborenen nicht zur Pflichtimpfung gemacht - die Sächsische Impfkommission schon! Wenn heute ein Erwachsener feststellt, dass sein Masernimpfschutz nicht gut ist, muss er in Brandenburg fürs Impfen bezahlen, in Sachsen nicht. Das ist Teil des Problems. Wenn Ärzte auf Eltern oder andere Erwachsene zugehen und ihnen eine Impfung nahelegen, müssen diese die 70 Euro für eine Masernimpfung selbst berappen.

Was die Koalitionsfraktionen vorschlagen, ist gut und richtig. Aber ich fordere Sie, Frau Ministerin, auf: Setzen Sie in Brandenburg eine Ständige Impfkommission ein - das können Sie, es ist unproblematisch und kostet nicht viel Geld. Es schafft Rechtssicherheit für Ärzte und neue Möglichkeiten, den Impfschutz zu verbessern, und kostet den Landeshaushalt kein Geld. Die Kommission in Sachsen arbeitet ehrenamtlich.

Wir sollten vom Reden zum Handeln kommen. Wir sollten tun, was wir können, und nicht immer auf andere verweisen. Ich schließe in der Hoffnung, dass wir zu einer der nächsten Sitzungen von der Ministerin hören können, dass es in Zukunft eine Brandenburgische Ständige Impfkommission gibt. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE Wähler Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Golze.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist deutlich geworden, dass wir alle einig sind, dass Impfungen zu den wichtigsten präventiven Maßnahmen in der Medizin gehören, denn sie schützen vor Erkrankungen, vor Leid und können sogar verhindern, dass man durch eine Erkrankung zu Tode kommt. Deshalb werde ich mich als Gesundheitsministerin des Landes Brandenburg auch weiterhin nachdrücklich für eine hohe Impfbeteiligung in der Bevölkerung einsetzen.

Es tut mir leid, Herr Schulze, wenn Sie ein bisschen so tun, als sei hier nichts passiert. Wie kommen die hohen Durchimpfungsraten im Land Brandenburg zustande, wenn wir in der Vergangenheit nicht schon einiges dafür getan haben? Ich nehme Ihren Hinweis auf eine Impfkommission gerne auf und werde ihn prüfen, kann aber schon jetzt darauf verweisen, dass auch im Land Brandenburg die öffentlichen Empfehlungen für Impfungen weit über die der Ständigen Impfkommission hinausgehen.

Der aktuelle Masernausbruch in Berlin mit über 1 000 Erkrankungsfällen beweist, dass wir uns diesem Thema stellen müssen. Wir haben im Land Brandenburg die vergleichsweise gute Situation, dass wir nur 86 Fälle haben, also eine deutlich geringere Anzahl von Erkrankungen.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin Golze:**

Gerne.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass es zwar Empfehlungen des Gesundheitsministeriums zur Masernnachimpfung bei Erwachsenen gibt, sie aber keine Kostenpflichtigkeit bei Krankenkassen auslösen, während die Krankenkassen die Impfung bezahlen müssen, wenn die Ständige Impfkommission beim RKI oder die Sächsische Impfkommission es festlegen?

**Ministerin Golze:**

Ich habe Ihnen eben schon zugesagt, dass ich Ihren Hinweis prüfen werde. Sie haben auf den Zeitpunkt der Impfung zum Beispiel für Neugeborene hingewiesen. In Brandenburg wird



die Impfung schon ab dem neunten Monat empfohlen. Wir liegen hier vor der Empfehlung der Ständigen Impfkommission. Selbstverständlich werden für diese Impfungen auch die Kosten übernommen. Alles Weitere werde ich gerne prüfen, das können wir uns anschauen. Wir wollen ja genau diesen Austausch, diese Information. Wir werden uns diesbezüglich bei der Nationalen Impfkonzferenz einbringen. Ihren Hinweis nehme ich gerne auf und werde ihn prüfen.

Ich komme zurück zur Masernerkrankung. Im Land Brandenburg hatten wir zum Glück nur 86 Fälle, also eine deutlich geringere Zahl als in Berlin. Aber wenn es solche Erkrankungen gibt, wird deutlich, dass Impflücken auch in Brandenburg bestehen. Auf die hohe Durchimpfungsrate bei Kindern, bei Schülerinnen und Schülern ist schon hingewiesen worden. Aber bereits bei jungen Erwachsenen zeigen die landesweiten Erhebungen Nachholbedarf, insbesondere bei lebensgefährlichen Hirnhautentzündungen oder Hepatitis B. Ich habe darauf im Rahmen der Europäischen Impfwoche hingewiesen und deutlich gemacht, dass solche Impflücken nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen.

Für die notwendige Sensibilisierung bei Eltern, aber auch bei Jugendlichen brauchen wir eine gute und fundierte wissenschaftliche Basis und einen breit aufgestellten Dialog im politischen Raum. Ich möchte auf Herrn Nowka zurückkommen: Auch ich bekomme Schreiben von Kinderärzten, ich habe mich mit dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung darüber unterhalten. Ich bekomme auch Zuschriften von Eltern, die mir schildern, dass ihre Kinder nach ihrer Aussage Impfschäden erlitten haben. Mir wird unterstellt, dass ich nur fürs Impfen werben würde, weil mich die Pharmaindustrie dafür bezahlt - ein absurder Vorwurf. Eltern wird unterstellt, sie hätten ihrem Kind ein Schütteltrauma zugefügt, nur um damit von Impfschäden abzulenken. Zum Teil ist absurd, was dort diskutiert wird.

Deswegen brauchen wir eine fundierte Auseinandersetzung, eine gute wissenschaftliche Begleitung, und darum soll es bei der 4. Nationalen Impfkonzferenz gehen, die im Juni 2015 gemeinsam vom Land Brandenburg und dem Land Berlin ausgerichtet wird. Im Mittelpunkt steht die Elimination von Masern und Röteln. Es soll ein Plan von Bund und Ländern vorgestellt werden, und es sollen konkrete Maßnahmen aller Akteure besprochen werden. Dazu gehören die Ärzteschaft, der Öffentliche Gesundheitsdienst, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Das Land Brandenburg wird sich einbringen.

Ich finde es schön, dass Herr Nowka gesagt hat, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmt, weil wir auch politisch einen breiten Konsens brauchen, um die Diskussion sachlich führen zu können.

Ich möchte auf den Öffentlichen Gesundheitsdienst eingehen, eine wichtige Säule des Gesundheitswesens - die dritte neben der stationären und ambulanten Versorgung. Wir waren Vorsitz-Land bei der Gesundheitsministerkonferenz im Jahr 2013 und haben dort den Öffentlichen Gesundheitsdienst in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben gemeinsam mit den anderen Ländern den Beschluss gefasst, dass im Öffentlichen Gesundheitsdienst Fachpersonal in angemessener Größenordnung vorhanden sein muss, um die Aufgaben nach dem Gesetz gut erfüllen zu können. Dafür stehen Kommunen und Länder in der Pflicht. Wir dürfen diesen Beschluss nicht einfach zur Seite legen, sondern sind über die Umsetzung nach wie vor im Gespräch.

Wir brauchen uns bei der Prävention im Land Brandenburg nicht zu verstecken. Brandenburg hat sich von Anfang an für eine Impfberatung in allen Altersgruppen eingesetzt.

Der AfD-Fraktion und ihrem Redner würde ich empfehlen, noch einmal nachzuschauen, was mit „Lebenswelten“ gemeint ist. Es hat nichts mit dem Raumschiff Enterprise zu tun. Wir können konkret vorweisen, wie Prävention und Aufklärung in Lebenswelten stattfinden kann. Wir haben die Bündnisse „Gesund Aufwachsen“ und „Gesund Älter werden“, wo die Impfberatung eine herausragende Rolle spielt. In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren Diskussionen, solange sie sachlich stattfinden. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Nowka [CDU])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Das Wort erhält nochmals die Fraktion DIE LINKE; der Abgeordnete Wilke spricht.

#### **Wilke (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die - bis auf ein paar Ausreißer nach unten - konstruktive Debatte. Wir haben ein paar Argumente gehört, auf die ich kurz einzugehen versuche. Herr Schulze, ich habe nicht recht verstanden - darüber können wir uns auch gerne noch persönlich austauschen -, warum Sie auf der einen Seite unseren Antrag kritisieren, der sich angeblich vor allem auf Kinder fokussiert und andere Dinge zu stark außer Acht lasse, gleichzeitig aber den CDU-Antrag zur Impfpflicht bei Kita-Kindern loben, der sich ausschließlich auf genau diese Kinder fokussiert. Die Logik war mir nicht klar, ich meine einen Widerspruch zu erkennen.

Herr Nowka, zu Ihrem Argument von den Zuschriften von Ärztinnen und Ärzten - diese Zuschriften bekommen wir alle. Sie haben das Argument vorgetragen und ein Stück weit auch zu Ihrem Argument gemacht. Zumindest haben Sie gesagt, dass Sie es ähnlich sehen, dass die persönliche Freiheit auf vielerlei Weise eingeschränkt wird. Das ist aus meiner Sicht und der Sicht meiner Fraktion kein Grund, das noch weiter zu betreiben, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Das bei der Argumentation über die Impfpflicht anzuführen halte ich ein Stück weit für schwierig.

Lassen Sie uns auf die Zahlen schauen, die allesamt deutlich machen, dass wir es mit einer hohen Impfbereitschaft zu tun haben und die Lage nicht dramatisiert werden sollte. Wir liegen bei fast 100 % Durchimpfungsgrad bei der Erstimpfung. Wir wissen, dass deutlich mehr Kinder als Eltern geimpft sind. Das zeigt doch, dass eine Bereitschaft grundsätzlich vorhanden ist. Ich gehe davon aus, dass alle Eltern, die ihre Kinder impfen lassen, prinzipiell auch dazu bereit sind, sich selbst impfen zu lassen, es aber möglicherweise ein Stück weit vernachlässigt haben. Wir sehen auch, dass zum Beispiel mit den schriftlichen Erinnerungen an Arzttermine, die seit 2008 stattfinden, die Impfquote bei Kindern vor der Einschulung von 88,1 % auf 94,5 % gestiegen ist.

Diese Indizien verdeutlichen: Aufklärung und Information helfen. Die Maßnahmen sind wirksam. Es zeigt sich, dass die Lage bei weitem nicht so dramatisch ist, dass wir jetzt mit dem Dampfhammer über eine Impfpflicht reden müssten. Aus unse-

rer Sicht zumindest sei es so gesagt. Ich habe aber deutlich gemacht: Sollte sich die Lage dramatisieren oder sich anders entwickeln, was wir alle nicht hoffen und nicht annehmen - erst recht nicht, wenn dieser Antrag beschlossen wird und die Landesregierung weitere Maßnahmen ergreift -, dann halten wir uns andere Optionen offen.

Auf die Argumente der AfD-Fraktion brauche ich nicht einzugehen, denn es gab keine. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Schulze hat eine Kurzintervention angekündigt; bitte schön.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Lieber Kollege Wilke, da gibt es keinen Widerspruch, sondern ich habe gesagt, dass es gut ist zu reden und zu werben, aber manchmal reicht es eben nicht. Manchmal muss man schlicht hingehen und auch etwas tun. Der Vorschlag der Kollegen der CDU-Fraktion war ein erster guter Schritt in die richtige Richtung, der dann leider abgelehnt worden ist. Gut, dann kann man ihn ein Jahr später wieder bringen. Mit der Brandenburgischen Impfkommission habe ich einen zweiten Vorschlag gemacht und danke der Ministerin, dass sie das so offen aufgenommen hat. Das ist ja letztendlich auch keine so schwierige Angelegenheit.

Ich weise auf Folgendes hin: In Berlin wurde die Frage, was Kita und Schule betrifft und ob es zulässig ist, die Aufnahme von Kindern in öffentlichen Einrichtungen zu verweigern, wenn sie nicht geimpft sind, bereits verfassungsrechtlich geprüft, und sie wurde positiv beschieden. Das heißt, Kindern und Jugendlichen, die aus nicht-medizinischen Gründen nicht geimpft sind, kann der Zugang durchaus verwehrt werden. Da das Land Berlin nur einen Steinwurf von hier entfernt ist und keine andere Verfassungssrechtslage hat als wir, bitte ich einfach darum, dass man das aufgreift - dort sitzt ein rot-schwarzer Senat - und sagt, wir können von den Berlinern lernen und etwas übernehmen. Tun Sie das doch einfach! Meine Bitte, meine Aufforderung war, dass wir nicht bei Akklamationen und Appellen bleiben, sondern zum Handeln übergehen. Da zählt jeder Tag, denn keiner von uns weiß, wann sich solch eine Endemie bzw. Pandemie - was auch immer - entwickelt, und wenn das erste Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es definitiv zu spät. Jetzt können wir noch etwas ändern.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege Wilke, möchten Sie reagieren? - Da das nicht der Fall ist, schließe ich die Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/1224. - Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Eisenhydroxidschlämme aus der Braunkohlesanierung ordnungsgemäß deponieren und Gewässer schützen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1228

Die Aussprache wird von der Kollegin Schier von der CDU-Fraktion eröffnet.

**Frau Schier (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Die Hinterlassenschaften des Braunkohleabbaus in der ehemaligen DDR und der sorglose Umgang mit den Folgen der Eisensulfidverwitterung in dieser Zeit werden uns in den nächsten Jahrzehnten weiter begleiten. Ich erinnere an den fraktionsübergreifenden Beschluss dieses Hauses in der vergangenen Wahlperiode, alles dafür zu tun, den bergbaubedingten Stoffeintrag - insbesondere von Eisenhydroxid - in unsere Fließgewässer und sensible Ökosysteme mit geeigneten Maßnahmen zu reduzieren. In Verantwortung stehen hier die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungs-gesellschaft - kurz LMBV - und mit ihr die Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und der Bund.

In den vergangenen zwei Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um der Verockerung entgegenzuwirken und das Eisenocker aus den Gewässern und dem Grundwasser zu holen. Große Mengen des Eisenhydroxidschlammes fallen insbesondere bei der Beräumung der Fließgewässer und in der Vorsperre der Talsperre Spremberg an. Des Weiteren flockt Eisenhydroxid in den Absatzbecken der Grubenwasserreinigungsanlagen aus. Dieses Eisenhydroxid setzt sich dann mit den Schwebstoffen als Schlamm am Beckenboden ab und muss auch hier von Zeit zu Zeit herausgebaggert werden.

Der Bergbausanierer LMBV rechnet für den Nordraum der Spree, also für Brandenburg, mit bis zu 72 000 Tonnen Eisenhydroxidschlamm, die durch die Sanierungsmaßnahmen jährlich anfallen. Im sächsischen Spreengebiet wird von der doppelten Menge pro Jahr ausgegangen. Damit stellt sich die Frage: Wohin mit den Schlammmassen?

Die LMBV hat sich in den letzten Monaten sehr intensiv mit genau dieser Frage befasst und im Oktober 2014 ein Eisenhydroxidschlamm Entsorgungskonzept erarbeitet. Dem Konzept nach orientiert sich die LMBV hierbei an der Hierarchie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes; Abfallvermeidung vor Wiederverwertung, Recycling, sonstige Verwertung vor Beseitigung. Dies hört sich zunächst sehr technisch an. Übersetzt man die Überlegungen der LMBV, bedeuten sie, dass man neben einer Verwertung und Nutzung der Eisenhydroxidschlämme in der Zukunft ebenfalls in Erwägung zieht, die Schlämme in tiefen stehenden Gewässern, wie dem Altdöberner See, einzulagern. Die LMBV begründet diese Überlegung unter anderem damit, dass erstens die Schlämme aus der Fließgewässerberäumung und den Grubenwasserreinigungsanlagen mit organischen und



klastischen Anteilen versetzt und damit ungeeignet für die Verwertung oder Nutzung sind, dass zweitens die Kapazitäten für eine ordnungsgemäße Deponierung äußerst begrenzt sind und drittens die Kosten für eine fachgerechte Entsorgung mit derzeit ca. 30 bis 40 Euro pro Tonne - ich habe auch schon von Preisen bis zu 70 Euro pro Tonne gehört - auf geeigneten Deponien sehr hoch sind.

Liebe Kollegen! Als CDU-Fraktion sind wir der Auffassung, dass man es sich an dieser Stelle zu einfach macht. Es sollte nicht nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ verfahren werden. Deshalb liegt Ihnen heute der von der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Antrag zur Abstimmung vor. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass die anfallenden Eisenhydroxidschlämme ordnungsgemäß zwischengelagert und anschließend auf geeigneten Monodeponien, auf denen ausschließlich diese Schlämme gelagert werden, verbracht werden.

Ein Einleiten der Schlämme in Gewässer wie den Altdöbener Seen lehnen wir als Union ab und fordern

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

von der Landesregierung, sich im Steuerungs- und Budgetausschuss für die Eisenhydroxidschlammdeponierung einzusetzen. Wenn die LMBV argumentiert, es gäbe keinen ausreichenden Deponieraum, ist es die Pflicht des Landes, gemeinsam mit den anderen Bundesländern dafür zu sorgen, dass geeignete Deponiestandorte erkundet, planungsrechtlich gesichert und anschließend auch betrieben werden. Die Sanierung der Alttaugebaue ist eine staatliche Aufgabe, die über das jeweilige Verwaltungsabkommen finanziert wird. Sollte es also keine privatwirtschaftlichen Deponiebetreiber und nur begrenzte Deponiekapazitäten geben, muss der Steuerungs- und Budgetausschuss auch darüber nachdenken, ob dies künftig mit einem eigenen Portfolio zugeordnet wird. Hier nur zu sagen, wir verklappen die anfallenden Schlämme zum Beispiel in den Altdöbener See, ist uns zu wenig.

In diesem Zusammenhang sehen wir es deshalb auch als erforderlich an, sich in den Verhandlungen zu einem Verwaltungsabkommen für die Zeit nach 2017 dafür einzusetzen, dass die finanziellen Vorkehrungen für eine ordnungsgemäße Deponierung der Eisenockerschlämme getroffen werden.

Mit unserer Ablehnung der Einspülung von Eisenhydroxidschlamm in unsere Gewässer stehen wir nicht allein. Mittlerweile hat sich die Bürgerinitiative Altdöbener See gegründet, um dagegen anzukämpfen. Am 29. März 2015 lud die Bürgerinitiative Vertreter der Landtagsfraktionen zu einer Diskussionsrunde nach Altdöbern ein. Neben den Kollegen Raschke, Roick und Schwarzenberg nahm auch der Umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Herr Dombrowski teil. Ich habe die Veranstaltung im Publikum verfolgt. Am Ende der Diskussion war ich froh darüber, dass sich nicht nur Herr Raschke und Herr Dombrowski gegen die Einspülung von Eisenhydroxid in den Altdöbener See ausgesprochen haben, sondern auch der Kollege Roick. Von daher bin ich auf die weitere Debatte zu unserem Antrag gespannt und bitte um Zustimmung für diesen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt AfD)

### Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Barthel für die SPD-Fraktion.

### Barthel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Die nachhaltige Vermeidung und der nachhaltige Umgang mit Eisenhydroxidschlamm ist ein Thema, das viele Menschen in der Lausitz und nicht nur dort bewegt - und das mit Recht. Wir nehmen das sehr ernst. Die Verockerung der Gewässer, insbesondere der Spree, ist eine Umweltbelastung. Die Eisenhydroxidschlämme beeinträchtigen nicht nur das Bild der Tourismusregion, sondern führen mit zunehmender Dichte und Dicke des Eintrags von Eisenhydroxid zu einer bleibenden Schädigung der Fauna und Flora der betroffenen Gebiete.

Beides wollen wir verhindern - meine Vorrednerin hat schon darauf verwiesen. Deshalb haben Bund, Länder und die LMBV kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen beschlossen, um das Problem entschieden und nachhaltig zu bekämpfen. Der Landtag hat sich, wie gesagt, mehrfach mit der Thematik beschäftigt und umfangreiche Beschlüsse gefasst, die sich gegenwärtig in der Umsetzung befinden bzw. schon umgesetzt worden sind. Ich will hier nur auf einen Beschluss hinweisen, nämlich ein Gutachten zur Verockerung und zur Sulfatbelastung der Spree im Land Brandenburg zu erstellen. In dem Gutachten, auf das Sie ja auch verweisen, ist auch auf das Thema - Sie haben es Verklappung genannt, ich nenne es Tiefeneinspülung von Eisenhydroxidschlamm in Hohlräume, insbesondere in Bergbaunachfolgeseen - eingegangen worden.

Nun zu Ihrem Antrag: Der Titel suggeriert, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt - entgegen der erklärten Absichten aller Beteiligten und bestehender Gesetzes- und Beschlusslage - keinen ordnungsgemäßen Umgang mit Eisenhydroxidschlamm gibt. Dem muss entschieden widersprochen werden, weil das nicht den Tatsachen entspricht. Fakt ist, dass sich alle Beteiligten und Verantwortlichen an die gesetzlichen und ordnungsbehördlichen Auflagen halten. Sie fehlen aber zum Teil noch, weil sie gegenwärtig erst erarbeitet werden, gerade was das Deponieproblem, das Sie soeben angesprochen haben, angeht. Das Problem aus unserer Sicht ist also, dass die gegenwärtigen realisierbaren und realisierten Maßnahmen nicht ausreichen, um der Menge des anfallenden Eisenhydroxidschlammes Herr zu werden. Hier bedarf es in der Tat größerer Kapazitäten und finanzieller Mittel - da sind wir durchaus bei Ihnen.

Nicht nachvollziehbar ist, dass Sie mit dem Blick auf das Problem den Lösungskanon verengen, indem Sie sich im Wesentlichen auf zwei Lösungsoptionen konzentrieren. Sie haben auf das Konzept der LMBV verwiesen, das wir eindeutig unterstützen. Das sieht als Priorität 1 Vermeidung vor: Was es als Abfall bzw. Umweltbedrohung nicht gibt, muss ich nicht im Nachhinein teuer entsorgen oder beseitigen. Diese Maßnahmen laufen beispielsweise gegenwärtig im aktiven Tagebau, indem Spundwände eingezogen werden; außerdem ist das Wassermanagement ein völlig anderes als zu DDR-Zeiten. Damit tritt die Verockerung im Oxidationshorizont gar nicht erst oder deutlich geringer auf.

Der zweite Punkt, den die LMBV in den Vordergrund gestellt hat und den wir auch unterstützen, ist die Verwertung der entsprechenden Schlämme. Dafür gibt es praktische Beispiele. Selbstverständlich reicht die Verwertungskapazität bei Weitem nicht aus, um eine Verspülung bzw. Deponierung zu verhindern.

Ihr Antrag favorisiert mit der Monodeponie ein einseitiges Deponieverfahren. Mit Blick auf die mögliche Verwertung vor allen Dingen der sortenreinen Eisenhydroxidschlämme ist das sicherlich ein richtiger Ansatz. Mit Blick auf die Mengen - das hat die Kollegin deutlich gemacht - ist das aus mehreren Gründen sicher die schlechteste Lösung: erstens in Bezug auf die Kosten mit 30 bis 40 Euro pro Tonne, zweitens wegen des hohen Bedarfs an Flächen, drittens wegen der Umweltbelastung durch die Transporte. Das Zeug muss ja erst einmal in die Deponien kommen. Viertens: Wir haben gegenwärtig auch noch keine behördlichen und gesetzlichen Regelungen, die gewährleisten, dass es in den Monodeponien tatsächlich zu einer sicheren Deponie kommt. Auch das wird gegenwärtig erst erarbeitet.

Nicht nachvollziehbar ist, dass Sie - wie in Ihrem Antrag zu lesen - die Tiefeneinspülung kategorisch ablehnen, bevor es überhaupt ein abgeschlossenes Verfahren hinsichtlich dieser Möglichkeit der Deponierung und Verwertung gibt. Ad 1 gibt es dazu zum gegenwärtigen Zeitpunkt erst Untersuchungen. Unter anderem wird in der Studie, die Sie im Begründungstext Ihres Antrages anführen ...

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Abgeordneter, würden Sie bitte zum Schluss kommen!

#### **Barthel (SPD):**

- Ja, ich komme zum Schluss. -

... darauf verwiesen, dass es möglich ist.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Antrag aus den genannten Gründen, insbesondere aufgrund der starken Einengung der Forderungen in Ihrem Antrag hinsichtlich der Lösung des komplexen Problems, keine Zustimmung erhalten sollte.

(Beifall SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Das Wort erhält für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Schröder. Bitte.

#### **Schröder (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Durch den Bergbau in der Lausitz haben wir das Problem der sauren Grubenwässer. Hiermit verbunden ist die Bildung von Eisenhydroxidschlämmen. Das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen und für das wir die dem Gemeinwohl dienlichste Lösung finden sollten.

Die Eisenhydroxidschlämme lagern sich in Fließgewässern ab und verursachen die unschöne Verfärbung und die Verschmutzung unserer Gewässer. Für eine Tourismusregion wie den Spreewald bzw. die Lausitz ist das alles andere als ideal.

Nun sucht die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH nach einer günstigen Möglichkeit, den Schlamm zu entsorgen. Dabei hat die LMBV den Altdöbener See ins Kalkül genommen, da er besonders tief ist. Man handelt hier allerdings nach dem Prinzip: „Aus den Augen, aus dem Sinn.“ - Und billig soll es ohnehin sein.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Nach meinem Kenntnisstand sind zwar bis jetzt noch keine entsprechenden Anträge seitens der LMBV eingegangen, da noch nicht alle Untersuchungen abgeschlossen sind und bis jetzt auch keine entsprechenden Gutachten vorliegen. Jedoch sollten wir uns jetzt schon klar positionieren. Die AfD-Fraktion tut das auch. Wir lehnen eine - ich nenne das auch so - Verklappung dieses Schlamms im Altdöbener See ab. Denn noch hat der See Potenziale, ein wirkliches Naherholungsgebiet mit glasklarem Wasser zu werden. Hier 200 000 Kubikmeter braunen Schlamms zu entsorgen wäre Frevel an der Natur und an der Region, die ohnehin schon an den Folgen des Bergbaus leidet. Da macht die AfD, meine Damen und Herren, auf keinen Fall mit.

Es ist völlig klar, dass die Lausitz ein weiteres Standbein für die Zukunft benötigt. Hier entwickelt sich der Tourismus. Stellen Sie sich einmal vor, Sie seien ein Tourist und hätten die Werbebroschüren für die Region gesehen. Auf Hochglanzpapier werden der schöne See und eine intakte Natur gezeigt. Dann erfahren Sie, was sich auf dem Grund des Sees befindet. Kommen Sie dann wieder?

Wir können es nicht zulassen, dass der Tourismus am Altdöbener See oder irgendeinem anderen See mit Eisenhydroxidschlamm erstickt wird. Wir müssen im Interesse der Lausitz eine andere Lösung finden. In diesem Zusammenhang werden die Deponierung oder die Einbringung in die Kippen der aktiven Tagebaue genannt, wobei eine Deponierung trotz höherer Kosten den Charme hat, dass man die metallhaltigen Schlämme zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf eventuell wieder nutzen kann.

(Beifall AfD)

Aktuell gibt es bereits Beispiele, wie Eisenhydroxid Schwefelwasserstoff aus Biogas entfernt. Potenzielle Nutzungsmöglichkeiten des Eisenhydroxids sollten wir jedenfalls nicht auf dem Boden eines Sees versenken, schon gar nicht in einer künftigen Urlauberregion. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Schwarzenberg. Bitte schön.

#### **Frau Schwarzenberg (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden diesen Antrag ablehnen. Und wir werden uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Verspülung von Eisenhydroxidschlämmen in den Altdöbener See aussprechen.

Warum tun wir das? Erstens: Wie hier in den Redebeiträgen schon zum Ausdruck gekommen ist, gibt es sehr unterschiedli-

che Schlämme sehr unterschiedlichen Typs mit einem unterschiedlichen Eisengehalt mit unterschiedlichem Anteil an organischen Stoffen und einer unterschiedlichen Art von Feststoffen. All diese Schlämme sind in jedem Fall differenziert zu bewerten. Für jeden speziellen Typus muss der richtige Entsorgungsweg gefunden werden. Natürlich gibt es auch Schlämme, die ausschließlich deponiert werden müssen.

Zweitens: Schon jetzt gibt es Verfahren zur Verspülung von Schlämmen im Bergbau. Beispielsweise werden die anfallenden Schlämme aus den technischen Grubenwasserreinigungsanlagen aufgrund ihrer chemischen - alkalischen - Eigenschaften zur Neutralisierung von pH-sauren Bergbaufolgesetzen eingesetzt.

Drittens: Das Brandenburgische Wasserhaushaltsgesetz lässt es zu, eine wasserrechtliche Erlaubnis für Verspülungen zu erhalten. Eine solche Erlaubnis ist nur zu versagen, wenn schädliche Gewässeränderungen vorliegen, und diese schädlichen Gewässeränderungen sind im Gesetz und in den wasserrechtlichen Vorschriften definiert.

Bis jetzt gibt es noch keinen Antrag zum Verspülen von Eisenhydroxidschlämmen im Altdöbener See. Es fanden lediglich Abstimmungen mit den Behörden statt, und es liegen erste Stellungnahmen vonseiten der Behörde vor.

Aus Sicht der Behörde ist noch eine ganze Reihe von Untersuchungen notwendig. Dazu gehören beispielsweise Untersuchungen zum chemischen Langzeitverhalten der Schlämme, Untersuchungen zum Abbauverhalten und zum Lösungsverhalten von Schadstoffen. Es fehlt noch eine naturschutzfachliche Bewertung und es fehlen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie.

Was wir also bisher vorliegen haben, ist schlichtweg ein Konzept, eine Variantensammlung zum Umgang mit den Schlämmen - nicht mehr und nicht weniger. In diesem Konzept werden mögliche Formen, die das Abfallrecht regelt, betrachtet. Wir sind der Meinung: Etwas von vornherein auszuschließen, von dem wir noch gar nicht wissen, ob es anwendbar ist, dient nicht dem Anliegen einer intensiven Prüfung von Verfahren. Die endgültige Bewertung dieses technischen Vorhabens ist erst Ende des Jahres möglich, so zumindest die Aussagen der LMBV in der letzten Ausschusssitzung.

Ich möchte aber noch einen anderen Aspekt hervorheben, der für die Ablehnung des CDU-Antrags spricht. Der Antrag der CDU gründet sich auf Emotionen. Er schürt Ängste und auch Erwartungen. Er ist nicht hilfreich. Im Gegenteil, dieser Antrag verhindert und stört den Dialog zwischen Unternehmen und Bürgerschaft.

(Zuruf von der CDU: So ein Schwachsinn!)

Die Menschen haben ein Recht darauf, genau zu erfahren, wie die Pläne aussehen,

(Zuruf von der CDU)

wie und wo sie umgesetzt werden. Was wir wollen, ist die Beförderung einer Sachdebatte zwischen den Beteiligten. Als Politiker ist es unsere Aufgabe, den Dialog zu fördern und zu vermitteln.

(Genilke [CDU]: Welche Interessen vertreten Sie denn?)

Wir müssen darauf achten, dass Bürgerbeteiligungen dort, wo sie erforderlich sind, auch eingefordert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

In der letzten Ausschusssitzung haben Behörden und Unternehmen eine Bürgerbeteiligung zugesagt, die über die gesetzlichen Vorschriften einer wasserrechtlichen Erlaubnis hinausgehen. Wir müssen dieses im Moment sehr emotional besetzte Thema wieder auf die Sachebene zurückholen. Fakten, nicht Emotionen gehören auf den Tisch, ohne Wenn und Aber.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Wir müssen hier eine Sachdebatte führen. Alternativen, wie sie im Antrag gefordert sind, müssen auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen abgewogen werden. Sie könnten problematisch für Umwelt und Anwohner sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch ein abschließendes Wort zu den Agierenden. Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft ist ein staatliches Unternehmen mit dem Auftrag, Flächen, die vor 1990 durch den Bergbau in Anspruch genommen worden sind, wieder nutzbar zu machen. Sie hat auch die Aufgabe, den bergbaubedingt beeinträchtigten Wasserhaushalt zu sanieren. Sie soll weiterhin Gefahren für die öffentliche Sicherheit abwehren. Insofern liegt es auch in unserer Hand, diesen Auftrag zu unterstützen und das Unternehmen entsprechend zu kontrollieren.

Wir wollen eine Umweltpolitik im Sinne der Menschen. Auch wenn wir uns dabei auf einen schwierigen Weg begeben, sind wir aufgerufen, wirtschaftliche und ökologische Fragen in Augenhöhe mit den Betroffenen abzuwägen und nicht im Keim zu ersticken.

Einig sind wir uns darin, dass am Ende nicht Kosten, sondern Sicherheit für Mensch und Umwelt ausschlaggebend für die Entscheidung sein müssen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Raschke. Bitte.

**Raschke (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Was machen Sie eigentlich am 06.06., am Samstag, um 19 Uhr?

(Domres [DIE LINKE]: Da gehen wir demonstrieren!)

- Sehr gut. Wenn Sie da noch nichts oder nichts Besseres als Herr Domres vorhaben, möchte ich Sie gerne einladen zur Vernissage der „aquamediale“ in Lübben. Die „aquamediale“ ist - das wissen viele von Ihnen sicherlich - eine Kunstaussstellung unter freiem Himmel, dieses Jahr unter dem Motto „Metamorphosen“. Metamorphose hat in einer Landschaft wie dem Spreewald natürlich immer viel mit dem Thema Wasser zu tun. Es ist der Kuratorin gelungen, zehn internationale, sehr spannende Künstler nach Lübben zu holen. Einer von ihnen, Mario Asef, hat sich das Problem der braunen Spree einmal so ganz

von außen, ganz unbenommen angeschaut. Er hat sich die braune Spree, die Bagger, die den Schlamm herausholen, und den braunen Schlamm, den Eisenhydroxidschlamm, über den wir hier reden, angesehen. Er hat sich wahrscheinlich gedacht: Das ist ja viel zu schade zum Wegwerfen, daraus kann man etwas machen. Herr Asef hat zusammen mit dem Betonwerk in Lübben eine Art Ziegelstein entwickelt, mit dem er in Lübben den Grundriss der Hospitalkirche nachstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen uns entscheiden. Der letzte Landtag hat eine Entscheidung gefällt - Frau Schier hat es schon angesprochen -, er hat einstimmig entschieden, dass wir das Jahrhundertprojekt der braunen Spree angehen. Wir - dieser Landtag - müssen jetzt eine noch viel schwerere Entscheidung fällen: welchen Weg wir dazu einschlagen.

Der Künstler Mario Asef mit seinen Ziegelsteinen oder die schon benannte Firma in Lauterbach, die Biogas filtert, stehen für den einen Weg. Wir lagern den Eisenschlamm an Land und verwenden ihn jetzt oder später nach entsprechender Forschung als Rohstoff, und wir haben einen sauberen See, den wir touristisch nutzen können. Oder aber, das ist der zweite Weg, wir entsorgen den Eisenschlamm scheinbar billiger im See - wie in Altdöbern - und hängen dann an das große ökologische, wirtschaftliche, touristische Desaster der braunen Spree noch viele kleine nachfolgende ökologische und touristische Probleme hintendran.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt AfD)

Bei dem ersten Weg, bei der Lagerung an Land, müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten hier im Landtag, in den Ausschüssen oder im Ministerium damit beschäftigen, wie es mit Forschungsvorhaben zur weiteren Verwendung des Schlamms aussieht, wie wir Tourismuskonzepte für die Region erstellen können, die dann einen ökologisch intakten See hat. Dann reden wir über Projekte wie Fördermittel für kleine und mittlere Unternehmen, die mit der Verwertung Arbeitsplätze schaffen. Oder wir reden darüber: Wie kann ich neue Deponien einrichten, weil der Bedarf nicht ausreicht?

Beim zweiten Weg sieht es anders aus. Da reden wir im schlimmsten Fall darüber, warum der See umgekippt ist, warum er sauer geworden ist, warum alles Leben am Boden des Sees von dem Schlamm erdrückt wurde. Wir reden dann über Dinge wie die Verletzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dann müssen wir uns damit herumschlagen, wie wir ein Alternativkonzept für eine Region finden, die eigentlich nur noch auf Tourismus setzt und in der der Tourismus nicht mehr möglich ist. Und dann reden wir auch mal wieder über das Thema Politikverdrossenheit, weil die Bürger in den Orten das Gefühl haben, wir laden das gesamte Problem der braunen Spree ohne sorgfältige Prüfung bei ihnen ab.

Jetzt weiß ich natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von der Linkspartei, dass nicht alles schwarz oder weiß ist und dass der Teufel im Detail steckt. Wir haben selbst bei dem ersten Weg, wenn wir das an Land lagern, einen ziemlich schwierigen Weg vor uns. Aber das Problem der braunen Spree ist eben eine Jahrhundertaufgabe. Natürlich muss es die LMBV umsetzen. Aber wir als Landtag müssen eine grundsätzliche Entscheidung treffen. Ich glaube, nach dem, was wir bisher gehört haben, sollte uns diese Entscheidung nicht schwerfallen.

Ich habe zum Abschluss noch zwei Bitten, ich hoffe, dass Sie mir wenigstens eine nicht abschlagen. Die erste Bitte ist: Stimmen Sie unserem Antrag zu und setzen Sie sich für den ersten Weg ein! Die zweite Bitte ist: Wenn Sie am 06.06. um 19 Uhr noch nichts vorhaben, kommen Sie zur Vernissage der „aqua-mediale“ nach Lübben! - Herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Das Wort erhält jetzt für die Landesregierung Minister Gerber. Bitte.

#### **Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verbringung des bei der Braunkohlesanierung anfallenden Eisenhydroxidschlammes steht bereits seit 2013 im Fokus der zuständigen Landesbehörde und des bergrechtlich zuständigen Unternehmens, nämlich der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft.

Wir reden hier über eine Menge von mehr als 70 000 Tonnen jährlich, die alleine im sogenannten Spreengebiet Nordraum, also im Brandenburgischen, anfallen.

Weitere rund 140 000 Tonnen pro Jahr entstehen in Sachsen im Spreengebiet Südraum. Die in Brandenburg anfallenden EHS-Schlämme lassen sich in folgende drei Kategorien einteilen: erstens EHS aus der Gewässerberäumung der Fließe, zweitens aus naturräumlichen Absetzanlagen und Becken sowie drittens weitgehend sortenreiner EHS aus technischen Wasserbehandlungsanlagen.

Nach der Aufforderung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe arbeitet die LMBV seit Anfang 2013 an einem Konzept zum Umgang mit diesem Material. Zu möglichen Genehmigungswegen beim Umgang mit dem EHS wurden Gespräche zwischen dem Landesbergamt, dem Umweltministerium und dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz geführt. Hierbei wurden sowohl die Deponierung auf vorhandenen bzw. auf noch zu errichtenden Deponien als auch die Einspülung in ein Gewässer als rechtlich mögliche Wege aufgezeigt.

Im November 2014 erfolgte dann die Vorstellung des Konzepts zum weiteren Umgang mit dem EHS durch die LMBV. Als Grundprinzip des künftigen Umgangs mit Eisenhydroxid ist, wie eben schon gesagt wurde, die Prämisse der Vermeidung vor Verwertung vor Deponierung und Einspülung vorgesehen. In einer abgestimmten Stellungnahme der zuständigen Ressorts, also Umwelt und Landwirtschaft, Infrastruktur und - wegen der Bergbausanierung - Wirtschaft und Energie, hat sich das Land Brandenburg gegenüber der LMBV positioniert. Wir haben dabei Nachbesserungen hinsichtlich der Deponierung und weiteren Informationsbedarf unter anderem zum chemischen Verhalten der Schlämme und zur Einordnung in die EU-Wasserrahmenrichtlinie benannt.

Teilkomponenten des sortenreinen Eisenhydroxidschlammes können in der Rohstoffwirtschaft, in der Abwasserbehandlung, bei der Entschwefelung von Biogasanlagen, als Absorbermaterial in der Trinkwasseraufbereitung und als Farbpigmente ge-



nutzt werden. Verwertungsmöglichkeiten bestehen dabei gegenwärtig nur in begrenzter Kapazität.

An einer Eisenrückgewinnung aus Mischschlamm aus den Gewässersedimenten sollte also weiter geforscht werden, und dies sollte in einem Pilot- und Demonstrationsvorhaben getestet werden.

Die längerfristige Entsorgung des Eisenhydroxidschlammes auf einer Deponie ist aufgrund unzureichender Kapazitäten zumindest ortsnahe nicht möglich. Die für eine langjährige und dauerhafte Aufnahme größerer Mengen in Betracht kommenden Deponien befinden sich in weiter Entfernung vom Ort des Geschehens. Bei den bestehenden ortsnahen Deponien existieren spezielle Anforderungen an die Einlagerung solcher Schlamm- massen, die unter anderem Anforderungen an die Konsistenz des Materials und den Organikanteil im Schlamm betreffen. Eine Aufbereitung der Schlamm- massen mit Abtrennung organischer und klastischer Bestandteile ist aufwendig und kostenintensiv.

Zudem, meine Damen und Herren, kommt eine zeitweise Zwischenlagerung als kurzfristige Lösung vernünftigerweise ja auch nur dann in Betracht, wenn der weitere Entsorgungsweg geklärt worden ist. Dabei sind auch genehmigungsseitige Anforderungen zu beachten. In Abhängigkeit von den Mengen und Lagerungszeiten ist auch bei diesen Zwischendeponierungen gegebenenfalls eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erforderlich.

Grundsätzlich wird durch die brandenburgischen Behörden eine Einleitung von EHS in einen Tagebausee als rechtlich möglich angesehen; das ist hier auch schon mehrfach gesagt worden. Aber dazu sind noch weitere Untersuchungen und Bewertungen erforderlich und die entsprechenden Genehmigungsverfahren zu führen, in denen die möglichen Auswirkungen einer solchen Einleitung auf die verschiedensten Schutzgüter geprüft werden müssen. Derzeit - auch das ist schon gesagt worden - liegt dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe kein Antrag auf eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung in den Altdöberner See vor, und insofern können wir dieses konkrete Vorhaben natürlich noch nicht prüfen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar allgemeine und grundsätzliche Anmerkungen machen. Zur Verbesserung der Wasserqualität in Bergbaufolgebächen wird bereits heute Eisenhydroxidschlamm genutzt; auch das ist eben schon gesagt worden, und der Umweltausschuss ist darüber informiert worden. Die Untersuchungen der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft zur Deponierung auf einer Monodeponie gehen weiter. Hierzu finden demnächst auch Gespräche statt. Insofern wird ein Teil des Antrags, der uns heute hier vorliegt, bereits umgesetzt. Eine Einflussnahme der Landesregierung auf den StüBA zu einem generellen Verzicht auf die Einspülung, wie sie ebenfalls gefordert worden ist, ist aus meiner Sicht auch nicht möglich, da für den Antragsteller, nämlich die LMBV, grundsätzlich die rechtliche Möglichkeit für eine solche Einspülung besteht.

Wir werden uns bei den bevorstehenden Verhandlungen für das nächste Abkommen zur Braunkohlesanierung - das ist dann das sechste Abkommen - natürlich auch mit dem speziellen Thema EHS beschäftigen und dies in die Beratungen einbeziehen. Hinsichtlich dessen, auch dies zum Thema zu machen, sind wir

mit den zuständigen Ressorts bereits im Gespräch. Insgesamt kann ich den beiden Rednern der Koalitionsfraktionen nur folgen, Ihnen diesen Antrag nicht zur Zustimmung zu empfehlen.

Herr Raschke, noch ein Wort zu Ihnen: Sie haben eben, wenn ich das richtig verstanden habe, gesagt, dass die einzige Zukunft in der Lausitz darin liege, auf den Tourismus zu setzen. Nun bin ich natürlich als auch für den Tourismus Zuständiger immer dafür, dass auch in der Lausitz der Tourismus weiter wächst. Aber ich schlage Ihnen vor, nach der Ausstellungseröffnung auch noch einmal mit Industriebetrieben, mit Handwerksbetrieben, mit Zulieferern der Industrieregion Lausitz zu sprechen, wie sie diese Frage sehen, ob sie ihre Zukunft auch nur im Tourismus sehen oder weiterhin eine Energie- und Industrieregion bleiben wollen. - Schönen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Raschke. - Bitte.

**Raschke (B90/GRÜNE):**

Herzlichen Dank. - Sollte das jetzt missverständlich herübergekommen sein, dann bitte ich um Entschuldigung. Es ging natürlich nicht um die gesamte Region, sondern es geht darum, dass die Region um Altdöbern darauf setzt, diesen See touristisch zu entwickeln, und darauf hofft, dass dann auch Touristen dorthin kommen. Das ist gefährdet. Wenn allein die Schlagzeilen der letzten Wochen heißen: „Giftbrühe kommt in unseren See“, dann möchte natürlich kein Tourist mehr dorthin. Ich glaube, das können Sie nicht von der Hand weisen.

Selbstverständlich führen wir auch gern Gespräche mit Industrieunternehmen. Wir fahren demnächst nach Lauterbach; wenn Sie möchten, können Sie gerne mitkommen, falls Sie nicht schon dort waren.

Meine grundsätzliche Frage ist aber unbeantwortet geblieben: warum Sie überhaupt das Risiko eingehen und diese Region ihrer Zukunft berauben. Es tut mir leid, diese Frage ist für mich offengeblieben. Vielleicht haben Sie noch einmal Lust, darauf einzugehen. - Herzlichen Dank.

(Minister Gerber: Morgen!)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Ich gehe davon aus, dass der Minister darauf nicht antworten möchte; er hat ja schon gesagt, morgen.

Dann rufe ich die Kollegin Schier von der CDU-Fraktion auf. - Bitte schön.

**Frau Schier (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Herr Barthel, Kreislaufwirtschaftsgesetz ja, an allererster Stelle steht aber die Vermeidung. Aber das, was wir jetzt an Eisenhydroxidschlamm aus den Fließgewässern holen, müssen wir jetzt in irgendeiner Form entsorgen.



Herr Raschke, ich bin froh über unseren gemeinsamen Antrag, darüber, dass wir hier mit einer gemeinsamen Stimme sprechen, so wie in Altdöbern auch, und ich hätte mir gewünscht, dass ein klareres Signal von der SPD-Fraktion kommt; denn da ist etwas anderes gesagt worden. Als ehrlich gegenüber dem Wähler empfinde ich das nicht.

Die CDU-Fraktion hat sich bereits schriftlich an den EU-Kommissar für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei sowie an das Bundesumwelt- und das Bundeswirtschaftsministerium gewandt, um die Pläne der LMBV sowie die in Zusammenhang damit erstellten Gutachten überprüfen zu lassen.

Frau Schwarzenberg, zu der Äußerung, wir schürten die Ängste: Die Tiefeneinspülung von Eisenhydroxidschlamm ist für uns nicht mit den Zielen und Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar, zumal alternativ die Möglichkeit zur Deponierung des Eisenhydroxidschlammes besteht. Da sind wir ganz auf der Seite der Bürgerinitiative.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE sowie AfD)

Dies werden wir auch in einem Vororttermin in Brüssel besprechen, um eine Verschlechterung der Wasserqualität des Altdöbener Sees zu verhindern. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE sowie AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Ich schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 6/1228 der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Dr. Gauland [AfD]: Immer dieselben!)

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. - Entschuldigung, ich frage noch nach Stimmenthaltungen; das habe ich nicht gemacht. - Okay. Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

#### **Gegen ein weiteres Hilfspaket für Griechenland**

Antrag  
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/1192

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der AfD-Fraktion eröffnet. - Herr Abgeordneter Wiese, bitte.

#### **Wiese (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Verehrte Abgeordnete! Wir haben zwei Themen, zum einen den Euro-Rettungswahn und zum anderen ganz konkret den ersten Fall eines Landes, das durch den Euro zu Bruch geht, im Wirtschaftlichen wie im Sozialen. Auch wenn Sie uns nicht abnehmen, dass wir keine Gegner des Einheitseuro sind: Wir sprechen dies nicht an, weil wir D-Mark-Nationalisten wären, sondern weil wir verstanden haben, dass der Einheitseuro

in unserem Europa der wirtschaftlichen und kulturellen Vielfalt, auf die Sie, liebe Kollegen von den Grünen, zu Recht sonst so viel Wert legen, auf einige Länder schlicht nicht passt und der Entwicklung der Länder schadet.

(Beifall AfD)

Der Euro ohne Einhaltung der Maastricht-Kriterien eint Europa nicht, sondern spaltet.

(Beifall AfD)

Es dürfte auch diese Erkenntnis sein, die gestern am späten Abend Altbundeskanzler Helmut Schmidt, immerhin ein als Weltökonom gerühmter Staatsmann, dazu bewogen hat, die Frage von Sandra Maischberger, ob er denn die Euro-Rettungspolitik richtig finde, ganz in Ruhe und überzeugt zu beantworten: Ja, aber nicht, koste es, was es wolle, nicht um jeden Preis.

(Beifall AfD)

Dieses „nicht um jeden Preis“, meine Damen und Herren, war und ist das Entscheidende an seiner zweimal auf Nachfrage wiederholten Aussage. Helmut Schmidt weiß, warum er das sagte.

Aber noch einmal kurz zu Griechenland: Bei all dem Rätselraten, wie Griechenland einmal seine Schulden tilgen könnte - es wird den Menschen hierzulande ja vorgegaukelt, dass dies passieren könnte -, lohnt sich ein Blick in die Geschichtsbücher. Vor allem im Rekurs auf die bayerische Geschichte könnten Wolfgang Schäuble und Sie interessante Sachen dazu lernen.

(Beifall AfD sowie Zurufe)

- Ja, auch die Bayern wissen etwas. Die Bayern waren die ersten Retter.

So lernen wir, dass die Griechen schon unmittelbar nach Errichtung ihres Nationalstaates deutlich über ihre Verhältnisse lebten, die internationale Gemeinschaft um Kredite angingen und sich anschließend weigerten, die Schulden zu begleichen - Parallelen mit heute. Das belastete ein deutsches Königreich für Jahrzehnte und kostete einen König das Vermögen, nämlich Ludwig I. von Bayern, ausgerechnet jenen Mann, der die Entstehung eines freien Griechenlands über Jahrzehnte hinweg mit großen Opfern begleitet hatte.

(Beifall AfD)

Im Februar 1833 zog der Wittelsbacher Otto, Ludwigs Sohn, in Nafplion, der damaligen Hauptstadt Griechenlands, ein, nachdem der erste Präsident und vormalige russische Außenminister Johannes Kapodistrias im Jahr 1831 von Guerillaführern erschossen worden war. Als Startkapital stellten die Großmächte drei Anleihen zu je 20 Millionen Francs bereit. Da das Aufbringen dieser Summe - nach heutigen Maßstäben handelte es sich um Milliardenbeträge - Zeit kostete, sprang Ludwig I. mit Notkrediten ein. Der erste in Höhe von 1,8 Millionen Gulden wurde aus dem internationalen Darlehen beglichen, die Auszahlung der dritten Tranche verzögerte sich. Dennoch flossen noch einmal fast 2 Millionen Gulden nach Griechenland. Sie sollten mit 4 % Zinsen zurückgezahlt werden, sobald die Anleihe der Großmächte eingegangen sein würde. Längst hatten die Diplo-

maten der Mächtetroika - auch da ist schon das Wort Troika vorhanden - aber erkannt, dass die Mittel ihrer Anleihe eher versickerten, als sie zu belastbaren Ergebnissen führten. Daher wurde die Auszahlung des letzten Drittels storniert. Ludwig war konsterniert, das Schuldenproblem brannte Ludwig I. auf allen Nägeln.

Aber weder die Verweise auf seine Verdienste um den griechischen Staat noch die Notrufe an seinen Sohn Otto, ihm stehe das Wasser bis zum Hals, verfielen in Athen. Auch die Anschubmaßnahmen der bayrischen Beamten hatten das Grundübel nicht aus der Welt schaffen können, dass Griechenland stets mehr ausgab, als es einnahm und der Staat in weiten Teilen der Gesellschaft vor allem als Selbstbedienungsladen verstanden und ausgeplündert wurde. Schließlich beugte sich Ludwig dem Druck und beglich die Restschuld des Darlehens in Höhe von 1 233 333 Gulden samt 296 000 Gulden Zinsen aus seinem Privatvermögen. Bis zu seinem Tod 1868 wandte er sich flehentlich an die Großmächte, ihren Einfluss in Athen geltend zu machen, um wenigstens einen Teil des Darlehens zurückzuerhalten - vergeblich.

Die Griechen aber schafften das Problem auf ihre Weise aus der Welt. 1862 stürzte ein Aufstand auch Ludwigs Sohn Otto vom Thron. Auf Sparhaushalt gesetzt, musste er seine letzten Jahre im Bamberger Exil verbringen.

Sie sehen: Die Geldspritzen haben weder den Griechen noch dem König geholfen. Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute.

(Beifall AfD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu! Lassen Sie Brandenburg im Bundesrat, sollte es dazu kommen, gegen weitere Eurorettungshilfen nach Griechenland stimmen. Ich sage es noch einmal: nicht unseretwegen - uns wird der mit dem Euroaustritt Griechenlands notwendige Schuldenschnitt noch einmal zusätzliches, einmaliges Geld abverlangen, und wir sagen Ja dazu, wir haben hier den Mut zur Wahrheit -, sondern der Griechen wegen, die mit währungspolitischer Autonomie ihr Gemeinwesen wieder selbstbestimmt aufrichten können müssen.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Fraktionen von SPD und Linke spricht jetzt die Kollegin Kaiser.

#### **Frau Kaiser (DIE LINKE): \***

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Herr Wiese, erstens ist bekannt, dass das Privatvermögen von Königen ausschließlich durch harte körperliche Arbeit von ihnen angehäuft wurde. Zweitens ist auch bekannt, dass Otto I., nachdem er mit 50 bayerischen Finanzbeamten in Griechenland einzog, um dort König zu werden - Sie haben es beschrieben -, und in Schimpf und Schande wieder weggejagt wurde, offensichtlich mit seinen Mannen das System der Finanz- und Zivilverwaltung unter bayerischer Regie nicht als Erfolgsmodell dort verankern konnte.

Insofern ist die bayerische Geschichte zu allem Möglichen zu gebrauchen, auch zu launigen Vorträgen, zu gruseligen Anträ-

gen; aber glauben Sie nicht, dass dieser Landtag Ihnen deshalb folgt oder ernst nimmt, was Sie hier manchmal erzählen.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie B90/GRÜNE)

Ernst zu nehmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ist allerdings doch diese Art von Antrag der selbsternannten Alternative für Deutschland. Sie, Kollegen von der AfD, meinen, Griechenland soll raus aus dem Euro. Sie sind aber auch noch zu feige, dies in Ihren Antragstext zu schreiben. Und so gar nicht überraschend zeigen Sie wieder mal Ihre wirtschaftsliberale Seite, hier jedoch auf die einfältigste, aber eben auch brutale Art. Existenz- und Lebensinteressen, demokratische Rechte von Menschen sind Ihnen egal.

(Lachen bei der AfD)

Griechenland steht ökonomisch, finanzpolitisch und sozial sinnbildlich am Abgrund, und die AfD würde gerne noch zutreten.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Dann erfinden Sie auch noch höhnisch ein Griechenland angemessenes Geschäftsmodell, weil Sie zu feige sind aufzuschreiben, was Sie eigentlich meinen. Das meinen Sie: Schmeißt die unfähigen Griechen aus dem Euro raus!

(Zuruf von der AfD: Nein, das fordert die Bild-Zeitung!)

Herr Wiese, Herr Gauland, niemand kann Sie daran hindern, in Ihrem Antrag auch noch das Wort Solidarität zu benutzen, seine Bedeutung zu verfälschen, das Wort zu missbrauchen. Ihre Art von Solidarität allein mit sich selbst wird allerdings immer kenntlich. Sie plädieren hier für die brutalste neoliberale Konzeptvariante von Europa: Die Starken dürfen dabei sein, die Schwachen nicht, und Ursachen bleiben außen vor.

(Beifall DIE LINKE)

Mit den Verliererinnen und Verlierern der gescheiterten siebenjährigen Kürzungspolitik in Griechenland sind Sie überhaupt nicht solidarisch. Die haben Ihrer Meinung nach offenbar keine Ansprüche zu stellen und nichts mitzubestimmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, was ist die harte Bilanz der angeblich alternativlosen Troika-Politik? Ein Drittel Einkommensverluste; ein Viertel der Wirtschaft in Griechenland ist eingebrochen; weit mehr als die Hälfte der jungen Leute in Griechenland ist arbeitslos; insgesamt sind 28 % der Griechen ohne Arbeit; die Staatsschulden stiegen von 120 auf 175 % des Bruttoinlandsprodukts.

(Zuruf von der AfD: Fragen Sie doch mal warum!)

Das griechische Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Die Hälfte der Menschen dort ist ohne Versicherung. Viele Kinder haben wenig zu essen, sodass die Schulen dazu übergehen müssen, ihre Schülerinnen und Schüler kostenlos zu verpflegen.

Selbstverständlich ist der vorliegende Antrag abzulehnen. Ich vermute, dass fraktionsübergreifend, die AfD ausgenommen, uns Abgeordneten klar ist: Der sogenannte Grexit löst europaweit kein Problem, sondern würde die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa vertiefen. Insofern ist dieser Antrag ohnehin

abzulehnen, und man kann auch verschiedene Sichten auf die Ursachen der Wirtschaftskrise haben. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es gibt Gewinner dieser Krise. Ginge es nach dem hier formulierten Willen der AfD, wären diese Gewinner fein raus.

(Zuruf von der AfD: Die sind schon raus!)

Was Sie hier mit Solidarität bemängeln, dient tatsächlich - das gehört zur Wahrheit - durchaus auch der jetzigen Bundesregierung, den Großbanken und der Rüstungslobby. Ein paar Mausclicks, und man kann es wissen: Die Bundesregierung hat bis 2014 vom griechischen Staat rund 360 Millionen Euro an Zinszahlungen aus dem ersten Kreditprogramm vom Mai 2010 erhalten. In den nächsten Jahren würden weitere 20 Millionen fällig - übrigens laut Bundesministerium der Finanzen - von den 22,4 Milliarden Kredit über die Staatsbank KfW. Zur Höhe der Zinszahlungen aus dem ESF- und ESM-Kredit schweigt Schäuble bislang. Dass mit den Krediten in Griechenland überwiegend Bankinstitute gerettet und stabilisiert wurden, statt Sozialausgaben zu finanzieren, dürfte zum Allgemeinwissen gehören. Es soll weiter privatisiert und zu wenig investiert werden.

Auch deutsche Banken und Unternehmen, besonders Rüstungsbetriebe, profitieren von der jetzigen Situation. Noch 2010 beauftragte unsere Bundesregierung Waffenlieferungen nach Griechenland in Höhe von 35,8 Millionen Euro. Zwischen 1999 und 2009 wurden aus Deutschland mehr als 700 Kampfpanzer und Panzerhaubitzen geliefert - plus Schiffe, U-Boote, Flugzeuge made in Germany. Gemessen an der Bevölkerung hatte Griechenland bislang von allen europäischen Ländern den höchsten Militärhaushalt, rund 7 Milliarden Euro, 3 % gemessen an seinem Bruttosozialprodukt.

(Zuruf von der AfD: Daran sind wir aber nicht schuld!)

Vielleicht - möglicherweise sind wir da auch einer Meinung - ist auch das eine Krisenursache; denn der Anteil des Rüstungshaushalts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Griechenland ist mehr als doppelt so hoch als der vergleichbare Anteil in Deutschland.

Während der Sozialhaushalt in Griechenland krachend schrumpfte, sollte der Verteidigungshaushalt noch 2012 um 18 % wachsen. Der Etat der griechischen Armee war vom Spardiktat ausdrücklich ausgenommen. Aus Deutschland mussten damals auch noch 60 Eurofighter und drei U-Boote abgenommen werden. Das war allen Ernstes Bedingung für die Kreditzusagen. Dieser Wahnsinn hat offensichtlich Methode, sage ich an dieser Stelle.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Schulden gehören in diesem Wirtschaftssystem zur Normalität. Nach einer aktuellen europaweiten Schuldenstatistik bei der EU sind 2011 bis 2014 in fast allen Ländern die Schulden absolut gewachsen, außer in Griechenland. Dort wurde geringfügig abgebaut. Wenn aber die Schuldenquote bei anderen besser aussieht, dann wegen des Bruttoinlandswachstums. Deshalb sage ich: Griechenland braucht keine weiteren Kürzungen und Schuldenabbau per se, sondern Investitionen, Wirtschaftsbelebung, aktive Politik dafür und tatsächliche Solidarität.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

In der aktuellen Ausgabe des „Freitag“ ist zu lesen: Die verheerendste Konsequenz des deutschen Euro-Nationalismus plus ökonomischen Katechismus, nämlich dem Stabilitätsdogma, heißt Griechenland. Drei einfache Fragen: Hat die Sparpolitik die deutsch-griechische Wirtschaft belebt? Nein. Hat sie die massenhafte Verarmung der Bevölkerung aufgehalten? Nein. Hat sie die Staatsschulden reduziert? Seit 2011 etwas - als einziger europäischer Staat.

Ich möchte uns, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss zu bedenken geben: Jede Regierung, die sehenden Auges eine solche Politik und deren Folgen noch verlängern würde, würde doch zu Recht vom Volk davongejagt. Griechenland braucht weitere Unterstützung und finanziell Luft zum Atmen. Syriza ringt mit Griechenlands Gläubigern, um die soziale und wirtschaftliche Katastrophe zu stoppen. Es muss die Chance für eine Lösung geben, in der die Kernpunkte des griechischen Wählerwillens berücksichtigt sind, genau jenes Wählerwillens nämlich, der die griechische Regierung gerade beauftragt hat, in seinem Sinn in Brüssel und Berlin zu verhandeln. Das ist, mit Verlaub, Demokratie. Das müssen wir alle akzeptieren, selbst wenn uns eine Regierung aus ganz verschiedenen Gründen nicht gefällt. Wer Syriza aus machtpolitischen Kalkül scheitern sehen möchte, der will, dass die Politik genau so bleiben soll wie bisher. Das aber ist und wäre nicht nur halsstarrig und grausam gegenüber Griechenlands Bevölkerung, das wäre auch eine Niederlage für die Demokratie und eine Niederlage für die europäische Idee.

Diese Niederlage genau will die AfD, sie sagt es nur nicht im Klartext. Außerdem: Das vordemokratische Recht des Stärkeren geht in einem Antrag, Herr Wiese, wie Ihrem hier eine verheerende Symbiose ein mit demagogischer Kritik an europäischen Institutionen als angeblichen Verursachern des griechischen Elends.

Es ist nach der Debatte auf seine breite Ablehnung hier im Landtag zu hoffen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Kollegin, ich möchte anmerken, dass ich in Ihren Ausführungen die Passage: „Die AfD würde gerne noch zutreten“, zwar für zulässig, aber nicht für angemessen halte.

Ich rufe jetzt für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Bretz auf.

#### **Bretz (CDU): \***

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht muss man der Öffentlichkeit einmal erklären, dass wir heute als Parlament von einer Experimentierklausel Gebrauch machen, die da lautet, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, das für sie wichtige Thema zur jetzigen Zeit zu besprechen, und von der AfD haben wir das Thema „Kein weiteres Hilfspaket für Griechenland“. Das muss man vielleicht eingangs einmal erläutern. Wenn ich den Kollegen hier rechts außen in die Augen schaue, möchte ich ihnen klipp und klar sagen: Ihr Antrag ist der inhaltliche Tiefpunkt dieser Legislaturperiode in diesem Hause.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE - Lachen bei der AfD)

Ein Satz in Ihrem Antrag belegt, dass Sie an einer differenzierten, einer inhaltlichen Debatte doch gar nicht interessiert sind. Denn wären Sie dies, würden Sie es nicht in einem Sätzchen zu diesem, wie ich finde, sehr komplizierten Thema ausdrücken.

Ich möchte Sie zitieren, Herr Dr. Gauland. Sie haben kürzlich AfD-Chef Lucke als Spalter bezeichnet. Heute lesen wir in der „Frankfurter Rundschau“: „Die finale Schlacht in der AfD droht.“

(Dr. Gauland [AfD]: Freuen Sie sich nicht zu früh!)

Wir sagen Ihnen, Kolleginnen und Kollegen der AfD: Sie spalten, und dieses Hohe Haus lässt sich nicht für Ihre innerparteilichen Chaostage missbrauchen.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas Drittes, und das ist in der Tat ernst zu nehmen, weil es Sorge machen sollte. Wir beobachten, dass bei Ihnen eine Radikalisierung droht. Radikalisierung droht immer dann, wenn komplizierte Zusammenhänge sehr vereinfacht und verkürzt werden und wenn die Sprache sehr stammtischmäßig wird. Deshalb sagen wir Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn Sie den Weg der Radikalisierung gehen wollen, dann gehen Sie ihn; aber es wird nicht auf das Wohlwollen dieses Hauses stoßen. Auch das gehört in diesen Tagen dazu. Ich sage es Ihnen auf den Punkt gebracht: Sie glauben zwar, dass Sie die selbsternannte Alternative für Deutschland sind; nach meinem Dafürhalten sind Sie mehr ideologischer Ballast für dieses Land. - In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Vogel.

#### **Vogel (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Aktuelle Stunde erlebt, die kein aktuelles Thema hatte, und wir haben ein mit Priorität auf die Tagesordnung gesetztes Thema der AfD, welches keinen Brandenburg-Bezug hat.

(Zurufe von der AfD: Aha! Sind es keine Brandenburger Steuergelder?)

Ich habe ehrlich gesagt auch in Ihrem Redebeitrag, der sehr interessante Ausflüge in die bayerische Geschichte beinhaltete, nicht erkennen können, wo denn nun der spezifische Brandenburg-Bezug wäre.

(Galau [AfD]: Der Bezug sind die Brandenburger Steuergelder!)

Die einzige Botschaft, die ich entnommen habe, ist, dass die Brandenburger AfD in der Anti-Europolitik der AfD-Bundespartei aufgeht, dass sie keinen Sonderweg geht und dass die Brandenburger AfD auch gegen den Euro agiert. Wir haben hier die Begriffe „Euro-Rettungswahn“ gehört, wir haben den

Begriff des „Einheits-Euros“ als fehlerhaften Weg gehört. Das ist ehrlich gesagt zu wenig, um den Brandenburger Landtag zu behelligen.

(Widerspruch bei der AfD - Galau [AfD]: Das ist Ihre Meinung!)

Nach der Rede von Herrn Bretz bin ich schon fast geneigt, meinen vorbereiteten Text zur Seite zu legen, aber ich denke, wenn wir inhaltlich gefordert werden, dann sollten wir auch inhaltlich antworten. Frau Kaiser hat dazu schon einige Punkte ausgeführt. Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass Griechenland mit dem Rücken zur Wand steht, auch wenn das kein originäres Thema dieses Brandenburger Landtages ist.

Die Gründe dafür sind - darüber sollten wir uns auch einig sein - nicht allein in den letzten vier Monaten der Syriza-Regierung zu verorten, sondern sie reichen weit zurück, wobei ich jetzt allerdings nicht auf Ludwig I. von Bayern zurückgehen würde, sondern da reichen schon die letzten Jahre der PASOK- und Neue-Demokratie-Regierungen in Griechenland, die nun einmal dazu geführt haben, dass Demokratie und Staatshaushalt in Griechenland im Argen liegen, und dass in früheren Zeiten der öffentliche Dienst zur Bedienung der eigenen Klientel aufgebläht wurde, dass die Vermögen der Reichen geschont wurden, soweit sie ihr Vermögen nicht außer Landes gebracht haben, und Steuern nur verkürzt oder unzureichend erhoben wurden.

Aber wir müssen auch alle gemeinsam konstatieren, was übrigens in der Begründung Ihres Antrages enthalten ist - das ist wenigstens eine Gemeinsamkeit, Herr Gauland -, dass die von EU, IWF und EZB, der sogenannten Troika, betriebene Politik der Reduzierung von Sozialleistungen und maßlosen Haushaltskürzungen, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und von forcierten Privatisierungen nicht dazu geführt hat, dass Staat und Wirtschaft in Griechenland wieder auf eigenen Beinen stehen. Das muss man feststellen: Diese Austeritätspolitik, die wir erst seit kurzer Zeit so nennen, die aber schon längere Zeit so betrieben wird, ist tatsächlich gescheitert. Frau Kaiser hat einige Indikatoren aufgezeigt, die das auch belegen.

Die Wirtschaftsleistung ist in Folge einer eklatanten Nachfrageschwäche eingebrochen und Investitionen finden seit Jahren kaum noch statt, weil kein Vertrauen in die griechische Politik besteht, aber auch zunehmend kein Vertrauen darin, dass die EU Griechenland sichert. Debatten um einen Grexit oder einen Grexidant, also einen versehentlich stattfindenden Austritt Griechenlands aus dem Euro, sind deshalb fatal, da sie das Vertrauen in die Fähigkeit Griechenland, wieder auf die Beine zu kommen, endgültig untergraben. Wir jedoch - und das ist der Gegensatz zu Ihnen - sehen die Zukunft Griechenlands im Euroraum. Die Rettung Griechenlands liegt nicht in Moskau, sie liegt auch nicht in Peking, sondern sie liegt in der Tat im Zusammenwirken von EU und griechischer Regierung.

Mit dem Rücken an der Wand und ohne Bewegungsspielräume kann die Krise in Griechenland nicht beseitigt werden - Griechenland braucht Investitionen in die Zukunft, und es muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können. Solidarität muss die griechische Regierung selbst schaffen. Die griechische Regierung muss deshalb auch einen Weg der Haushaltskonsolidierung beibehalten, sie braucht aber auch dringend notwendige Strukturmaßnahmen. Diese muss sie auch gegen die einflussreiche Klientel im Land durchsetzen; sie



muss aber auch soziale Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit ergreifen.

Die soziale Situation in Griechenland ist dramatisch. Insbesondere das Gesundheitssystem ist am Zusammenbrechen - ein Gesundheitssystem, das übrigens auch vor 2014 nur rudimentär bestanden hat und keinem Vergleich mit mitteleuropäischen Ländern standhält.

Die jetzt angekündigten Maßnahmen in der Reformliste der griechischen Regierung, wie die zusätzliche Abgabe auf Vermögen oder diverse Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, gehen in die richtige Richtung. Solidarität - ja, das muss Griechenland schaffen. Das liegt in der Verantwortung der Regierung Tsipras. Auf der anderen Seite muss man auch Solidarität üben. Solidarität der Europäer heißt eben auch Solidarität von uns. Solidarität bedeutet für uns, der neuen griechischen Regierung die Mittel an die Hand zu geben, um diese Reformen auch erfolgreich umzusetzen.

Richtig ist auch: Griechenland kann das nicht von jetzt auf gleich - Griechenland braucht mehr Zeit, die wir ihnen jetzt auch geben müssen. Deshalb wird es möglicherweise auch zu neuen Hilfspaketen kommen. Wenn hier über Milliardenbeträge gesprochen wird, dann möchte ich nur einen Punkt nennen.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege Vogel, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Die Anzeige am Pult funktioniert nicht.

#### **Vogel (B90/GRÜNE):**

Das habe ich leider nicht wahrgenommen. Ich bitte vielmals um Verzeihung.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass ein Grexit für Griechenland, aber auch für Europa verheerend wäre. Das wäre der Einstieg in das Ende des europäischen Projektes, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag entschieden ab. - Recht herzlichen Dank!

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt bei SPD und DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht nun Minister Markov.

#### **Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Dr. Markov:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 2010 ist das Gesetz des Euro-Stabilisierungsmechanismus eingeführt worden. Damit ist die Zustimmung oder Nichtzustimmung zu Hilfspaketen ausschließlich dem Bundestag übertragen worden. Das heißt, der Bundesrat befasst sich mit diesem Thema nicht. Das kann man politisch bedauern, das kann man befürworten; aber es ist so. Demzufolge hätte ein Blick in die normale Gesetzlichkeit genügt, dass Sie diesen Antrag nicht stellen, weil das gar nicht geht.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD - Galau [AfD]: Und weil Sie es gar nicht wollen!)

Zweitens ist hier gesagt worden - und das unterstütze ich -: Es ist schon kurios. 60 Jahre lang haben zwei Parteien sich dieses Land unter- beziehungsweise miteinander, weil sie koalitiert haben, aufgeteilt, nämlich die Neo Demokratia und die PASOK.

(Zuruf von der AfD: Also fast wie bei der SED!)

Und dann wählt in einem demokratischen Verfahren die Bevölkerung, weil sie genau diesen Weg, der 60 Jahre lang gegangen worden ist, nicht mehr will, eine andere Regierung. Und was versucht man über Finanzmechanismen? Eine neue Herangehensweise zu verhindern! Aber dieses Griechenland braucht eine neue Herangehensweise! Griechenland ist nämlich kein Exportland. Griechenland hat eine relativ schwache Industrie. Wenn es demzufolge also überhaupt eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts geben kann, dann ist das ausschließlich über eine höhere Nachfrage möglich. Für eine höhere Nachfrage brauche ich gute Einkommen, gute Löhne, gute Renten usw.

(Widerspruch und Unruhe bei der AfD)

Genau das wird durch diese Forderung, die gegenwärtig permanent erhoben wird, ad absurdum geführt. Sie können sich doch selbst die Zahlen anschauen: Wenn mittlerweile die Notwendigkeit neuer Kredite besteht, damit man alte Kreditverbindlichkeiten zurückzahlt, dann heißt das: Es geht wirtschaftlich überhaupt nicht. - Das muss sogar Ihnen einleuchten. Es geht einfach nicht!

Was der Weg ist - das hat man in vielen Fällen in der Geschichte auch gemacht, und auch ich bin dieser Auffassung -: Wenn man Solidarität empfängt - und die Europäische Union ist zum Glück eine Solidargemeinschaft; sie ist nicht nur ein Binnenmarkt -, wenn diese Solidargemeinschaft sagt, Griechenland gehört dazu, dann muss sie auch unterstützen. Da halte ich die Debatte für durchaus relevant. Was bringen beide Seiten? Wo müssen sich beide Seiten bewegen? Ich glaube, das Erste ist, dass man Kreditlaufzeiten verlängert und die Zinsen drastisch nach unten setzt.

Das ist auch nichts Neues: Ich darf nur daran erinnern, dass Deutschland von der Großzügigkeit ausländischer Gläubiger im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens profitiert hat. Die letzte Tranche - das muss man sich einmal überlegen - der Young-Anleihen hat Deutschland im Jahre 2010 zurückgezahlt, nach 82 Jahren! Das waren Konditionen! - Das kann man machen. Also muss man der griechischen Regierung, dem griechischen Staat Kredite geben mit langfristigen Laufzeiten und niedrigen Zinsen. Anders ist eine Erholung der Wirtschaft überhaupt nicht möglich. Wenn Sie sich anschauen, wo dieses Land mittlerweile steht - die Zahlen sind genannt worden -, dann spricht das für sich.

Ich habe aber gesehen, was Ihr Bremer Spitzenkandidat Schäfer artikuliert hat. Das zitiere ich jetzt: „Mut zu Deutschland statt falscher Solidarität mit Griechenland!“ Ich sage: Mut zur europäischen Solidarität statt AfD! Das müssen wir machen.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Königer [AfD])

Wir sind uns alle meiner Meinung nach einig, dass die Europäische Union ein ausgeprägtes Interesse hat, die Mitgliedsstaaten auch in der Union zu halten, dass die Eurozone ein absolutes Interesse hat, die Mitglieder der Eurozone im Euro zu hal-

ten. Es ist doch wirklich verlogen, wenn behauptet wird, dass Griechenland, wenn es wieder eine eigene Währung wie etwa die Drachme einführen würde, sich damit aus der Situation herauskatapultieren könnte. Das würde eine drastische Abwertung nach sich ziehen.

(Unruhe bei der AfD)

und das bei einem Rückgang des Sozialstaats um 20 %, was die griechische Bevölkerung nie und nimmer überstehen würde.

(Königer [AfD]: Das ist Ihre Meinung! - Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

- Selbstverständlich ist das meine Meinung.

Wer so etwas fordert, hat sich nach meiner Ansicht weder mit dem internationalen Zusammenspiel von Staaten beschäftigt, noch verfügt er über wirtschaftspolitisches Wissen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt die SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält noch einmal die einbringende Fraktion der AfD. Herr Abgeordneter Wiese, bitte.

#### **Wiese (AfD):**

Meine Damen und Herren! Ich bin begeistert - hier wimmelt es von Experten!

(Beifall AfD)

Da zieht es mir glatt die Schuhe aus. Wenn ich das gewusst hätte, was hier für Experten sind, wäre ich nicht durch die Welt gegangen, sondern schon viel früher hierher gezogen.

(Beifall AfD - Oh! bei SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Frau Kaiser, Ihre Polemik überrascht mich sehr. Ich habe Sie eigentlich immer für eine integre Person gehalten, aber heute haben Sie einfach ein wenig überzogen - um Ihnen etwas Gutes zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich hätte eigentlich gedacht, dass Sie Ihre Vergangenheit abgelegt hätten, aber anscheinend ist das doch nicht so. Bei Ihrem Vortrag haben Sie nur noch eines vergessen: die braune Suppe; die ist ja heute schon einmal gekocht worden. Auch Sie, Herr Bretz, hätten die „braune Suppe“ gleich wieder ansetzen können, denn Sie haben sich in den Vortrag eingereiht, wo Sie Herrn Gauland, der ja der Auslöser für die „braune Suppe“ war, einen Vorwurf gemacht haben. Ich hatte auch Sie für einen vernünftigen Menschen gehalten. Jetzt revidiere ich mein Urteil.

(Beifall AfD - Dr. Gauland [AfD]: Aber nur bis heute!)

- Aber nur bis heute. Warum? Werde ich geprügelt, prügle ich auch.

Ich möchte nur eines sagen, Herr Markov: Sie sind ja auch schon etwas älter. Sie haben hier eine Rede gehalten, als wenn Sie die DDR-Wirtschaft am Laufen gehalten hätten, und irgendwas muss Ihnen aus der Hand gegliedert sein, sonst hätte es nicht zum Kollaps geführt.

Zu Ihrem Vorschlag muss ich sagen: Super! Wir bräuchten mehr Markovs.

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

- Ja, mein Kreuz hat nicht jeder.

Was die Solidarität betrifft, kann ich nur für mich sagen - und das bezweifle ich bei den meisten hier -: So viel Solidarität, wie ich bei meinem Aufenthalt in Griechenland gezeigt habe, hat der Retsina-Produktion ein so großes Umsatzplus gebracht, wie Sie es alle insgesamt nicht zustande bringen würden. Jetzt fragt natürlich jeder: Was ist Retsina? Das können Sie nachlesen.

(Zurufe von CDU und SPD: Jetzt seien Sie doch mal ruhig!)

- Ja, auch Sie dürfen ruhig sein.

Die linke Regierung in Griechenland muss offenbar noch über viel Geld verfügen. Aber das wissen Sie auch alle, denn Sie sind ja die Experten. Die griechische Regierung hat gestern einem amerikanischen Unternehmen einen Rüstungsauftrag über 500 Millionen Euro erteilt. Da wollen Sie jetzt noch einmal Milliarden hinterherwerfen und werfen uns Unsolidarität vor? Liebe Leute, also ich weiß nicht mehr, ich glaube, dann bin ich nicht mehr normal.

(Ironischer Beifall bei SPD und der Fraktion DIE LINKE - Domres [DIE LINKE]: Stimmt!)

- Ja, Sie sind ganz klug!

Sie sprechen immer davon, Herr Vogel, dass es keinen Bezug zu Brandenburg hat. Vielleicht für Sie nicht, für die Brandenburger aber schon. Denn die merken, dass sie keine Zinsen mehr bekommen, dass sie hier mehr Steuern - das wird noch mehr werden - zahlen müssen. Gehen Sie doch nicht von sich aus! Gehen Sie von den Leuten aus, die jeden Tag arbeiten müssen, die jeden Tag ihr Geld verdienen müssen, die nicht im Wohlstand baden wie Sie, denn dann würden Sie nicht solch einen Stuss erzählen.

(Beifall AfD)

Die Leute müssen es bezahlen. Fragen Sie die, die da oben sitzen. Fragen Sie, ob sie zufrieden sind mit dem Zustand, wie er heute herrscht, bevor Sie hier große Reden schwingen. - Ich bedanke mich.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Wir sind damit am Ende der Aussprache.

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Wir haben eine Kurzintervention angemeldet, bevor er aufgehört hat zu reden.)

Das habe ich nicht gesehen. - Eine Kurzintervention, bitte schön.

**Vogel (B90/GRÜNE):**

Danke, Herr Präsident! Ich kann ja nicht jeden Unsinn völlig unkommentiert im Raum stehenlassen.

Die ökonomische Qualität Ihrer Ausführungen, Herr Wiese...

Ich finde das schon bemerkenswert: Das Land Brandenburg hat seit 2009 bei den Zinsausgaben - Herr Markov, Sie waren damals Finanzminister, Sie wissen das vermutlich besser als ich - mit mindestens 2 Milliarden Euro Minderausgaben von den niedrigen Zinsen profitiert. Das hat sehr viel damit zu tun, dass Geldanleger ihr Geld eben nicht mehr in südeuropäischen Staaten anlegen, sondern damit nach Mitteleuropa gehen. Was ist denn Schlechtes daran, wenn Häuslebauer in Brandenburg lediglich 1,5 oder 2 % für Kredite bezahlen oder wenn wir als Land Brandenburg eine massive Entlastung bei unseren Zinsausgaben haben? Ich verstehe Ihre Argumentation wirklich nicht.

(Zurufe von der AfD)

Wenn Sie hier ausführen, dass Sie einen hohen ökonomischen Sachverstand hätten: Bewiesen haben Sie ihn gerade nicht. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Herr Abgeordneter Wiese, möchten Sie darauf reagieren? - Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich endgültig die Aussprache und stelle den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/1192, zur Abstimmung. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

#### **Gesetz zur Änderung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Meldegesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 6/612

#### 2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Drucksache 6/1245

Es wurde vereinbart, hierzu keine Debatte zu führen. Deshalb kommen wir zur Schlussabstimmung. Ich darf fragen: Wer möchte dieser Beschlussempfehlung in der Drucksache 6/1245 zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

#### **Gesetz über die Neuregelung der Hochschulzulassung im Land Brandenburg**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 6/1147

#### 1. Lesung

Wir beginnen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Es spricht Frau Ministerin Prof. Dr. Kunst. Bitte schön.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Entwurf legt die Landesregierung ein Gesetz vor, das die Verteilung von Studienplätzen in den Fächern mit besonders hoher Nachfrage regeln soll. Eine Verteilung der vorhandenen Plätze ist bei sehr hoher Nachfrage eine objektive Notwendigkeit. Diese Notwendigkeit gibt es im Land Brandenburg natürlich schon länger.

In den vergangenen Jahren haben wir mit einer Verordnungsermächtigung im Hochschulgesetz gearbeitet, auf deren Basis dann sogenannte Hochschulvergabeordnungen erlassen wurden. Jetzt möchten wir dem Beispiel der meisten Bundesländer folgen und die Zulassung unmittelbar per Gesetz regeln. Um es deutlich zu machen: Es wird mit dem Gesetz keine neue Bürokratie geschaffen, sondern es werden bestehende Verfahren angepasst. Ein rechtlich zweifelsfrei ausgestaltetes Zulassungsverfahren ist in erster Linie im Interesse der Hochschulen, die damit eine verlässliche Basis haben, wenn sie die geeignetsten Studierenden auswählen und zulassen.

Es ist aber auch im Interesse der Studierenden. Diese wollen natürlich wissen, woran sie sind, wenn sie sich bewerben, und auch, was zu tun ist, wenn sie mit einer Zulassungsentscheidung nicht einverstanden sind. Ganz wichtig ist deshalb der Rechtsschutz; dieser wird nicht eingeschränkt.

Ganz kurz zum Inhaltlichen - für die Feinheiten werden wir uns im Ausschuss sicher Zeit nehmen -: Mit dem neuen Hochschulgesetz aus dem vergangenen Jahr sind die Möglichkeiten für ein Studium in Brandenburg noch einmal deutlich ausgeweitet worden. Das Hochschulzulassungsgesetz greift diese Erweiterung auf. Es stellt die verschiedenen Wege an eine Hochschule gleichberechtigt nebeneinander. Da hierbei die Bedeutung der klassischen Schulabschlussnote im Vergleich mit einem beruflichen Abschluss oder einer beruflichen Fortbildung tendenziell geringer wird, ist ein weiteres Kriterium implementiert, das bei der Auswahl anzuwenden ist. Das können beispielsweise Eignungstests, Auswahlgespräche oder Ähnliches sein.

Mit der zunehmenden Zahl an Bachelorabsolventen gewinnen auch die Zulassungsverfahren zum Masterstudium an Bedeutung. Daher enthält der Gesetzentwurf Rahmenvorgaben für die Zulassung zum Masterstudium. Die verantwortliche Rolle der Hochschulen im Zulassungsverfahren bleibt gleichzeitig gewahrt. Wie bisher wird ein Großteil der Studienplätze im sogenannten Auswahlverfahren der Hochschulen vergeben.

So viel zunächst zur Vorstellung des Gesetzesvorhabens. Ich bin gespannt auf die Ausschussberatungen, auch auf die dort beabsichtigte Anhörung, und bitte um Überweisung des Entwurfs an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Schierack.

**Prof. Dr. Schierack (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Wir beraten heute den Gesetzesentwurf, den die Ministerin gerade vorgestellt hat - so, wie sich die Hochschulen das gewünscht haben -, um Rechtssicherheit herzustellen, auf der anderen Seite aber auch einen Rahmen für die Studierenden zu bekommen, damit sie wissen, auf was sie sich einstellen können, wenn sie sich an den Hochschulen bewerben.

Im Gesetzentwurf steht - und dem stimme ich zu -, dass die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten zugenommen haben und dass es einen Rahmen geben muss, um Rechtssicherheit herzustellen, wenn sich Studierende an Hochschulen für Studiengänge bewerben, die übermäßig nachgefragt sind.

Zum Inhalt will ich nicht viel sagen. Die Ministerin hat deutlich gemacht: Wir werden im Ausschuss darüber diskutieren, sodass es jetzt eigentlich eine kurze Rede sein könnte. Lassen Sie mich aber doch zwei, drei Punkte anmerken:

In den Gesprächen mit den Präsidenten ist immer wieder zum Ausdruck gekommen, dass neben der Rechtssicherheit auch die Hochschulautonomie ein wichtiges Gut ist. Die ist in den letzten Jahren von der rot-roten Landesregierung immer mehr eingeschränkt worden. Von daher ist es wichtig, dass es Möglichkeiten gibt, für die Auswahlkriterien Spielräume zu lassen. Denn die Hochschulen wissen meist besser, welche Auswahlkriterien - beispielsweise Auslandsaufenthalte und andere spezifische Kriterien - für bestimmte Studiengänge wichtig sind.

Ein anderer Punkt - auch das ist immer wieder ins Gespräch gekommen und wir werden sicher darüber im Ausschuss reden -: Gerade den grundständigen berufsbegleitenden Studiengängen soll in diesem Gesetz mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das ist eine Herausforderung, die wir uns gemeinsam gestellt haben: die dualen Studiengänge wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Was ich vorher nicht wusste, aber in Gesprächen erfahren habe, ist - meine Fachkollegen werden das vielleicht bestätigen -, dass gerade bei Doppel- und Mehrfachmatrikulationen der Bedarf besteht, dass auch dafür Regelungen getroffen werden. Das gibt dieses Gesetz noch nicht her, vielleicht bekommen wir das in den Anhörungen noch hin.

Außerdem - das wäre ein Wunsch von mir - wäre es durchaus denkbar, dass man mit diesem Gesetz - was zwar nicht unmittelbar damit zu tun hat, aber man könnte es ja gleich mit regeln - eine Harmonisierung der Bachelor-Master-Übergänge in

Berlin und Brandenburg hinbekommt. Sie wissen vielleicht: Wenn Bachelorstudiengänge abgeschlossen sind, es zum Masterstudium geht und die Zensur noch nicht vorliegt, ist es in Berlin möglich, sie bis zum Ende des Semesters vorzulegen. In Brandenburg muss die Note bis September vorliegen. Das halte ich für einen Nachteil hier in Brandenburg. Das könnte man mit diesem Gesetz gleich regeln.

Also, alles in allem ein Gesetz, das notwendig ist, das wir beraten wollen. Wir als Union werden uns daran konstruktiv beteiligen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich Gäste auf der Besuchertribüne begrüßen: Auszubildende Verwaltungsfachangestellte und Kaufleute für Marketingkommunikation aus dem Oberstufenzentrum Barnim. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Müller. Bitte schön.

**Frau Müller (SPD):**

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich begrüße den vom Ministerium für Wissenschaft vorgelegten Gesetzentwurf über die Neuordnung der Hochschulzulassung in Brandenburg. Brandenburgs Wissenschaftslandschaft besitzt mit drei Universitäten, einer Filmuniversität, vier Fachhochschulen und über 30 Forschungseinrichtungen eine exzellente Basis für Forschung und Lehre. Um diese Basis weiter auszubauen, wird der Etat der Hochschulen in den kommenden fünf Jahren kontinuierlich erhöht.

Diese Koalition bekennt sich somit zu ihrer Verantwortung für Brandenburgs Hochschulen. Die Hochschulen selbst haben in den letzten Jahren durch exzellente Forschung sehr erfolgreich Drittmittel in unser Land geholt. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag geleistet - für sich selbst, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Nur, mit finanziellen Mitteln allein ist es nicht getan. Wenn wir wollen, dass unsere Hochschulen im Wettbewerb bestehen, dann müssen wir auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine hervorragende Lehre und Forschung schaffen. Es ist die Aufgabe der Politik und dieser Aufgabe werden wir gerecht.

Frau Ministerin Kunst hat die Ausgangslage dargestellt: Hoch ist das Risiko, auch Bewerberinnen und Bewerber zulassen zu müssen, wenn die Studienplätze nicht vorhanden sind. Was das, meine Damen und Herren, bedeutet, wissen wir alle: Es geht auf Kosten der Qualität der Lehre.

Unsere Hochschulen sind ganz offensichtlich attraktiv. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite - darüber möchte ich nicht hinwegtäuschen -: Die Anzahl der Studienplätze ist begrenzt. In vielen Studiengängen übersteigt die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber die Anzahl der Studienplätze



deutlich. Darum begrüße ich den vorliegenden Gesetzentwurf, weil unsere Hochschulen eine solche gesetzliche Regelung über die anzuwendenden Auswahlkriterien für zulassungsbeschränkte Studienplätze benötigen, kurz, weil sie Rechtssicherheit brauchen. Denn sie müssen auch in Zukunft ihre Studierenden auswählen dürfen. Schließlich befinden sie sich im Wettbewerb um die besten Studierenden und damit künftigen Fachkräfte für Brandenburg.

Unsere Aufgabe ist es, sie in diesem Wettbewerb zu unterstützen. Und auch die Studierenden haben einen Anspruch auf ein nachvollziehbares, transparentes und rechtssicheres Zulassungsverfahren. Darum ist das Zulassungsgesetz ein Gewinn für Hochschulen und Studierende.

Was mich als Wissenschaftspolitische Sprecherin besonders freut: Die Hochschulen können auch in Zukunft durch fachspezifische Tests und Gespräche einen individuellen Eindruck von der Eignung der Bewerberinnen und Bewerber, über deren Motivation und Qualifikation erhalten.

Auch die Beibehaltung der Profilquote begrüße ich, ist es doch im öffentlichen Interesse, dass beispielsweise Leistungssportler dort studieren können, wo adäquate Trainingsbedingungen existieren. Eine detaillierte Befassung mit den Regelungen des neuen Zulassungsgesetzes scheint mir heute nicht angemessen. Zunächst werden wir Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker im weiteren parlamentarischen Verfahren den Gesetzentwurf im Wissenschaftsausschuss ausführlich beraten. Wir werden dazu Vertreterinnen und Vertreter aller betroffenen Interessengruppen, Expertinnen und Experten und selbstverständlich auch Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden anhören. Schließlich sind es die Lehrenden und die Lernenden, die in der Praxis von dem neuen Zulassungsgesetz betroffen sind. Ich bin mir sicher, dass wir eine gute und zielführende Debatte führen werden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ziel verantwortungsbewusster Wissenschaftspolitik ist es, die Hochschulen für den Wettbewerb und ihre Leistungsfähigkeit fit zu machen. Das vorliegende Hochschulzulassungsgesetz ist ein wichtiger Schritt dorthin. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der AfD erhält der Abgeordnete Kalbitz das Wort.

#### **Kalbitz (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Artikel 12 des Grundgesetzes besagt: Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes geregelt werden. In der Gesetzesvorlage zur Neuregelung der Hochschulzulassung beziehen Sie sich auf diesen Artikel wie auch auf den Artikel 49 der Landesverfassung. Sie folgern daraus - ich zitiere -, dass „zumindest die Art der anzuwendenden Auswahlkriterien und deren Rangverhältnis untereinander durch den Gesetzgeber selbst zu regeln sind“.

Es ist mit Erleichterung festzustellen, dass die Landesregierung dies mit gehöriger Verspätung mittlerweile auch erkannt

hat. Aber wir wissen ja, dass in Brandenburg viele Dinge gerne einmal etwas länger dauern. Die Landesregierung hat - wenn auch wieder einmal als letzte Landesregierung überhaupt - reagiert, und das auch nur auf Bitte der Hochschulen, wie die Ministerin vor einem Jahr selbst sagte. Eindeutig besteht die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung, aber hier wird auch, ohne den Beratungen im Ausschuss vorgreifen zu wollen, exzessiv geregelt - es handelt sich ja bisher nur um einen Entwurf -, dass man sich fragen muss, wo der Ermessensspielraum der Hochschulen bleibt und ob das Gesetz, das eben noch zu diskutieren sein wird, in dieser umfänglichen Form nötig ist.

Da hilft auch kein Verweis auf den Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung von 2008, auf die Sie sich weitestgehend beziehen. Der Entwurf - so, wie er bisher vorliegt - strotzt vor Sonder-, Ausnahme- und Spezialregelungen. Allein § 4, welcher die Vergabequoten regeln soll, hat sechs Punkte, welche dann genauer spezifiziert werden. Verständliche und transparente Gesetze sollten im Endentwurf anders aussehen; ich freue mich, wenn wir durch eine Diskussion in den Ausschüssen dahin kommen.

Lassen Sie mich kurz auf die in § 4 geregelten Vorabquoten eingehen. Es mag prinzipiell richtig sein, bestimmten Bewerbern über eine derartige Regelung einen gewissen Vorrang einzuräumen. Hier bleibt auch noch zu diskutieren, wie die erwähnten festgelegten 20 % zustande gekommen sind. Die reine Begründung, das sei gerichtlich noch nicht beanstandet worden, scheint mir hier erst einmal nicht ausreichend. Ich freue mich, wenn das noch erhellt wird.

Ich bin per se der Meinung - das werden wir im Ausschuss einbringen -, dass die von Ihnen festgeschriebene Ausländerquote überhaupt nicht nötig ist. Ich traue ausländischen Studienbewerbern zu, dass sie auch ohne Quote einen Studienplatz bekommen.

(Beifall AfD)

In § 6 gestehen Sie den Hochschulen zu, 80 % der Studienplätze im Ergebnis eines Hochschulauswahlverfahrens zu vergeben. Sie regeln dann aber auf einer halben Seite, wie die Hochschulen dieses zu gestalten haben. Im Grunde könnte das Ministerium das Auswahlverfahren gleich selbst durchführen.

Gleiches gilt für die besonderen Regelungen hinsichtlich der Vergabe von Studienplätzen in den Masterstudiengängen, § 7. Hier schaffen Sie es, einen recht einfachen Sachverhalt auf neun Punkte aufzublähen. Bei der Regelung des Auswahlverfahrens selbst hat es Ihnen bezüglich des Qualifikationsgrades die Durchschnittsnote anscheinend besonders angetan. Fraglich bleibt auch, wie sinnvoll die Heranziehung einer Durchschnittsnote angesichts des unterschiedlichen Leistungsniveaus aufgrund verschiedener Abiturformen - Gymnasien, Oberschulen - und des unterschiedlichen Niveaus in den 16 Bundesländern ist.

In Artikel 1 § 3 Absatz 2 heißt es beispielsweise: Darüber hinaus werden die Studienplätze an ausländische Staatsangehörige und Staatenlose vergeben, die eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung nachweisen. - Hier herrscht neben dem formulierten Allgemeinplatz auch noch ein Definitionsdefizit. Es hilft nicht viel, wenn Sie in der Begründung darauf eingehen und auf das brandenburgische Hochschulgesetz verweisen. Die Begründung im vorliegenden Entwurf ist ja später verständlicherweise nicht Inhalt des Gesetzes.

Was uns bei diesem Gesetzentwurf fehlt, ist eine klare Stärkung der Hochschulautonomie als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips. Unserer Meinung nach sollten die Hochschulen das Recht erhalten, unter den Studienbewerbern im Rahmen der noch zu schaffenden gesetzlichen Regelungen ihre Studenten nach eigenen Bewertungsmaßstäben selbst auszuwählen.

(Beifall AfD)

Eine Stärkung der Hochschulautonomie eröffnet die Chance, unbürokratisch die Eignung der Studienbewerber nicht nur anhand der Abiturnote zu bewerten. So können am besten Interesse, Begabung und Motivation für den angestrebten Studiengang berücksichtigt werden. Vielleicht - hoffentlich - bietet die Überweisung an den Ausschuss die Möglichkeit, diese Unzulänglichkeiten zu korrigieren und Klarheit sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen zu schaffen - für ein durchaus nötiges Gesetz. Deshalb wird die AfD der Überweisung in den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur selbstverständlich zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Vandré. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Frau Vandré (DIE LINKE):**

Herr Vizepräsident! Liebe Abgeordnete! Liebe Gäste! Als das Bundesverfassungsgericht sich 1977 mit dem Numerus-clausus-II-Verfahren befasste, kam es zu dem Schluss, dass „jede Auswahl zwischen hochschulreifen Bewerbern eine Ungleichbehandlung prinzipiell Gleichberechtigter in der Verteilung von Lebenschancen darstellt und dass sich ein absoluter Numerus clausus, der zum Ausschluss eines erheblichen Teils hochschulreifer Bewerber vom Studium ihrer Wahl führt, am Rande des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren bewegt.“ Auswahlregelungen erachtete das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil daher als nichts anderes als situationsbedingte Notmaßnahmen zur Verwaltung eines Mangels an Studienplätzen, der - wie eben zitiert nicht erst seit gestern - mit Beginn jedes Semesters dazu führt, dass junge Menschen trotz des Erwerbs der allgemeinen Hochschulreife mit dem Abitur nicht das studieren können, was sie möchten, und damit de facto in ihrer Berufswahlfreiheit eingeschränkt werden. Für DIE LINKE war und ist dies ein unhaltbarer Zustand, der nur durch die Schaffung ausreichender Studienplatzkapazitäten und der Garantie des Rechts auf Zulassung zum Studium der Wahl überwunden werden kann - im Bachelor und im Master.

Auch wenn wir der Auffassung sind, dass dies nur durch eine bundespolitische Maßnahme erreicht werden kann, so stellt dies für DIE LINKE Brandenburg den Ausgangspunkt in der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Neuordnung der Hochschulzulassung dar. Alles, worüber wir demnach im Rahmen der Gesetzesbehandlung diskutieren, ist somit die Frage: Wie wollen wir die Verwaltung dieses Mangels aus Brandenburger Perspektive gestalten?

Für die Fraktion DIE LINKE - das wird Sie nicht überraschen - steht dabei ein Aspekt ganz besonders im Fokus: der Ausgleich sozialer Benachteiligung. Welche Regelungen sieht der vorlie-

gende Gesetzentwurf in diesem Punkt vor? Zunächst einmal soll im Rahmen einer Vorabquote - sie wurde schon mehrmals angesprochen - von mindestens 10 und bis zu 20 % der Studienplätze unter anderem an Bewerber vergeben werden, für die eine Ablehnung des Zulassungsantrags eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde, wobei außergewöhnliche Härte hier besondere soziale, gesundheitliche oder familiäre Gründe von Personen meint, die eine sofortige Aufnahme des Studiums zwingend erfordert. Wir werden im Rahmen der geplanten Anhörung im AWFK insbesondere darauf achten, welche Praxis die Hochschulen zur Berücksichtigung dieses Passus andenken und sich mit dem von uns konstatierten Anspruch an ein auf sozialen Ausgleich bedachtes Hochschulzulassungsgesetz vereinbaren lassen.

Die übrigen Studienplätze - dabei beschränke ich mich an dieser Stelle aufgrund der limitierten Zeit auf die Zulassungsverfahren für die Bachelorstudiengänge - sollen zu 80 % in der sogenannten Hauptquote und im Übrigen nach Wartesemestern vergeben werden. In dieser Hauptquote sollen fünf Faktoren zur Anwendung kommen: der Grad der Qualifikation, auch als Durchschnittsnote bekannt, und mindestens eine weitere Komponente der folgenden: gewichtete Einzelnoten, fachspezifische Tests, Art der Berufsausbildung, erfolgreiche Teilnahme an Studienvorbereitungsprogrammen und das Ergebnis von Bewerbungsgesprächen, die die Hochschulen durchführen können in Anwesenheit von - das war uns besonders wichtig - mindestens zwei Hochschulvertretern.

Die Hochschulen werden somit dazu angehalten, ihre Zulassungsverfahren so zu gestalten, dass nicht allein die Note des letzten Bildungsabschlusses zu berücksichtigen ist. In einem Bildungssystem, in dem zum Beispiel die Chance von Akademikerkindern, das Abitur zu erreichen, sechsmal so hoch ist wie jene von Kindern, die nicht aus Akademikerhaushalten stammen, sind Noten unseres Erachtens mitnichten ein objektives Bewertungsmaß zur Feststellung der vermeintlichen Eignung von Menschen für ein Studium. Prinzipiell begrüßen wir daher die Schaffung der Möglichkeit, in die Entscheidung über die Zulassung zu einem Studium verstärkt individuelle Aspekte wie persönliche Motivation und soziale Situation einfließen zu lassen, statt einer reinen Betrachtung einer Zahlentabelle, die es nicht vermag, die Individualität der Bewerber abzubilden.

Auch hier werden wir während der Ausschussbehandlung nachfragen, inwiefern die Hochschulen von dieser Regelung Gebrauch machen werden - und nicht doch wieder eventuell die Abiturnote in den Zulassungsverfahren als Hauptquote bzw. einzige Quote berücksichtigt wird - und welche Möglichkeiten die Vertreter der Hochschulen in der Berücksichtigung individueller Lebensumstände in Zulassungsverfahren sehen.

Ein weiterer Punkt, der uns im Rahmen der Gesetzesbehandlung in besonderem Maße wichtig ist, ist die Garantie, dass keinerlei Gebühren in der Feststellung der Zulassungsberechtigung und dem Zulassungsverfahren selbst erhoben werden dürfen. Das heißt, alle fachspezifischen Eignungstests und Qualifikationsnachweise von Sprachkenntnissen bis hin zu sportlichen Leistungstests müssen für die Studienbewerber kostenlos sein, da sie sonst zusätzliche soziale Zugangshürden bedeuten würden, die wir entschieden ablehnen.

Es gibt also unserer Auffassung nach in der Anhörung noch einige Fragen zu klären. Ich freue mich auf die Beiträge der

Hochschulvertreter sowie auf die daraus resultierenden Debatten mit Ihnen allen. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau von Halem, bitte.

**Frau von Halem (B90/GRÜNE)**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Dass das Gesetz zur Neuregelung der Hochschulzulassung nötig ist, haben wir gehört. Wir brauchen eine Gesetzesgrundlage, um das verfassungsmäßig garantierte Recht auf freie Berufswahl einzuschränken. Darüber brauche ich als sechste oder siebte Rednerin keine weiteren Worte zu verlieren. Ich rede nur zu einigen Aspekten des Auswahlverfahrens. In den §§ 6 und 7 sind die Auswahlkriterien aufgelistet. Verschiedene sind verpflichtend anzuwenden: zwei nach § 6 und für die Masterzulassung nach § 7, inklusive der relativen Note, sogar drei.

Nicht nur angesichts der fragwürdigen Brauchbarkeit der relativen Note sollte man über die Auswahlkriterien noch einmal nachdenken und überlegen, ob das wirklich so Bestand haben muss; denn diese Regelung zwingt die Hochschulen zur Anwendung bestimmter Kriterien und lässt andererseits gegebenenfalls weitere sinnvolle Kriterien gar nicht zu. Es ist eine abschließende Auflistung von Kriterien. Ich denke, dass man überlegen sollte, ob man den Hochschulen aufgrund ihrer eigenen Expertise da nicht ein wenig mehr Freiheit geben könnte, im Auswahlverfahren auch noch andere Kriterien anzuwenden.

Stichwort: relative Note. Sie bezieht sich nur auf die Zulassung zu den Masterstudiengängen. Vorhin ist es anders dargestellt worden. Das stimmt nicht, es geht nur um die Zulassung zu den Masterstudiengängen. Es ist eine Note, die neben der Abschlussnote auch den Prozentrang im Vergleich zur Absolventenkohorte angeben soll. Diese relative Note ist ein Problem, die Frage von Henne und Ei in die Zukunft projiziert. Nicht alle Hochschulen weisen diese Note aus, und bei denen, die es tun, wird es höchst unterschiedlich gehandhabt. Manchmal sind die Absolventenzahlen zu klein, um eine Vergleichbarkeit überhaupt herstellen zu können. Bei manchen Universitäten ist die aktuelle Kohorte der Vergleichsmaßstab, bei manchen sind es die letzten drei Jahre, alle jemals abgelegten Prüfungen in dem Fach oder auch eine fächerübergreifende Berechnung über die gesamte Hochschule hinweg. Auch das scheint es erstaunlicherweise zu geben. Auch wenn die KMK diese relative Note ab 2017 einführen will, derzeit gibt es sie nicht.

Wir wollen immer für internationale Bewerber attraktiv sein. An den internationalen Kontext hat bei der zwingenden Einführung der relativen Note überhaupt noch niemand gedacht. Das funktioniert nicht. Hier wird an eine Hochschulhenne gedacht, die noch lange brüten muss. Wie wir das bewerkstelligen, darüber reden wir in der Anhörung am 27. Mai; das ist hier schon mehrfach gesagt worden.

Ich möchte abgesehen von der Konkretisierung dieser einzelnen Fragen einen anderen Punkt aufmachen, weil nämlich auch klar ist, dass wir, wenn wir über Zulassungsbeschränkungen re-

den, auch über Hochschulfinanzierung reden. Gerade im Masterbereich ist es spürbar. Es ist Realität, dass ein Bachelorstudium kaum als berufliche Qualifikation angesehen wird, sondern ein Masterabschluss in den meisten Fällen obligatorisch ist. Deswegen wenden wir uns gegen diese administrativ festgesetzten Engpässe auf dem Weg zum Masterstudium, die allein der Reduzierung der Studienzahlen dienen.

Die Hochschulen brauchen ausreichend Ressourcen, um Masterplätze entsprechend der Nachfrage anzubieten und auf selektive Zugangshürden, insbesondere beim Master, verzichten zu können. Das Ceterum censeo ist deshalb in diesem Fall - wie schon oft - wieder: Wir müssen die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern, da liegt das eigentliche Problem.

(Beifall B90/GRÜNE und DIE LINKE)

**Präsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Die Landesregierung hat keinen weiteren Redebedarf. Wir sind damit am Schluss der Debatte.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 6/1147 - Gesetz über die Neuregelung über die Hochschulzulassung im Land Brandenburg - an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf.

**Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Finanzisierungsfonds Flughafen BER (Finanzierungsfonds Flughafen BER-Gesetz - SV BER-G)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Drucksache 6/1159

1. Lesung

in Verbindung damit:

**Kein weiteres Steuergeld für BER**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1166  
(2. Neudruck)

Ich öffne die Aussprache und rufe für die Landesregierung Herrn Minister Görke auf.

**Minister der Finanzen Görke:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vor Ihnen liegt der Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Finanzierung des Brandenburger Anteils an der Fertigstellung des

Flughafenprojektes sichergestellt werden soll. Ich möchte, bevor ich im Einzelnen zu dem Gesetzentwurf komme, drei grundsätzliche Bemerkungen machen:

Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Flughafens liegt im Interesse des Landes Brandenburg, weil es sich nicht nur um das mittlerweile größte Infrastrukturprojekt dieser Bundesrepublik handelt, sondern weil es eben auch - das ist schon messbar - Ausstrahlung auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung in der Hauptstadtregion hat.

Zweitens: Der Flughafen, meine Damen und Herren, ist eine Investition, und nach seiner Inbetriebnahme wird er dem Landesvermögen Brandenburgs zuzurechnen sein. Wir werden damit Einnahmen erzielen, und deshalb wird es sich, auch wenn dieses Investment nun später ans Netz geht, rechnen.

Dritte Bemerkung: Ich bin froh, dass die Flughafengesellschaft grünes Licht gegeben hat, dass jetzt klar ist, welchen Zielkorridor wir für die Inbetriebnahme anpeilen können. Mit dem dann über das Sondervermögen auszureichenden Darlehensbetrag sichern wir auch die vollumfängliche Finanzierung des Schallschutzes in der Größenordnung von 730 Millionen Euro. Gerade das war ein Punkt, der für die Landesregierung wichtig war. Nur mit einem vollumfänglichen Schallschutz, der kommen muss, ist die Akzeptanz dieses Flughafens erreichbar.

Ich komme jetzt zu dem Gesetzentwurf. Was tun wir mit diesem Gesetzentwurf? Hier sind zwei Punkte voneinander zu unterscheiden. Die Gesellschafter haben unter dem Vorbehalt der Parlamentsbeschlüsse hier in Brandenburg, in Berlin, aber auch beim Bund und natürlich auch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung aus Brüssel beschlossen, bedarfsgerechte Kapitalzuführungen an die Flughafengesellschaft zu leisten.

Zwischen allen drei Gesellschaftern besteht Einvernehmen, dass diese Kapitalzuführung in Form eines Gesellschafterdarlehens ausgereicht wird. Wir werden den Brandenburger Anteil - das ist auch der Grund des Gesetzentwurfs über die Errichtung eines Sondervermögens - über diesen Weg der Bildung eines Sondervermögens bereitstellen. Warum haben wir uns für diesen Weg entschieden?

Zunächst noch einmal zur Begrifflichkeit; es gab dazu in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses auch entsprechende Fragen. Der Begriff „Sondervermögen“ ist kein Einfall des Brandenburger Finanzministers.

(Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

- Herr Kollege Bretz, er stammt nicht von mir, er steht in § 18 des bundesweit geltenden Haushaltsgrundsatzgesetzes. Insofern ist die Bildung eines Sondervermögens haushaltsrechtlich und verfassungsrechtlich möglich und angesichts der guten Erfahrungen, die wir zum Beispiel mit der Bildung des Sondervermögens Landeswohnungsbau gemacht haben, das sich übrigens prächtig entwickelt hat, auch realisierbar.

Ein weiterer Punkt, der uns dazu geführt hat, Ihnen heute diesen Gesetzentwurf vorzulegen: Mit der Gründung des Sondervermögens zur Flughafenfinanzierung - das habe ich Ihnen schon in den letzten Sitzungen, in denen das hier im Landtag

Thema war, gesagt - werden wir eine haushaltsschonende Finanzierung sicherstellen. Diese Finanzierung ist eine Teilfinanzierung und erfolgt eigens dafür, um dieses Infrastrukturprojekt jetzt ans Netz zu bringen.

Dritter Punkt: Aufgrund des Wirtschaftsplans, der Ihnen als Anlage zu diesem Gesetzentwurf zur Verfügung steht, ist eine transparente öffentliche Kontrolle über die Finanzierung des Darlehensgeschäfts gegeben. Es ist kein Schattenhaushalt.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Kein Schattenhaushalt?!)

Er liegt vor Ihnen, und Sie, meine Damen und Herren, entscheiden dann auch über die Freigabe der Mittel.

Meine Damen und Herren, eine ganz wichtige Bemerkung in dem Zusammenhang möchte ich noch machen: Diese Darlehen sind keine Geschenke an die Flughafengesellschaft. Die FBB wird dieses Darlehen zurückzahlen. Und wenn wir von der Anlaufphase absehen, wo wir aus dem Landeshaushalt die Zinsen vorschießen, werden grundsätzlich keine weiteren Belastungen auf den Landeshaushalt zukommen. In dem Maße, wie die FBB die gewährten Darlehen dann bis zur vollständigen Tilgung zurückzahlt, werden wir dieses temporäre Sondervermögen auch wieder schließen. So ist es auch im Gesetzentwurf dargestellt.

Bleibt noch die Frage: Weshalb haben wir die benötigten Mittel nicht aus der allgemeinen Rücklage genommen? Zumindest hinsichtlich der Zinsbelastung besteht kein Unterschied. Angesichts des Schuldenstandes des Landes Brandenburg von unverändert mehr als 18 Milliarden Euro wirkt die Rücklage als sogenannte Bar-Kasse - das wissen Sie - sogar liquiditätsmindernd.

Hätten wir also diese 400 Millionen Euro der Rücklage entnommen, hätte sich auch unser Liquiditätsbedarf am Kreditmarkt in genau der gleichen Höhe vergrößert. Wir hätten nahezu die gleichen Zinsen dafür aufbringen müssen. Insofern hilft uns dieses Sondervermögen, genau diese Spielräume zu bekommen.

Uns war es aber auch wichtig, die allgemeine Rücklage zu erhalten, wofür sie eigentlich auch angelegt worden ist: als Schwankungsrücklage, die angespart wird und Vorsorge für alle möglichen konjunkturellen Eintrübungen treffen soll, die jederzeit eintreten können, aber auch zur Finanzierung weiterer wichtiger politischer Projekte in diesem Land. Das hätte man anders machen können, ja. Wir haben uns aber für diesen haushaltsschonenden Weg entschieden und halten das aus den genannten Gründen, die ich Ihnen dargestellt habe, nach wie vor für den richtigen Weg. Hätten wir das vielleicht so gemacht, wie von der CDU vorgeschlagen - zumindest habe ich das von Kollegen Genilke vernommen, der gesagt hat, man hätte die Rücklage dafür nehmen müssen -, dann sage ich Ihnen,

(Genilke [CDU]: Natürlich!)

meine Damen und Herren: Diese Rücklage hätten Sie schon allein mit 16 Anträgen in dieser Legislaturperiode

(Bischoff [SPD]: Ja!)



und neun Anträgen, die Sie mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht haben, mit Ihren strukturellen Ausgaben halbiert.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Insofern, glaube ich, ist der Weg, den wir gehen, richtig.

Ich möchte jetzt, weil ich mich nicht nachher noch einmal zum Antrag des Kollegen Schulze bzw. der Gruppe äußern möchte, die diesen Entschließungsantrag eingereicht hat, meine Damen und Herren oder Herr Kollege Schulze, sagen: Wir können die Augen vor den Fakten nicht verschließen. Der Flughafen ist da, und er wird auch gebaut,

(Lachen bei der AfD sowie Zuruf: Er ist da!)

langsamer - anders als wir uns das vorgestellt haben -, aber er ist da. Die Finanzierung jetzt einzustellen, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, wäre eine moderne Maschinenstürmerei, die zu erheblichen Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Nachteilen auch für das Land, welches ja für den einen oder anderen größeren Kredit bürgt, führen würde.

Was würde bei einer möglichen Insolvenz denn passieren? Wie gesagt, allein dieser Kredit, der noch unter Schwarz-Rot in der 4. Legislaturperiode in einer Größenordnung von 2,4 Milliarden Euro verbürgt worden ist, würde dazu führen, dass wir ungefähr 880 Millionen Euro an die Banken auskehren müssten, in der Summe mehr, als wir für den gesamten Wissenschaftshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung haben. Deshalb, glaube ich, ist diesem Hohen Haus die Ablehnung dieses Antrags zu empfehlen. - Ich bedanke mich zunächst für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Das Wort erhält die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER. Herr Abgeordneter Schulze, bitte.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Finanzminister, lassen Sie mich gleich am Anfang auf Ihre nicht drei, sondern sechs Prämissen eingehen, ehe ich zu meinem eigenen Vortrag komme.

Sie haben gesagt, mit diesem Gesetzentwurf werde die Finanzierung des BER sichergestellt. Ich bestreite das. Ich prognostiziere: Es wird in dieser Wahlperiode einen Nachtrag zu diesem Gesetz geben, denn wir alle wissen, dass diese 409 Millionen Euro nicht bis 2019 reichen werden. Deshalb ist die Aussage „damit wird der BER sichergestellt“ unwahr, denn die 2,2 Milliarden Euro werden in Brüssel beantragt und nicht 1,1 Milliarden Euro, wohl wissend, dass eine zweite Tranche kommt. Aber das will man den Menschen noch nicht zumuten.

Zweitens: Sie sagen weiter, die Fertigstellung sei im Interesse des Landes Brandenburg. Das will ich nicht bestreiten. Ich sage aber, das Wohl von 100 000 Anwohnern liegt auch im Interesse des Landes Brandenburg. Wenn Sie unseren Antrag unter

Ziffer 3 gelesen hätten - ich sage immer, wer lesen kann, ist im Vorteil -, wüssten Sie, dass wir uns nicht grundhaft einer Finanzierung verschließen, sondern zu diesem Antrag Nein sagen. Wir sagen: Geld ja, wenn zwei Prämissen erfüllt sind - erstens, dass endlich Transparenz herrscht, und zweitens, dass die Interessen der Menschen berücksichtigt werden; darauf komme ich noch.

Weiter sagen Sie, der BER sei eine Investition. Ich sage: Er ist eine Fehlinvestition, und das war er von Anfang an,

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

und er ist ein Fass ohne Boden.

Sie sagen, er werde Einnahmen erzielen und sich rechnen.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Ich werde gleich darauf eingehen. Er ist ein Fass ohne Boden. Wenn Sie die Kleine Anfrage 6/1202 aus diesem Jahr lesen würden, stellten Sie fest: Die Bilanzsumme des Flughafens im Jahre 2013 betrug 3,6 Milliarden. Das Jahresergebnis war minus 180 Millionen, und die Verlustvorträge haben sich mittlerweile auf 404 Millionen Euro erhöht. Wenn man dem bilanziell-wirtschaftlichen Tatbestand folgt, Verlustvorträge sind auch Wirtschaftsgut, dann haben Sie Recht, dann ist es ein wirtschaftliches Unternehmen. Wenn man davon ausgeht, Verlustvorträge sind erst einmal Verlustvorträge, dann kann man nicht davon reden.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Herr Görke, Sie haben gesagt, der Schallschutz werde mit diesem Gesetz sichergestellt. Schon wieder eine Unwahrheit! Dieser Landtag Brandenburg hat 2012 zur Kenntnis genommen, dass die Gesellschafter 1,2 Milliarden Euro bei der EU beantragt haben. Da gab es ein sogenanntes Private-Investor-Test-Verfahren. Im Gegensatz zu vielen Kollegen hier habe ich die Akte gelesen, und was stand darin? Von diesen 1,2 Milliarden Euro sollten 750 Millionen Euro für den Schallschutz sein. Das war die tragende Begründung in diesem EU-Verfahren. Nun heißt es plötzlich: Wir brauchen diese zweite Tranche, um den Schallschutz sicherzustellen. - Da frage ich mich: Wo sind 750 Millionen von den 1,2 Milliarden Euro geblieben? Bei den Bürgerinnen und Bürgern sind sie definitiv nicht angekommen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD und des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Also wurden sie für irgendetwas anderes verheizt. Auch hier würde ich einfach vorschlagen: Bleiben wir bei der Wahrheit!

Das Sondervermögen sei ein rechtlicher Weg, haben Sie als Ihre vierte Prämisse gesagt. Da stimme ich Ihnen zu. Rechtlich ist das möglich. Ob man das will, ist eine ganz andere Frage.

Fünftens haben Sie gesagt, es sei eine haushaltsschonende Finanzierung. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das ist eine Mogelpackung. Es ist ein Schattenhaushalt, und Sie haben gerade bestritten, Herr Görke, dass es ein Schattenhaushalt ist. Ich will Ihnen einmal die Legaldefinition aus dem Duden für den Begriff Schattenhaushalt vorlesen: ... ist ein „neben dem öffentlichen Haushalt bestehender, nicht im eigentlichen Haus-

haltsplan veranschlagter Haushalt.“ - Passt, trifft zu, ist so! Es ist ein Schattenhaushalt.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, AfD und B90/GRÜNE)

Im Übrigen: Ich erinnere mich noch an die Zeiten in den 90er-Jahren mit Theo Waigel, aber auch hier im Landtag Brandenburg, als die Linksfraction - oder damals noch PDS - gegen solche Dinge mit dem Begriff Schattenhaushalt polemisierte und zu Felde zog. Aber wenn man in der Regierung ist, ändert sich halt die Optik.

Weiterhin haben Sie - sechstens - gesagt: Das Land Brandenburg bürgt mit den anderen Gesellschaftern für einen 2,4-Milliarden-Euro-Kredit. Das ist richtig, das ist am 01.09.2009 von der Flughafengesellschaft und dem Land Brandenburg so unterzeichnet worden. Aber Sie sagen wortwörtlich: Wenn wir das Geld nicht jetzt geben, wäre die Flughafengesellschaft insolvent.

Damit komme ich zu Ihrem eigenen Gesetzentwurf. Darin steht, dass die Flughafengesellschaft noch eigene Kredite aufnehmen soll, was aber, wie wir aus dem BER-Sonderausschuss wissen, aufgrund des Haushalts nicht möglich ist - noch nicht einmal für die Sanierung der Start- und Landebahn.

Ich fasse zusammen: Dieser Gesetzentwurf ist eine Mogelpackung, ein Schattenhaushalt von enormer Größe, ein Schuldenberg für Brandenburg. Er wird erhöht, wir sprechen über eine Summe von 409 Millionen Euro. Es gibt keinen größeren Haushaltsposten als diesen. Es ist trickreich gemacht worden, um es den Bürgerinnen und Bürgern aus den Augen zu schaffen; das muss man anerkennen. Die Prognose ist: Dieser Fonds wird in der laufenden Wahlperiode noch erhöht werden.

Im Gesetzentwurf steht, dass die FBB neben eigenen Krediten am Kapitalmarkt zusätzliche Kredite aufzunehmen hat und weiteres Kapital aus diesem Fonds bekommen soll. Das würde ich gerne sehen! Wir haben im BER-Sonderausschuss immer wieder nachgefragt, wann und wie die Flughafengesellschaft endlich eigene Kredite aufnimmt. Wir wissen, dass es nicht geht. Die Flughafengesellschaft bekommt gar nichts.

Nun zum eigentlichen Stück in diesem Gesetzentwurf: „rückzahlbares Gesellschafterdarlehen“. Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie können es selbst in der Drucksache 5/5953 nachlesen. Die Flughafengesellschaft hat im Zeitraum von 1992 bis 2010 179 400 000 Euro Landeskredite in haftendes Stammkapital umgewandelt. Das heißt, das Land Brandenburg hat der Flughafengesellschaft zwischen 1992 und 2010 179 Millionen Euro Darlehen gegeben - in Euro umgerechnet; in DM waren es knapp 400 Millionen. Das wurde in haftendes Stammkapital umgewandelt. Jetzt soll mir mal in Ansehung dessen, was ich eben zum Jahresergebnis gesagt habe, irgendjemand erklären, wie er zu der Auffassung kommt, dass ein Darlehen von der Flughafengesellschaft bis 2019 zurückgezahlt wird. Das ist ein wahrer Wunschtraum und im Gesetzentwurf sehr trickreich vorgebracht. Wenn Sie in § 6 die Frage der Auflösung des Fonds nachlesen, werden Sie feststellen, dass das Sondervermögen ohne Angabe einer Jahreszahl dann aufgelöst wird, wenn der Zweck nach § 2 erfüllt ist. Das Ganze soll durch eine Rechtsverordnung passieren, das heißt, der ganze Landtag Brandenburg ist in dieser Frage aus dem Verfahren heraus. Vielen Dank! Das macht man, wenn man sich selbst ausschalten will.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf stehen weitere Dinge, auf die ich jetzt nicht eingehen möchte, weil mir die Zeit fehlt. Ich möchte Sie aber mit den entsprechenden Kleinen Anfragen konfrontieren und Sie bitten, sie zur Kenntnis zu nehmen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Flughafengesellschaft hat die 179 Millionen Euro Darlehen, die sie bekommen hat, nicht zurückgezahlt. Sie hat 159 Millionen Euro Darlehen bekommen, und ich darf es Ihnen einmal vorrechnen: 179 Millionen Euro Darlehen zwischen 1991 und 2010, umgewandelt in haftendes Stammkapital; 159 Millionen Eigenkapitalzuschuss des Landes Brandenburg im Zeitraum bis 2014; 122 Millionen Euro sonstige Zuschüsse plus 408 Millionen aus der ersten Tranche 2012 plus jetzt 409 Millionen Euro. Das macht 1 276 Millionen Euro - ohne die 888 Millionen, die das Land Brandenburg ohnehin verbürgt. Das heißt, wir reden über 1,27 Milliarden Euro, die das Land Brandenburg mit diesem Gesetzentwurf - englisch: „cash and carry“ - in die Flughafengesellschaft gesteckt hat.

Wenn Sie - wie ich - davon ausgehen, dass noch einmal 400 Millionen Euro dazukommen werden, sind wir am Ende bei 2,5 Milliarden Euro. Wenn mir irgendjemand erzählen will, dass das ein Investment ist, das man haben möchte und das irgendwann Ertrag abwirft, dann werden wir noch einmal intensiv über Betriebswirtschaftslehre reden müssen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD und B90/GRÜNE)

Ich werde über unseren Antrag in den verbleibenden Minuten am Ende sprechen. Ich bin nicht grundsätzlich dagegen, dass wir den Flughafen zu Ende bringen. Aber ich bin entschieden dagegen, dass hier mit Rosstäuschertricks und Mogelpackungen Geld in eine Sache gepumpt wird, die nicht transparent ist, bei der wir nicht wissen, was damit passiert. Ich verweise auf die zahllosen Kleinen Anfragen, die den BER betreffen, wo ständig, wenn man nach konkreten Dingen fragt, die Antwort kommt: „Zu dieser Finanzverwendung der Mittel durch die Flughafengesellschaft kann keine Aussage getroffen werden“; es sei ein Betriebsgeheimnis der FBB.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD sowie der Abgeordneten Heinrich [CDU])

Entschuldigung, hier werden Steuermittel in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro verwendet, und wir als Haushaltsgesetzgeber erfahren nicht, wofür das Geld da war. Ich finde das schlichtweg skandalös und wir werden sehen, ob wir das noch auflösen können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und werde nachher weiter sprechen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD und B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmidt; bitte schön.

#### **Schmidt (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft für den BER hat festgestellt, dass die Gesellschaft für die Fertigstellung des BER weitere Finanzmittel in Höhe von 1,1 Milliarden Euro be-

nötigt. Davon entfällt auf das Land Brandenburg ein Anteil von 37 %. Dies sind rund 409 Millionen Euro. Um diesen Anteil aufbringen zu können, schlägt die Landesregierung die Errichtung eines Sondervermögens „Finanzierungsfonds Flughafen BER“ vor.

Der Finanzminister hat die Begrifflichkeit „Sondervermögen“ schon erläutert. Über ein Sondervermögen können kurzfristig auftretende besondere Anforderungen finanziert werden. Es handelt sich um eine ungewöhnliche Situation, die mit normaler Haushaltsführung nichts zu tun hat. Dies trifft auf unsere Situation zu. Für den Bundeshaushalt habe ich 14 solche Sondervermögen gefunden. In aller Regel handelt es sich um besondere Anforderungen, zum Beispiel den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung oder den Investitions- und Tilgungsfonds. Aus unserer Sicht verbinden sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung folgende Vorteile:

Das Sondervermögen wird erstens am Kapitalmarkt Darlehen aufnehmen. Zurzeit kann das Land Darlehensverträge zu außergewöhnlich günstigen Zinssätzen abschließen.

Die aufgenommenen Mittel werden zweitens in verschiedenen Abschnitten als Darlehen an die Flughafengesellschaft weitergegeben. Die Konditionen dafür sind noch zu vereinbaren. Es ist ein rückzahlbares Darlehen, kein verlorener Zuschuss. Die Zins- und Tilgungsleistungen belasten nicht unseren Haushalt.

Es ist drittens gut und richtig, dass es eine zins- und tilgungsfreie Zeit für den Darlehensnehmer geben wird. Schließlich hat er erst ab Eröffnung des Flughafens die Möglichkeit, Geld zu verdienen, um daraus seine Verbindlichkeiten zu bedienen. Die Zinszahlungen für den zins- und tilgungsfreien Zeitraum streckt das Land vor. Dafür werden dem Sondervermögen rund 612 000 Euro aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt. Dieses Geld ist aber nicht verloren. Die Flughafengesellschaft hat diese Leistungen nach der zins- und tilgungsfreien Zeit selbstverständlich zu begleichen.

Viertens verfügt das Land nach dem Jahresabschluss 2014 über Rücklagen in Höhe von rund 944 Millionen Euro. Davon sind 242,9 Millionen Euro für den Flughafen gebunden. Es handelt sich um noch nicht abgeflossene Mittel. Die freien Rücklagen betragen also rund 700 Millionen Euro. Die Mittel werden durch diese Form der Finanzierung nicht in Anspruch genommen. Sie stehen damit für andere Zeiten und Anforderungen weiterhin zur Verfügung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei dieser Art der Finanzierung handelt es sich um ein transparentes Verfahren. Das Sondervermögen wird uns zukünftig mit einem Wirtschaftsplan jeweils zur Haushaltsaufstellung vorgelegt. Wir können somit schnell und einfach verfolgen, wie sich das Sondervermögen entwickelt. Dass der Bedarf an klaren und eindeutigen Informationen hoch ist, belegen Ihre vielen Anfragen zur Finanzierung des Flughafens.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Antrag der Kollegen der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER heißt es im Beschlussteil, Ziffer 1:

„Der Landtag Brandenburg lehnt eine weitere Finanzspritze in Höhe von über 400 Millionen Euro an die Flughafengesellschaft FBB ab.“

Unter Punkt 3 soll beschlossen werden, dass es Finanzmittel nur noch geben soll, wenn die FBB beim Schallschutz für die Betroffenen nicht mehr spart. Was sollen wir denn nun eigentlich beschließen?

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Bitte vollständig zitieren!)

Meines Erachtens sind die Punkte 1 und 3 nicht in Übereinstimmung zu bringen. Nochmals: Das Land stellt der Flughafengesellschaft die zusätzlichen Mittel als Darlehen zur Verfügung. Es handelt sich nicht um einen verlorenen Zuschuss. Durch die Darlehensaufnahme wird der Haushalt des Landes nicht belastet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir, die Mitglieder der SPD-Fraktion, wollen, dass der Flughafen fertiggestellt wird. Wir wollen, dass er seinen Betrieb aufnimmt. Wir wollen aber auch, dass der Schallschutz für die Betroffenen installiert wird. Wir wollen, dass der Flughafen nach der Inbetriebnahme zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beiträgt und Arbeitsplätze entstehen. Darum lehnen wir den Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER ab. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der Landesregierung und werden der Überweisung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zustimmen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Kollege Schulze hat eine Kurzintervention angemeldet; bitte schön.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): \***

Sehr geehrter Herr Schmidt, ich dachte, dass Sie als ehemaliger Sparkassendirektor eine gewisse Sorgfalt an den Tag legen würden. Wenn Sie zitieren, dann bitte vollständig! In Absatz 3 unseres Antrags steht nicht nur, wie Sie zitiert haben, dass beim Schallschutz das Sparen endlich aufhören soll, sondern es geht noch weiter: Finanzmittel soll es in Zukunft nur noch geben, wenn „eine klare Wirtschaftlichkeitsplanung und transparente Mittelverwendung gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit hergestellt sind“. Ich möchte Sie bitten, bei den Tatsachen zu bleiben, sich nicht etwas herauszupicken und mit Haarspalterei Dinge zu implizieren, die einfach nicht stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie vereinzelt AfD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Kollege Schmidt, möchten Sie darauf reagieren? - Das ist nicht der Fall. - Für die CDU-Fraktion rufe ich nun den Kollegen Bretz auf; bitte schön.

**Bretz (CDU): \***

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Flughafen BER begleitete uns schon in vielen Legislaturperioden. Gestatten Sie mir zunächst die Bemerkung: Das Thema Flughafen ist vor allem auch eines, wo wir als Bundesrepublik Deutschland international Spott und Hohn ernten - für

das, was Deutschland mit diesem Flughafen nicht zustande bringt.

Lassen Sie mich zum Zweiten sagen, dass ich es bewundernswert finde, wie die Landesregierung Brandenburgs in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als habe sie mit diesem Projekt gar nicht richtig etwas zu tun. Auch das ist ein Umstand, den man erwähnen muss. Ich nenne Ihnen ein beredtes Beispiel: Es ist erstaunlich, wie Sie im Zuge der politischen Debatten die ganze Verantwortung für das Desaster, für die BER-Katastrophe, bei Ihrem Kollegen Klaus Wowereit abgeladen haben. Nun liegt es nicht in meiner Verantwortung, das politische Erbe Klaus Wowereits zu verwalten, aber hinweisen möchte ich darauf schon. Vielleicht gibt dieser Beitrag darüber Auskunft, wie es um die Solidarität innerhalb der SPD bestellt ist.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich drittens festhalten, in welchen Gesamtkostenvolumina wir uns eigentlich bewegen. Wir haben aufgelistet, wie die derzeitige Situation ist, was der Flughafen BER bisher gekostet hat. Wir sind auf eine Summe von über 5 Milliarden Euro gekommen. Mit dem heutigen Beschluss, dem BER weitere 1,1 Milliarden Euro zuzuführen, wären wir bei über 6 Milliarden Euro. Wenn wir uns vor Augen halten, dass das Beihilfeverfahren bei der EU sogar von über 2 Milliarden Euro ausgeht - ich glaube, es sind 2,2 Milliarden Euro -, dann sind wir bei Gesamtkosten des Flughafens von über 7 Milliarden Euro.

Ich möchte darauf hinweisen, dass nach meinem Kenntnisstand 120 Millionen des von Kollege Schulze erwähnten Kredits - 2,4 Milliarden Euro - noch nicht abschließend ausgezahlt worden sind, weil die Banken erhebliche Zweifel haben, ob am Flughafen alles so läuft, wie man es erwarten darf.

Weil Herr Holzschuher mich gerade so nett anlächelt, darf ich auch in Erinnerung rufen, dass er im Landtag auf dem Brausberg gesagt hat, er wolle auf dem Flughafen nur noch Staub wischen. - Gut, dass er es nicht gemacht hat! Er würde heute noch Staub wischen. Wer weiß, wie lange er noch Staub wischen müsste, bis der Flughafen endgültig eröffnet ist.

Nun zum Kern der Sache: Heute schlägt die Landesregierung Brandenburg vor, unter dem schönen - beinahe möchte man sagen: nett klingenden - Wort „Sondervermögen“ das Finanzierungsproblem des BER in den Griff zu bekommen.

Übrigens, Herr Minister, der Begriff Sondervermögen - in § 18 Haushaltsgrundsatzgesetz geregelt - besagt nicht, dass die Landesregierung Brandenburg für den BER ein Sondervermögen einzurichten hat - diesen Eindruck haben Sie ein wenig erweckt -, sondern das entsprechende Gesetz regelt nur, dass darüber Auskunft zu geben ist. Auf diesen Umstand weisen wir an dieser Stelle hin.

Jedenfalls versuchen Sie mit diesem Sondervermögen doch eines: Sie haben in Ihrer öffentlich dokumentierten Sommertour, auch unter fotografischer Begleitung, wiederholt deutlich gemacht, dass es kein weiteres Steuergeld für den BER geben wird. Sie haben sogar bestritten, dass es notwendig ist, für die 1,1 Milliarden Euro, die jetzt im Raume stehen, aufzukommen. Jetzt holt Sie die Realität ein, und Sie haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger an der Nase herumgeführt. Was Sie unter einem Sondervermögen verstehen, ist kein Vermögenszuwachs, sondern im Kern der Sache ein Sonderschuldenpro-

gramm; damit versuchen Sie nur, eine gesichtswahrende Lösung hinzubekommen, weil Sie diesen Schuldenzuwachs im Kernhaushalt des Landes Brandenburg nicht ausweisen müssen. Um diese Operation geht es doch im Kern, sozusagen nur nach außen hin darzustellen, dass es keine weitere Verschuldung gibt, obwohl das in der Tat und in der Sache eine Zunahme neuer Schulden darstellt.

Damit haben Sie sozusagen zweierlei gemacht: Erstens haben Sie widerlegt, dass Brandenburger Geld, auch Brandenburger Steuergeld für den Flughafen weiter nötig ist, und zweitens haben Sie deutlich gemacht, dass diese Landesregierung wieder neue Schulden aufnimmt. Auch damit dürfen Sie an dieser Stelle nicht hinterm Berg halten. Was jetzt, wie ich glaube, passiert, ist, dass dieses Sondervermögen - in der Tat ein Schattenhaushalt - eine Vorlage dafür ist, zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Gesetzesänderung zu kommen, sodass das Sondervermögen dann aufgestockt werden muss. Es ist sozusagen die Grundlage dafür, weitere Aufstockungen vorzunehmen.

Der dritte Punkt: Ich habe Ihre Worte im Finanzausschuss noch im Ohr. Da sagten Sie relativ mutig - ich frage mich, woher Sie diesen Mut nehmen -, dass das entsprechende Darlehen über das Sondervermögen von der Flughafengesellschaft innerhalb der nächsten fünf bis sieben Jahre zurückgeführt ist. Wir wissen ja heute noch nicht einmal, ob der Flughafen überhaupt innerhalb dieser Zeit eröffnet wird. Auch das ist eine bis dato noch nicht abschließend geklärte Frage.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Lieber Kollege, Ihre Lampe leuchtet rot.

**Bretz (CDU):**

Kurzum: Wir haben eine ganze Menge Fragen. Wir freuen uns auf eine Sachdebatte im Ausschuss, und ich kann im Namen der CDU-Fraktion schon ankündigen, dass wir zu diesem Thema eine Anhörung durchführen werden. Wir werden insbesondere darauf achten, dass die Rechte und Möglichkeiten des Parlaments auch in Zukunft eingehalten bzw. beachtet werden. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abgeordnete Christoffers.

**Christoffers (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine solche Debatte befürchtet. Daher lassen Sie uns zunächst einmal folgende Frage beantworten: Wollen wir, dass der Flughafen ans Netz geht - ja oder nein? Wenn wir wollen, dass der Flughafen ans Netz geht, dann brauchen wir auch ein Instrument, um finanzielle Konditionen bereitzustellen. Dass die Flughafengeschichte in Brandenburg und Berlin mittlerweile nicht nur auf positive Resonanz im internationalen Maßstab trifft, stimmt. Ich darf Ihnen sagen: In einem Gespräch, das ich mit dem türkischen Botschafter hatte, hat er mir angeboten, dass er uns möglicherweise behilflich sein könnte, weil auch in der Türkei Flughäfen gebaut werden, die zeitnah ans Netz gehen.



Wir haben also eine Situation, in der wir ein gemeinsames Interesse haben sollten, dass der Flughafen so schnell wie möglich, und zwar mit dem Schallschutz, der erforderlich ist, in den wirtschaftlichen Betrieb gehen kann. Dazu brauchen wir auch Instrumente, die uns in die Lage versetzen, dass ein Haushalt nicht nur einjährig, sondern auch mehrjährig, also überjährig wirkt. Ein Sondervermögen ist doch kein Unding - nebenbei bemerkt, nicht nur nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz, sondern auch nach der Landeshaushaltsordnung des Landes Brandenburg. Sie wissen ganz genau: Der Wirtschaftsplan, der beigelegt wird, ist einfacher zu lesen als jeder Haushalt. Wie man da auf die Idee kommen kann, dass es hier keine Kontrolle mehr geben kann, muss mir auch mal jemand erklären, aber vielleicht können wir das tatsächlich im Ausschuss einmal definieren.

Zweitens ist doch wohl offensichtlich, dass die zwei Dinge zeitlich auseinanderfallen werden: ein Finanzplan zur Fertigstellung des Flughafens und die Rückzahlung von Darlehen, die ausgereicht worden sind. Gerade deswegen haben wir das Instrument eines Sondervermögens hier zum Ansatz gebracht, und insofern freue ich mich schon einmal auf die Debatte, die wir im Ausschuss haben; auf die Anhörung bin ich auch gespannt.

Wir haben in allen Bundesländern und auf Bundesebene zur Finanzierung von Sondersachverhalten ein derartiges Instrument in Ansatz gebracht, und wir sollten aufhören, so zu tun, als ob das für das Land Brandenburg Teufelswerk sei.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Christoffers (DIE LINKE):**

Ja, aber selbstverständlich.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): \***

Herr Kollege Christoffers, Sie waren ja über viele Jahre Mitglied im Aufsichtsrat und in anderen Gremien für das Land Brandenburg in der letzten Wahlperiode. Nun frage ich Sie: Sind Sie in Einsehung Ihrer persönlichen Kenntnisse, die viel vertiefter sind als bei fast jedem anderen von uns, der Auffassung, dass die Flughafengesellschaft FBB in den Jahren 2018/2019 400 Millionen Euro an das Land Brandenburg wird zurückzahlen können?

**Christoffers (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Kollege, vielen Dank für die Frage. Ohne dass ich mich jetzt in Schwierigkeiten bringe, aus den Tätigkeiten des Aufsichtsrates zu berichten: Ich habe den Private-Investor-Test nicht nur gelesen - genauso wie Sie -, sondern auch begleitet. Eine der konditionierten Bedingungen einer Bestätigung bei der Europäischen Union war die Feststellung der Wirtschaftlichkeit, das heißt, der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Flughafens.

Ich hoffe, wir haben eine gemeinsame Überzeugung: Nach allen Zahlen, die wir kennen, wird der Flughafen in Berlin-Brandenburg im Gegensatz zu anderen Flughäfen weitere Fluggastzahlen zu erwarten haben. Deswegen bin ich mir sicher, dass der Flughafen, wenn er denn in Betrieb geht, tatsächlich auch

wirtschaftlich agieren kann. Ob er das 2017 und 2018 kann, kann ich derzeit zumindest mit absoluter Sicherheit noch nicht sagen - ich habe keine Glaskugel. Ich gehe davon aus, dass wir dann unter Bezugnahme auf die Genehmigung in Brüssel auch diese Frage sachgerechter beantworten können, als dass wir jetzt hier spekulieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen ...

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege, würden Sie noch eine Zwischenfrage akzeptieren?

**Christoffers (DIE LINKE):**

Nein, jetzt möchte ich zu Ende reden.

Lassen Sie mich noch auf ein aktuelles Beispiel für das erfolgreiche Agieren eines Sondervermögens hinweisen. Wir haben im Land Brandenburg das Bundesbausondervermögen, und ja, Herr Schulze, Sie haben Recht: Die damalige PDS hatte große Bedenken, das Bundesbausondervermögen einzurichten. Es bleibt festzustellen, dass es eine Erfolgsgeschichte ist, die uns dazu bringt, dass wir auch mit dem Doppelhaushalt wieder in der Lage sind, mehr als 800 Wohnungen entweder zu sanieren oder als sozialen Wohnungsbau zu errichten oder zu modernisieren, und zweitens, dass wir aus dem Sondervermögen 10 Millionen Euro bereitstellen können, um die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in der Größenordnung von 40 Millionen Euro hier im Land Brandenburg tatsächlich abzudecken.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns zumindest auf die Debatte im Ausschuss freuen, und ich gehe davon aus, Herr Kollege Bretz, dass wir noch ausreichend Gelegenheit haben werden, viele Fragen zu diskutieren. Ich hoffe ganz einfach, dass der Überweisung zugestimmt wird, und ich hoffe auch, dass wir relativ zügig zu einer abschließenden Beratung kommen. Aus unserer Sicht ist dieses Instrument notwendig. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich Seniorinnen und Senioren aus dem Landkreis Oberhavel auf der Besuchertribüne. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Galau.

**Galau (AfD): \***

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch für die AfD gilt es, sich der Kritik anzuschließen, die meine Vorredner von der Opposition bereits geäußert haben. Wir reden hier über ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens, das in Wirklichkeit - wir haben es gehört - eine Ermächtigung zur erneuten Schuldenaufnahme darstellt.

Meine Damen und Herren, ich halte hier die Kopie einer Seite der „Berliner Morgenpost“ von vorletzter Woche Dienstag mit den Überschriften „Einsturzgefahr an Berliner Schulen“ und

darunter „Frisches Steuergeld für den BER“ in den Händen. Was für eine bitterböse, ironische, aber wahrhaftige Zustandsbeschreibung. In der letzten Woche war ich mit einigen Abgeordneten des Petitionsausschusses in der Potsdamer Voltaire-Schule, um mir ein Bild von der dortigen Mensa zu machen. Auch dort: brandschutzrechtlich bedenklich und die Gefahr herabstürzender Deckenteile,

(Beifall AfD)

von den unmöglichen Zuständen bei der Tagesverpflegung der Kinder ganz abgesehen.

Das sind Einzelfälle, herausgepickt aus einer unendlichen Liste des Zerfalls der Infrastruktur in Berlin und Brandenburg - Infrastruktur, für die angeblich kein Geld vorhanden ist. Schulden, so hieß es vor der Wahl einmütig von SPD und DIE LINKE, werde es keine neuen geben; „solider Haushalt“, „solide Finanzen“ tönte es von Rot-Rot. Wer wollte das schon glauben? Wohl niemand, der sich auch nur ansatzweise mit der Schuldenmacherei der Brandenburger Regierungen seit Bestehen unseres Bundeslandes beschäftigt hat.

(Beifall AfD)

So ist es nur folgerichtig, dass wir heute wieder hier stehen und über neue Schulden für den Flughafen BER reden, der wohl teuersten Bauruine auf märkischem Boden aller Zeiten. 1,1 Milliarden Euro sollen dem Flughafen als weitere Mittel zufließen, davon 409 Millionen Euro vom Land Brandenburg, was unserem Anteil von 37 % entspricht. Damit klettern die Kosten des BER von den ursprünglich geplanten 2,5 Milliarden Euro auf mittlerweile über 6 Milliarden Euro, ohne dass auch nur eine einzige Flugbewegung stattgefunden hat. Eine weitere gute Milliarde Euro hat man vorsorglich schon einmal bei der EU angemeldet, denn weitere Unterstützung wird erforderlich sein, ist der Flughafen nach Expertenmeinung doch schon bei der Eröffnung zu klein.

Während also ein Ende der Verschuldung für den BER überhaupt nicht absehbar ist, verkündet unser Finanzminister Görke vollmundig, die aktuelle Tranche von 409 Millionen Euro werde die Flughafengesellschaft innerhalb von fünf bis sieben Jahren nach der Eröffnung zurückgezahlt haben. Abgesehen von der Reihenfolge der zu bedienenden Verbindlichkeiten ist jetzt schon für jeden, der die vier Grundrechenarten beherrscht, klar, dass dieser Flughafen nach dem heutigen Stand niemals Gewinne abwerfen wird, ja abwerfen kann. Wie Sie also zu der Überzeugung gelangen, dass die aktuelle Tranche über 400 Millionen Euro in fünf bis sieben Jahren zurückgezahlt werden kann, wird wohl auf ewig Ihr Geheimnis bleiben. So redet nur ein Minister, der genau weiß, dass er in fünf bis sieben Jahren nicht mehr im Amt sein wird und für sein heutiges Geschwafel keine Verantwortung übernehmen muss,

(Starker Beifall AfD)

Verantwortung für einen Flughafen, der so wenig Kreditwürdigkeit besitzt, dass keine Bank einen müden Cent für diese Ruine locker macht, für die der Brandenburger Steuerzahler aber geradestehen soll.

Meine Vorredner fragten, warum denn statt neuer Schulden nicht wenigstens auf die Rücklagen - Brandenburgs Sparschwein - zurückgegriffen werde. Sie argumentieren, dass Sie

das Geld für politische Projekte bräuchten, wie zum Beispiel die Kreisgebietsreform, die aber von der überwältigenden Mehrheit der Bürger, der Landkreise, Städte und Kommunen abgelehnt wird. Was darf der Brandenburger also daraus lernen? Für ihre politischen Projekte verbrät die rot-rote Regierung gern das Sparschwein, für den Flughafen BER wird munter weiterverschuldet, und Brandenburgs Schüler müssen weiterhin ihre Reaktionsfähigkeit bei herabstürzenden Deckenteilen beweisen. Kopf einziehen als erste Bürgerpflicht - na vielen Dank aber auch!

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Vogel.

**Vogel (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der geplante Sonderschuldenfonds für den BER hat bereits die Presseberichterstattung der letzten Wochen beherrscht. Jetzt liegt der Gesetzentwurf vor, und ich muss sagen, er übertrifft meine allerschlimmsten Erwartungen. Der Anlass ist bekannt: Die Flughafengesellschaft braucht wieder einmal frisches Geld. Das ist nicht neu. Der entsprechende Aufsichtsratsbeschluss fiel bereits im Herbst letzten Jahres. Erstaunlich war auf den ersten Blick, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf dafür keine Vorkehrung getroffen wurde. Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf für einen Sonderschuldenfonds als Nebenhaushalt erschließt sich allerdings auch, warum, denn jetzt wird deutlich, dass sich der Finanzminister Freiräume verschaffen will, er will nicht bei jeder Gelegenheit das Parlament beschäftigen, und er will landesseitig Schulden aufnehmen, ohne von seinem Versprechen, die Nettokreditaufnahme gleich null zu halten, formal abzurücken.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Nachdem jetzt, fast drei Jahre nach der verpatzten Eröffnung am 3. Juni 2012, auf der BER-Baustelle wieder halbwegs gearbeitet wird, wird auch das Ausmaß des Schadens erkennbar. 3,4 Milliarden Euro wurden für den BER seit damals von den Gesellschaftern zusätzlich gefordert. 1,2 Milliarden Euro wurden bereits im Sommer 2012 bereitgestellt, sind aber mangels Baufortschritten bis heute noch nicht vollständig abgerufen. Weitere 2,2 Milliarden Euro werden von den Gesellschaftern bei der EU zur Freigabe - egal ob Notifizierung oder PIT - beantragt, von denen 1,1 Milliarden Euro mit dem Landesanteil in Höhe von 409 Millionen Euro in einem ersten Schritt aus diesem Sonderschuldenfonds zur Verfügung gestellt werden. Das Geld wird übrigens nicht gebraucht, um die Kapazität zu erweitern - also nicht mehr Flughafen für mehr Geld -, sondern einzig und allein dafür, um ihn in seiner ursprünglich geplanten Kapazität fertigzustellen, und das ist in der Tat Politikversagen hoch drei.

Es werden also wieder 400 neue Millionen plus X in den Flughafen fließen. Aber - und da täuschen Sie sich, lieber Herr Bretz -, wer im Gesetz dafür eine Obergrenze sucht, der sucht vergeblich; denn im Gesetzestext gibt es nach oben keine Grenze, sondern es wird an den Wirtschaftsplan angeknüpft, das heißt, es kann jederzeit ausgeweitet werden, und selbstverständlich sind dann auch 800 Millionen Euro oder 1 Milliarde Euro noch lange nicht das Ende der Fahnenstange, und dazu ist

auch keine Gesetzesänderung erforderlich. Die einzige wirkliche Beschränkung im Gesetz besteht darin, dass 2019 Gott sei Dank die Schuldenbremse greift und spätestens ab diesem Zeitpunkt auch für den Sonderfonds keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden dürfen.

Herr Minister Görke, warum Sie allerdings für diesen Sonderfonds neue Schulden machen wollen, war mir bisher ein Rätsel. Nach Ihrer heutigen Rede ist es kein Rätsel mehr; denn indem Sie die Gelder nicht der Rücklage entnehmen, behalten Sie sich das Recht vor, weitere Schulden in gleicher Höhe zu machen. Das war im Kern die Quintessenz Ihrer Aussage.

Wir wollen in der Tat statt Sonderschulden ein wirkliches Sondervermögen. Das heißt, dass die Gelder auch zur Verfügung gestellt werden müssen und nicht zusätzliche Kredite aufgenommen werden sollen. Wenn die Prognosen stimmen, die Frau Fölster dem Sonderausschuss BER noch Ende 2014 gegeben hat und die wohl die Grundlage für die frohgemuten Ankündigungen des Ministers auch heute wieder waren, könnten diese Gelder schon kurz nach Eröffnung des Flughafens zurückgezahlt werden - mit Zins und Zinseszins, wohlgehemmt. Sie wollen - und das irritiert mich und wird vermutlich auch die EU im Notifizierungsverfahren irritieren - die anfallenden Zinsen allerdings nicht sofort der FBB weiterbelasten, sondern erst einmal vorschießen, und setzen entsprechende Einnahmen im Wirtschaftsplan mit Null an. Wieso das? Das erschließt sich überhaupt nicht. Denn eigentlich müssten Sie zumindest den Marktzins verlangen und auch die entsprechenden Beträge einstellen. - Übrigens 612 000 Euro sind für nächstes Jahr hier an Ausgaben vorgesehen.

Auch Ihnen macht es natürlich Sorge, denke ich, dass die frohgemuten Ankündigungen vermutlich nicht eintreten werden. Sie haben sich deswegen im Gesetzentwurf auch ausdrücklich vorbehalten, dass dieses Darlehen, ohne dass der Landtag noch einmal darüber entscheiden muss, allein mit Zustimmung des Haushaltsausschusses in einen verlorenen Zuschuss umgewandelt werden kann, § 2 Abs. 2 des Gesetzentwurfs. Ich denke, das geht gar nicht. Sie sollten nicht auf die verschleierte Aufnahme neuer Schulden setzen, Sie sollten nicht zu derartigen Tricks greifen. Das gesamte Projekt ist unselig. Ja, es ist wahr, wir müssen es fertigstellen. Deswegen werden wir uns am Ende auch nicht verschließen, Mittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings, das Vertrauen in dieses Projekt wurde in den letzten Jahren durch Verschleiern, Tricksen und Täuschen gründlich verspielt. Es wäre an der Zeit, damit aufzuhören. Der Gesetzentwurf deutet allerdings nicht darauf hin. - Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall B90/GRÜNE, AfD und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Minister Görke spricht noch einmal. Bitte schön. Er hat noch Redezeit übrig. Aber er hat ja unbegrenzt Redezeit, wie wir wissen.

#### **Minister Görke:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich werde die Redezeit nicht überstrapazieren. Aber ein paar Sachen müssen wir hier noch einmal miteinander besprechen.

Herr Kollege Bretz, ich verstehe natürlich, dass Sie als Vertreter der stärksten Oppositionskraft solche Zeitungsberichte wie in den letzten Wochen, dass sich gerade Brandenburg sehr aktiv eingesetzt hat, um die Geschicke des Flughafens nach vorn zu bringen, nicht unbedingt begeistern. Vielleicht nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, dass wir alles dafür tun, dass dieser Flughafen nun endlich mit einem sehr guten Schallschutz ans Netz kommt.

Herr Kollege Bretz, ich habe nicht die Absicht, Sie an der Nase herumzuführen. Wir werden im Haushaltsausschuss und auch in einer Anhörung - es steht Ihnen frei, eine Anhörung zu beantragen - sehr gern über alle Lösungen reden. Ich habe bloß von Ihnen keinen Vorschlag gehört, wie Sie die Finanzierung sicherstellen wollen. Ich bin auf Ihre Vorschläge gespannt.

Sehr geehrter Herr Schulze, in Bezug auf die Bezeichnung Rosstäuscherei und vor allen Dingen auch die Art und Weise, wie Sie Mitglieder der Regierung oder auch Abgeordnete hier in dieser Hinsicht charakterisieren: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis - und da sind wir bei der Optik -, dass diese Mittel, die Sie nannten, die 176 Millionen Euro, in der Zeit von 1992 bis 2004, in der Sie Mitglied des Landtages und der SPD-Fraktion waren, zunächst als Darlehen und dann 2008 - zu der Zeit, als Sie Parlamentarischer Geschäftsführer waren - in Eigenkapital umgewandelt worden sind. So viel zur Optik und damit zur Vollständigkeit für die gesamte Diskussion.

(Zurufe von der SPD)

In dem Zusammenhang bin ich bei der Frage der Umwandlung von Eigenkapital - da ist die Koalition offen, Herr Kollege Vogel. Wir würden diesen Weg über ein Sondervermögen mit der Darlehensausreichung nicht gehen, wenn wir das anstreben. Das würde keinen Sinn machen. Trotzdem kann eintreten, dass die Situation nicht so ist, wie wir sie uns vorgestellt haben. Deshalb war es Ihr Vorschlag im Haushaltsausschuss, das Parlament einzubeziehen.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Haushaltsausschuss!)

Was haben wir in diesem Gesetzentwurf gemacht? Er ist einbezogen. Wenn Sie wollen, dass nicht der Haushaltsausschuss, sondern das Parlament darüber entscheidet, dann bitte, stellen Sie einen Antrag! Ich glaube, die Koalition wird sich dem nicht verweigern. Das ist überhaupt nicht das Problem. Das Problem ist aber, dass Sie hier so tun, als könnte der Finanzminister über den Wirtschaftsplan Finanzierungen ausreichen. Ein Blick in die Haushaltsordnung genügt! Dort heißt es: Der Wirtschaftsplan eines Sondervermögens ist mit dem Haushalt vorzulegen. Deshalb wird das Parlament darüber entscheiden, kein anderer als Sie - und nicht ich. Das ist der Unterschied. Ich bitte das zu berücksichtigen.

Ich bedanke mich und habe nun doch noch 30 Sekunden überzogen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Vogel [B90/GRÜNE]: Also doch keine Obergrenze!)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Der Kollege Schulze hat eine Kurzintervention angekündigt. Er hat außerdem noch 47 Sekunden Redezeit. Die

Landesregierung hat um anderthalb Minuten überzogen. Herr Kollege Schulze, Sie können maximal 4 Minuten reden. Damit sollten Sie auskommen.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): \***

Lieber Herr Görke, vielen Dank für die Steilvorlage. Ja, ich war bis 2011 Mitglied der SPD-Fraktion. Aber Menschen können lernen

(Vereinzelt Beifall CDU)

und dann auch andere Wege gehen.

Frau Kaiser hat an ihrer Tür ein wunderschönes Bild. Da geht es um die Linie der Partei, um die Abweichler. Die Abweichler sind nämlich diejenigen, die die ganzen Kurvenfahrten nicht mitmachen, sondern geradlinig bleiben.

(Beifall des Abgeordneten Jung [AfD])

Herr Görke, die Bilanzsumme des Flughafens lag 2009 bei 1,9 Milliarden Euro mit einem positiven Jahresergebnis von 862 Millionen Euro. Der Verlustvortrag war Null.

(Zuruf von Minister Görke)

2010 betrug die Bilanzsumme 2,2 Milliarden Euro mit einem Jahresergebnis von 4 Millionen Euro und einem Verlustvortrag von null. Dann, als Sie eingestiegen sind, als Sie anfangen, Verantwortung zu übernehmen, sank das Jahresergebnis auf minus 74 Millionen Euro, 2012 minus 185 Millionen Euro, 2013 minus 180 Millionen Euro, und mittlerweile sind wir bei einem Verlustvortrag von 404 Millionen Euro. Ob ich all dem zugestimmt hätte, würde ich mit einem großen Fragezeichen versehen. Im Übrigen weiß jeder in der SPD-Fraktion, der damals schon dabei war, dass ich mich schon damals immer gegen diese Dinge gestemmt habe. Das ist die Wahrheit! Unterstellen Sie mir nicht, dass ich den ganzen Murks mitgetragen hätte!

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD sowie vereinzelt CDU)

Zurück zu unserem Antrag: Der BER ist ein Fass ohne Boden. 2012 hieß es: Noch einmal 400 Millionen Euro, dann ist es gut. - Jetzt heißt es: Ein zweites Mal 400 Millionen Euro, und dann ist es gut. - Wir alle wissen: Es wird ein drittes Mal 400 Millionen Euro geben; denn die sind schon beantragt. Das ist der Grund, warum wir heute Nein sagen. Wir wollen Transparenz und nicht, dass wie bei Griechenland gesagt wird: Erstes Rettungspaket, es gibt kein zweites,

(Beifall AfD)

zweites Rettungspaket, es wird kein drittes Rettungspaket geben.

(Beifall AfD)

Es wird eins geben, wir werden es sehen. Hier wird es genauso kommen.

Der Punkt ist: Es geht nicht um die Rettungspakete für Griechenland, das ist ein ganz anderes Thema, sondern das Grund-

problem ist das der Unehrlichkeit, dass man schlicht und einfach in diesen Fragen nicht die Wahrheit sagt,

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

obwohl sie erkennbar ist. Das ist das Grundproblem. Das ist auch der Grund, warum 52 % der Menschen nicht zur letzten Landtagswahl gegangen sind.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Sie haben vor der Wahl - so wie der Teufel das Weihwasser scheut - vermieden, die Wahrheit zu sagen: dass noch einmal 400 Millionen Euro benötigt werden.

(Bischoff [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich erinnere Sie an unsere Veranstaltung in Rangsdorf, wo die Leute im Saal empört waren, als ich darauf hingewiesen habe. Das ist die Wahrheit!

(Zurufe von der SPD)

Deswegen sage ich: Im jetzigen Zustand kann es nicht noch einmal einen Blankoscheck über 400 Millionen Euro geben, weil der nächste Blankoscheck damit auch schon unterschrieben wird. Das geht nicht, das können wir dem Land nicht zumuten!

Herr Görke, Sie haben in der Fragestunde auf die Frage einer Abgeordneten geantwortet, Sie hätten kein Geld für Bildung, Sie müssten erst den Haushalt abwarten. Aber 400 Millionen Euro für den Flughafen sind sofort drin. Da sieht man, wie die Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD - Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Damit ist die Aussprache beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Das Präsidium empfiehlt, den Gesetzentwurf in Drucksache 6/1159, Finanzierungsfonds Flughafen BER-Gesetz, an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Ihr könnt eurem Antrag zustimmen!)

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen?

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Damit ist der Überweisungsantrag angenommen.

(Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Der Antrag ist mit den Stimmen der Opposition überwiesen! - Heiterkeit bei B90/GRÜNE und CDU)

Ich rufe den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, Drucksache 6/1166, 2. Neudruck -



Kein weiteres Steuergeld für BER -, an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen, auf. Ich darf fragen: Wer möchte diesem Überweisungsantrag zustimmen? - Die Gegenprobe bitte! - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dem Überweisungsantrag nicht zugestimmt worden.

Somit kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wir stimmen ab über den Antrag in Drucksache 6/1166, 2. Neudruck, den Titel habe ich eben schon ausgeführt. Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Wer lehnt den Antrag ab? - Gibt es Enthaltungen? - Bei vier Enthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und eröffne **Tagesordnungspunkt 9:**

### **Gesetz für mehr Demokratie bei Bürgerentscheiden**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/1168

#### 1. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der AfD. Herr Dr. van Raemdonck, bitte.

#### **Dr. van Raemdonck (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bürgerentscheid ist ein Kernstück der Mitwirkungsrechte der Bürger. Die Brandenburger müssen jedoch im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hohe Hürden überwinden. Ein Bürgerentscheid ist nach § 15 Abs. 4 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nur dann zustande gekommen, wenn ein doppeltes Quorum erreicht wird. Nach dieser Regelung muss ein Bürgerentscheid einerseits die Mehrheit der gültigen Stimmen und andererseits die Zustimmung von mindestens 25 % aller Stimmberechtigten erreichen.

Im Zeitraum Oktober 1993 bis Juni 2014 gab es in den 419 Brandenburger Gemeinden insgesamt 136 Bürgerbegehren. Es sind jetzt nur die genannt, die wirklich von den Bürgern ausgingen.

Von diesen 136 mündeten 52 in einen Bürgerentscheid. Von den 52 Bürgerentscheiden in fast 21 Jahren war nur die Hälfte im Sinne der jeweiligen Initiative erfolgreich. Acht Bürgerentscheide - das sind 15 % - scheiterten am erforderlichen Quorum, obwohl eine Mehrheit den Bürgerentscheid befürwortete. Immer mehr Menschen verzichten auf jedwede Beteiligung im politischen Leben, seien es Wahlen, Volksentscheide oder die hier thematisierten Bürgerentscheide. Die Bürger, die sich aber für bestimmte Themen einsetzen, werden dann auch noch bestraft, weil ihr Begehren aufgrund der zu hohen Hürden nie zustande kommt.

Gesetze, meine Damen und Herren, müssen aber dafür da sein, Bürgerbeteiligungen fair zu regeln und nicht, sie zu verhindern. Eine Änderung des § 15 Abs. 4 Satz 2 ist seit langem überfällig. Diese Regelung steht im Widerspruch zu dem bewährten Prinzip: Die Mehrheit entscheidet. Wer an einem Bürgerentscheid nicht teilnimmt, sollte auch keinen Einfluss auf dessen Ausgang haben.

Immerhin wird der Grundsatz „Mehrheit entscheidet“ bei einer Landtagswahl beachtet, jedoch nicht bei einem einfachen Bürgerentscheid. Wie bei Landtagswahlen soll künftig auch beim Bürgerentscheid die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt Ihnen vor. Es besteht hier absolut keine Gefahr, dass sinnlose Bürgerentscheide zustande kommen; denn ein Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene findet nur dann statt, wenn das ihm vorausgehende Bürgerbegehren vom Inhalt und vom Thema her zulässig ist.

Ich appelliere heute besonders an die Abgeordneten der Linken, die sich im Abgeordnetencheck von „Mehr Demokratie e. V.“ mehrheitlich für den Ausbau der direkten Demokratie ausgesprochen hatten. Ich habe die namentliche Abstimmung beantragt, um festzustellen, wer vor Ihnen sein Wahlversprechen hält und wer heute zum Lügner wird.

(Widerspruch SPD und CDU)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

#### **Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja durchaus möglich, das gleiche Thema immer wieder zum Gegenstand des Landtagsplenums zu machen; Hartnäckigkeit ist in vielen Fällen die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung eines Anliegens. Aber viel hilft nicht unbedingt viel, und gerade bei dem vorliegenden Thema der unmittelbaren Demokratie ist die Tonenideologie nach meiner Auffassung eher nicht angebracht.

Ich verstehe auch nicht, warum die AfD einen Gesetzentwurf, den Herr Vida vor vier Wochen in diesem Saal vertreten hat, jetzt als ihren Gesetzentwurf vorlegt und damit die gleiche Debatte noch einmal herausfordern will. Aber es ist so manches von dem, was die AfD hier so abzieht, nicht nachvollziehbar.

(Zuruf von der AfD: Für Sie nicht!)

- Es wird auch nicht nachvollziehbar werden.

Es wird auch dadurch nicht besser, dass mit diesem Gesetzentwurf das Quorum für einen Bürgerentscheid mit einem radikalen Schnitt gleich ganz abgeschafft werden soll.

Meine Damen und Herren, die AfD und mehr Demokratie, das ist wie Feuer und Wasser.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Lachen und Zurufe von der AfD)

- Hören Sie einmal zu!

Vielleicht kommt deshalb der Begriff der Demokratie in Ihrem Landeswahlprogramm gar nicht vor, noch viel weniger der Begriff der direkten Demokratie. Gucken Sie einmal nach!

(Frau Bessin [AfD]: Sollen wir es Ihnen vorbeibringen?)

Die Forderung nach Bürgerbeteiligung, nach Mitbestimmung der Bürger, reduzieren Sie bezeichnenderweise auf die Ansiedlung von Flüchtlingswohnheimen. Dieses Thema kommt ja morgen.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Das ist aber auch schon alles. Ich denke, das sollten Sie sich einmal vor Augen führen. Was ist eigentlich Ihr Selbstverständnis, und was versuchen Sie zu instrumentalisieren?

(Galau [AfD]: Blödsinn!)

Ich bin mir aber sicher: Es wird der AfD mit ihrem primitiven Populismus nicht gelingen,

(Zuruf von der AfD: Braune Suppe!)

sich dieses elementare Thema anzueignen und sich als Sachwalter der unmittelbaren Demokratie aufzuspielen.

(Beifall DIE LINKE)

Im Übrigen werden Ihre Anträge auch gar nicht gebraucht.

(Zuruf von der AfD: Ihre auch nicht!)

- Das ist etwas anderes; das werden wir noch sehen.

Ich gehe davon aus, dass die Koalition im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung der Kommunalverfassung auch Vorschläge zur Erweiterung der Bürgerbeteiligung und der unmittelbaren Demokratie zur Diskussion stellen wird. Das kann jede andere Fraktion natürlich auch tun. Damit verbindet sich für uns die Erwartung, dass die Verwaltungsstrukturreform zu mehr Bürgerbeteiligung führt. Dafür gibt es verschiedene Ansätze und nicht nur den von Ihnen hier genannten.

Vor diesem Hintergrund macht es wenig Sinn, über einzelne Elemente der Kommunalverfassung im Vorgriff entscheiden zu wollen. Die inhaltlichen Positionen zu diesem Thema sind in der 8. Sitzung des Landtages am 18. März ausführlich ausgetauscht worden; insofern brauche ich meine Redezeit nicht. Ich will aber den Appell an Sie zurückschicken und Sie auffordern, auf ständige Wiederholungen zu verzichten. Meines Erachtens bringt uns das nichts. Wenn Sie sich wirklich einbringen wollen, dann bringen Sie sich in die Diskussion an der Stelle ein, wo es angebracht ist, und dafür werden wir dann auch genügend Zeit haben. Da können Sie unter Beweis stellen, ob Sie es wirklich ehrlich meinen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE - Galau [AfD]: Wir brauchen nichts zu beweisen!)

**Präsidentin Stark:**

Zu uns spricht jetzt Frau Abgeordnete Richstein für die Fraktion der CDU.

**Frau Richstein (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, auch ich kann es kurz machen. Nachdem Sie bereits heute Morgen

versucht haben, sich mit einem geklauten Antrag zu schmücken, plagiierten Sie jetzt munter weiter.

(Zuruf von der AfD)

Die Urheberschaft wird nachher Herr Abgeordneter Vida noch verteidigen müssen. Aber in der Tat, wir haben in der letzten Plenarsitzung - es war nicht der 18. März, es war der 19. März, Herr Dr. Scharfenberg - darüber bereits gesprochen, und ich kann kurz zusammenfassen, was die Position der CDU-Fraktion war.

Nach unserer Auffassung - das habe ich ganz klar gesagt - kann man durchaus über das Wie des Quorums sprechen, nicht aber über das Ob. Das steht für uns gar nicht zur Debatte. Anstatt hier Zahlenspiele zu betreiben, sollten wir eher das Augenmerk darauf legen, wie der Bürgerentscheid unter Beachtung der Sicherung demokratischer Mehrheiten praktikabel ausgestaltet werden kann. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass für uns durchaus die Möglichkeit der Staffelung im Raum steht, so wie es beispielsweise die Bayern praktizieren.

Ich darf aber noch etwas gegen die gänzliche Abschaffung des Quorums sagen. Durch Wahlen werden Gemeindevertreter verschiedener politischer Richtungen gewählt, während bei den Bürgerbegehren und -entscheiden über bestimmte Sachentscheidungen abgestimmt wird. Gerade diese Entscheidungen werden dem Volksvertreter durch das Abstimmen der Bürger praktisch entzogen, obwohl er doch den Auftrag von den Wählern bekommen hat, das Sachthema unter Zugrundelegung seiner politischen Ausrichtung aufzugreifen und zu entscheiden.

(Zuruf von der AfD)

Dieser Eingriff in die durch Wahlen übertragene Entscheidungsbefugnis der Gemeindevertreter muss daher durch eine hinreichend große Anzahl an Abstimmungsbeteiligten legitimiert sein. Außerdem stellt das Quorum auch einen Schutz davor dar, dass gut organisierte kleine Gruppen nur ihre eigene Klientel davon in Kenntnis setzen und eine große öffentliche Bekanntmachung der Abstimmungsmöglichkeiten gar nicht geschaffen wird.

Wir halten deswegen die Abschaffung des Quorums nicht für sinnvoll, und Sie, Herr van Raemdonck, sollten sich Folgendes überlegen: Wenn Sie schon mit Statistiken jonglieren, dann sollten Sie der Wahrheit so weit dienen, dass Sie auch sagen, wie vielen Bürgerbegehren dadurch abgeholfen wurde, dass die Gemeindevertreter ihr Anliegen aufgegriffen haben. Denn auch wenn ein Bürgerbegehren das Quorum für einen Bürgerentscheid nicht erreicht hat, so müssen die Gemeindevertreter dennoch darüber abstimmen. Wer sagt Ihnen, dass sie per se gegen die Bürger entscheiden?

Zu Ihrer letzten Forderung, dass bei Stimmengleichheit der Antrag nicht gescheitert ist: Das ist schon sprachlich eigenartig. Eigentlich verstehe ich Sie nicht. Wenn man sagt, wir brauchen die Mehrheit, dann ist das natürlich immer eine Stimme mehr als bei den anderen, und das ist bei Gleichheit definitiv nicht gegeben.

Wir können diesem Antrag nicht zustimmen, und ich hoffe, dass damit auch diese Debatte beendet ist. - Danke.

(Beifall CDU, SPD und DIE LINKE)

**Präsidentin Stark:**

Danke, Frau Abgeordnete. - Bevor ich den nächsten Redner aus dem Pult bitte, heiße ich eine Besuchergruppe herzlich willkommen, Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Uckermark. Herzlich willkommen bei uns im Plenarsaal!

(Allgemeiner Beifall)

Zu uns spricht nun Frau Abgeordnete Nonnemacher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nachdem im letzten Plenum Kollege Vida einen Gesetzentwurf mit dem Titel „Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden“ vorgelegt hat, kleckert nun die AfD-Fraktion mit einem Gesetzentwurf gleichen Titels nach. Wollte der Kollege Vida in seinem Vorschlag das Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene von 25 auf 15 % absenken, so strebt die AfD-Fraktion die sofortige Abschaffung des Zustimmungsquorums an.

(Zuruf von der AfD: Das ist ja gar nicht wahr!)

Ich begrüße es, wenn in diesem Haus die aus der Sicht meiner Fraktion unzureichenden Rahmenbedingungen für die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene diskutiert werden. Ob die inflationäre Beschäftigung mit nur einem Aspekt der Stärkung der direkten Demokratie dazu beitragen kann, ist aber zu bezweifeln. So ist es auch bei diesem Antrag fraglich, ob der Gesetzentwurf mit der alleinigen Forderung nach Abschaffung des Quorums tatsächlich seinem Namen „Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden“ gerecht wird.

Für uns Grüne gehören dazu noch weitere Aspekte, die ich bei dieser Gelegenheit gerne wiederhole. Dazu zählt eine Verkleinerung des Ausschlusskatalogs bei Bürgerbegehren, um den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, auch über Teile des Haushalts und die Bauleitplanung abzustimmen bzw. mitzubestimmen. Die hohe Hürde eines Kostendeckungsvorschlages sollte auf eine amtliche Kostenschätzung der Verwaltung reduziert werden.

Ich nenne als weitere Aspekte die Möglichkeit eines Bürgerentscheids auch für Ortsteile einer Gemeinde in solchen Angelegenheiten, die allein den Ortsteil betreffen, eine Senkung der Einwohnergrenze für die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, eine Stärkung der Beauftragten für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, eine Verbesserung des Akteneinsichts- und Auskunftsmöglichkeitenrechts für gewählte Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie eine Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung.

Die Frage des Zustimmungsquorums ist also für uns nur ein Aspekt unter vielen, wenn wir die Bedingungen für die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene verbessern wollen. Aber es ist eine Hürde, die deutlich zu hoch ist. Gerade wenn man die Beteiligung an Kommunalwahlen oder Wahlen zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landrätinnen und Landrä-

ten ansieht, wird dies augenfällig. Wenn eine Abstimmungs- beteiligung von mehr als 50 % für einen erfolgreichen Bürgerentscheid nötig ist, dann wird deutlich, wie abschreckend hoch dieses Quorum ist und dass eine so ermittelte demokratische Mehrheit in eine Minderheit umdefiniert werden kann. Deshalb setzen auch wir uns perspektivisch für einfache Mehrheitsentscheidungen ein.

Der Antrag der AfD wäre aber wohl kein Antrag dieser Fraktion, wenn er nicht noch einen exotischen Vorschlag enthielte. Zwar ist es selten und unwahrscheinlich, dass es bei einem Bürgerentscheid zu einer Stimmengleichheit kommt; aber deshalb die vorhandene Vorschrift zu ändern, dass bei Stimmengleichheit der Vorschlag abgelehnt ist, halte ich für nicht nachvollziehbar. Der Vorschlag, bei Stimmengleichheit die Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt zu wiederholen, dabei aber noch nicht einmal zu sagen, zu welchem Zeitpunkt dies stattfinden soll, ist abenteu- erlich. Zur Demokratie gehört, dass eine Abstimmung ver- loren wurde, wenn keine Mehrheit erreicht worden ist.

Insgesamt bin ich zwar der Meinung, dass richtige Dinge ruhig öfter einmal gesagt werden können, aber nicht unbedingt im Dreiwochentakt. Grund für diesen hingeschusterten Gesetzentwurf scheint mir vorwiegend zu sein, dass für den Kongress der AfD zur direkten Demokratie im Mai in Dresden noch Ak- tivitäten in diese Richtung nachgewiesen werden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU sowie DIE LINKE)

**Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht nun Herr Abgeordneter Vi- da für die BVB/FREIE WÄHLER Gruppe.

**Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Raemdonck und Herr Gauland, ich nominiere Sie für den Plagiarius Brandenburgensis 2015.

(Heiterkeit)

Ich habe selten eine derartig schnelle Kopie eines Gesetzesan- trages gesehen.

(Königer [AfD]: Das ist ja „vidalich“!)

Sie ist, wie es bei Plagiaten so oft der Fall ist, hastig und schlecht gemacht. Wenn man sich ernsthaft für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide - auch tatsächlich auf der kommunalen Ebene - einsetzen wollte, dann würde man hier realistische An- träge stellen.

Beim letzten Mal haben wir durchaus fachkundig diskutiert, und DIE LINKE hat auch Bereitschaft zur Meinungsentwick- lung gezeigt. Damals waren 15 % als Quorum vorgeschlagen; das wurde abgelehnt. Ich weiß nicht, wie man angesichts des- sen auf die Idee kommen kann, einen Monat später null Pro- zent vorzuschlagen und ernsthaft darauf zu hoffen, dass dies Zustimmung findet. Meines Erachtens schadet das dem Ziel, Bürgerentscheide zu stärken und eine vernünftige Debatte hier- über zu ermöglichen.

DIE LINKE hat signalisiert, dass, wenn etwas Zeit vergeht, vielleicht noch bis zum Ende der Wahlperiode - ich gebe die Hoffnung da nicht auf -, vielleicht zeitgleich mit der nächsten Kommunalwahl, anderes möglich sei. Diesen Reifeprozess sollte man nicht überstrapazieren und nicht torpedieren.

Deswegen bitte ich Sie auch, Herr Scharfenberg, hier in der Diskussion präzise zu bleiben. Ich habe nicht denselben Antrag gestellt, sondern 15 % beantragt. Das ist durchaus ein Unterschied. Deswegen möchte ich einiges zum Null-Prozent-Quorum allgemein sagen. Es ist natürlich grundsätzlich eine Überlegung wert, weil wir es bei den Wahlen der Vertretungskörperschaften ja gar nicht haben. Vielleicht ist es bei initiierten Bürgerbegehren, bei denen es um ein Thema geht, das durch die Gemeindevertretung noch nicht behandelt worden ist, durchaus überlegenswert, hierüber nachzudenken. Bei kassatorischen Bürgerbegehren - über den Unterschied haben wir das letzte Mal hier auch diskutiert - halte ich das für höchst bedenklich, denn dort wurde bereits eine Entscheidung durch die Vertretungskörperschaft getroffen, und daher halten wir es für angemessen, das 15-Prozent-Quorum bei kassatorischen Bürgerbegehren festzuschreiben. Das wäre demokratisch vernünftig, und wir hätten auch den Gleichlauf mit den anderen kommunalen Wahlen gewährleistet.

Völlig unzutreffend ist der Antrag, wenn hier vorgeschlagen wird, dass ein Bürgerentscheid bei Stimmengleichheit nicht abgelehnt sein soll. Das ist demokratietheoretisch absolut unlogisch. Denn bei Stimmengleichheit gilt wie auch in der Gemeindevertretung selbstverständlich ein Antrag als abgelehnt. Warum? Ein Bürgerentscheid soll die bestehende Rechtslage ändern, und für eine Änderung der Rechtslage brauche ich eine Mehrheit. Die ist nun einmal nur bei 50 % plus einer Stimme gegeben. Wer etwas ändern will, muss immer einen Schritt mehr tun, als der Ist-Zustand hergibt.

Des Weiteren möchte ich, wie Frau Kollegin Richstein bereits gesagt hat, darauf hinweisen, dass man, wenn ein Bürgerentscheid ausschließlich am Quorum scheitert, in der Gemeindevertretung zwingend in der Sache neu abzustimmen hat.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass der Antrag auch gesetzgeberisch-handwerklich schlecht gemacht ist. Denn wenn Sie beantragen, dass es bei Stimmengleichheit später noch einmal zur Abstimmung kommt, dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen: § 15 Abs. 2 der Kommunalverfassung verweist auf § 81 Abs. 7 des Kommunalwahlgesetzes. Dort ist die Rede davon, dass innerhalb von zwei Monaten ab Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerentscheids eine Sachentscheidung durch einen Bürgerentscheid zu treffen ist. Wenn Sie also hier den Vorschlag machen, dass später abgestimmt wird, müssen Sie auch einen Gleichlauf mit dem Wahlgesetz herstellen und eine Aussage zur Frist verbindlich treffen. Sonst ist ein gesetzgeberisch-handwerklicher Fehler darin.

Daher, meine Damen und Herren, initiieren Sie erst einmal einige Bürgerbegehren, durchlaufen Sie den politischen Wettbewerb, um Bürgerentscheide zum Erfolg zu bringen - dazu haben wir einiges an Expertise -, bevor Sie versuchen, hier etwas hölzern zu kopieren. Richtig ist, dass wir in Zukunft intensiv über den Ausschlusskatalog diskutieren müssen - dazu haben wir einen Antrag für die nächste Sitzung im Juni eingereicht -: Fristen für die Unterschriftensammlungen gerade bei Abwahl von Hauptverwaltungsbeamten, insbesondere angesichts der

Berücksichtigung der Gemeindefläche, um mit den Fristen den Bürgern entgegenzukommen, Diskussionen über unterschiedliche Quoren auf Gemeinde- und Kreisebene, wie es andere Bundesländer handhaben - insbesondere hier hoffe ich auf die Bewegungsbereitschaft der Linken - und generell Steigerung der Aktivierung, Mobilisierung und Motivation der Bürgerschaft. Hierzu gehören Fachkunde, Expertise und keine schlecht gemachte Kopie.

In der Sache werden wir uns enthalten. - Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Präsidentin Stark:**

Es ist eine Kurzintervention angemeldet. Herr Abgeordneter Schröder, Sie haben das Wort.

#### **Schröder (AfD):**

Sehr geehrter Herr Vida! Ich bin schon recht erstaunt darüber, dass Sie uns, der AfD, den Titel der erfolgreichsten Kopisten Brandenburgs verleihen wollen. Dafür danke ich Ihnen auch. Allerdings möchte ich diesen an Sie zurückgeben, ebenso an Ihre Gruppe. An Ihre Gruppe deswegen, weil Sie bereits zum wiederholten Mal jetzt den 10H-Antrag, den ausweislich die AfD im Dezember hier eingebracht hat, einbringen, und zwar fast wortgleich mit dem Text, den wir damals verwandt haben. Danach folgte die CDU, die hat ihn auch kopiert, und jetzt kopieren Sie ihn wieder.

(Zurufe von mehreren Fraktionen)

Das ist zur Sache. Es ging um das Kopieren. Ich wollte nur kundgetan haben, dass nicht nur wir diejenigen sind, die kopieren, sondern es gibt auch andere, die kopieren, so wie Sie. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

#### **Präsidentin Stark:**

Möchten Sie auf die Kurzintervention reagieren? Dann haben Sie jetzt Gelegenheit dazu.

#### **Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Schröder, ich kann es kurz machen, denn in der Sache haben Sie ja nichts Neues vorgetragen. Was den 10H-Antrag betrifft, so ist er aus der Erfahrung der letzten Wochen gespeist. Wir werden das nachher intensiv begründen.

Ich möchte mich auf die Sache konzentrieren. Hier geht es darum, dass wir grundsätzlich in dieser Wahlperiode eine Veränderung herbeiführen wollen. Wir hoffen auf einen Erkenntnisreifungsprozess der Regierungsfractionen; auf diese sind wir hier nun einmal mehrheitlich angewiesen. Wir haben in der letzten Parlamentssitzung intensiv darüber diskutiert, wir haben die Argumente gehört, wir haben auch die Bewegungsbereitschaft gesehen.

Uns geht es um Sachfragen, nicht um Populismus. Es geht darum, dass wir generell für Brandenburg etwas bewegen, für die



Bürger, die mit Bürgerinitiativen etwas bewerkstelligen wollen. Dazu gehört nicht das Kopieren, sondern das intensive Finden und Aushandeln von Kompromissen, um insbesondere die Abgeordneten, die Bewegungsbereitschaft gezeigt haben, auch mitzunehmen.

Deswegen lassen Sie uns zur Sache und nachher zum 10H-Antrag intensiv inhaltlich diskutieren. Ich glaube, da haben Sie noch etwas Nachholbedarf. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

#### **Präsidentin Stark:**

Zu uns spricht Herr Minister Schröter für die Landesregierung.

#### **Minister des Innern und für Kommunales Schröter:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion der AfD will mit ihrem Gesetzesantrag für mehr Demokratie sorgen. Tatsächlich würde aber eine Gesetzesveränderung das Gegenteil bewirken.

Unsere Kommunalverfassung sieht - ich meine zu Recht - vor, dass für einen Erfolg von Bürgerentscheiden mindestens 25 % der Stimmberechtigten teilnehmen müssen. Es wird zu Recht ein doppeltes Abstimmungsquorum verlangt. So ist das für das erste Quorum die Mehrheit der gültigen Stimmen und für das zweite Quorum gegenwärtig die Mehrheit von mindestens 25 % der Stimmberechtigten.

Ginge es nach der AfD, wäre die Frage eines Bürgerentscheids allein mit der Mehrheit der gültigen Stimmen entschieden. Im Extremfall könnte das bedeuten, dass eine gültige Jastimme ganz massiv in Entscheidungen der Gemeindevertretung eingreift. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich hat ein Bürgerentscheid die Wirkung eines endgültigen Beschlusses der Gemeindevertretung und kann innerhalb von zwei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid geändert werden.

Auch der AfD-Vorschlag zur Stimmengleichheit ist völlig inakzeptabel; meine Vorredner haben das bereits ausgeführt. Ich meine, sehr verehrte Damen und Herren von der AfD, und das möchte ich an dieser Stelle lediglich feststellen, dass Sie sich bei der Problembeschreibung selbst widersprechen. Im dritten Absatz erklären Sie:

„Im Gegenteil stellt die jetzige Regelung im Brandenburgischen Kommunalverfassungsgesetz einen Verstoß gegen das bewährte demokratische Prinzip ‚Mehrheit entscheidet‘ dar.“

Im 6. Absatz hingegen heißt es:

„Insofern ist es undemokratisch, wenn bei Stimmengleichheit der Bürgerentscheid abgelehnt wird bzw. nicht zustande kommt.“

Es wurde also nicht nur kopiert, sondern sogar fehlerhaft gearbeitet. Ich finde, null Prozent sollten eine Rolle spielen, besser noch null Promille, aber nicht bei Bürgerentscheiden, sondern was den Alkoholspiegel bei Kraftfahrern betrifft. Das finde ich sehr angemessen.

Ich plädiere also für Ablehnung des Vorschlags der AfD.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

#### **Präsidentin Stark:**

Ich frage Herrn Jung von der AfD: Möchten Sie die verbliebene Redezeit noch nutzen?

#### **Jung (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte über unseren Antrag, das urdemokratische Element eines Bürgerentscheids von den Fesseln willkürlicher Voraussetzungen zu befreien, hat gezeigt: Die etablierten Fraktionen dieses Hauses verhalten sich wie ein bedrohter Parteienblock, ein Parteienblock, der um seine Politikhoheiten kämpft, ein Parteienblock, der den Bürger nicht als den alleinigen Souverän achtet, ein Parteienblock, der von dem Bürger fordert, erst eine Eintrittskarte in Form von Beteiligungsquoren zu lösen, bevor er die heiligen Hallen der Politikgestaltung betreten darf.

Für uns von der AfD-Fraktion setzt der Respekt vor dem Bürger nicht erst dann ein, wenn es um die Verteilung von Mandaten oder Positionen geht. Für uns verdient die Stimme des Bürgers schon dann Respekt, wenn sie erhoben wird, und nicht erst, wenn sie von dem Parteienblock gebraucht wird. Es ist eben kein Ausdruck von Zufriedenheit, sondern von staatsbürgerlicher Enttäuschung, vielleicht sogar Verzweiflung, wenn sich Bürger aus Frustration, ohnehin nichts bewirken zu können, entschließen, an Bürgerentscheiden teilzunehmen. Wir reden ja nicht von einer Chaotisierung der kommunalen Willensbildung.

Wir wissen zwar zwischen Bürgerbegehren und hyperaktiven Einzelinteressen von einigen zu unterscheiden. Wenn gegen die von meiner Fraktion beantragte Abschaffung des Beteiligungsquorums bei anschließenden Bürgerentscheiden eingewendet wird, dies schaffe die Voraussetzung demokratischer Repräsentation ab, dann ist dieses Argument schon ein bisschen entlarvend. Denn mit der gleichen Begründung müsste dann auch die Gültigkeit der allgemeinen Wahlen von der Wahlbeteiligung abhängig gemacht werden. Mit der gleichen Begründung könnte man auch die demokratische Legitimation einer Landesregierung anzweifeln. Meine Damen und Herren, wir haben einen Ministerpräsidenten, wir haben eine Landesregierung, die nicht die Mehrheit der Brandenburger Bevölkerung repräsentieren. Das ist doch einmal der Fakt hier.

(Beifall AfD)

An der Landtagswahl 2014 nahm nur knapp die Hälfte der Brandenburger - 48 % - teil. Von dieser Hälfte der Brandenburger Bürger stimmte etwa ein Drittel für die Partei des jetzigen Ministerpräsidenten. Mit anderen Worten: Dieser Ministerpräsident ist politisch nur von weniger als etwa 16 % der Brandenburger gewählt worden. Diese Brandenburger Regierungskoalition mit den Linken vertritt weniger als ein Viertel, also knapp 23 %, der brandenburgischen Bevölkerung.

Wer verantwortungsbewusst genug ist, eine Landesregierung zu wählen, sollte von Ihnen auch für verantwortungsbewusst genug gehalten werden, seine eigenen Angelegenheiten in den

Kommunen zu regeln. Erklären Sie den Bürger nicht erst dann für mündig, wenn die Parteien des politischen Blocks diese Bürgerstimmen bei Wahlen im eigenen Interesse für ihre fragwürdige Legitimation brauchen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam ein Ziel der Wertschätzung und des staatsbürgerlichen Vertrauens in unsere Brandenburger setzen und stimmen Sie für unseren Antrag. In Hamburg gibt es auch kein Quorum. Nehmen Sie das als Beispiel, und dann können wir letztendlich eine Form finden, dies auch hier in Brandenburg hinzukriegen. - Danke.

(Beifall AfD)

#### **Präsidentin Stark:**

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Rednerliste. Die Fraktion der AfD hat namentliche Abstimmung beantragt.

Wir kommen damit zur Abstimmung des Gesetzentwurfs der AfD-Fraktion in Drucksache 6/1168. Ich bitte Sie, Ihr Votum laut und deutlich abzugeben, damit die Schriftführer es ordnungsgemäß registrieren können.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis zum Gesetzentwurf in Drucksache 6/1168 mitteilen:

Für den Gesetzentwurf stimmten 8 Abgeordnete, gegen ihn stimmten 59 Abgeordnete, und es gab 6 Enthaltungen. Damit ist dieser Gesetzentwurf in der Drucksache 6/1168 in der 1. Lesung abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 727)

Wir schließen Tagesordnungspunkt 9 und ich eröffne **Tagesordnungspunkt 10:**

#### **Weiterentwicklung der Krankenhäuser zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Land**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/829

Außerdem liegt Ihnen ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 6/1272, vor. Wir beginnen die Debatte mit der SPD-Fraktion. Zu uns spricht Frau Abgeordnete Dr. Münch.

#### **Frau Dr. Münch (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt wohl nur sehr wenige Menschen, die gern in Krankenhäuser gehen. Das betrifft natürlich vor allem diejenigen, die dort einen guten Arbeitsplatz haben und gerne dort arbeiten. Aber als Normalkonsument ist man eher froh, wenn man nicht ins Krankenhaus gehen muss. Trotzdem ist es natür-

lich ganz besonders wichtig, dass wir wissen: Es gibt im Notfall rund um die Uhr Krankenhäuser in erreichbarer Nähe, die unterstützen und helfen können, wenn man Hilfe braucht.

Aufgrund des demografischen Wandels und der Entwicklung in allen Landesregionen ist es neben der stationären Versorgung im Notfall auch wichtig, Krankenhäuser in erreichbarer Nähe zu haben, weil sie zunehmend auch den ambulanten Bereich übernehmen müssen. Krankenhäuser bilden so etwas wie Anker der ärztlichen Versorgung in unserem Land und insbesondere im ländlichen Raum. Deshalb kommt unseren Krankenhäusern eine ganz besondere Rolle zu.

Wir haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode sehr erfolgreich gearbeitet und die richtigen Weichen gestellt. Mit der Fortschreibung des Dritten Brandenburger Krankenhausplanes im Zeitraum 2014 bis 2018 konnten auch alle Krankenhäuser und deren Standorte gesichert werden. Das ist ein großer Erfolg und spricht auch sehr für die Qualität der Häuser in unserem Land. Es spricht auch dafür, dass in den vergangenen 20 Jahren hier solide gearbeitet wurde. Denn Sie wissen sicherlich, dass deutschlandweit fast 40 % aller Krankenhäuser auf dem Prüfstand stehen, weil sie oft nicht wirtschaftlich arbeiten.

Wir haben hier eine gute, weitgehend gesunde Krankenhauslandschaft, die sich natürlich trotzdem immer weiterentwickeln muss. In Brandenburg sorgt sich medizinisches Fach- und Pflegepersonal in insgesamt 53 Krankenhäusern um Menschen in unserem Land. Interessant ist dabei sicherlich auch, dass die Anzahl der Patientinnen und Patienten seit 1991 um 44 % gestiegen ist. Das heißt, der sogenannte Turnover wurde immer schneller: Es werden immer mehr Menschen behandelt; gleichzeitig haben sich die Liegezeiten deutlich verkürzt.

Um die Zahl der Krankenhäuser und ihre fortschrittliche Entwicklung weiter stabil halten zu können, brauchen wir eine stabile Finanzierung der Krankenhäuser. Dafür wurde 2013 die flexibel einsetzbare und planbare Krankenhausinvestitionspauschale eingeführt. Dieses Instrument wurde von den Häusern auch sehr gut angenommen. Das Fördervolumen in den Jahren 2013 und 2014 betrug insgesamt über 219 Millionen Euro; das ist eine stattliche Summe. Damit wir diesen bereits eingeschlagenen Weg erfolgreich fortsetzen können, ist es wichtig, dass sich die Landesregierung aktiv in die derzeit diskutierte, im Bund vorgesehene Krankenhausreform einbringt. Deswegen ist das auch Bestandteil unseres Antrages. Denn wir müssen unsere landesspezifischen Interessen hier einzubringen versuchen.

Sie haben die aktuelle Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Gesundheitspolitik in Brandenburg vorliegen, die wir sicherlich noch einmal gesondert besprechen werden und der Sie schon wichtige Eckdaten entnehmen können. Es geht bei der Krankenhausreform darum, Fehlsteuerungen im Krankenhausbereich mit Blick auf die Themenbereiche Finanzierung, Qualität der Versorgung und Versorgungsstrukturen in Einklang zu bringen.

Einige wichtige Eckpunkte aus unserer Sicht der Reform mit Blick auf die Betriebskostenfinanzierung, die in den Diskussionsprozess eingebracht werden müssen, ist die unzureichende Refinanzierung von Tarifierhöhungen. Das ist etwas, worüber viele klagen: dass die Kosten steigen, aber trotzdem in vielen Häusern Haustarifverträge gelten, weil eben die Finanzierung nicht ausreicht, um die Verträge den Tarifierhöhungen an-

zupassen. Es geht auch um den Orientierungswert bzw. den Veränderungswert der realen Kostensteigerung, die die reale Kostenentwicklung abbilden und natürlich im vollen Umfang Anwendung finden müssen.

Die Versorgungszuschläge je Krankenhausfall aus dem 1,1-Milliarden-Euro-Maßnahmenpaket der Bundesregierung sollen als Ausgleich für die Mehrleistungsabschläge an die Krankenhäuser im Land zurückfließen. Das ist wichtig, denn es ist gerade in einem Land wie Brandenburg so, dass wir mehr arbeiten und dann dafür mit Abschlägen bestraft werden. Hier müssen wir umsteuern. Wir unterstützen deshalb die Forderung der Krankenhausseite, Mehrleistungen ohne Abschlag zu vergüten und nicht noch zu bestrafen.

Ein letzter Punkt, der in der Diskussion mit dem Bund wichtig ist, ist die Notfallbehandlung, die kostendeckend erfolgen muss. Denn gerade die Versorgung in der Notaufnahme ist ja jenseits der klassischen Klientel etwas, was von der Bevölkerung in sehr viel stärkerem Umfang in Anspruch genommen wird, weil der ambulante Arzt häufig nicht mehr erreichbar ist und man sich mit Beschwerden, die regulär auch ambulant versorgt werden können, an das Krankenhaus wendet.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der auch in unserem Antrag eine Rolle spielt, ist die Frage der Mindestmengen seitens des Gemeinsamen Bundesausschusses. Denn es geht darum, dass wir unsere spezifischen Landessichtweisen in die Diskussion einbringen und es möglich sein muss, dass wir gerade das, was länderspezifische Ausnahmeregelungen von dieser Mindestmengenregelung betrifft, mit einspielen lassen können und Flexibilität haben, um tatsächlich planen zu können.

Bei der vom Bund geplanten Krankenhausreform ist es auch aus unserer Sicht wichtig, einen Investitionsfonds einzurichten, bestehend aus Mitteln des Bundes, der Krankenkassen und auch des Landes. Es sollen vor allen Dingen sektorenübergreifende Versorgungsformen gefördert werden. Sie wissen alle, dass die sektorenübergreifenden Versorgungsformen die Versorgungsformen der Zukunft sind, weil es nur noch gelingen wird, die unterschiedlichen Sektoren der medizinischen Hilfe miteinander zu vernetzen, wenn wir eine Möglichkeit haben, der demografischen Entwicklung und auch der Morbiditätsentwicklung unserer Bevölkerung entsprechend Lösungen entgegenzusetzen. Es ist auch wichtig, dass vom Gemeinsamen Bundesausschuss gemachte Vorgaben länderspezifisch Ausnahmeregelungen ermöglichen. Das betrifft unter anderem auch die Mindestmengen, denn es geht darum, dass in anderen Ländern mit anderen strukturellen Gegebenheiten, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Berlin, sehr viel leichter bestimmte Grenzen erreicht werden können als bei uns in Regionen, wo bestimmte ärztliche Versorgung nur noch über wenige Strukturen aufgefangen werden kann.

Die Zahlung eines Sicherstellungszuschlags muss auf eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gestellt werden, die die Gesamtwirtschaftlichkeit der Einrichtung berücksichtigt und nicht nur einzelne Abteilungen. Auch das ist wichtig, um die Überlebensfähigkeit eines Hauses zu sichern. Wir haben auf Landesebene dazu eine Regelung gefasst, aber diese ersetzt natürlich nicht einen bundesweit notwendigen rechtlichen Rahmen.

Zentrales Ziel ist, dass wir unsere Krankenhäuser, unsere einzelnen Krankenhausstandorte, zukunftsicher aufstellen. Das

bedeutet nicht, dass alles bleiben muss, wie es ist - es bedeutet natürlich auch, dass die neue Krankenhausplanung hier wieder sehr genau auf entsprechende Entwicklungen reagieren muss, sowohl hinsichtlich der Veränderungen in der Bevölkerung als auch der landesweiten Unterschiede. Es bedeutet aber auch, dass wir die Standorte in unserem Land brauchen und sie bestmöglich ausrüsten müssen, um den Aufgaben der Zukunft gewachsen zu sein. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

#### **Präsidentin Stark:**

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Nowka.

#### **Nowka (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Weiterentwicklung der Krankenhäuser zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Land - die von den Regierungsparteien gewählte Überschrift impliziert, dass von der Landesregierung etwas Neues verlangt werden soll, ein zusätzliches Element in der Gesundheitspolitik, zusätzliche Ressourcen oder Ähnliches. Impulse dieser Art sind notwendig und wären zu begrüßen, nur sind sie im Antrag so nicht zu finden.

Der aktuelle Brandenburger Krankenhausplan wurde in den Jahren 2012 und 2013 erarbeitet und diskutiert. Dass er einzuhalten ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass die Regierungskoalition die Landesregierung bittet, bis 2019 mindestens 400 Millionen Euro für eine auskömmliche und verlässliche Investitionsförderung bereitzustellen, verschleiert, dass in der letzten Legislaturperiode noch etwas mehr als 500 Millionen Euro zur Verfügung standen.

(Vereinzelt Beifall CDU und AfD - Zuruf des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Im Haushaltsplan 2015/2016 sind lediglich die ca. 80 Millionen Euro jährlich für eine pauschale Förderung der Krankenhäuser vorgesehen. Eine darüber hinausgehende Investitionsförderung, in welcher Höhe auch immer, soll es so nach dem Willen der Landesregierung nicht mehr geben.

Meine Damen und Herren, der kritische Punkt in Ihrem Antrag ist für uns gerade die Finanzierung der Krankenhäuser, die - auch bedingt durch das Abrücken der SPD von ihren Wahlversprechen - nicht mehr auskömmlich ist. Aus diesem Grund haben wir heute einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt. Die Investitionskosten der Krankenhäuser, das heißt, die Aufwendungen für Neubauten und Instandsetzungen, die Anschaffung von Großgeräten usw., sind durch die Bundesländer aus Steuermitteln zu finanzieren. Krankenhäuser und Krankenkassen kritisieren seit Jahren, dass die Investitionsförderung nicht im notwendigen Umfang geleistet wird. Deshalb ist in vielen Bundesländern bereits ein Investitionsstau entstanden.

Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist auch nicht ausschließlich ein Problem in Brandenburg. Insofern ist der Ansatz des Koalitionsantrages, die Einrichtung eines Investitionsfonds, finanziert durch Mittel des Bundes, der Länder und der Krankenkassen, zu befördern, richtig. Allerdings werden auch

hierfür zusätzliche Eigenmittel nötig sein. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm versprochen, dass die Krankenhäuser in den nächsten fünf Jahren mit insgesamt 500 Millionen Euro gefördert werden sollen. Im Koalitionsvertrag ist allerdings - wie auch im Antrag der Koalitionsparteien - nur noch von 400 Millionen Euro die Rede.

(Minister Görke: Mindestens!)

Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass von 1993 bis 2014 zusätzliche Mittel nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz bereitgestellt wurden - Geld der Krankenhauspatienten, das dem Landeshaushalt zugeführt wurde. Dass diese gesetzliche Regelung, aus der zuletzt mehr als 20 Millionen Euro jährlich und damit gut 20 % der gesamten Investitionsmittel entsprangen, Ende 2014 auslaufen würde, war langfristig bekannt. Das Wahlversprechen der SPD erfolgte in Kenntnis dieser Tatsache. Eine Ausgleichsmaßnahme im geplanten Landeshaushalt sucht man trotzdem vergeblich. Da Brandenburg im Dezember 2012 ein Gesetz verabschiedet hat, das lediglich eine Pauschalförderung vorsieht, soll die im Haushalt eingestellte Summe von ca. 80 Millionen Euro auch die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter sowie kleinere bauliche Maßnahmen abdecken.

Die Krankenhäuser werden damit zukünftig gezwungen, sich für die Anschaffung von Großgeräten oder größere bauliche Maßnahmen zu verschulden. Im schlimmsten Fall werden sie gezwungen sein, die Betriebskosten, die die Krankenkassen finanzieren und deren Hauptteil auf die Behandlung der Patienten entfallen soll, für Investitionen bzw. den Schuldendienst einzusetzen. Die Substanz der Brandenburger Krankenhäuser wird auf diese Weise aufgezehrt. Das kann nicht gewollt sein, denn Krankenhäuser sind ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge - Frau Dr. Münch hat das schon gesagt -, sie sind Anker der medizinischen Versorgung. Die flächendeckende medizinische Versorgung, orientiert am jeweils aktuellen Standard, erfordert ein stetiges und ausreichendes Investment.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die spätestens seit diesem Jahr wegen des Wegfalls der Mittel nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz unzureichende Finanzierung ist das Hauptproblem der Krankenhäuser, und daran ändert der Koalitionsantrag nichts. Die offenkundige Unterfinanzierung im Parlament noch einmal absegnen zu lassen hilft den Krankenhäusern im Land jedenfalls nicht weiter.

(Beifall CDU)

Beauftragen wir die Landesregierung deshalb mit der Absicherung der notwendigen Investitionen, alles andere gefährdet auf Dauer den Bestand der Brandenburger Krankenhäuser. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Wilke für die Fraktion DIE LINKE.

**Wilke (DIE LINKE):\***

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Das Thema scheint nicht bei allen Fraktionen auf Interesse zu stoßen; man bemerkt es, wenn man in die Reihen der AfD sieht.

Ich versuche einmal, ein Stück weit in einer anderen Einflugschneise zu erklären, wie in Bezug auf Gesundheitspolitik der grundsätzliche Gedanke momentan bei uns ist und in welche Richtung dieser Antrag weitergehend diskutiert werden könnte.

In der aktuellen Diskussion in und um die Schließung der Klinik für Geburtshilfe Bad Belzig erleben wir, welche auch emotionale Bedeutung solch ein Krankenhausstandort und sogar das Vorhandensein einzelner Abteilungen für Regionen hat. Krankenhäuser stellen nicht nur die gesundheitliche Versorgung sicher, sie sind auch wichtig für das Selbstverständnis von Regionen. Die mögliche Schließung einer Geburtsstation wie in Bad Belzig - so gut begründet wie sie auch sein mag - kommt für die Bürgerinnen und Bürger in der Region einem Abschied als Standort für junge Menschen und Familien gleich. Das macht ein Stück weit deutlich: Krankenhäuser sind in einem Flächenland wie Brandenburg nicht nur für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung unverzichtbar, sie spielen auch eine zentrale Rolle als Anker in den Regionen und natürlich auch als Arbeitsplatzgeber.

Als Linke haben wir von Anfang an deutlich gemacht, dass wir alle Krankenhausstandorte erhalten wollen. Unser Ziel ist und bleibt die flächendeckende Versorgung mit Krankenhausleistungen in allen Landesteilen. Dafür und für die Entwicklung der Standorte wurden in den vergangenen Jahren bereits sehr wesentliche Grundlagen geschaffen: Der Dritte Krankenhausplan wurde für den Zeitraum 2014 bis 2018 fortgeschrieben, die Investitionsförderung wurde von einer Einzelförderung auf eine pauschale Förderung umgestellt und das Landesgremium für sektorenübergreifende Versorgungsfragen wurde konstituiert.

Mit dem heutigen Antrag knüpfen wir an diese Weichenstellung der rot-roten Gesundheitspolitik der vergangenen Legislaturperiode an. Mit 400 Millionen Euro sichern wir die Investitionsfinanzierung und sorgen für Planungssicherheit bei den Krankenhäusern, denn Qualitätssicherung, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht zuallererst verlässliche Finanzstrukturen.

Wir wissen alle, dass es auch an dieser Stelle die Forderung nach weiteren Mitteln gibt - wir alle hatten heute einen Brief von der Landeskrankenhausgesellschaft in unseren Fächern. Gleichwohl bitte ich zu bedenken: Die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser erfolgt auf dem Weg der dualen Finanzierung. Die Länder sind für die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen zuständig. Da wurden seit 1991 für den Auf- und Ausbau moderner und leistungsfähiger Krankenhäuser 4 Milliarden Euro investiert, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln, der Rest aus Fördermitteln. Der Bund wiederum ist über die Betriebskostenfinanzierung in der Pflicht. Die systematische Unterfinanzierung im Vergütungssystem muss in erster Linie durch Bundesgesetzgebung ausgeräumt werden. Während das Land hier seine Hausaufgaben macht, stiehlt sich der Bund aus der Verantwortung.



Gesundheitspolitisch geht es uns nicht nur um Bestandssicherung, sondern auch um Innovation und die Förderung von neuen Ideen und Wegen. Die Entwicklung neuer Konzepte, auch zur Vernetzung der gesamten Versorgungskette, muss aus unserer Sicht auf die Tagesordnung. Dies umfasst die Vor- und Nachsorge, die stationäre und ambulante einschließlich der pflegerischen Versorgung und auch die häusliche Versorgung. Hierfür brauchen wir das Engagement aller im Gesundheitsbereich Tätigen und Verantwortlichen, um beispielsweise die bereits bestehenden erfolgreichen Kooperationen zwischen den Krankenhäusern in Brandenburg auszubauen und neue Netzwerke zu knüpfen.

Überlegenswert wäre aus Sicht unserer Fraktion auch, ob es nicht gut wäre, wenn das Landesgremium in unterversorgten Regionen auch verbindliche Entscheidungen und sektorenübergreifende Versorgungsverträge initiieren könnte - und das nicht als unzulässiger Eingriff in den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung, sondern als unterstützende Maßnahme, denn die fächerübergreifende Kooperation von Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen bietet aus unserer Sicht ein sehr großes Potenzial, um zukunftsfähige Lösungen für die medizinische Versorgung weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sicherung der Gesundheitsversorgung einer immer älter werdenden Gesellschaft auch in der Fläche wird für Brandenburg zunehmend zu einer der ganz zentralen Herausforderungen. Auf der Basis einer stabilen stationären Versorgung müssen wir neue Wege suchen und beschreiten. Gerade in den strukturschwächeren ländlichen Regionen müssen die vorhandenen Ressourcen klug und gemeinsam eingesetzt werden, sodass die medizinischen Leistungen in guter Qualität angeboten und auch angemessen finanziert werden können.

Die heutige Diskussion und unser gemeinsamer Antrag sind daher aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Baustein zunächst für die Planungssicherheit bei den Krankenhäusern und dann für die Weiterführung der ganz sicher dringend notwendigen gesundheitspolitischen Gesundheitsdebatte im Land Brandenburg. Wir bitten um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

**Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Nun spricht für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Dr. van Raemdonck zu uns.

**Dr. van Raemdonck (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Land Brandenburg hat im Gegensatz zum Nachbarland Berlin erfreulicherweise kaum mit einem jahrzehntelangen Investitionsstau in der regionalen Krankenhauslandschaft zu kämpfen. Es wäre ein Klagen auf sehr hohem Niveau, wenn wir diesen erfreulichen Zustand mit Einzelbeispielen widerlegen wollten - auch wenn ich Bad Belzig in diesem Zusammenhang nicht ganz unerwähnt lassen möchte. Die AfD-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich, dass mit dem Krankenhausplan für die Jahre 2014 bis 2018 eine verlässliche Grundlage geschaffen wurde, um alle 62 Standorte zu erhalten, denn die medizinische Versorgung in der Fläche ist uns als AfD sehr wichtig.

Die Bereitstellung von qualifiziertem Fachpersonal stellt jedoch auch Brandenburg vor große Herausforderungen. Es ist zu hoffen, dass die angekündigte Krankenhausreform tatsächlich einen Richtungswechsel in der Bewertung stationärer Versorgung bringt.

Meine Damen und Herren, kommen wir jedoch zu dem uns vorliegenden Antrag. Hier feiert sich die Koalition - zu Recht - für die Umstellung auf Investitionspauschalen. Schließlich hat die Koalition hier tatsächlich einmal Sachverstand gezeigt

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Na, sag' mal!)

und ist von der planungstechnisch unsicheren Einzelförderung abgekommen. Nur ein paar Zeilen weiter hört es mit dem Sachverstand bereits wieder auf. So wird zwar auf den Gesundheitstourismus hingewiesen, eine Einrichtung von Privatstationen im Krankenhausplan aus rein ideologischen Gründen weiterhin untersagt. Es ist ebenfalls auffällig, dass die Koalition bei der Krankenhausversorgung gerne von Brandenburg spricht, in allen anderen Bereichen aber blumig die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg bemüht, wohl wissend, dass insbesondere in Forschung und Lehre oder dem Bereich Gesundheitswirtschaft kaum eigene Impulse gesetzt werden. Hier hätte sich meine Fraktion mehr als nur laue Luft gewünscht.

Mit der bereits erwähnten Krankenhausreform sind große Erwartungen hinsichtlich der Qualitätssicherung und Verbesserung der stationären Versorgung verbunden. Es wird Aufgabe der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft sein, hier tatsächlich einen Quantensprung zu erreichen. Ich persönlich bin sehr skeptisch, ob die Zielsetzung mit den bisher bekannten Maßnahmen erreicht werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob aus der Reform tatsächlich etwas zum Wohle des medizinischen Personals und der Patienten herauskommt oder wir wiederholt erleben müssen, dass nur die Bürokratie wächst, bei den Menschen aber keine Verbesserung ankommt.

Der von der Koalition geforderte Investitionsfonds kann hier ein erster Indikator werden. Dass der Gemeinsame Bundesausschuss tatsächlich regionale Gegebenheiten berücksichtigen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen eher Wunschenken. Auch die Frage der Finanzierung wird in diesem Antrag weitgehend ausgespart.

Meine Damen und Herren, die zukünftige Entwicklung in der stationären Betreuung wird einer der zentralen Punkte in der Gesundheitspolitik der Bundesrepublik sein. Demografische Entwicklung, Fachkräftemangel und stetiger Kostendruck werden uns nicht nur in den nächsten fünf Jahren beschäftigen. Es sollte aber allen Verantwortlichen klar sein, dass es um die besten Lösungen geht und nicht um Ideologien. Auch wenn der vorliegende Antrag noch einige Fragen aufwirft, möchte meine Fraktion den bereits laufenden Prozess unterstützen, zum Wohle der Menschen in unserem Land. Wir werden diesem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Danke. - Zu uns spricht die Abgeordnete Nonnemacher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte wenige Gäste! Mit dem vorliegenden Antrag loben die Koalitionsfraktionen die Krankenhauspolitik der Landesregierung in der letzten Legislaturperiode und sehen einen wichtigen Grundstein für eine zukunftsfeste stationäre Versorgung gelegt. Diesen Optimismus können wir nicht ganz teilen.

Die Rolle der Länder bei der ihnen übertragenen Krankenhausfinanzierung ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Durch das Auslaufen der Mittel aus dem Gesundheitsstrukturgesetz verringern sich die Krankenhausinvestitionsmittel gegenüber 2014 real um ca. 23 Millionen Euro. Auch fehlt im vorliegenden Antrag aus unserer Sicht das Aufzeigen eines stringenten Plans für eine moderne Krankenhauspolitik. Wir können der Forderung nach der konsequenten Umsetzung des Brandenburger Krankenhausplans jedoch prinzipiell zustimmen, befürchten aber, dass trotz aller Bemühungen und des guten Willens künftig nicht alle Kliniken in Brandenburg erhalten werden können.

Wir müssen daher jetzt beginnen, die Anforderungen einer immer älter werdenden Bevölkerung, gekennzeichnet durch Multimorbidität und chronisch kranke Patienten, an die Gesundheitsversorgung im Land zu definieren. Wir stellen uns beispielsweise Gesundheitszentren als Weiterentwicklung der heutigen, oft noch monoprofessionellen medizinischen Versorgungszentren vor. Als Gesundheitszentren sollen sie vor allen Dingen in ländlichen Regionen einen wichtigen Anker der medizinischen Versorgung bilden und dort eine konsequente patientenzentrierte interprofessionelle Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe bieten. Jetzt haben wir den Gestaltungsspielraum, um dahin gehend attraktive Anreize zu schaffen.

Die 400 Millionen Euro, die die Landesregierung den Krankenhäusern in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen möchte, sind wahrlich keine Jubelsumme. Durch das erwähnte Auslaufen des Sonderförderprogramms des Bundes für Investitionen in den neuen Ländern haben die Krankenhäuser de facto nun noch weniger Investitionsmittel als in den Vorjahren zur Verfügung.

Wir kennen die Haushaltslage des Landes und wollen demnach hier auch nicht über Förderungen in der Höhe sprechen, in der die Landeskrankenhausesellschaft sie fordert. Wir sehen auch, dass Brandenburg im Vergleich der Länder bei der insgesamt nicht auskömmlichen Finanzierung noch einen vergleichsweise akzeptablen Platz einnimmt. Wir sind sozusagen die Einäugigen unter den Blinden. Ein Bemühen, die auslaufenden Mittel durch Landesmittel wenigstens teilweise zu kompensieren, hätten wir uns aber schon gewünscht. Ich möchte auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass bei der Investitionssumme für die nächsten Jahre das Wort „mindestens“ steht.

Um zukunftsfeste Strukturanpassungsmaßnahmen in die Wege zu leiten, sollte Brandenburg aus unserer Sicht aber wenigstens auf Mittel aus dem Strukturfonds, der im Eckpunktepapier der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Krankenhausreform geplant ist, zurückgreifen können. Voraussetzung für Zuwendungen aus diesem Fonds wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Beteiligung des Landes am Förderbeitrag in gleicher Höhe sein. Brandenburg kann, wird der Strukturfonds so verabschiedet, wie er jetzt angedacht ist, 15 Millionen Euro aus Bundesmitteln erhalten, um an den geeigneten Standorten Kranken-

häuser in Gesundheitszentren umzuwandeln. Auf dieses Geld sollten wir keinesfalls verzichten. Im Haushaltsplan sollte nachgesteuert werden, damit für den Fall, dass die Krankenhausreform 2016 in Kraft tritt, diese 15 Millionen Euro als Gegenfinanzierung vorgehalten werden können. Kommt das Gesetz erst später, bedeuten zusätzliche 15 Millionen Euro im Jahr 2016 als Investitionspauschale für Krankenhäuser wahrlich keine Geldverschwendung, sondern eine kleine zusätzliche Gabe.

Zu Ihrer letzten Forderung, die Erweiterung des Landesgremiums nach § 90 um Vertreter aus der Pflege zu prüfen, kann ich mir nicht verkneifen, anzumerken, dass wir das schon immer so gewollt haben. Ich zitiere aus meiner Rede von 2013:

„Besonders bedauerlich finde ich, dass die Vertreter der Pflegeberufe wie üblich am Katzentisch und nicht in der ersten Reihe sitzen. Einem Gremium, das die Erprobung innovativer Ansätze vor dem Hintergrund des demografischen Wandels befördern soll, hätten innovative Impulse auch in der Zusammensetzung gut getan.“

Das stimmt auch heute noch. Da wir die Zielrichtung von sektorenübergreifender innovativer Gesundheitsversorgung für richtig halten und die meisten Forderungen unterstützen, stimmen wir dem Antrag trotz einiger Bedenken im Detail zu.

(Beifall B90/GRÜNE)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht der Abgeordnete Schulze für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde genommen braucht man dem Redebeitrag von Frau Nonnemacher nicht viel hinzuzufügen. Er war sachlich, sehr fundiert und ausgewogen und spiegelte die Realität in hohem Maße wider. Nichtsdestotrotz: Wer könnte einem Antrag „Weiterentwicklung der Krankenhäuser“ schon widersprechen? Die Frage ist nur: Ist das ein Plan? Ist das ein Versprechen? Ist das Hoffnung, Sorge oder ein Befund? Das werden wir sehen.

Ich möchte mich mit drei Punkten auseinandersetzen. Erstens: Sie schreiben in Ihrem ersten Punkt - der Landtag stellt fest - unter Ziffer 2, die Investitionsfinanzierung solle durch Pauschalförderung ersetzt werden.“ Nun müssen wir uns schlicht und einfach einmal damit auseinandersetzen, was das heißt. Nach dem Grundgesetz gibt es die duale Krankenhausfinanzierung, der Bund kommt für die Betriebskosten, die Länder kommen für die Investitionskosten auf. Früher gab es die Großgeräteverordnung, die Anfang der 90er-Jahre abgeschafft worden ist. Dann kam die sogenannte Pauschalförderung. Das waren Gelder für den kurzfristigen Bedarf, für kleine Investitionen und die Anschaffung von Geräten. Da geht es schlicht und einfach darum: Hat ein Krankenhaus ein Echogerät, ein Röntgengerät etc.? Die Investitionsförderung war für die Sanierung von Krankenhausteilen, für Anbauten, Neubauten etc., vorgesehen.

In der Großen Anfrage der CDU, die wir morgen behandeln werden, wird unter Frage 43 ausgeführt, dass von 1991 bis heute 4 Milliarden Euro an Krankenhausinvestitionen durch das Land ausgelöst worden sind. Diese Aussage ist schlicht und

einfach falsch. Es waren 3 Milliarden Euro, und die 25 %, die draufgeschummelt worden sind - im Übrigen einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion aus der vorherigen Wahlperiode entnommen -, waren Mittel nach Artikel 14 des Gesundheitsstrukturgesetzes, die eingerechnet wurden. Das waren keine Landesmittel. Wenn wir uns die Liste der Investitionen anschauen, müssen wir feststellen, dass es 2015, 2016, 2017 und 2018 weniger Geld gibt als in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Das heißt, wir reden real von einer Kürzung. Dafür soll man jetzt Beifall klatschen? Ich glaube, die Krankenhausgesellschaft wird sich dazu schon noch äußern. Der Brief, aus dem Herr Wilke zitiert hat, ist ja erst der Auftakt. Die Wahrheit ist, dass wir einen Investitionsrückstau von 400 bis 600 Millionen Euro aus den vergangenen zehn Jahren haben. Das wird die Krankenhausgesellschaft sicher noch unterlegen können. Das ist die Wahrheit. Dass 400 Millionen Euro eine große gute Lösung und ein Grund zu feiern sind, ist schlicht und einfach unwahr.

Woraus resultiert das ganze Desaster? Der Fonds nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz ist zum 31.12.2014 ausgelaufen - plötzlich und überraschend wie ein 25. Hochzeitstag oder ein Geburtstag. Das wusste man seit 10 Jahren! Aber nichts wurde getan. Jetzt muss man einmal fragen: Was versteckt sich dahinter? Dahinter verstecken sich 23 Millionen Euro, die im letzten Jahr noch verfügbar waren und es in diesem Jahr nicht mehr sind? Insofern frage ich mich: Wer hat hier fünf Jahre lang geschlafen? Die politische Verantwortung - wir wissen es alle - trug die damalige Gesundheitsministerin Tack. Sie hat es leider nicht geschafft, diesen Strukturfonds zu ersetzen.

(Frau Tack [DIE LINKE]: Nein, ich habe es leider verschlafen!)

Meine Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag zustimmen, aber ich denke, hier ist in den nächsten Wochen und Monaten eine kritische Debatte zur Zukunft der Krankenhausfinanzierung fällig, denn so schön und rosig, wie einige Kollegen es gemalt haben, sieht es eben nicht aus. Die Berichte des Wissenschaftlichen Instituts der AOK sprechen, was Brandenburg betrifft, von einer ausgedünnten Struktur, die nur in Mecklenburg-Vorpommern noch schlechter sein soll. Da muss man sich dann schon die Frage stellen, ob das unsere Zukunft ist.

Meine Damen und Herren! Wenn man dem Ärzteblatt glauben kann, sind 30 % der Krankenhäuser defizitär, existieren strukturelle Defizite etc. Die Frage ist: Wer zahlt die Zeche? Ich war 14 Jahre lang im Aufsichtsrat mehrerer Krankenhäuser - ehrenamtlich wohl gemerkt, ohne Aufwandsentschädigung - und kenne mich da ein bisschen aus. Wie ist die Situation? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen die Zeche dafür, dass Krankenhäuser investieren. Es gibt real Lohnverzicht in den Krankenhäusern; hier ist von Haustarifverträgen gesprochen worden. Man muss einmal hinterfragen, was das heißt. Die Krankenhäuser können die nötigen Investitionen nicht aus dem DRG-Budget leisten, also wird bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gekürzt. Das ist Ausfluss unserer Landespolitik. Das muss jeder von Ihnen verinnerlichen und dies der Krankenschwester auch so sagen: Liebe Krankenschwester, bei dir ist jetzt weniger in der Gehaltstüte, weil das Geld für die Investitionsförderung gebraucht wird. Da wir die Investitionsförderung nicht decken können, muss dein Krankenhaus was dazu legen, und deswegen bist du dran. - Das ist die Wahrheit. Frau Mächtig, schütteln Sie nicht den Kopf.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist deine Wahrheit!)

Wir können zu den Betriebsräten gehen und mit ihnen darüber sprechen. Dann werden Sie's sehen. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und des Abgeordneten Nowka [CDU])

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Golze zu uns.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen von SPD und Linken macht sehr plastisch die besondere Bedeutung, die die Krankenhäuser im Land Brandenburg haben, deutlich. Sie sollen weiterhin der Anker für die gesundheitliche Versorgung in allen Regionen des Landes sein. Das heißt, wenn wir über Krankenhäuser sprechen, reden wir nicht über Abbau, sondern über einen Umbau zu modernen und - wie es so schön heißt - sektorenübergreifenden Gesundheitsstandorten.

Die Grundlage für die Entwicklung ist hier schon mehrfach angesprochen worden: Es ist die Fortschreibung des Dritten Krankenhausplanes. Es ist eine solide Grundlage, die nun weiterentwickelt werden muss. Ja, dafür brauchen wir eine stabile Finanzierung. Deshalb möchte ich dazu kurz einige Ausführungen machen: Wir haben 2013 die flexibel einsetzbare und planbare Krankenhausinvestitionspauschale eingeführt. Dieses Instrument ist von den Krankenhäusern und den Kreditinstituten sehr gut aufgenommen worden, weil es Planungssicherheit ermöglicht, weil es besser kalkulierbar ist und von den Krankenhäusern flexibel eingesetzt werden kann. Eine solche Flexibilität und Berechenbarkeit gibt es nur in ganz wenigen Bundesländern.

Die Krankenhausfinanzierung hat auch zukünftig eine hohe Priorität für die Landesregierung. Im Koalitionsvertrag wurde ausdrücklich festgeschrieben, dass mindestens 400 Millionen Euro im Verlauf von fünf Jahren, also mindestens 80 Millionen Euro jährlich, zur Verfügung gestellt werden sollen. 82,5 Millionen Euro im Jahre 2015 und 81 Millionen Euro im Jahre 2016 erfüllen dieses Soll von mindestens 80 Millionen Euro.

(Der Abgeordnete Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich möchte daher - vielleicht erledigt sich dann die Zwischenfrage - auf die angesprochenen Landesmittel und das Gesundheitsstrukturgesetz eingehen und betonen: Die originären Landesmittel für Krankenhausinvestitionen werden nicht gekürzt. Ganz im Gegenteil: Wir halten die Höhe der Mittel der letzten Jahre, was eine Voraussetzung sein wird, um auf den angesprochenen Fonds zugreifen zu können. Die Mittel aus dem Gesundheitsstrukturgesetz ...

**Präsidentin Stark:**

Frau Ministerin, lassen Sie die Zwischenfrage zu?

**Ministerin Golze:**

Ich möchte den Gedanken ausführen, weil ich hoffe, dass sich die Zwischenfrage damit erledigt. Wir werden sehen.

Die Mittel aus dem Gesundheitsstrukturgesetz für die ostdeutschen Länder sind planmäßig ausgelaufen. Das kam keinesfalls überraschend, das wusste jedes Bundesland, aber mit den - wie ich eben angesprochen habe - mindestens 80 Millionen Euro an Landesmitteln für die nächsten Jahre bleibt das Land Brandenburg weiterhin Spitzenreiter im Osten Deutschlands hinsichtlich der Investitionen in Krankenhäuser, und das ist auch gut so. 80 Millionen Euro sind keine kleine Hausnummer in unserem Landeshaushalt. Wir wissen, dass wir für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung weitere Mittel für die Krankenhäuser, zum Beispiel aus dem neuen Bundesprogramm, einwerben müssen. Dazu gehören der Strukturfonds des Bundes im Rahmen der vorgesehenen Krankenhausreform und natürlich auch das Gesetz zur Förderung finanzschwacher Kommunen. Hier ist die Krankenhausförderung ausdrücklich als zu fördernder Bereich vorgesehen.

Brandenburg hat sich sehr dafür stark gemacht, dass die vom Bund derzeit vorbereitete Krankenhausreform einen Investitionsfonds enthält, der durch Bundesmittel, Krankenkassen- und Landesmittel gespeist wird und der weitere Finanzmittel erschließt. Diese sollen und müssen insbesondere zur Umstellung von Krankenhäusern auf die Herausforderung im Hinblick auf die demografische Entwicklung eingesetzt werden. Allerdings wird voraussichtlich zur Bedingung, dass die Länder dies kofinanzieren und ihre originäre Landesförderung in den letzten Jahren nicht reduziert haben. Zur originären Landesförderung habe ich eben schon ausgeführt: Wir haben sie nicht reduziert und werden sie nicht reduzieren; Frau Nonnemaker hatte es angesprochen.

Was die Kofinanzierung betrifft, so kann ich gegenüber dem Finanzminister nicht in dem Sinne auftreten: Es könnte sein, dass auf Bundesebene ein Gesetz beschlossen wird, das unter Umständen eine Kofinanzierung unsererseits zur Voraussetzung macht. Das ist keine Grundlage in den Chefgesprächen oder in den Auseinandersetzungen mit dem Finanzminister für die Finanzplanung. Wir planen jetzt erst einmal unsere originären Landesmittel. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren sehr intensiv begleiten, und sollte es wirklich die Voraussetzung geben, dass zu 50 % kofinanziert werden muss, werde ich mich entsprechend für die Einstellung dieser Mittel im Haushalt einsetzen und dies mit dem Finanzminister besprechen.

So, jetzt habe ich meinen Gedanken zu Ende geführt.

**Präsidentin Stark:**

Sind Sie jetzt für die Zwischenfrage bereit? - Herr Schulze.

**Ministerin Golze:**

Hat sich die Zwischenfrage leider doch noch nicht erledigt?

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Nein, Frau Ministerin, tut mir leid. Ich habe gewartet, aber es kam leider nicht. - Können Sie dem Hohen Haus erklären, wie es dazu kommen konnte, dass die Mittel nach Artikel 14 völlig reaktionslos auslaufen konnten, ohne dass das Land Brandenburg für Ersatz gesorgt bzw. sich darum gekümmert hat, diesen Totalausfall von 23 Millionen Euro pro Jahr zu kompensieren?

Würden Sie so weit gehen, zu sagen, dass die Krankenhausfinanzierung im Zeitraum von 2015 bis 2019 genauso gut oder sogar besser ist als in der 5. Wahlperiode?

**Ministerin Golze:**

Zum ersten Teil Ihrer Frage: Das ist kein brandenburgisches Problem, sondern die Förderung über Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz entfällt für alle ostdeutschen Länder. Insofern gab es sicherlich ein gemeinsames Interesse der ostdeutschen Bundesländer, dass man es verlängert oder ersetzt, aber es ist ein Strukturgesetz mit befristetem Charakter gewesen. Das war von Anfang an klar. Daran konnte das Land allein nichts ändern. Wir können aber genauso wenig 23,5 Millionen Euro, die wir zuvor aus dem Fonds gemäß Gesundheitsstrukturgesetz bekommen haben, durch Landesmittel ersetzen. Schauen Sie sich den Haushalt und meinen Einzelplan an und sagen Sie mir, woher ich 23,5 Millionen Euro nehmen soll. Ich freue mich, dass im Bund zum Beispiel über den Strukturfonds und Investitionen in finanzschwache Kommunen, worin die Krankenhausinvestitionsförderung enthalten sein soll, diskutiert wird. Das kann dazu beitragen, den Verlust dieser 23,5 Millionen Euro zu ersetzen. Aber sie allein aus meinem Einzelplan aufzubringen ist unmöglich.

Zur Frage der Finanzausstattung in den Jahren 2015 bis 2019 muss ich Ihnen sagen: Ich habe keine Glaskugel, ich kann Ihnen sagen, was ich in die Finanzplanung 2015 und 2016 eingespeist habe. Damit erfüllen wir unseren Koalitionsvertrag und reduzieren die Landesmittel nicht; ich kann es nur wiederholen.

**Präsidentin Stark:**

Bitte schön, Herr Schulze. Sie haben die Gelegenheit nachzufragen.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Frau Ministerin, ich möchte gern, dass Sie auf meine Frage antworten und nicht wie die Katze um den heißen Brei schleichen. Ich habe Sie gefragt, ob Sie so weit gehen würden, zu sagen, dass die Landeskrankenhausfinanzierung in der 6. Wahlperiode gleichwertig, besser oder schlechter als in der 5. Wahlperiode ist. Das kann man anhand der Zahlen sagen: ja, nein, wie auch immer. Ich erwarte da eine präzise Antwort von Ihnen.

**Ministerin Golze:**

Die habe ich gegeben: Die Landesmittel werden nicht gekürzt. Wir bleiben auf dem Niveau der Vorjahre, was die Investition von Landesmitteln des Landes Brandenburg in die Krankenhausförderung betrifft.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Stark:**

Bitte keinen Dialog. - Letzte Zwischenfrage, dann die Antwort.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Die Kollegen von der Bank entscheiden nicht, ob ich eine Frage stelle. Okay?

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Frau Ministerin, trifft es zu, dass im Jahre 2013 über 100 Millionen Euro in die Landeskrankenhausfinanzierung geflossen sind und jetzt nur noch 80 Millionen fließen sollen?



**Ministerin Golze:**

Diese Mittel setzten sich aus Mitteln des Landes Brandenburg und Mitteln aus dem Gesundheitsstrukturgesetz zusammen. Die Mittel des Landes Brandenburg bleiben auf gleicher Höhe.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau! - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Mensch Christoph, das weißt du doch! Was soll denn das?)

Ich hoffe, dass das jetzt wirklich, nachdem ich es nun dreimal gesagt habe, beantwortet ist.

Wir haben uns als Land Brandenburg darüber hinaus auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass auch die Betriebskosten- und Notaufnahmefinanzierung in den Krankenhäusern verbessert wird. Die Krankenhausgeschäftsführer sagen mir, dass bis zu 60 % ihrer Patientinnen und Patienten über die Notaufnahme ins Krankenhaus kommen. Deshalb ist das auch eine Art Aushängeschild für ein Krankenhaus. Es ist immer ein Zuschussgeschäft, eine Notaufnahme finanziert sich nicht von selbst. Insofern bin ich auf die weitere Diskussion gespannt. Es gab eine Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Krankenhausreform. Die hat auch hierzu erste Vorschläge unterbreitet. - Die Zeitanzeige irritiert mich etwas, denn die Zeit für die Beantwortung der Zwischenfragen wurde nicht abgezogen.

**Präsidentin Stark:**

Doch, ich hatte die Zeit ausgestellt. Sie können als Mitglied der Landesregierung selbstverständlich reden. Das bekommen die Fraktionen dann als zusätzliche Redezeit dazu.

(Folgart [SPD]: Sie können so lange reden, wie Sie wollen!)

**Ministerin Golze:**

Wir wollen - das ist schon gesagt worden - alle 53 Krankenhäuser im Land Brandenburg erhalten. Das schließt aber auch ein, dass wir über ihre Profile und ihre Ausrichtung sprechen und wir sie an die demografische Entwicklung anpassen müssen. Vor allem in den ländlichen Regionen stellt uns das vor große Herausforderungen. Hier bedarf es innovativer Ideen und Lösungen, an denen auch alle Verantwortlichen und vor Ort Tätigen mitwirken. Hier gibt es schon einige erfolgreiche Kooperationen; Kollege Wilke hat darauf hingewiesen. Hier gibt es auch Kooperationen von Krankenhäusern mit dem ambulanten Bereich, zum Beispiel zur Sicherstellung von Sprechstunden in Arztpraxen. Wir werden diese Gespräche als Ministerium auch in den kommenden Jahren weiterhin mit allen Partnern begleiten, die hier sehr, sehr wichtig sind: die Kassenärztliche Vereinigung, die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft und viele andere mehr.

In Brandenburg gibt es seit dem 12. März 2014 das Gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V. Hierin sind all diese Partner versammelt. In einem ersten Schritt wurde festgelegt, eine gemeinsame Datenbasis zu erarbeiten und ein Kartenmaterial zu erstellen, um daraus ableiten zu können, wo gerade die drängendsten Bedarfe bestehen.

Auch die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg ist in der Debatte angesprochen worden. Wir haben hier an verschiedensten

Stellen eine sehr gute Zusammenarbeit mit Berlin. Was gut ist, kann auch noch besser werden. Deshalb streben wir hier eine noch bessere Zusammenarbeit an. Wir haben zum Beispiel eine Zukunftswerkstatt für innovative Versorgung auf den Weg gebracht, wo wir uns darüber austauschen wollen, wie wir hier gemeinsam Angebote organisieren können, sodass wir keine Parallelstrukturen aufbauen. Die Patientinnen und Patienten in der Gesundheitsregion sind meistens sehr mobil und machen da vor Ländergrenzen nicht halt.

Lassen Sie mich zum Schluss den auch im Antrag angeführten Innovationsfonds ansprechen. Der Bund wird ja mit dem GKV Versorgungsstärkungsgesetz, das voraussichtlich noch im Jahre 2015 in Kraft treten soll, aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung einen sogenannten Innovationsfonds für sektorenübergreifende Versorgungsformen einrichten. Die Länder wollen im Bundesrat erreichen, dass solche Versorgungsformen in den 90a-Gremien entwickelt und dort bevorzugt daraus finanziert werden. Diese geplanten Änderungen sind außerordentlich weitreichend und werden uns vor sehr hohe Anforderungen auch in der Landespolitik stellen. Wir wollen geeignete Projekte herausfiltern, die wir hierüber fördern können. Dafür brauchen wir das 90a-Gremium. Dafür brauchen wir eine gute Krankenhauslandschaft. Dafür brauchen wir regionale Akteure, die miteinander kooperieren. Wir brauchen dafür nicht zuletzt Berlin. Deshalb freue ich mich über die Signale, dass dieser Antrag, der dafür die Grundlage bilden kann, eine so breite Mehrheit in diesem Hause bekommen wird. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Damit richte ich zuerst an Frau Dr. Münch die Frage: Möchten Sie Ihre verbliebene Redezeit nutzen? Ansonsten ergibt sich durch die Zeitüberschreitung der Landesregierung auch für alle anderen Fraktionen noch eine Redezeit von 3 Minuten und 20 Sekunden. Wer sie noch in Anspruch nehmen möchte, müsste mir das jetzt signalisieren. Zunächst frage ich Frau Abgeordnete Münch.

(Frau Dr. Münch [SPD]: Im Interesse der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen verzichte ich auf die Inanspruchnahme der Redezeit!)

Schön, im Interesse der Gesundheit verzichten Sie. - Gibt es jemanden, der seine Redezeit noch in Anspruch nehmen möchte? - Herr Abgeordneter Nowka?

(Nowka [CDU]: Ich bin da rücksichtsloser. Ich bin aber auch ganz schnell!)

Ja, alles in Ordnung; Sie haben noch vier Minuten.

**Nowka (CDU):\***

Nein, nein, die nehme ich nicht in Anspruch; danke schön. Ich wollte nur noch auf einen Umstand hinweisen, und zwar auf den, dass unser Änderungsantrag ja nichts von dem kaputt macht, was die Regierungskoalition will. Es ist nur ein Punkt darin, Frau Nonnemacher, Herr Schulze, den Sie angesprochen, den Sie auch betont haben, nämlich die Investitionsfinanzierung, dass die eben nicht bei 400 Millionen Euro, sondern bei 500 Millionen Euro liegt. Dem, was uns Frau Ministerin Golze gesagt hat, entnehme ich, dass sie offensichtlich auch

ein bisschen Rückendeckung gegenüber dem Finanzministerium gut gebrauchen kann. Deswegen mein Appell an Sie: Bedenken Sie das bei Ihrer Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. Wenn niemand weiter seine Redezeit in Anspruch nehmen möchte, kommen wir nun zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 6/1272 ab. Wer diesem Änderungsantrag der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 6/829 in der Sache. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

#### **Viertes Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
der Fraktion DIE LINKE  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1123

##### 1. Lesung

Es liegen weiterhin ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion in der Drucksache 6/1222 und ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 6/1280 vor.

Wir beginnen mit der Aussprache. Zu uns spricht der Herr Abgeordnete Dr. Schöneburg für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Dr. Schöneburg (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Am 10. Juni 2013 hielt der bekannte, bemerkenswerte Publizist und Schriftsteller Ralph Giordano eine aufseherregende Rede in Berlin. Die Rede hielt er im Zusammenhang mit der Präsentation erster Forschungsergebnisse zu den Verstrickungen des Bundesjustizministeriums mit der NS-Vergangenheit.

In dieser Rede, die er mit „Der perfekte Mord“ überschrieb, brachte er eine Charakterisierung der NS-Gewaltherrschaft, die etwa so lautet: Die NS-Gewaltherrschaft war das größte geschichtsbekannte Verbrechen mit Millionen und Abermillionen Toten, Opfern, die zu großen Teilen hinter der Front wie Insekten hingemordet wurden.

Wir haben alle anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager, der Zuchthäuser in Brandenburg von den Spuren, die dieser perfekte Mord in

Brandenburg hinterlassen hat, Kenntnis genommen. Drei Beispiele will ich kurz skizzieren:

Das erste Beispiel sind die Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück. Sie stehen für Massenvernichtung, Massenerschießungen an Juden, an Sinti und Roma, an sowjetischen Kriegsgefangenen, an Häftlingen aus den besetzten, okkupierten Ländern. Uns ist dort vor Augen geführt worden, wie in dem „Programm“ der Vernichtung durch Arbeit von der NS-Ideologie als minderwertige Gruppen titulierte Menschen umgebracht worden sind. Zu nennen sind hier die sogenannten Asozialen, die Sicherungsverwahrten oder Homosexuellen, die nicht in die Ideologie der Reinhaltung des deutschen Volkskörpers passten. Wir haben erfahren von massiven systematischen medizinischen Versuchen an Menschen und von der Ausbeutung der KZ-Häftlinge für die deutsche Industrie.

Zweites Beispiel: Brandenburg-Görden steht mit der damaligen Nervenheilanstalt - des heutigen psychiatrischen Krankenhauses - für den tausendfachen Mord an sogenanntem unwertem Leben im Zusammenhang mit der „Euthanasie“-Aktion „T 4“. 9 000 Todesopfer sind dort in Brandenburg dokumentiert.

Als Drittes möchte ich auf das Zuchthaus Brandenburg verweisen, 1927 als „Neues Reformzuchthaus“ dem Resozialisierungsgedanken verpflichtet konzipiert und unter den Nazis für den tausendfachen Mord an sogenanntem unwertem Leben im Zusammenhang mit der „Euthanasie“-Aktion „T 4“. 9 000 Todesopfer sind dort in Brandenburg dokumentiert.

60 % der Häftlinge im Zuchthaus Brandenburg waren Angehörige des aktiven Widerstandes, in erster Linie der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der SAP, der KPO, des Reichsbanners, der Schwarzen Front, weil diese Gruppierungen schon nach 1933 in den aktiven Widerstand gegen die NS-Herrschaft getreten waren und deswegen das Gros in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern in den 30er-Jahren ausmachten.

Diese Beispiele stehen dafür, dass das NS-Regime von seinem Wesen her die Durchsetzung einer Rassen- und Herrenmenschenideologie mit der letztendlichen Konsequenz des staatlich organisierten planvollen Völkermordes war. Diese Gewaltherrschaft ist nicht vom Himmel gefallen, kam nicht von ungefähr. Sie hat sich angedeutet und hängt auch damit zusammen, dass die Demokratie von Weimar versagt hat, dass die sozialen Trägerschichten bzw. die Funktionseliten der Weimarer Republik der Republik feindlich, ablehnend gegenüberstanden und die NSDAP 1933 auch ein Bündnis mit wesentlichen Kräften des Managements der Wirtschaft einging.

Von dieser Gewaltherrschaft, die ich hier nur kurz skizziert habe, sind wir spätestens am 8. Mai 1945 befreit worden. Und nicht nur meine Urgroßmutter, die noch mit 70 Jahren nach dem 20. Juli 1944 für „würdig“ befunden wurde, als Widerständlerin ins KZ Ravensbrück verschleppt zu werden, hat das als Befreiung angesehen, sondern es war eine objektive Befreiung des deutschen Volkes von dieser verbrecherischen Herrschaft, von einem Staat, einem Staatsgefüge, das das Verbrechen zum Staatsziel erhoben hatte.

(Beifall DIE LINKE, SPD und CDU)

Deswegen ist es angebracht, mit dem heutigen Gesetzentwurf die Möglichkeit zu schaffen, der Opfer dieses Gewaltregimes zu gedenken, aber auch der Befreier, der verbündeten Alliierten - und dort an hervorgehobener Stelle der Roten Armee -, der damaligen Sowjetunion und heute stellvertretend den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, die den höchsten Blutzoll für die Befreiung Deutschlands von dieser Diktatur gezahlt haben.

Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist das Vermächtnis. Es sollte uns auch dazu bringen, in den heutigen internationalen Auseinandersetzungen auf friedliche Konfliktlösungen zu rekurrieren und die Leistungen der früheren Sowjetvölker bei der Befreiung Deutschlands vom Nazifaschismus nicht vor dem Hintergrund aktueller Konflikte zu relativieren. Das ist nicht angebracht.

Der Schwur von Buchenwald hat aber eine weitere, eine innenpolitische Dimension: Nie wieder Faschismus! Ralph Giordano hat in seiner Rede seinem Entsetzen Ausdruck verliehen, dass es in den 90er-Jahren und den Jahren danach in Deutschland möglich war, dass sich eine nazifaschistische Jugendgang zwölf Jahre lang - quasi spazierengehenderweise - mordend durch Deutschland bewegen konnte und das nicht zur Kenntnis genommen wurde und die Sicherheitsorgane nicht entsprechend reagiert haben.

Es ist zu verzeichnen, dass der Rechtsradikalismus seine Tentakel mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft ausstreckt, dass es in der Bevölkerung Zustimmungsraten im zweistelligen Bereich gibt, dass Jugendliche, die nicht als Antisemiten oder Ausländerfeinde geboren wurden, antisemitische oder ausländerfeindliche Parolen auf den Lippen führen und Molotowcocktails auf Asylbewerberheime werfen.

Die Zerstörung der Menschenwürde war das Regierungsprogramm der Nazifaschisten. Die Antwort der deutschen Nachkriegsgeneration war Artikel 1 des Grundgesetzes:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Artikel 1 des Grundgesetzes ist nur im Zusammenhang mit den Artikeln 20 und 28 zu lesen: dem Verfassungsauftrag vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Diese Formel wurde übrigens 1930 vom sozialdemokratischen Staatsrechtslehrer Hermann Heller als Gegenprogramm zum aufkommenden Faschismus entwickelt. Er sah in seiner Schrift „Rechtsstaat oder Diktatur“ die sozialen Widersprüche, die zum Faschismus geführt haben. Das ist von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes aufgegriffen worden.

Wir wissen mittlerweile aus vielfältigen Studien - unter anderem der zehnbändigen Studie von Heitmeyer und anderen zu den deutschen Zuständen -, dass dort, wo wir den sozialen Rechtsstaat verfehlen oder Probleme haben, die braune Brut an Boden gewinnt. Auch der Satz von der Gewährleistung der Menschenwürde kam nicht ins Grundgesetz, weil sie bei uns überall garantiert wäre, sondern weil sie vielfältigen Verletzungen und Gefährdungen ausgesetzt ist. Deshalb ist es eine Rechtsnorm; sie muss entsprechend eingefordert werden.

Wir wissen, dass gerade dort, wo wir den sozialen Rechtsstaat verfehlen, Minoritäten gefährdet sind, in ihrer Menschenwürde verletzt zu werden: Homosexuelle - darüber haben wir letztes

Mal diskutiert -, Obdachlose, vielleicht auch Hartz-IV-Empfänger oder Gefangene. Deswegen - das ist die aktuelle Dimension - soll uns ein solcher Gedenktag für die soziale Demokratie und ihre Verteidigung sensibilisieren, dafür, uns für den Ausbau der sozialen Demokratie einzusetzen und für Toleranz und Humanismus zu streiten.

Ich will meine Ausführungen mit einem Zitat von Fritz Bauer beenden. Fritz Bauer war hessischer Generalstaatsanwalt der 60er Jahre, der den Auschwitz-Prozess organisiert hat - gegen den Widerstand der übernommenen herrschenden Justizeliten. Von ihm stammt der Ausspruch, immer wenn er sein Arbeitszimmer verlasse, habe er das Gefühl, dass er feindliches Ausland betrete. Dieser Fritz Bauer sagte, „dass der Humanismus Don Quijoterie bleibt, wenn er nicht unteretzt ist durch eine Wirtschaftspolitik, eine Sozialpolitik und eine Erziehungspolitik im Sinne des Humanismus.“ - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Bevor der nächste Redner ans Rednerpult tritt, möchte ich Gäste vom Oberbarnimer Kulturverein sowie Mitglieder der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schönevalde bei Herzberg begrüßen. Herzlich willkommen bei uns im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Zu uns spricht nun der Abgeordnete Dr. Redmann für die Fraktion der CDU.

#### **Dr. Redmann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden morgen früh in einer Feierstunde des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa gedenken. Ich begrüße namens der CDU-Fraktion ausdrücklich, dass die Koalitionsfraktionen und die Grünen dies zum Anlass nehmen, eine Initiative zur Aufnahme eines Gedenktages in das Feiertagsgesetz des Landes Brandenburg zu starten. Lassen Sie mich vorweg feststellen, dass wir uns erfreulicherweise über das Wesentliche in diesem Themenbereich fraktionsübergreifend einig sind: dass es uns gemeinsam gelingen muss, auch in Zukunft - wenn es in einigen Jahren keine lebenden Zeitzeugen des nationalsozialistischen Unrechts mehr gibt -, die Erinnerung daran lebendig zu halten und die Lehren daraus künftigen Generationen zu vermitteln.

(Beifall CDU, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und AfD)

Mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf möchte ich zudem betonen, dass der 8. Mai völlig unstrittig ein Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus ist. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, obwohl die Freiheit vielen Millionen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone - damit auch in Brandenburg - versagt blieb.

(Beifall CDU, AfD sowie der Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE] und Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, obwohl die Menschen in Osteuropa nur den Wechsel von einer totalitären Diktatur zu einer anderen erlebten.

(Beifall CDU, AfD sowie der Abgeordneten Vogel und Schinowsky [B90/GRÜNE] und Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Es ist eine Stärke der Rede von Bundespräsident von Weizsäcker aus dem Jahr 1985, dass er diese Tatsache nicht ausblendete. Es ist eine Schwäche der vorliegenden Gesetzesbegründung, dass dieser Aspekt von den Antragstellern nur unzureichend angesprochen wird.

(Beifall CDU und AfD)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig, dass es der Erinnerung an die nationalsozialistischen Gräueltaten dringend bedarf. Wir sind uns auch darin einig, dass ein gesetzlich verankerter Feiertag hierfür ein geeignetes Mittel sein kann.

Es stellt sich allerdings die Frage, welcher Tag am besten geeignet ist, um das Gedenken und in der Folge hoffentlich das Nachdenken zu befördern. Bundespräsident Richard von Weizsäcker und seine Nachfolger haben sich mit guten Gründen nicht dafür entschieden, den 8. Mai zu einem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus zu erklären. Zwar markiert dieser Tag, an dem die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches in Kraft trat, das formale Kriegsende und die Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus. Bundespräsident Herzog hat 1996 jedoch vorgeschlagen, den Tag der Auschwitzbefreiung zum Gedenktag des Bundes für die Opfer des Nationalsozialismus zu erklären. Er tat das, weil dieser Tag stärker mit den individuellen Schicksalen der Opfer verbunden und deshalb besser geeignet ist, auch künftige Generationen zum Nachdenken anzuregen.

(Beifall CDU)

Ein weiterer Beweggrund für den 27. Januar war die inhaltliche Unterscheidung zu dem auch im Feiertagsgesetz des Landes Brandenburg enthaltenen Volkstrauertag, an dem wir an die Opfer des nationalsozialistischen Krieges und der Opfer von Flucht, Vertreibung und Verschleppung in der Nachkriegszeit erinnern; diese Unterscheidung lässt der Gedenktag 8. Mai nicht ohne Weiteres zu.

(Vereinzelt Beifall CDU und AfD)

Nach Auffassung der CDU-Fraktion gelten beide Argumente Herzogs uneingeschränkt auch für die vorliegende Diskussion. Besser als der 8. Mai ist deshalb aus Sicht der CDU der 23. April - der Tag, an dem das Konzentrationslager Sachsenhausen befreit wurde - geeignet, das individuelle Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus als Teil unserer Landesgeschichte ins Bewusstsein zu rufen. Wie der Tag, an dem Auschwitz befreit wurde, auf Bundesebene Anlass ist, der Opfer der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie zu gedenken, soll dies der 23. April für Brandenburg sein. Insbesondere bietet dieser Tag die Möglichkeit, einen unmittelbaren regionalen Bezug zu Brandenburg herzustellen, denn die Verbrechen des Nationalsozialismus geschahen auch in unseren brandenburgischen Städten und Dörfern.

(Beifall CDU und AfD sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nicht ersparen, einige Worte zur vorliegenden Begründung Ihres Gesetzentwurfes zu verlieren. Sie schreiben etwa:

„Im Osten war der Tag der Befreiung nicht nur ein zentraler Strang der geschichtspolitischen Untermauerung der SED-Herrschaft - verankert im kommunistischen Widerstand gegen das Nazi-Regime und mit Bezug auf die Rolle der Sowjetunion.“

Warum „nicht nur“? Was meinen Sie verschurbelt mit „Bezug auf die Rolle der Sowjetunion“? Die DDR hat den 8. Mai 1945 gezielt und dauerhaft missbraucht, um die SED-Diktatur zu legitimieren.

(Beifall CDU, AfD, B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Dabei hat sie jahrzehntelang vorrangig der kommunistischen Opfer der NS-Diktatur gedacht, aber Juden, Sinti und Roma, Katholiken, Bürgerliche, Homosexuelle, Sozialdemokraten und viele weitere Opfergruppen weitgehend ausgeblendet.

(Beifall CDU, AfD, B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Warum gebrauchen Sie in Ihrer Begründung den Begriff „Hitler-Regime“? Alle seriösen Historiker verwenden den Begriff Nationalsozialismus, denn ähnlich wie der in der DDR verwendete Begriff „Hitlerfaschismus“ kann auch der Begriff „Hitler-Regime“ leicht so missverstanden werden, als sollte die historische Verantwortung an den NS-Verbrechen nur Hitler als Einzelperson oder seinem näheren Umfeld zugewiesen werden. Die Verbrechen waren aber nur durch die Unterstützung und Mithilfe breiter Bevölkerungsteile möglich. Daher sollte der Begriff Nationalsozialismus verwendet werden, schon um jedem Anschein von Geschichtsrevisionismus vorzubeugen.

Meine Damen und Herren, ich habe dargestellt, warum wir Ihren Gesetzentwurf nicht für die beste Wahl halten, um auch in Zukunft Gedenken und Nachdenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu erhalten. Stattdessen werbe ich dafür, unseren Änderungsantrag anzunehmen, den 23. April 1945 - den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen - zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Brandenburg zu bestimmen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun für die Fraktion der SPD der Herr Abgeordnete Ness.

#### **Ness (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Ich fand, Herr Redmann hat richtig gut angefangen. Schade, dass er es nicht bis zum Ende durchgehalten hat. Das ist bedauerlich.

Ich will etwas zur Genese dieses Gesetzentwurfes sagen. Die Initiative - das muss man deutlich herausstreichen - ist von der Fraktion DIE LINKE ausgegangen, die auf uns zugegangen ist.



Wir haben angeregt, das Gespräch mit allen weiteren Fraktionen zu suchen, um zu einem gemeinsamen Weg zu finden. Es hat auch ein Angebot an die CDU gegeben. Die CDU hat mit Verweis auf den bundesweit existierenden Gedenktag, den Sie eben erwähnt haben - den 27. Januar -, keine Notwendigkeit gesehen. Die Idee mit dem 23. April wegen der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen ist Ihnen offensichtlich erst vor drei Tagen gekommen.

(Wichmann [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die Grünen hatten am Anfang große Skepsis. Wir haben einen intensiven Diskussionsprozess begonnen und in den Begründungstext - das war die Initiative der Grünen - den Verweis auf den Umgang mit dem 8. Mai in beiden deutschen Ländern vor 1989 aufgenommen. Die Kritik von Ihnen geht völlig fehl. Die Grünen waren sehr wohl darauf bedacht - und wir Sozialdemokraten und die Fraktion DIE LINKE haben das mitgetragen -, darauf hinzuweisen, dass in der DDR ein Missbrauch begangen worden ist; da geht Ihre Kritik völlig fehl.

Meine Fraktion hat es sich mit diesem Gesetzentwurf auch nicht einfach gemacht. Auch ich persönlich hatte anfangs Skepsis, ob es sinnvoll ist, diese Initiative zu ergreifen, weil die Erfahrung mit dem 27. Januar nicht so ist, dass es uns bisher gelungen wäre, diesen Tag in der Breite der Gesellschaft zu verankern. Wenn solche Gedenktage ausgerufen werden, stehen sie immer auch in der Gefahr, hohle Veranstaltungen zu werden, die in Parlamenten pflichtgemäß abgearbeitet werden, aber in der Gesellschaft keine Rolle spielen. Die Gefahr besteht natürlich auch, wenn man in Brandenburg den 8. Mai zum Gedenktag erklärt.

Ich halte trotzdem den Versuch für notwendig, ihn gesellschaftlich zu verankern. Ich habe mich zu dieser Haltung nach einem langen Gespräch mit Prof. Morsch durchringen müssen, der mir aus ganz anderem Anlass berichtete, wie der 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen begangen worden ist. Damals waren noch 1 700 Überlebende, ehemalige KZ-Insassen, hier in Brandenburg zu Gast, am 60. Jahrestag immerhin noch 1 000 Gäste. Vor 14 Tagen, zum 70. Jahrestag der Befreiung, waren nur noch ganze 100 da. Wir sind also an einer Zäsur der Erinnerungspolitik, weil uns beim nächsten runden Gedenktag wahrscheinlich kein einziger Zeitzeuge mehr zur Verfügung steht. Ich und einige Kollegen - auch die Präsidentin - waren heute Vormittag in Halbe. Bei der Gedenkfeier waren Zeitzeugen anwesend - aber eben nur noch sehr wenige.

Wir stehen also vor der großen Herausforderung, einen vernünftigen Ansatz zu finden, wie wir das Erinnern an die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges neu gestalten. Ich glaube, dass man einen Tag wählen muss, der für die Menschen anknüpfungsfähig, in ihrem Alltagsbewusstsein erkennbar ist. Man sollte nicht, wie Sie jetzt mit dem 23. April vorschlagen, einen neuen kreieren. Der 8. Mai ist insbesondere in Ostdeutschland - mit allen negativen Konnotationen, die er in der DDR hatte - im Alltagsbewusstsein der Menschen. Deshalb, glaube ich, besteht die gute Chance, dass wir es schaffen, diesen Tag tatsächlich zu verankern.

Ich würde mir wünschen - wir haben uns als Fraktion vorgenommen, das hier vorzuschlagen -, dass, wenn wir dieses Gesetz morgen endgültig verabschieden, die Landtagspräsidentin

die Initiative ergreift, die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch die Kommunen und deren Vertreter an einen Tisch zu holen, um zu überlegen, wie wir das hinkriegen. Ich glaube, es gibt jetzt schon viele Initiativen. Ich bin beispielsweise eingeladen worden, in meinem Wahlkreis am 8. Mai eine Ausstellung zu eröffnen, die Schüler aus einem Königs Wusterhausener Gymnasium und einem polnischen Gymnasium gemeinsam erarbeitet haben: über das Schicksal von Zwangsarbeitern in Königs Wusterhausen in der Zeit des Nationalsozialismus. Es gibt viele solcher Initiativen. Sie sind in die Ausgestaltung künftiger Gedenkveranstaltungen und der Gedenkarbeit im Umfeld des 8. Mai und am 8. Mai selbst gut einzubinden.

Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung und würde mich sehr freuen, wenn die CDU ihre Haltung überdenken würde. Das Gesetz wird kommen. Ich wünsche mir, dass die CDU und alle demokratischen Parteien gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, dass dieser Gedenktag verankert wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Bevor ich zum nächsten Redner komme, begrüße ich - die Gruppe hat sich stark erweitert, es scheinen die gleichen Gäste zu sein - den zweiten Teil der Gäste des Oberbarnimer Kulturvereins und auch der Mitglieder der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schönewalde bei Herzberg. Ihnen allen noch einmal herzlich willkommen hier im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion AfD spricht nun der Abgeordnete Schröder zu uns.

#### **Schröder (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 8. Mai war ein wichtiger Gedenktag in der ehemaligen DDR. An diesem Tage wurde nicht nur der NS-Verbrechen gedacht, sondern vielmehr der Heldentaten der sogenannten ruhmreichen Sowjetarmee. Aufgrund der politischen Abhängigkeit der DDR von der UdSSR wurde eines als ganz natürlich angesehen: Einzig der Sowjetunion und ihrer Roten Armee war es zu verdanken, dass das Hitlerreich besiegt wurde. - Deshalb, meine Damen und Herren, war der 8. Mai auch immer ein wiederkehrendes Bekenntnis zur deutsch-sowjetischen Freundschaft. Die Zeit der stalinistischen Gewaltherrschaft wurde dabei bewusst ausgeblendet.

Wenn es sich also beim 8. Mai um einen stalinistischen Propagandatag in der DDR handelte, wie kann es dann 25 Jahre nach der Niederlage der DDR-Diktatur sein, dass wieder ein Gedenktag mit demselben Namen am 8. Mai als gesetzlicher Gedenktag gefordert wird?

Die AfD sieht den 8. Mai selbstverständlich auch als Gedenktag, aber mit einer weitergehenden Idee, der Idee des wahrhaftigen Gedenkens an alle Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und staatlich sanktioniertem Terror.

(Beifall AfD)

Ich zitiere aus der Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985:

„Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“

Sinngemäß heißt es weiter: Die Ursache von Vertreibung und Unfreiheit ist nicht im Ende des Zweiten Weltkriegs zu sehen, sondern in seinem Beginn. Der 8. Mai 1945 ist vom 30. Januar 1933 nicht zu trennen. - Dieses Bekenntnis teilt die AfD-Fraktion vollständig. Deshalb lassen Sie uns am 8. Mai auch jener Menschen gedenken, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges der stalinistischen Herrschaft auf deutschem Boden zum Opfer fielen.

Dieser dunkle Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte wird von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, heute noch genauso verschwiegen wie damals in der DDR - das muss man leider feststellen.

(Beifall AfD)

Nicht im Geringsten wird auf die Opfer der Sowjets im Lager Sachsenhausen, das quasi übergangslos vom KZ der NS-Verbrecher zu einem Speziallager der Sowjets wurde, eingegangen. Die Häftlinge, die dort willkürlich inhaftiert waren und wurden, starben zu Tausenden, wurden in Massengräber geworfen und verscharrt. Meine Damen und Herren Antragsteller, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die etwa 12 000 Häftlinge, die dort in den Jahren von 1945 bis 1950 an Unterernährung, Krankheiten sowie physischer und psychischer Entkräftung starben, dem Vergessen preisgeben wollen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Sie die 60 000 Menschen, die insgesamt im Speziallager Sachsenhausen inhaftiert waren, dem Vergessen preisgeben wollen, denn hinter jedem einzelnen Opfer steht letztlich ein persönliches Schicksal.

Menschen besitzen keine unterschiedliche Wertigkeit. Das sollten insbesondere Sie, die Sie zu jeder Gelegenheit von Toleranz, Menschenrechten, Demokratie und Vielfalt reden, am besten wissen - sollten wohlgerne! Sie, Herr Ministerpräsident - jetzt ist der Ministerpräsident leider nicht im Saal -, scheinen das leider nicht ganz verinnerlicht zu haben. Erst kürzlich konnte ich selbst erleben, dass Sie während der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen all diejenigen, die in der aktuellen Asyldebatte anderer Ansicht sind als Sie und Ihre Landesregierung, mit den Verbrechern des Dritten Reiches auf eine Stufe stellen. Dass Sie damit all die grausamen Verbrechen unter Hitler relativieren, für die Sie nun einen Gedenktag wollen, **grenzt** nicht nur an Zynismus, es **ist** Zynismus.

(Beifall AfD)

An den Ministerpräsidenten in Abwesenheit gerichtet: Wer Opposition und Andersdenkende mit Henkern und Folterknechten in Zusammenhang bringt, sollte sein Demokratieverständnis gründlichst überdenken. Ihre Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen war jedenfalls nicht genügend durchdacht. Als AfD-Fraktion sprechen wir uns klar gegen jeden Relativismus aus und fordern zugleich einen zentralen Gedenktag für alle Opfer von Diktatur, Gewaltherrschaft und Staatsterror.

Der 8. Mai, meine Damen und Herren, ist dafür ein sehr geeignetes Datum, zumal er bereits in der Gesellschaft verankert ist, wie Herr Ness soeben richtig bemerkt hat. Mag dieser Tag dann aber auch für einen Neuanfang in Europa und in Deutschland stehen, für einen Neuanfang im freien Europa! Gedenken sollten wir dabei auch der unfreien Menschen in den sozialistischen Regimen der Zeit bis 1989, für die der 8. Mai nicht einen Neuanfang in Freiheit markierte, in denen erneut Andersdenkende und Regimekritiker sowie diejenigen, die der sozialistischen Diktatur entkommen wollten, eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Sie müssten jetzt bitte einen geeigneten Schluss finden.

**Schröder (AfD):**

Der Name dieses Tages, meine Damen und Herren, sollte seiner Intention gerecht werden: Gedenktag den Opfern von Krieg, Gewaltherrschaft und staatlich sanktioniertem Terror. - Ich danke Ihnen sehr fürs Zuhören.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Zu uns spricht nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Schinowsky.

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von Deutschland begonnene Krieg bedeutete für Millionen Menschen die Vernichtung. Es fällt immer noch und immer wieder schwer, Worte für das Grauen, für die Antwort auf das Warum und für die übergroße Schuld zu finden, die wir Deutschen hiermit auf uns geladen haben. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, der Massenmord an Sinti und Roma, an Homosexuellen, an Menschen mit Behinderungen und vielen anderen Opfergruppen markieren einen Zivilisationsbruch. Erst der militärische Eingriff der Alliierten bereitete dem ein Ende. Deshalb ist und bleibt der 8. Mai ein Tag der Befreiung. Wir wollen insbesondere an diesem Tag den Blick zurück auf das Geschehene werfen, auf das Leid der Opfer, und müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir Deutschen, wir Brandenburgerinnen und Brandenburger der Verantwortung für das Geschehen in unserem Handeln gerecht werden können. Ich denke, für die Beantwortung dieser Fragen ist der persönliche Zugang von besonderer Bedeutung. Was verbinden wir persönlich mit diesem Datum? Das klang schon ein wenig an.

Was verbinde ich mit diesem Datum? Ein Großvater von mir war im Zweiten Weltkrieg Offizier. Der Bruder meiner Großmutter kam noch kurz vor Kriegsende in Leipzig in einem Nazigefängnis ums Leben. Auch für ihn kam die Befreiung zu spät. Der Blick in die Familien zeichnet vermutlich bei vielen von uns ein sehr gemischtes Bild.

Anfang dieses Jahres war ich in Yad Vashem, der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem. Umgeben war ich dort von vielen

jungen Israelis, und beschämend schwer zu ertragen war und ist für mich der Gedanke, dass vermutlich jeder von diesen jungen Menschen Verwandte hatte, die von Deutschen, von unseren Vorfahren, vernichtet wurden. Die Last dieses Besuchs treibt mich an, und wir alle haben uns wahrscheinlich schon mit der Frage beschäftigt, auf welcher Seite unsere Verwandten in der Nazizeit gestanden haben. Für die sogenannte 68er-Generation war die Frage nach der Schuld der Angehörigen, der Amtsträger und Politiker ein wichtiger Grund, aktiv zu werden und die bis dahin mangelnde kritische Auseinandersetzung mit der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und dem Unheil, das Deutschland über Europa und Teile der Welt gebracht hat, zum Thema zu machen. Es hat lange gedauert, bis auch in Westdeutschland der 8. Mai für die Mehrheit der Bevölkerung zum Tag der Befreiung wurde.

Für uns Ostdeutsche war die Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich auf andere Weise schwierig. Das Ende der Nazizeit bedeutete für uns im Osten nicht die Einführung der Demokratie, oder um es mit den Worten Richard Schröders, des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden, zu sagen:

„Der 8. Mai hatte uns im Osten eine Befreiung ohne Freiheit gebracht.“

Aber lassen Sie uns nach vorn schauen: Auf zwei Punkte gehe ich mit Blick auf unsere gemeinsame Verantwortung heute noch einmal ein, nämlich auf Militäreinsätze und unser Verhältnis zum Staat Israel. Als Kind habe ich nicht verstehen können, warum dem millionenfachen Morden nicht schon früher Einhalt geboten wurde. Vom Hitler-Stalin-Pakt habe ich erst später erfahren und verstanden, warum Beginn und Ende des Zweiten Weltkrieges auch heute noch für unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn - insbesondere für Polen und das Baltikum - mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet werden.

(Beifall des Abgeordneten Jung [AfD])

Unsere Welt, in der es auch heute noch Völkermorde gibt, in der Christen, Jesiden oder Mitglieder muslimischer Gemeinschaften wegen ihres Glaubens verfolgt und getötet werden, fordert uns stets aufs Neue zum sorgfältigen Abwägen auf, wie wir heute unserer Verantwortung für eine friedliche Welt gerecht werden können. Gerade die Anerkennung des 8. Mai als Tag einer mit *militärischen* Mitteln erreichten Befreiung Deutschlands erlaubt uns keine einfachen Antworten.

Zum zweiten Punkt, zu Israel: Bis in die 80er-Jahre wurde der Holocaust, die geplante Vernichtung der Juden, in der DDR von staatlicher Seite nahezu vollständig ausgeblendet. Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR sah sich 1990 deshalb in der Pflicht, hierzu klare Worte zu finden. Im Namen aller Fraktionen wurde damals Folgendes beschlossen:

„Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“

Heute wissen wir, dass wir als Gesamtdeutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel und seinen Bewohnern haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir tragen Verantwortung dafür, dass die Menschheitsverbrechen in ihrer Einzigartigkeit nicht vergessen werden und uns und kommenden Generationen als Mahnung dienen. Ich denke, dass wir mehrheitlich auf gutem Wege sind, in gemeinsamer Deutung des Endes des Naziregimes zu gedenken. Die Aufgaben, die für uns hiermit verbunden sind, können und sollten wir gemeinsam angehen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

#### **Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht nun als Mitglied der Landesregierung Minister Schröter.

#### **Minister des Innern und für Kommunales Schröter:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte aus der vielbeachteten Rede von Richard von Weizsäcker zitieren, die er vor 30 Jahren hielt. In ihr würdigte er den 8. Mai als den „Tag der Befreiung ... von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Damit prägte er 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist Richard von Weizsäcker zu verdanken, dass der 8. Mai 1945 nicht mehr als Tag der Kapitulation betrachtet wird, sondern als das, was er wirklich war: ein Tag der Befreiung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 70. Jahrestag des Kriegsendes und der Nazi Herrschaft steht unmittelbar bevor. Gute Gründe sprechen dafür, den 8. Mai als gesetzlichen Gedenktag zu verankern. Die Landesregierung unterstützt das Vorhaben ausdrücklich. Damit können wir der Erinnerung Nachdruck verleihen. Das halte ich vor allem mit Blick auf künftige Generationen für sehr sinnvoll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen Jahren gab es auf Länder- und auf Bundesebene mehrere Versuche, den 8. Mai als nationalen oder gesetzlichen Gedenktag zu etablieren. Gelungen ist es bislang nur in unserem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern. Ein Grund für die allgemeine Zurückhaltung liegt in der unterschiedlichen politischen Bewertung des 8. Mai. Während der Tag in der DDR bereits früh als Tag der Befreiung angesehen und zeitweilig sogar als gesetzlicher Feiertag begangen wurde, galt er in der Bundesrepublik - der Bundesrepublik der Nachkriegszeit - lange vorrangig als Tag der deutschen Kapitulation. Doch spätestens seit der historischen Ansprache Richard von Weizsäckers wird der 8. Mai in Politik und Gesellschaft vor allem als Tag des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft begriffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Derzeit gibt es zwei gesetzliche Gedenk- und Trauertage im Land Brandenburg, nämlich den Volkstrauertag und den Totensonntag.

Diese Tage fallen immer auf einen Sonntag und unterliegen daher dem allgemeinen Schutz für Sonn- und Feiertage. Darüber hinaus gelten für diese Tage besondere Bestimmungen des Feiertagsgesetzes. Der Gesetzgeber betont damit den besonderen Charakter des Volkstrauertages und des Totensonntags als Tagen der Trauer und des stillen Gedenkens. Da das Feiertagsgesetz keine Gebote und auch keine Verbote zu Gedenktagen

enthält, kann der 8. Mai rechtssicher als neuer Gedenktag aufgenommen werden.

Die schon erwähnten Regelungsversuche auf Bundes- und Länderebene zeigen, dass sich die Geister in der politischen Diskussion oft an Begrifflichkeiten scheiden. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht in seiner Bezeichnung des neu einzuführenden Gedenktages dem allgemeinen Demokratieverständnis und der notwendigen rechtlichen Klarheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat aus der bereits erwähnten Rede Richard von Weizsäcker enden. Der 8. Mai „ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern“. - Ich kann dem nur zustimmen und will zugleich mit Nachdruck dafür werben, den 8. Mai als Tag des Gedenkens zu etablieren, und zwar des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste und die Ihnen vorliegenden Änderungsanträge in den Drucksachen 6/1222 und 6/1280 werde ich gemäß unserer Geschäftsordnung morgen in der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen. Wir kommen also jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/1123, Viertes Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes, in 1. Lesung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diesem Gesetzentwurf in 1. Lesung zugestimmt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

#### **Taten statt Worte - Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen!**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/831  
(Neudruck)

Des Weiteren liegt ein Änderungsantrag des Abgeordneten Vida der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER in Drucksache 6/1276 vor.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, zu diesem Tagesordnungspunkt auf eine Debatte zu verzichten. Wir kommen also gleich zur Abstimmung. Es wird die Überweisung des Antrags der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Taten statt Worte - Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen!, Drucksache 6/831, Neudruck, an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz empfohlen. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diesem Überweisungsantrag zugestimmt worden.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung: Ich informiere Sie, dass im Einvernehmen zwischen allen PGF's und dem Vorsitzenden des

Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz eine Einigung dahin gehend erzielt wurde, dass der Abgeordnete Vida für den diesbezüglichen Beratungspunkt in den Ausschuss eingeladen und ihm dort auch das Rederecht eingeräumt wird. Das wollte ich an der Stelle noch zur Kenntnis geben. Damit hat sich der Geschäftsordnungsantrag erledigt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 12 und rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

#### **Erfassung des Unterrichtsausfalls**

Antrag  
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/836

Wir eröffnen die Debatte mit dem Beitrag der Abgeordneten Bessin für die Fraktion AfD.

#### **Frau Bessin (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Unterrichtsausfall - dieses Thema haben wir in der letzten Zeit sehr häufig gehört, und zwar halbjährlich immer dann, wenn die Zeugnisse an die Schülerinnen und Schüler verteilt wurden.

Glücklicherweise haben wir im Februar zur Kenntnis nehmen können, dass das Thema Unterrichtsausfall verbessert werden konnte. Der Unterrichtsausfall ist rückläufig. Das hört sich erst einmal gut an.

Im Bildungsausschuss haben wir ebenfalls über dieses Thema gesprochen, und ich stellte die Frage, ob man mitteilen könne, ob es eine Statistik darüber gibt, wenn beispielsweise der Mathematikunterricht ausgefallen und zum Beispiel durch das Fach Deutsch ersetzt wurde, also die Frage danach, wie oft ein Fach fachfremd unterrichtet wurde. Darauf konnte man uns leider keine Antwort geben. Das wird leider nicht erfasst. Es wird also nicht erfasst, durch welches andere Fach das ausgefallene Fach ersetzt wird.

Das Argument der Landesregierung, dass sich dieser Unterrichtsausfall über die Schulkarriere ausgleicht, greift leider nicht. Schüler brauchen eine Unterrichtsgarantie, und zwar auf jedes Fach bezogen. Die Schüler müssen so gut wie möglich auf den Abschluss vorbereitet werden. Nicht gegebene Fachstunden rauben unseren Kindern Bildungs- und Aufstiegschancen. Unterrichtsausfall lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass eine fachliche Erfassung nicht stattfindet. Das Motto „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ passt in diesem Fall überhaupt nicht und sollte hier nicht gelten.

Die Unterrichtsqualität kann durch die Erfassung der fachlichen Adäquanz bei den Ausfallstunden erhöht werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass unsere Schüler genügend Unterricht in den einzelnen Fächern erteilt bekommen. Wenn momentan der Mathematiklehrer krank ist und diese Stunde mit Deutschunterricht gefüllt wird, dann ist diese Stunde nicht entfallen, wie man meinen könnte, aber den Mathematikunterricht gab es trotzdem nicht. Dieser wurde nicht unterrichtet, er hat nicht stattgefunden.



Die „Berliner Morgenpost“ behandelte das Thema am 24. Januar 2015 unter der Überschrift „Schüler bekommen weniger Schulnoten“. Darin gibt es eine positive Botschaft unseres Bildungsministers, Herrn Baaske. Er signalisiert:

„Wir müssen uns ehrlich und transparent machen.“

Der Gewerkschaftschef, Herr Fuchs, spricht jedoch von geschönten Statistiken. Auch er kritisiert, dass das, was das Ministerium als Vertretung deklariert, oft nur ein Beaufsichtigen der Kinder durch Nichtfachlehrer ist.

Die Alternative für Deutschland fordert daher mehr Transparenz für die Eltern, damit gerade auch sie wissen, was sich in den Schulen abspielt, und entsprechende Informationen natürlich auch für das Bildungsministerium; denn das Bildungsministerium muss entsprechende Konsequenzen einleiten.

Unser gemeinsames Ziel - darüber sind wir uns hier im Raum sicher alle einig - ist guter Unterricht. Den kann es nur geben, wenn er in der richtigen Form stattfindet. Deswegen haben wir heute diesen Antrag gestellt und bitten um Ihre Zustimmung. - Danke.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Danke schön. - Zu uns spricht nun die Abgeordnete Koß für die SPD-Fraktion.

**Frau Koß (SPD):**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Uns liegt ein Antrag der AfD-Fraktion vor, in dem es heißt:

„Die Landesregierung verpflichtet sich, Vertretungsstunden an Brandenburgs Schulen nach fachlicher Adäquanz zu erfassen.“

(Frau Bessin [AfD]: Adäquanz!)

- Adäquanz, danke schön. Denn jetzt bin ich gleich dran. Passen Sie mal auf: Ich bringe uns jetzt gleich mal alle auf den gleichen Wissensstand. Dazu bemühe ich die Definition zum Begriff Adäquanz.

„Adäquanz (von lateinisch adäquat - angemessen, entsprechend) ist ein Begriff aus der Rechtswissenschaft.“

(Königer [AfD]: Ach was!)

„Die Frage nach der Adäquanz dient als Eingrenzungskriterium für Fragen der Kausalität und Zurechnung. Nach der sogenannten Adäquanztheorie muss der Schädiger nicht für solche Ereignisse einstehen, die nach der normalen Lebensanschauung eines objektiven, informierten Dritten völlig außerhalb der Erfahrung und Erwartung liegen.“

Das bedeutet für mich: Sie haben in Ihrem Antrag Äpfel mit Birnen verglichen und vermischt, und das, was da herauskommt, ist nicht besonders schmackhaft. Bei meinen Schülern hätte ich gesagt: Thema verfehlt, 6, setzen!

Die Kompetenzen, die eine Schülerin oder ein Schüler im Verlauf der individuellen Schulkarriere erwirbt, hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Der zur Vertretung anfallende Unterricht und die Vertretungsstunden spielen zwar eine Rolle, aber eine recht untergeordnete. Zur Absicherung des Vertretungsunterrichts ist eine statistische Erfassung nicht unbedingt notwendig, und das auch noch nach Fächern aufzudröseln stellt erhebliche methodische Probleme dar. Übrigens: Daten im Zusammenhang mit Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht werden im Land Brandenburg vollständig und bereits sehr differenziert erhoben.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass das MBS bereits an allen Schulen für jeden Unterrichtstag den zur Vertretung anfallenden Unterricht, differenziert nach Gründen und dem vertretenen Unterricht, differenziert nach der Art der Vertretungsmaßnahme, erfasst.

Eines, meine Damen und Herren, ist noch anzumerken: Durch die fortgesetzte Datenerhebung fällt weder weniger Unterricht aus noch wird mehr Unterricht vertreten, schon gar nicht wird der Unterricht besser. Hier bedarf es anderer Maßnahmen, für die wir die entsprechenden Bedingungen zu schaffen haben und auch schaffen.

Gleichzeitig sollten wir bedenken, dass den Akteuren vor Ort nicht noch mehr Statistik zugemutet werden sollte. Wir sollten vielmehr die Anstrengungen der Schulen und aller anderen Beteiligten zur Verminderung des Unterrichtsausfalls unterstützen. - Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall SPD)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Hoffmann für die Fraktion der CDU.

**Hoffmann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unterrichtsausfall steht mal wieder auf der Tagesordnung. Richtig ist: Unterrichtsausfall ist ein Problem. Wenn Tausende Schüler ohne Halbjahresnoten nach Hause gehen, dann ist das ein echtes Problem. Der Antrag allerdings ist ein echter Witz; das muss man so sagen. Die AfD will nichts anderes, als dass wir die umfangreiche Unterrichtsausfallstatistik um ein weiteres Kriterium ergänzen, nämlich gucken, welches Fach ausgefallen ist. Sie haben aber keinen einzigen Ansatz zur Lösung, wie wir damit umgehen sollen. Es geht doch nicht darum, zu gucken, welche Fächer ausfallen, es geht darum, Unterrichtsausfall zu verhindern!

(Beifall CDU)

Dazu steht in Ihrem Antrag nichts. Das haben wir hier zimal diskutiert. Wir haben darüber geredet, dass wir Lehrer einstellen müssen, wie wir besseres Gesundheitsmanagement betreiben können, über ein Vertretungsbudget, die Erhöhung der Vertretungsreserve oder aber auch über Möglichkeiten, wie man ausgefallenen Unterricht kompensieren kann. Alles das spielt bei Ihnen keine Rolle. Das alles haben wir hier schon diskutiert. Wenn Sie das nicht wissen, können Sie nachschauen. Es

gibt PARLDOK, oder Sie können googlen. Sie können aber auch

(Frau Bessin [AfD]: Habe ich schon getan!)

beim RBB nachgucken, was hier behandelt wurde.

Ihr Antrag ist jedenfalls dem Ernst des Themas nicht angemessen. Deshalb sage ich ganz ehrlich: Ich finde, wir müssen uns auch ein Stück weit selbst davor schützen, dass wir ständig irgendwelche halbgarer Anträge vorliegen haben, wo der Antrag aus einem Satz besteht, der Quatsch ist, und wir am Ende 40 Minuten darüber diskutieren. Dafür ist uns allen die Zeit zu schade.

Wir lehnen den Antrag ab. - Danke sehr.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Das Wort erhält jetzt die Fraktion DIE LINKE, die Abgeordnete Dannenberg. Bitte schön.

#### **Frau Dannenberg (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Der Antrag, die Vertretungsstunden nach fachlicher Adäquanz zu erfassen, ist unserer Auffassung nach ein Auftrag an die Landesregierung, der einerseits einen immensen bürokratischen Mehraufwand erfordert. Andererseits frage ich mich, was wir mit einer erneuten Statistik anfangen, die am Ende keine neuen Erkenntnisse bringen wird.

Ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass sich fachlicher Ausfall und Vertretungsschwerpunkte über den Zeitraum einer Schulkarriere eines Schülers ausgleichen.

Worum geht es Ihnen? Geht es Ihnen um Fachunterricht? Darauf sage ich: Kontingenzstundentafel. Geht es Ihnen um Qualität von Vertretungsunterricht, dann sage ich Ihnen: Lösen Sie sich endlich von der Vorstellung, dass Schüler in einer Vertretungsstunde nichts lernen. Ganz im Gegenteil, Schüler lernen immer, ob in einer Vertretungsstunde, im Projekt, in der Stillarbeit oder sogar bei Klassenfahrten.

Wir sollten lieber das Lernen in den Vordergrund stellen, wie Lernen organisiert wird, bzw. die Ursache von Unterrichtsausfall oder Vertretungsstunden näher beleuchten; Stichwort Lehrergesundheit, mehr Entlastung statt Belastung. Wir sollten über ein vernünftiges Personalmanagement reden. Wenn wir an die Zukunft denken, so wird Brandenburg so viele Lehrer wie noch nie einstellen. Das sind die Dinge, über die wir uns unterhalten sollten. Von daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall DIE LINKE, SPD und CDU)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abgeordnete von Halem.

#### **Frau von Halem (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Unterrichtsausfall

ist ein Problem - das wissen wir alle -, aber kein so furchtbar großes. Wir brauchen mehr Lehrkräfte; das wissen wir auch. Wir brauchen bessere Unterstützung bei der Erstellung von Vertretungsplänen. Wir brauchen mehr Kompetenz, mehr Unterstützung für Lehrkräfte hinsichtlich der Frage, wie der Unterricht gestaltet werden kann, wenn er nicht ausfällt. Gleichzeitig wissen wir auch: Es kommt nicht auf die einzelne Unterrichtsstunde an, nicht auf die einzelne Vertretungsstunde.

Um zu demonstrieren, dass wir alle hier auch nicht wesentlich weniger klug sind, wenn hier einmal ein paar Reden ausfallen, haben wir vereinbart, diese Debatte heute kurz zu halten und zu sagen: Wir brauchen kein Stundenausfall-Bürokratieerfassungsmonster, das ist nicht nötig. Wir machen es lieber heute ein bisschen kürzer.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU und DIE LINKE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Die Landesregierung hat Verzicht erklärt. Es spricht jetzt noch einmal für die AfD-Fraktion die Kollegin Frau Bessin. - Bitte schön.

#### **Frau Bessin (AfD):**

Wir sitzen zwar alle schon seit heute früh hier im Plenarsaal; aber ich denke, der eine oder andere von Ihnen wird trotzdem schon den Pressespiegel durchgesehen haben. Die „Berliner Zeitung“ von heute schreibt von einem neuen Volksbegehren gegen Unterrichtsausfall.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Eben, Berlin!)

- Natürlich, es geht erst einmal um die „Berliner Zeitung“. Man kann aber auch eins und eins zusammenzählen

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Nein, nein, nein!)

und dann davon ausgehen, dass es auch nach Brandenburg herüberschwappt.

(Beifall AfD)

In der Lehrerinitiative „Bildet Berlin!“ sind auch die Gewinner des Deutschen Lehrpreises von 2013 vertreten. Sie sagen ebenfalls, dass eine Unterrichtsstunde als vertreten gilt, wenn ein Lehrer nur Arbeitsaufgaben verteilt, mit denen sich die Schüler beschäftigen sollen. Überprüft wird das oft nicht. - Ich könnte jetzt noch weiter ausführen.

Es gab eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion von 1997 - ich habe nämlich im PARLDOK nach diesem Thema gesucht, lieber Herr Hoffmann -; selbst damals war das Thema schon aktuell. Die PDS-Fraktion sprach damals schon von nicht fachentsprechend erteiltem Unterricht. Das Thema ist also anscheinend schon seit 1997 auf der Tagesordnung, nicht heute zum ersten Mal.

Was Ihre Kritik daran angeht, man werde ein Bürokratiemonster schaffen: Sie werden sicherlich alle wissen - Sie sind ja alle schon viel länger dabei als wir und vor allem als ich -, wie die Software in den Schulen funktioniert und dass es kein Problem ist, dort eine leichte Verknüpfung einzubinden, mit deren Hilfe der Unterrichtsausfall entsprechend erfasst werden kann.

Auch darüber haben wir uns vorab informiert. Sie können also nicht so tun, als ob wir hier die Blöden wären und keine Ahnung von dem hätten, worüber wir reden.

(Lebhafter Beifall AfD)

Wir haben uns sehr wohl informiert, und ich kann Ihnen nur sagen: Zum Wohle der Kinder und zum Wohle der kindlichen Bildung sollten wir doch wissen, dass dann, wenn ein Fach, welches auch immer - Erdkunde, Geschichte oder Mathematik -, ganz oft ausfällt und die Kinder den Stoff nicht vermittelt bekommen, sie dennoch ihre Abiturprüfung, ihren Schulabschluss machen müssen, dass sie dann, wenn sie zur Uni gehen, ihre Ausbildungen angehen, das ganze Wissen, das sie während ihrer Schullaufbahn vermittelt bekommen sollen, auch intus haben und entsprechende Anforderungen bewältigen können müssen. Nur dafür dient die Erfassung,

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Falsche Vorstellung!)

das, was wir im Antrag gefordert haben, weil wir sehen, dass der Unterrichtsausfall in entsprechend hoher Zahl vorhanden ist. Sie alle wissen es; davon haben wir schon ganz oft gesprochen. Der Unterrichtsausfall ist manchmal so immens, dass keine Zeugnisnoten vergeben werden können. Wie soll das jemals nachgeholt werden? Wenn dann noch nicht einmal klar ist, in welchem Fach Lehrer fehlen, übermäßig oft krank sind, wie soll man dann reagieren können?

(Beifall AfD)

Das ist eine Maßnahme, um reagieren zu können, um etwas positiv zu verändern. - Danke schön.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich stelle den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/836, Erfassung des Unterrichtsausfalls, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich beende den Tagesordnungspunkt 13 und rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

#### **Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg wieder einberufen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/957

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/1270, vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es spricht der Kollege Raschke, der mittlerweile auch eingetroffen ist.

#### **Raschke (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigung, ich bin etwas außer Atem. Ich wollte mich gerade oben bei der Besuchergruppe entschuldigen, dass ich nicht zum Gespräch kommen kann.

Was machen wir heute? Wir haben den Antrag gestellt, dass der Landesregierung ein sogenannter Nachhaltigkeitsbeirat zur Seite gestellt wird, der die Landesregierung unterstützt und dabei berät, die sogenannte Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen. Dafür ist heute ein guter Tag, denn heute, am 29. April, jährt sich der Beschluss zur Nachhaltigkeitsstrategie.

Wie es so ist, gibt es vor einem solchen Antrag immer Signale und Gespräche, wie denn die Koalitionsfraktionen zu diesem Antrag stehen. Es ist relativ deutlich geworden: Dieser Antrag wird abgelehnt werden. Daraufhin habe ich versucht zu verstehen, wie das nun wohl kommt, denn wir halten den Antrag natürlich für gut und gelungen, und haben eine sehr schwierige mentale Übung vorgenommen. Ich habe versucht, mich in die Rolle eines Koalitionsabgeordneten hineinzuversetzen.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Das geht aber nur mit Psychopharmaka! - Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

- Das ist in der Tat eine sehr schwierige Übung. Ich habe versucht, mich dem folgendermaßen zu nähern: Ich habe überlegt, wie sich denn die Koalitionsabgeordneten im Ausschuss verhalten. Die meisten - Herrn Domres nehme ich da aus - schweigen. Das hat mir nicht weitergeholfen, bis auf einen Punkt. Es gab einmal richtig Bewegung im Umweltausschuss, als unser Minister Vogelsänger einen 7-Punkte-Plan vorgelegt hat; ich glaube, es ging um das Thema Biber. Da hatten wir eine richtig lebendige Debatte. 7-Punkte-Pläne sind beliebt; also habe ich mir gedacht, ich überlege mir doch einmal sieben Argumente, warum man unseren Antrag ablehnen kann.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Fragen Sie doch mal Ihre grünen Kollegen, die die Biber unterstützen!)

Argument Nummer eins auf die Frage, warum ich als Koalitionsabgeordneter diesen Antrag ablehnen würde: Das haben wir immer schon so gemacht. Zugegebenermaßen ist das eher ein SPD-Argument als eines von der Linkspartei. Aber dieses Argument ist hier völlig verfehlt. Es würde überhaupt nicht greifen, weil es ja bisher einen Beirat gab.

Argument Nummer zwei, um diesen Antrag abzulehnen, könnte sein, das komme von den Grünen, oder wahlweise auch, das komme von der Opposition. Das ist Gott sei Dank auch kein Argument, weil es hier in diesem Hause die Kultur gibt, Anträge von anderen Fraktionen aufzugreifen.

(Beifall B90/GRÜNE - Domres [DIE LINKE]: Genau!)

Ausnahmen sind eingeschlossen.

Mögliches Argument Nummer drei: Hier greift das Diskontinuitätsprinzip. Oder auch: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Vorhaben der letzten Legislaturperiode

müssen ja nicht unbedingt fortgesetzt werden. - Ich glaube, auch dieses Argument greift hier nicht, weil die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen - sie legen das ja auch mit Ihrem Entschließungsantrag dar - die Nachhaltigkeitsstrategie sehr wohl haben möchten. Sie wollen nur den Nachhaltigkeitsbeirat als Instrument nicht.

Was könnte noch ein Argument sein? Argument Nummer vier: Ein solcher Nachhaltigkeitsbeirat steht nicht in unserem Programm. Da hatte ich jetzt in meiner mentalen Übung ein großes Problem. Ich stand vor einer Persönlichkeitsspaltung, denn der SPD-Abgeordnete in mir sagte, genauso ist es, aber der linke Abgeordnete in mir sagte, nein, doch, in unserem Programm steht das ja. - Gut, also half mir auch das nicht weiter.

Nächstes Argument: Dafür haben wir kein Geld. Das ist ein sehr schwieriges Argument, gerade deshalb, weil wir heute wieder über den Flughafen geredet haben, in den Unsummen fließen. Es ist ein sehr schwieriges Argument, aber gegenüber der Opposition immer gut zu verwenden. Auch dieses Argument greift nicht, weil im Haushalt des Umweltministeriums - wir haben ihn vorgelegt bekommen - der Nachhaltigkeitsbeirat sogar steht. Unser Umweltminister geht davon aus, dass der Nachhaltigkeitsbeirat, der heute abgelehnt werden wird, pro Jahr mit Geschäftsstelle 60 000 Euro kostet. Das Argument, dafür hätten wir kein Geld, zieht also nicht.

Das sechste von sieben möglichen Argumenten, die mir in meiner mentalen Übung eingefallen sind: Na ja, so ein unabhängiger Beirat macht nur Ärger.

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Nachher kritisiert er noch unsere Massentierhaltung oder unsere Braunkohlestrategie.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das wäre ja schrecklich!)

- Ja, schrecklich. Das ist sicherlich ein gar nicht so leicht von der Hand zu weisendes Argument. Aber das kann ich als Koalitionsabgeordneter hier in der öffentlichen Debatte natürlich nicht bringen. Es fällt also auch weg.

Bleibt noch ein letztes Argument, und das versuchen die Koalitionsfraktionen ja auch mit ihrem Entschließungsantrag zu dokumentieren: Einen solchen Nachhaltigkeitsbeirat brauchen wir nicht, wir haben einen Nachhaltigkeitsbeauftragten im Ministerium und eine interministerielle Arbeitsgruppe.

An diesem Punkt habe ich meine mentale Übung abgeschlossen, weil ich glaubte, ich habe ein Argument gefunden. Wenn ich mir das jetzt als grüner Abgeordneter anschau, dann sehe ich: An dem Argument ist für mich nicht viel dran, denn ein solcher Beirat hat mindestens drei Vorteile, die die interministerielle Arbeitsgruppe und der Nachhaltigkeitsbeauftragte des Umweltministeriums natürlich nicht aufweisen.

Erstes Argument: Er ist unabhängig, und zwar nicht nur nach außen, sondern auch im inneren Denken. Ein externer Nachhaltigkeitsbeirat muss sich nicht mit Zwängen herumschlagen, beispielsweise der Frage, was der Finanzminister im Kabinett sagt und ob er da etwas entgegenhalten kann. Solche Zwänge kennt der unabhängige Nachhaltigkeitsbeirat nicht.

Zweites Argument, warum ein Nachhaltigkeitsbeirat wirklich nötig ist: Er bringt unabhängige Expertise und Sachverstand sowie ein Netzwerk ein, das natürlich keiner der Ministerkollegen so aufweisen kann. Natürlich bringt jeder von ihnen etwas ein; aber was, wenn der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsbeirates vom Klimafolgenforschungsinstitut, PIK, kommt? Solche Kontakte muss man erst einmal mitbringen. Das ist natürlich eine ganz andere Hausnummer.

Letztes und wichtigstes Argument aber ist: Ein Nachhaltigkeitsbeirat ist frei vom Tagesgeschäft. Ein solcher Beirat muss sich nicht mit dem Alltagsgeschäft herumschlagen. Das ist auch schon anstrengend genug. Wenn wir unsere Minister einmal angucken, stellen wir fest, sie haben eine große Anzahl von Projekten, die gestemmt werden müssen, und dies im normalen Alltag. Herr Baaske und Frau Kunst müssen das Schwerpunktthema Bildung irgendwie über die Bühne bekommen. Unser Justizminister und unser Agrarminister sind mit dem Thema Massentierhaltung ziemlich beschäftigt, glaube ich. Frau Golze und Herr Schröter haben ein riesiges Problem mit dem Thema Flüchtlinge; das sollte sehr viel Aufmerksamkeit binden. Herr Gerber ist natürlich vollauf mit dem Thema beschäftigt, wie es nach dem Vattenfall-Verkauf weitergeht. Da bleibt noch Frau Schneider - ich glaube, da war das Thema BER auch noch nicht ganz ausgestanden -, und Herr Görke muss allen aufs Geld schauen.

Kurzum: Jeder unserer Minister hat alle Hände voll zu tun. Zudem glaube ich, dass es überhaupt nicht ihre Aufgabe ist: Man kann es ihnen nicht ernsthaft abverlangen, dass sie neben ihrem Tagesgeschäft auch noch die Aufgabe eines unabhängigen Sachverständigenbeirates übernehmen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Ebenso bitten wir darum, dass Sie auf diese Argumente eingehen und uns darlegen, wie Sie denn glauben, nur mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe und einem Nachhaltigkeitsbeauftragten des Ministeriums diese Aufgabe erfüllen zu wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Roick.

**Roick (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig toll, dass Sie sich über uns Gedanken machen, darüber, wie wir uns Gedanken machen. Aber es trifft natürlich nicht den Kern der Sache.

Ich bitte um Entschuldigung, dass ich ein bisschen heiser bin. Das gestrige Fußballspiel hat meine Stimme doch ein bisschen leiden lassen.

Eine Sache - so ähnlich hat das heute Frau Nonnemacher gesagt - wird natürlich nicht dadurch besser, dass man sie innerhalb von drei oder vier Wochen das nächste Mal aufruft. Es ist zwar schön, dass wir über Nachhaltigkeit reden; das ist etwas Wichtiges und Richtiges. Aber wenn man es ständig unter die-



sem Aspekt aufruft, geht das Ganze natürlich nach hinten los, weil es dann eher mit negativen Emotionen belastet wird. Ich habe gerade im Netz einen schönen Aphorismus gefunden - leider stand der Autor nicht dabei, aber er passt hier richtig gut -, den ich gern einmal vortrage:

„Beständigkeit wird oft mit Nachhaltigkeit verwechselt. Wer Beständigkeit heutzutage einen immateriellen Wert beimisst, der liegt nachhaltig falsch.“

Genau das sehe ich hier auch so.

Sie haben in Ihrem Antrag wiederholt gefordert, dass es einen Nachhaltigkeitsbeirat bei der Staatskanzlei geben soll. Aber selbst in den rot-grün-regierten Bundesländern Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es das nicht. Das einzige Bundesland, das das so macht, ist Hessen. Ich denke, der Minister - er sieht übrigens gesund und fit aus; hier wurde gesagt, er müsse so viel rennen und machen - hat in seinem Ministerium definitiv einen Bereich geschaffen und eine Person damit beauftragt, sich um diese Nachhaltigkeitsthemen zu kümmern. Was den Nachhaltigkeitsbeirat aus der letzten Legislaturperiode betrifft: Klar, er hat gearbeitet, er hat etwas abgeliefert. Ob das in seiner Gänze richtig war, darüber können wir noch einmal reden. Ich habe als Förster dazu eine andere Meinung; das habe ich hier auch schon einmal gesagt. Aber das liegt zumindest vor, und daran halten wir uns.

(Zuruf der Abgeordneten Schier [CDU])

Wir werden diese Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen. Wie wir das umsetzen, wir haben uns in der Koalition geeinigt, dass es dazu einen Entschließungsantrag geben soll. Jedenfalls steht das alles drin, und wir wollen das auch konkretisieren. Es sollen also konkrete Einzelmaßnahmen benannt werden; es ist ein Mitarbeiter eingesetzt worden usw. Viele Dinge, die in unserem Entschließungsantrag stehen, wie Best-Practice-Beispiele, sollen in der Öffentlichkeit vorgestellt werden, und auch der Minister ist aufgefordert, 2017 einen Fortschrittsbericht zu geben, damit man etwas Greifbares hat, was man bearbeitet und in der Öffentlichkeit diskutiert werden kann.

Glauben Sie mir: Ich möchte das nicht weiter ausdehnen; ich habe mich zu dem Thema bereits positioniert, erst letztes, als der Antrag von der CDU kam.

(Frau Schier [CDU]: Sie haben sich positioniert, Herr Förster, aha!)

Den Begriff Nachhaltigkeit haben ja die Förster erfunden; hier weiß ich also genau, wovon ich rede. Da gibt es so einen Punkt, den ich zum Ende stehen lassen wollte. Wir wissen zwar, dass es systemrelevante Banken gibt, aber wir wissen auch, dass das Systemrelevanteste, was wir haben, unsere Erde ist. Genauso werden wir uns in dieser Koalition auch verhalten und die Nachhaltigkeit sowohl pflegen als auch leben. - Danke, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Wichmann.

**Wichmann (CDU):\***

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Benjamin Raschke, ich mache es mir etwas leichter und verzichte jetzt einmal auf einen Ausflug in die Tiefenpsychologie, was in den Köpfen der Kollegen von SPD und Linken vor sich gegangen ist.

Ich denke, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es hier im Haus eine Abstimmung gab, und zwar am 19.11.2014, also bereits in der neuen Wahlperiode. Die Mehrheit dieses Hauses hatte entschieden, dass wir den Nachhaltigkeitsbeirat nicht wieder einrichten können und sollen. Von daher wird es auch nicht besser, wenn man dieses Thema immer wieder neu mit einem Antrag ins Plenum einbringt. Deshalb werden wir uns als CDU-Fraktion dazu enthalten. Wir waren damals an Ihrer Seite, als wir zu Beginn dieser Wahlperiode im November gesagt haben: Es wäre gut, wenn es diesen Nachhaltigkeitsbeirat wieder geben würde. Aber ich glaube, dazu ist die Entscheidung bereits gefallen.

Uns als CDU-Fraktion ist es besonders wichtig, dass es jetzt endlich auch an die Umsetzung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie geht. Da muss ich sagen, Herr Minister Vogelsänger, ich sehe es genauso, wie Benjamin Raschke es schon gesagt hat: Im Haushaltsentwurf Ihres Hauses sind für die Jahre 2015 und 2016 die entsprechenden Mittel in Höhe von 320 000 Euro für Sachverständige eingestellt - für den Nachhaltigkeitsbeirat, aber eben auch für die Nachhaltigkeitsstrategie. Deshalb gehen wir, vorbehaltlich des Beschlusses unseres Haushaltsgesetzes, davon aus, dass die Mittel zur Umsetzung dieser Dinge, und zwar insbesondere für die Nachhaltigkeitsstrategie, ausgegeben werden.

Als CDU ist uns in diesem Zusammenhang besonders wichtig, dass diejenigen, die es am Ende betrifft, nämlich die Land-, Forst- und Fischwirte, in diesen Umsetzungsprozess unmittelbar direkt mit einbezogen werden. Da muss ich sagen, dass mir in dieser Wahlperiode, wo wir Umwelt, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischwirtschaft in einem Haus haben, und zwar bei Ihnen, Herr Minister Vogelsänger, gar nicht bange ist, dass dies besser gelingen kann und auch besser gelingen wird, als es vielleicht in der letzten Wahlperiode möglich war, als diese beiden Häuser noch getrennt waren und vieles aneinander vorbeilief.

Daher in diesem Sinne viel Erfolg auf dem weiteren Weg! Unsere Unterstützung haben Sie. Ich hoffe, dass jetzt die Nachhaltigkeitsstrategie endlich vernünftig umgesetzt wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Domres.

**Domres (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer die Diskussion der letzten Wochen verfolgt hat, kann sich über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eigentlich nur wundern. Zum einen haben Sie die Einset-

zung des Nachhaltigkeitsbeirates und die Ansiedlung bei der Staatskanzlei schon einmal beantragt, und zwar im November 2014 - das ist gerade einmal fünf Monate her. Zum anderen gab es eine Befassung im zuständigen Ministerium und im zuständigen Fachausschuss. Mit anderen Worten: Kollege Wichmann hat es eben gesagt - die Frage ist entschieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, da Sie ja immer so umfassend informiert sind und die Linksfraktion aus ihrem Wunsch, einen Nachhaltigkeitsbeirat wieder einzuberufen, keinen Hehl gemacht hat, sage ich Ihnen, dass es Ihnen mit diesem Antrag gar nicht darum geht, Politik zu gestalten.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Doch!)

Sie wollen nichts anderes als eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Koalitionsfraktionen aufblasen und am Köcheln halten. Natürlich ist das ein legitimes Mittel der Opposition, aber lassen Sie sich eins gesagt sein: Koalition heißt nun einmal Kompromisse. Damit können wir gut umgehen, wenn das Gesamtergebnis stimmt.

Auch nach Ihrem launigen Vortrag, lieber Benjamin Raschke, können Sie sich bei Ihren Parteifreunden in Hamburg informieren, wie das so mit Kompromissen läuft, wie das zum Beispiel bei der Elbvertiefung oder beim Kohlekraftwerk Moorburg gelaufen ist, oder fragen Sie bei Ihren Kollegen in NRW nach, wie es sich beim Tagebau Garzweiler verhält, oder fragen Sie in Baden-Württemberg nach, wie die Asylrechtsdebatte des Kollegen Kretschmann lief.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - ja, die Linke hätte es begrüßt, wenn die Landesregierung wieder einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen hätte, denn der Beirat hat in der letzten Legislaturperiode gute Arbeit geleistet und wichtige Impulse gegeben. Der Nachhaltigkeitsbeirat ist kein Selbstzweck oder Wert an sich, sondern wäre unserer Auffassung nach ein Hilfsmittel für die Landesregierung gewesen, die Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie zu erleichtern, gerade weil die Umsetzung nicht nur Aufgabe der Landesverwaltung ist, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft verankert sein muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns auch im Mittel nicht einig sind, so sind wir es im Ziel: Wir wollen Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern verankern und Brandenburg enkeltauglich machen. Um daran keine Zweifel zu lassen, haben wir unseren Entschließungsantrag auf den Weg gebracht. Lieber Kollege Raschke, ich hätte mir gewünscht, dass dieser Entschließungsantrag auch von Ihnen die richtige Würdigung gefunden hätte.

Wir stellen mit unserem Entschließungsantrag fest: Erstens ist die Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie von uns gewollt. Zweitens soll das Ganze unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen, so wie es die Strategie selbst als zentralen Punkt bestimmt. Drittens fordern wir die Landesregierung auf, bis Anfang nächsten Jahres konkret die Maßnahmen zu benennen, mit denen die Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt wird. Damit wird ein hoher Grad an Verbindlichkeit erreicht und wir können dann den Stand diskutieren.

Die Strategie, die in der letzten Legislaturperiode unter Federführung des damaligen Umweltministeriums mit Unterstüt-

zung des Beirates und unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet wurde, setzt hohe Standards. Diese schlagen sich unter anderem in den sechs „Ps“ nieder, die für die Umsetzung der Strategie formuliert sind: positiv, perspektivisch, politikübergreifend, partizipativ, prozesshaft und prüfbar. Auch deshalb wollen wir die Einbeziehung und Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie. Ich glaube, auch dafür kann man die im Haushalt veranschlagten Mittel gut verwenden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir meinen es ernst mit der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. In diesem Sinne bin ich gespannt auf das weitere Verfahren, wie Sie sich einbringen werden, und ich freue mich auf die zukünftigen Diskussionen im Ausschuss, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich werbe ausdrücklich bei Ihnen um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag, denn er ist aus meiner Sicht eine gute Grundlage, die Umsetzung für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie zu begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Schade.

#### **Frau Schade (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Ich habe mich etwas gewundert, dass wir das Thema Nachhaltigkeit noch einmal auf der Tagesordnung haben, und habe überlegt, ob ich die gleiche Rede noch einmal halte, aber ich fand es dann doch ein wenig zu einfach.

Natürlich: Ein zukunftsfähiges Brandenburg braucht, wie im Antrag begründet, eine Politik, die sich am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Das ist gar keine Frage. Natürlich sichert nur eine nachhaltige, vorausschauende Entwicklung die Lebensbereiche für unsere zukünftigen Generationen. Wir sagen aber: Politik muss in sich selbst nachhaltig sein. Jede einzelne Entscheidung muss durchdacht werden. Von daher denke ich: Diese Nachhaltigkeitsstrategie ist gut und schön, löst aber nicht die Probleme, die wir haben - auch nicht mit einem zusätzlichen Beauftragten oder einer zusätzlichen interministeriellen Arbeitsgruppe oder einem zusätzlichen Beirat.

Ich überlege immer: Bei den Ideen, die dort drin stehen, glaube ich nicht, dass wir die demografische Entwicklung im Land aufhalten, geschweige denn umdrehen können. Das funktioniert so nicht. Wir haben auf der anderen Seite bei unserer Bildungspolitik - Kinder sind die ja die Basis unserer Gesellschaft -, immer mehr Probleme, die Konkurrenzfähigkeit unserer Schüler gegenüber anderen Bundesländern zu steigern. Wir geben bewährte Fächerstrukturen auf und versuchen immer, irgendwie zu flickschustern. Letzten Endes führen aber die Ausfallstunden, die Frau Bessin angesprochen hat, auch nicht dazu, dass das Schulsystem fundierter und besser, also nachhaltiger wird.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass diese Neustrukturierung bzw. Nachhaltigkeit nur dazu benutzt wird, Aktionismus vorzutäuschen. Ein Motto, welches mir dazu einfällt, ist: „Revolution vor Evolution“. Das ist mir zwar ein wenig zu hoch, aber

letztendlich geht es darum, Aktionismus vorzutäuschen. Wir haben aber eine Verantwortung. Wir sitzen alle in einem Boot und müssen zusehen, wie wir in Zukunft klarkommen. Da können wir uns jetzt nicht nur auf grüne Dinge berufen, sondern müssen eine solide Grundlage schaffen. Wenn ich mein Gebiet anschau, sprich die Unternehmen, klagen diese unisono über mangelnde Ausbildungsreife. Dem Handwerk fehlt der Nachwuchs. Wir schauen uns dieses Bürokratiemonster „Vergabe-gesetz“ an - da werden Sachverhalte teilweise doppelt und dreifach geregelt. Die Zeit wird aber gebraucht, damit die Unternehmen ihre Leistung steigern können. Wo ist da der Nachhaltigkeitsgedanke? Das fehlt mir ein wenig.

Nun frage ich Sie: Wo soll eine Nachhaltigkeitsstrategie ansetzen, wenn noch nicht einmal die Basis vorbereitet ist? Wie wollen wir das hinbekommen? Ich habe mir den Arbeitsmarktbericht angeschaut, wo sich die Landesregierung mit sinkenden Arbeitslosenzahlen hinsichtlich der Nachhaltigkeit brüstet. Ob die dauerhafte Wiedereingliederung der Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt, zum Beispiel nach Wegfall einer möglichen Förderung, wirklich gelungen ist, kann man diesem Bericht jedoch nicht entnehmen. Da frage ich wieder nach der Sinnhaftigkeit der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen - der effektive wirtschaftliche Einsatz der Mittel ist dabei nicht wirklich nachvollziehbar. Von einer überprüfbaren Nachhaltigkeit der Maßnahmen, zum Beispiel im Arbeitsmarktssektor, kann man also nicht reden.

Und wo war der Nachhaltigkeitsgedanke, als die Landesregierung in vorauseilendem Gehorsam für das Erneuerbare-Energien-Gesetz die alternativen Energien ausgebaut hat, ohne effektive Möglichkeiten der Speicherung zu haben?

(Beifall AfD)

Hier wäre es doch vernünftig gewesen, die Mittel für F & E von 1,7 % im Jahr 2013 auf das geforderte Niveau von 3 % des BIP anzuheben und damit die Forschung auf dem Gebiet der Speichertechnologie zu forcieren. Als Ergebnis der Nachhaltigkeitsstrategie beim Thema Energie haben wir heute deutschlandweit die höchsten Energiepreise.

Daher frage ich: Wo sind die wirklich mutigen, innovativen Politikansätze, die den Rahmenbedingungen der sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen?

(Zurufe)

Nun bin ich wieder bei Ihnen: Natürlich müssen sich Wissenschaftler und Politiker vorausschauend mit den aktuellen und zukünftigen Problemen beschäftigen. Natürlich müssen Experten bereitstehen, wenn fundierte Entscheidungen getroffen werden - aber doch im Vorfeld einer Entscheidung und nicht in Form einer großartigen Strategie.

Jetzt sage ich es noch einmal: Die Fachbereiche müssen in sich selbst nachhaltig sein - klar; gar keine Frage. Die konzeptionellen Lösungen müssen dann auch dort ansetzen.

Ich fasse zusammen: Die grundsätzlichen Fragen der Nachhaltigkeit werden unabhängig von einer strukturellen Zuordnung durch den Beirat nicht wirklich beantwortet; deshalb halten wir den Antrag nach wie vor nicht für zielführend. - Danke.

(Beifall AfD)

### Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Vogelsänger.

### Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Raschke! Ich setze Papiere Punkt für Punkt um. Sie haben die Biber angesprochen, das 7-Punkte-Programm. Ich habe heute die Biberverordnung unterschrieben. Selbstverständlich bekommen, wie ich das zugesagt habe, die Abgeordneten dies entsprechend ausgehändigt, damit wir bei diesem Thema weiterkommen.

Genauso nehme ich zwei weitere Papiere sehr ernst. Der Koalitionsvertrag ist nun einmal Marschrichtung für eine Landesregierung. Darin steht, dass Beiräte und Gremien auf ein Minimum zu begrenzen sind. Trotzdem ziehe ich mich hier nicht zurück. Es war meine Entscheidung, den Nachhaltigkeitsbeirat nicht einzuberufen. Rot-Rot hat diesen Satz im Koalitionsvertrag entsprechend verankert, und daran halte ich mich.

Ich möchte das noch einmal begründen. Wir haben hier im Parlament vor einem Jahr eine gute Nachhaltigkeitsstrategie mit 217 Maßnahmen verabschiedet, und sie müssen jetzt Stück für Stück umgesetzt werden. Das betrifft nicht nur alle Ressourcen der Landesregierung, sondern das Land Brandenburg insgesamt. Wir müssen bei diesen 217 Maßnahmen die Menschen mitnehmen und dies mit ihnen gemeinsam bewerkstelligen. Das ist eine große, verantwortungsvolle Aufgabe. Deshalb gibt es auch die interministerielle Arbeitsgruppe. Sie hat getagt, wir haben uns auf die ersten Projekte verständigt. Im Ausschuss wird darüber berichtet, wenn wir diese Projektliste haben. Dann wird sie Punkt für Punkt abgearbeitet, wie ich das für richtig halte.

Das Land Brandenburg wird sich auch in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Nachhaltigkeitsstrategie, in die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, einbringen. Wir werden versuchen, dies entsprechend zu koordinieren. Wir sind also auf einem sehr guten Weg, was diese Dinge betrifft.

Ich freue mich auf die Umsetzung zusammen mit dem Fachausschuss, mit den Abgeordneten. Ich habe mitbekommen, dass vier von fünf Fraktionen ordentlich mitarbeiten wollen. Das ist eigentlich die beste Basis, die man dafür haben kann.

Jetzt komme ich zur Zuordnung. Ich halte die Nachhaltigkeit im Umweltministerium für richtig angesiedelt. Das sehen auch zwölf andere Bundesländer so, drei sehen es anders. Das muss ich akzeptieren. Ich habe nicht darüber zu befinden, wie die Landesregierungen im Saarland, in Hessen oder in Sachsen dies bewerkstelligen. Dort wird man Gründe für diese Entscheidung haben. Aber es gibt gute Gründe, dies in Brandenburg im Umweltministerium anzusiedeln.

Was die Nachhaltigkeit betrifft, möchte ich auf die Tradition verweisen. Die Nachhaltigkeit stammt eigentlich aus der Forstwirtschaft von vor 300 Jahren. Seit Jahrhunderten ist also die Nachhaltigkeit in meinem Ressort angesiedelt. Warum sollte man es denn dann ändern? Wir haben die Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam nachhaltig umzusetzen. Ich freue mich darauf

und bedanke mich für die Unterstützung durch die Abgeordneten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Das Wort erhält noch einmal die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Abgeordneter Raschke.

**Raschke (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was lag zwischen dem letzten Antrag und diesem, das uns bewogen hat, diesen Antrag noch einmal in veränderter Form zu stellen? Es sind zwei Dinge. Erstens lag etwas nicht vor, nämlich ein konkretes Bekenntnis, Maßnahmen und Ziele. Sie fehlen, und deshalb werte ich es als Teilerfolg, dass es heute einen Entschließungsantrag gibt. Zweitens lag etwas vor, nämlich ein Haushaltsentwurf, in dem der Nachhaltigkeitsbeirat mit einer konkreten Summe aufgeführt war. Wie kommt denn das, frage ich mich, wenn es nicht doch die eine oder andere Stimme gibt, die nach Bestätigung ruft, dass wir diesen Nachhaltigkeitsbeirat einführen sollten?

Das war Anlass genug, wenigstens noch einmal zu versuchen, einen unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirat einzuberufen, der von außen auf die Geschehnisse schaut und dabei auch die Landesregierung unterstützt, wenn sie die Maßnahmen Stück für Stück umsetzt, und sagt: „Oh, da seid ihr über das Ziel hinausgeschossen“ oder: „Das haben wir aber anders gemeint.“ Ich glaube, dieser Chance hat man sich jetzt beraubt, wenn man das nur mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe macht.

(Beifall B90/GRÜNE)

Eines habe ich jetzt noch gelernt. Als Ergebnis meiner mentalen Übung stelle ich gerade fest: Ich hatte das Argument „Das haben wir immer schon so gemacht“ vorhin verworfen. Herr Vogelsänger hat jetzt begründet, warum die Nachhaltigkeit im Umweltministerium angesiedelt sein muss, nämlich weil sie immer bei der Forstwirtschaft war. „Das haben wir schon immer so gemacht“ scheint also doch eine gute Übung gewesen zu sein. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Die Debatte ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge. Zunächst stimmen wir über den Antrag in Drucksache 6/957, eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ab: Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg wieder einberufen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Reihe von Enthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag auf Drucksache 6/1270, eingebracht von den Fraktionen SPD und DIE LINKE - Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen und fortschreiben -, abstimmen. Wer

diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist damit angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 14 und rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

#### **Übernahme der Tarifeinigung für die Angestellten auf die Landesbeamten**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1039  
(2. Neudruck)

in Verbindung damit:

#### **Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die angestellten Lehrer**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1124  
(2. Neudruck)

Die Aussprache wird durch die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER eröffnet. Bitte, Herr Abgeordneter Schulze.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Sehr geehrter Herr Präsident! Wie wir heute im Pressespiegel dem „Prignitzer“ entnehmen konnten, hat die Staatskanzlei ein Gespräch mit den Beamtengruppen gehabt und mitgeteilt, dass die entsprechenden Beschlüsse übernommen werden - eine gute Entscheidung. Damit ist die erste Drucksache überflüssig. Ich meine, das ist eindeutig. Wir ziehen diesen Antrag zurück. Darüber muss man nicht abstimmen, denn die Landesregierung hat das bereits erledigt.

Die einzige kleine Bitterkeit im Wein ist, dass wir das über die Presse erfahren. Warum wird der Landtag nicht wie früher gemäß Artikel 94 der Landesverfassung informiert? Aber das kann Herr Görke vielleicht erklären.

Der zweite Punkt betrifft die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für die angestellten Lehrer. Sie kennen das Problem, dass wir im Land Brandenburg seit ungefähr 1995 immer wieder betont haben, dass wir Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis haben wollen, weil wir keine Entsolidarisierung im öffentlichen Dienst wollten, auch im Hinblick auf die Sozialkassen. Das betrifft die Sozialversicherungspflichtigkeit, auch im Hinblick auf die zukünftige Belastung des Landeshaushalts - sozusagen im Rahmen der anstehenden Pensionen. Das war ein hehrer Anspruch; er ist immer betont worden. Aber der Not gehorchend hat man dies dann immer wieder nicht gemacht und Lehrer verbeamtet, weil der Wettbewerb zwischen den Ländern um die „Mangelware Lehrer“ allzu groß war. Es ist halt so gewesen, das muss man zur Kenntnis nehmen.



Aber es hat viele Lehrerinnen und Lehrer gegeben, die doch im Angestelltenverhältnis waren bzw. sind. Nun stellt sich heraus - jedenfalls wurde es von der GEW berichtet -, dass diese etwa 2 000 angestellten Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen des Abschlusses des Tarifvertrags schlechtergestellt sind. 2 000 Lehrer, das ist nicht gerade eine kleine Gruppe. Darum sollte man sich schon kümmern. Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht, auch mit der ausdrücklichen Bekundung, dass wir die Tarifeinigung auch in ihrer Höhe begrüßen, dass wir allerdings die Schlechterstellung der angestellten Lehrer kritisieren und es schade finden, dass es keine Möglichkeiten und Wege gegeben hat, hier eine Lösung zu finden.

Der Punkt 3 des Antrages setzt sich damit auseinander, dass wir die Landesregierung darum bitten, einen Bericht vorzulegen, was im Haushalt getan werden müsste, um in Brandenburg im Rahmen einer eigenständigen Lösung Gerechtigkeit herzustellen, und wie das im Landeshaushalt, den wir vermutlich am 10., 11. oder 12. Juni beschließen werden, umgesetzt werden kann.

All das sind offene Fragen, vielleicht kann sie Herr Görke beantworten. Dann werden wir sehen, ob der Antrag noch notwendig ist. Ich möchte Sie jedenfalls bitten, die Motivation von 2 000 Lehrerinnen und Lehrern nicht leichtfertig beiseitezuschieben. Es wird immer gesagt, dass wir gute Bildung brauchen. Aber gute Bildung braucht auch motivierte Lehrer. Wenn die einen mit weniger Geld im Portemonnaie nach Hause gehen als die anderen, trägt das nicht unbedingt zur Motivation bei, auch wenn ich den Kolleginnen und Kollegen Lehrern nicht unterstellen möchte, dass sie ihre Motivation am Arbeitsplatz davon abhängig machen. Aber eine ungerechte Bezahlung trägt nicht unbedingt zur Stimmungsaufhellung bei.

In diesem Sinne werde ich der Diskussion hier interessiert folgen. Vielleicht gibt es ja etwas, was die regierungstragenden Fraktionen wissen, was wir anderen noch nicht wissen, und ich harre der Worte, dann bin ich gespannt. Wenn es keine Aufklärung gibt, wäre es nicht schlecht, wenn Sie unserem Antrag beitreten könnten, damit wir Gerechtigkeit herstellen können. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Fraktionen SPD und DIE LINKE spricht der Abgeordnete Ludwig.

**Ludwig (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Antragstellerinnen und Antragsteller sprechen hier Themen an, die vielerorts diskutiert werden. Vor kurzem gab es - „erfolgreich“ sagen die einen, „weniger erfolgreich“ die anderen - Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. An vielen Fragen, die in den Anträgen aufgeworfen werden, arbeitet die Landesregierung schon, wie Christoph Schulze eben darstellte. Meines Erachtens war bekannt, dass die Landesregierung beabsichtigt, wie in den vergangenen Jahren mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes solche Gespräche zu führen. Wie in den vergangenen Jahren auch hat sie sie mit achtbarem Erfolg geführt.

Ich gehe davon aus, dass es, sobald die Gesetzgebungsverfahren anlaufen werden, auch die entsprechenden Informationen nach Artikel 94 an den Landtag geben wird. Ich glaube, der Stand, den es gestern Abend gegeben hat, rechtfertigt noch keine Information nach Artikel 94. Die öffentliche Presseinformation der Staatskanzlei ist aber jedermann zugänglich.

Uns freut es natürlich auch, dass es gelungen ist, die wirkungsgleiche Übernahme für die Beamtinnen und Beamten des Landes Brandenburg in den Blick zu nehmen und umzusetzen. Wenn auch unterschiedlich zeitverzögert, so ist doch beabsichtigt, das Gefüge insgesamt nach vorn zu bringen, und diese wirkungsgleiche Übernahme ist auch ein starkes Stück an Gehaltsentwicklung für die Bediensteten des Landes Brandenburg. Die Landesregierung hat im Haushaltsentwurf dafür Vorsorge getroffen. Ob das damit ausreichend unterlegt werden kann, ist jetzt sicherlich auszurechnen. Wir werden im Zuge der Haushaltsverhandlungen noch erfahren, ob noch nachgesteuert werden muss oder mit den dann vorliegenden Gesetzgebungsvorhaben alles komplett bestritten werden kann.

Allerdings haben die Antragsteller die ins Auge gefassten Gespräche nicht abwarten wollen und uns hier etwas auf den Tisch gelegt. Angelegentlich dessen sei daran erinnert, dass wir 2011 das Ergebnis des Tarifabschlusses für die Beschäftigten zeit- und wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernommen haben. 2013 sind wir nicht diesen Weg gegangen und haben es nicht zeit- und wirkungsgleich übernommen, sondern mit den Gewerkschaften ein Gesamtpaket ausgehandelt. Dazu gehörten und gehören neben der Besoldungserhöhung jeweils zum 1. Juli auch Maßnahmen zur Entlastung der älteren Angestellten sowie Beamtinnen und Beamten sowie die Schaffung eines Einstellungskorridors für jüngere Beschäftigte oder auch der Einbau eines Sonderzahlungsbetrages. Ich erinnere daran, dass es früher um ein Weihnachtsgeld ging. Diesen Sonderzahlungsbetrag von monatlich 21 Euro haben wir in die Entgelttabelle aufgenommen. Ich bin mir sicher, dass es die Landesregierung gemeinsam mit den Gewerkschaften auch diesmal schaffen wird, ein tragfähiges Stück vorzulegen, und dass wir diesen Bezügeaufwuchs hier auch gesetzlich verankern können.

Mit dem zweiten Antrag kommen die Antragsteller allerdings genau aus der anderen Richtung. Im Kern geht es um die Forderung: „Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer des Landes Brandenburg“. Fakt ist: Mit der wirkungsgleichen Übernahme des Ergebnisses der Tarifrunde in die Besoldungs- und Versorgungsbereiche ist der Entgeltabstand zu den angestellten Lehrerinnen und Lehrern größer und nicht kleiner geworden.

Mit Schreiben vom 6. April teilte die GEW ihren Mitgliedern mit, dass mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder eine Einigung in der Tarifrunde 2015 erzielt worden ist. Zwei von drei Zielen konnten erreicht werden. Der Lohnabschluss hält Anschluss an Bund und Kommunen. Die Betriebsrente ist für mindestens zehn Jahre gesichert. Die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte ist aber erneut gescheitert, diesmal am Alleingang des Deutschen Beamtenbundes. Weiter heißt es in dieser Information an die Mitglieder:

„Wenn man den Lohnabschluss und die Abwehr der Eingriffe in die betriebliche Altersversorgung betrachtet,

liegt ein passables Ergebnis vor. Deshalb haben die Bundestarifkommission und der Koordinierungsvorstand der GEW empfohlen, das Tarifiergebnis anzunehmen.“

Darüber entscheiden aber in der GEW die Mitglieder. Sie hat sie dazu bis zum 24. April befragt. Mir ist das Ergebnis bisher nicht zugänglich gewesen, wir warten es ab.

Dabei wollen wir es auch hier im Parlament belassen. Das entscheiden die Tarifparteien und nicht das brandenburgische Parlament. Bei aller Nachvollziehbarkeit des Anliegens wollen wir es - und das ist möglicherweise, sehr geehrter Herr Kollege Schulze, der Unterschied - bei den Tarifparteien belassen; da ist es gut verortet und zurzeit auch immer ordnungsgemäß abgearbeitet worden.

Wir machen - wenn ich Sie richtig verstanden habe - genau wie Sie die Qualität der Bildungsarbeit nicht einseitig an der Besoldung bzw. tariflichen Eingruppierung fest. Wir gehen davon aus, dass unsere eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer hoch motiviert an die Arbeit gehen, und wenn die Tarifparteien Weiteres vereinbaren, dann wollen wir das gerne unterstützen.

Nun noch ein Blick in die anderen Länder: Nach dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder werden die Gehälter für die rund 800 000 Angestellten der Bundesländer rückwirkend zum 1. März 2015 um 2,1 % erhöht. Diese angehobenen Einkommen werden zum 1. März 2016 nochmals um 2,3 %, mindestens aber um 75 Euro aufgestockt.

Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz machen das zeit- und wirkungsgleich im Beamtenbereich. Baden-Württemberg geht einen anderen Weg: Vom Tarifabschluss sollen Landesbeamte in Baden-Württemberg bis zur Besoldungsstufe A 9 in den Jahren 2015 und 2016 zeit- und wirkungsgleich profitieren. Die Übertragung auf die Besoldungsgruppen A 10 und A 11 soll mit vier und ab A 12 mit acht Monaten Verzögerung erfolgen.

Hessen hat es noch ganz anders gemacht, es ist aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschieden. Mitte April vereinbarten Landesregierung und Gewerkschaften dort: Zum 01.03.2015 steigen die Gehälter um 2 %, zum 01.04.2016 werden sie um weitere 2,4 %, mindestens aber 80 Euro erhöht. Mit dem Haushalt 2015 ist für die Beamtinnen und Beamten eine Nullrunde von der schwarz-grünen Regierung beschlossen worden. Inwieweit dies durch einen Nachtragshaushalt abgeändert wird, wird zurzeit diskutiert; es ist meiner Kenntnis nach aber eher fraglich.

Sie sehen, wir sind sowohl im Zeitablauf als auch in der Höhe der ins Auge gefassten Beträge voll im Rennen. Wir müssen nicht Sorge haben, dass der öffentliche Dienst des Landes Brandenburg von der Entwicklung abgekoppelt wird. Insofern liegt das weiterhin bei den Tarifparteien und der Landesregierung in guten Händen und wir sehen für die Anträge keinen Bedarf. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hoffmann. Bitte schön.

#### **Hoffmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten nur noch über einen Antrag - es waren ja erst zwei Anträge mit einer recht ähnlichen Zielrichtung, nämlich Lohn und Status von Angestellten und Beamten im Land anzugleichen.

Sie haben es schon gesagt, Herr Schulze: Mit der gestrigen Ankündigung ist ein Beratungsgegenstand mehr oder weniger obsolet geworden. Das finde ich in Ordnung, weil das der Antrag war, mit dem wir eher Probleme gehabt haben, auch, weil aus ihm nicht klar hervorging, mit welchen finanziellen Mehrbelastungen man dabei rechnen muss; ich glaube, es hätte zu einer seriösen Entscheidung dazugehört, dass man sich zunächst einmal im Ausschuss damit auseinandersetzt. Jetzt werden wir diese Informationen der Landesregierung sicherlich auf anderem Weg bekommen. Nichtsdestotrotz: Ich finde es gut, dass die Beamten von dieser Regelung profitieren werden, das freut mich für sie.

Auch für den anderen vorliegenden Antrag, der die Lehrer betrifft, habe ich persönlich große Sympathien, weil ich glaube, dass die Lehrer in Brandenburg Großes leisten, dass sie sehr engagiert in ihrem Beruf aufgehen - oftmals unter schwierigen Rahmenbedingungen, aus denen sie das Beste zu machen versuchen. Dass das kräftezehrend, anstrengend und aufreibend ist, erkennt man auch daran, dass der Krankenstand bei den Lehrern auf einem absoluten Rekordhoch ist. Da ist es kein Wunder, dass in jedem Jahr mehr als eine Million Unterrichtsstunden nicht planmäßig erteilt werden können.

Aber - das haben wir auch gehört, und ich möchte es ausdrücklich unterstreichen -: Mehr Geld allein macht keinen Lehrer gesünder und auch nicht unbedingt glücklicher. Aber es drückt immerhin ein Stück weit die Anerkennung für die Leistung, die sie dort täglich erbringen, aus; ich finde, das steht ihnen zu.

Die meisten Lehrer in Brandenburg sind Beamte, auch das haben wir gehört. Natürlich gönne ich ihnen die Tarifierhöhung, aber es gibt eben auch immer noch eine beträchtliche Anzahl angestellter Lehrer, es gibt Seiteneinsteiger und immer mehr befristete Anstellungen. Aus meiner Sicht ist nicht nachvollziehbar, worin sich die qualitativen Unterschiede in der Arbeit verbeamteter und angestellter Lehrer ausdrücken sollten. Deshalb finde ich es richtig, wenn man diese Unterschiede auf den Prüfstand stellt.

Nichts anderes fordert im Prinzip der Kollege Schulze mit seinem Antrag; es ist mehr oder weniger ein Prüfauftrag an die Landesregierung. Dass man die Tarifeinigung grundsätzlich begrüßt, denke ich, ist keine Frage, bei der wir große Meinungsunterschiede haben. Dass wir die Schlechterstellung der angestellten Lehrer gegenüber den Beamten kritisieren - dazu kann ich für unsere Fraktion sagen: Jawoll, das tun wir. Dass wir die Landesregierung auffordern, einen Bericht vorzulegen, in dem ausgewiesen wird, wie hoch die Differenz in der Entlohnung tatsächlich ist - das kann man durchaus machen. Auch aufzuschlüsseln, wie hoch der finanzielle Bedarf wäre, um diese Angleichung vorzunehmen, ist sinnvoll und genauso die Aufforderung, in diesem Bericht darzulegen, an welchen Stellen im Haushalt dafür die entsprechenden Mittel eingeplant sind.

Von daher kann ich es kurz machen: Wir stimmen dem jetzt noch im Rennen befindlichen Antrag des Kollegen Schulze mit Freuden zu. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Königer.

#### **Königer (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schulze, ich an Ihrer Stelle würde mich freuen, wenn die Regierung etwas von mir aufnähme und ich aus der Zeitung erführe, dass die Regierung etwas von meiner Fraktion realisiert - vielleicht ja noch in dieser Legislaturperiode, wer weiß?

Besoldung folgt Tarif - das war jahrzehntelang eine gute Verfahrensweise zur Festlegung der Beamtenbesoldung in Deutschland

(Zuruf)

- stellen Sie doch eine Nachfrage - und bis vor einigen Jahren auch in Brandenburg. Die Tarifeinigung für die Angestellten des öffentlichen Dienstes wurde für die Beamten übernommen. Spätestens mit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer ein Instrument in die Hand bekommen, um von diesem Grundsatz abzuweichen und die Beamtenbesoldung als finanzpolitischen Steinbruch zu nutzen, mit dem die eigene haushaltspolitische Disziplinlosigkeit kaschiert werden kann.

Nicht alle Bundesländer haben die Möglichkeit, selbst über die Höhe der Beamtenbesoldung entscheiden zu können, so missbraucht. Brandenburg gehörte aber leider dazu und unter rot-schwarzer und rot-roter Regierung sind die Brandenburger Beamten im Vergleich zu ihren Kollegen in anderen Bundesländern und beim Bund immer schlechter gestellt worden. Dokumentiert wird diese Schlechterstellung der Brandenburger Beamten im aktuellen Besoldungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die dortigen Vergleiche belegen, dass Brandenburg seine Landesdiener im Vergleich zu anderen Bundesländern unterdurchschnittlich bezahlt hat. Dazu beigetragen hat eben auch und vor allem die schlechte Praxis, Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst nicht mehr oder nicht mehr 1:1 an die Beamten weiterzugeben.

Das mag kurzfristig eine gute Möglichkeit sein, seine Haushaltsprobleme zu beheben, linke Lieblingsklientelprojekte oder eine vermurkste Kreisgebietsreform durchzubringen. In Notzeiten ist es legitim, dafür besteht das besondere Dienstverhältnis und -recht der Beamten. Aber wir haben nicht seit 15 Jahren Notzeiten in Brandenburg, die eine permanente und immer weiter fortlaufende Schlechterstellung der Beamten rechtfertigen würden.

Es ist auch fraglich, ob diese Praxis verfassungsrechtlich korrekt ist. So stellt das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil aus dem letzten Jahr klar:

„Die nach Artikel 33 Abs. 5 GG gebotene Amtsangemessenheit der Alimentation bemisst sich vor allem aufgrund eines Vergleichs mit den Nettoeinkommen der Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Vorrangig anhand dieses Maßstabs ist zu beurteilen, ob die Beamtenbesoldung verfassungswidrig von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Dies dürfte der Fall sein, wenn der Gesetzgeber die Besoldungsentwicklung an Parameter knüpft, die die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst nicht mehr in den Blick nehmen (...)“

Genau dies ist der Fall. Ihr Parameter, nach dem Sie die Beamten besolden wollen, ist die aktuelle Kassenlage, für die Sie übrigens auch die Verantwortung tragen - durch Ihre jahrzehntelange Disziplinlosigkeit.

Die Redner der Regierungsfractionen haben heute ausgiebig dargestellt, dass sie die alte Leier der nicht vorhandenen finanziellen Spielräume gerade wieder spielen wollen und es auch einige Posten im Haushalt gibt, die lange Schatten werfen.

Die Fraktion der Alternative für Deutschland ist der Auffassung, dass wir unserer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nachkommen und dafür sorgen müssen, dass die Dienst- und Versorgungsbezüge an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst werden. Übrigens gehören zu dieser Gruppe auch sehr viele Lehrer; sie werden von dieser rot-roten Regierung ebenfalls schändlich behandelt. Darauf haben nicht nur die Bediensteten selbst ein Anrecht, sondern alle Brandenburger haben ein Recht darauf, qualitativ hochwertige Leistungen von gut motivierten und gerecht bezahlten Staatsdienern zu erhalten. Darum stimmen wir dem letzten verbliebenen Antrag der Freien Wähler zu.

(Beifall AfD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Vogel.

#### **Vogel (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ ist nicht nur eine unerfüllte Forderung von Gewerkschaften, wenn es um die Herstellung einheitlicher Einkommen für Männer und Frauen geht. Das Gleiche gilt für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, und dieses Problem würde mit keinem der beiden Anträge gelöst werden.

Die Tarife für die Angestellten im öffentlichen Dienst waren bereits in den vergangenen Jahren zu einem Flickenteppich geworden, nachdem einerseits Bund und Kommunen, andererseits die Länder - und dann noch einzelne Länder ausbüxend - unterschiedliche Tarifverträge mit ver.di und DBB ausgehandelt haben. Auf diesen Verträgen bauen aber wiederum die Beamtenbesoldungen auf. Das führte zu den Problemen mit der Föderalismusreform, was Herr Königer angesprochen hat, sodass in der weiteren Folge auch die Beamtenbesoldungen immer weiter auseinanderklaffen.

Inzwischen zahlt Brandenburg in der A 5 15 % weniger als Bayern, in anderen Besoldungsgruppen - A 9 und A 13 - liegt

die Differenz bei 10 %. In vielen Besoldungsgruppen liegen die Bezüge in Brandenburg inzwischen auf dem 15. von 16 Plätzen. Wohlgemerkt: Nur Berlin vergütet schlechter.

Die inhaltsgleiche Übernahme der Tarifeinigung auch für die Beamtinnen und Beamten ist angesichts dieser Situation für uns eine Selbstverständlichkeit. Sie führt aber nicht dazu, dass diese Unterschiede verschwinden, sondern da muss noch etwas mehr getan werden. Ich denke, das ist ein Anliegen, das wir - SPD, Linke, Grüne, CDU - gemeinsam verfolgen sollten, wenn wir erreichen wollen, dass wir in Brandenburg auf Dauer qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst bekommen. Wir konkurrieren ja mit den anderen Bundesländern, aber auch mit der freien Wirtschaft.

Deswegen hätten wir dem Antrag der Freien Wähler zugestimmt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Abschluss jetzt übernommen wird.

Anders sieht es allerdings mit dem zweiten Antrag aus, dessen Anliegen wir erahnen, der aber zumindest missverständlich formuliert ist. Im Kern geht es bei den regelmäßig wiederkehrenden Tarifverhandlungen zwischen den Lehrgewerkschaften und den Ländern seit 2006 um die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte in gleiche und zugleich höhere Entgeltgruppen. Mit dieser Höherstufung in die A 14 - das ist die Forderung - soll die Entlohnung der angestellten mit der der verbeamteten Lehrkräfte gleichziehen.

Aber derzeit gibt es keine bundeseinheitlichen Eingruppierungsregeln, sondern nur individuelle Landesregeln. Das heißt, jedes Land entscheidet selber, in welche Stufe - A 12, E 12, A 13, E 13, A 14, E 14 - es seine Lehrkräfte einstuft. So werden beispielsweise bayerische Gymnasiallehrer grundsätzlich als Studienräte in die A 13 bzw. angestellte Lehrer in die E 13 als Eingangsstufe eingestuft, und im Regelfall in Bayern Beamte nach 14 Jahren zum Oberstudienrat befördert, während die Laufbahn in Brandenburg in der A 12 oder E 12 beginnt und meistens auch endet. Eine Regelbeförderung gibt es hier überhaupt nicht. So ist es übrigens seit der Schaffung des TV-L auch bei den angestellten Lehrkräften, die früher zum Beispiel in der II a eingestuft waren und dann auch nach 14 Jahren in die I b höher gestuft wurden. Seit der Einführung des TV-L gibt es das nicht mehr.

Während sich in Westdeutschland weitestgehend herumgesprochen hat, dass das Lehramt ein Universitätsstudium erfordert und die angehenden Lehrkräfte in das Eingangsamt des höheren Dienstes eingestuft werden, werden sie in Brandenburg mit Fachhochschulabsolventen gleichgestellt und in den gehobenen Dienst aufgenommen. Erst wenn sie Funktionsstellen einnehmen oder mindestens 50 % in der SEK II unterrichten, haben sie eine Chance, in den höheren Dienst aufzusteigen. Das bedeutet aber nicht, dass sie es zwangsläufig tun.

Diese Eingruppierungsregeln gelten in Brandenburg für angestellte und verbeamtete Lehrkräfte gleichermaßen. Das Problem ist deshalb auch nicht mit der beantragten Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf Angestellte bzw. umgekehrt von Angestellten auf Beamte zu lösen, denn der Tarifabschluss regelt nur die Höhe des Entgeltes und nicht die Eingruppierung. Wichtig ist, dass wir bundesweit zu einer einheitlichen Eingruppierung kommen, weil es nicht sein kann, dass ein Lehrer in Bayern oder Baden-Württemberg Tausende von Euro mehr verdient als in Brandenburg.

Ein Thema allerdings, das der Antrag zu Recht aufgreift, ist, dass wir in Brandenburg zwei Systeme nebeneinander haben: Wir haben angestellte Lehrkräfte und wir haben verbeamtete Lehrkräfte. Die Gewerkschaften fordern ein einheitliches Dienstrecht. Das wäre relativ leicht herzustellen, wenn die Verbeamtung im Schuldienst endlich ein Ende hätte. Es gibt keine Notwendigkeit dafür. Wir sind unsolidarisch, wenn wir versuchen, anderen Ländern die Lehrer abzuwerben. Wir denken, dass dieser Dauerkonflikt gelöst werden muss. Wir sind der Auffassung, dass wir die Verbeamtung der Lehrkräfte stoppen sollten. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Quereinsteiger ohne Voraussetzung für eine Verbeamtung in das System Schule kommen, ist das umso mehr überfällig. Von daher: Wir verstehen das Anliegen des Antrages Nr. 2 der Freien Wähler, aber wir finden ihn nicht überzeugend ausformuliert. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Landesregierung spricht Minister Görke.

#### **Minister der Finanzen Görke:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter Schulze! Ich möchte dem Hohen Hause zunächst einiges über die wirklichen Beschlüsse der Tarifpartner darlegen, weil das eine oder andere vorhin durcheinander geworfen worden ist und meine Klarstellung sicherlich eine andere Bewertung des Antrages ermöglicht. Wie Sie wissen, hat es beim Tarifabschluss 2015 und 2016 eine lineare Erhöhung der Entgelte gegeben. Es gab weitere Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Zusatzversorgung und der Anhebung der Jahressonderzahlungen zumindest auf das Niveau West, wenn man das so sagen kann.

Daneben gibt es eine Tarifeinigung für Lehrkräfte - sie ist besonders wichtig; darüber ist gerade geredet worden -, und zwar über eine neue Entgeltordnung, die ab dem 1. August 2015 in Kraft tritt. Bisher war es so, dass die Entgeltordnungen Länderordnungen waren, die mit Arbeitgeberrichtlinien geregelt wurden. Jetzt ist es tariflich geklärt. Das heißt, Brandenburg erklärt sich bereit, diese Regelungen, die eine Ost-West-Angleichung für Lehrerinnen und Lehrer bei gleicher Ausbildung und Tätigkeit sicherstellen, zu übernehmen. Insofern laufen einige Ihrer Behauptungen zur Begründung dieses Antrages ins Leere.

Weiterhin haben die Tarifvertragsparteien als Beitrag zu einer Annäherung der Bezahlverhältnisse bei tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften einen Einstieg in die sogenannte Paralleltabelle beschlossen. Das heißt, Lehrkräfte, die nach der Entgeltgruppe 12 vergütet wurden, werden jetzt mit der Besoldungsgruppe A 12 gleichgestellt. Das bringt eine immense finanzielle Belastung für die Haushalte mit sich. Daher haben wir in den Abstimmungen - wir waren auch Tarifpartei und sind in die Meinungsbildung der Arbeitgeber einbezogen worden - einen Stufenplan unterstützt. Insofern sind mit dieser Einigung, die die Tarifparteien mit dem Deutschen Beamtenbund gefunden haben - die GEW hat diesem Paket noch nicht zugestimmt; die Abstimmungen innerhalb der GEW laufen -, wesentliche Forderungen auch der Lehrgewerkschaften bei der letzten Gesprächsrunde der Landesregierung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfüllt worden. Insofern ist



der diesjährige Tarifabschluss ein sehr gutes Ergebnis für alle Tarifbeschäftigten und insbesondere für die angestellten Lehrer in Brandenburg.

Sehr geehrter Herr Schulze, bei den Begründungen, die ich vorhin gehört habe, und auch beim Lesen Ihres Textes vermute ich, dass es Ihnen wahrscheinlich eher um die Beseitigung der Unterschiede zwischen den Tarifbeschäftigten und den Beamten beim Nettoeinkommen geht. Die Unterschiede stehen natürlich in keinem Zusammenhang mit dem Tarifabschluss, sondern sind durch die sozialversicherungsrechtliche Stellung der Statusgruppen im öffentlichen Dienst bewirkt. Es ist bekannt, dass Tarifbeschäftigte Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung und für die Zusatzversorgung in der hälftigen Lastenteilung zwischen Angestelltem und Arbeitgeber leisten. Für die Beamten gibt es in diesem System versicherungsbeitragsfreie Konditionen. Die Beamten werden lediglich mit 0,2 % belastet, die sie in die Versorgungskasse einzahlen.

Der sich aus dieser Sozialversicherungspflicht ergebende Nettonachteil trifft nicht nur tarifbeschäftigte Lehrer. Es betrifft Tarifbeschäftigte bei der Polizei im allgemeinen Verwaltungsdienst und auch Beschäftigte in anderen Bereichen der Landesverwaltung. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass die statusbedingten Unterschiede beim Nettoeinkommen von den betroffenen Tarifbeschäftigten als ungerecht wahrgenommen werden. Doch was ist die Lösung? Es gäbe eine Lösung: Wir finden eine landesbezirkliche, übertarifliche neue Regelung und verlassen damit die Tarifgemeinschaft der Länder. Das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes sieht keine finanzielle Gleichstellung von Tarifbeschäftigten mit vergleichbaren Beamtinnen und Beamten vor. Den Austritt aus der Tarifgemeinschaft zu erklären haben wir nicht vor. Deshalb müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Kommen wir zu einem anderen Thema. Zumindest gab es dazu einen Antrag - wenngleich er zurückgezogen worden ist - und damit eine Grundlage für die Debatte. Sie hatten verschiedene Fragen zum Volumen des Abschlusses und den Auswirkungen auf den Haushalt aufgeworfen; daher will ich das gern nachholen. Es ist kein Geheimnis, dass dieser Abschluss deutlich oberhalb der aktuellen Inflationsrate liegt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Beamtenverbände haben dieses Ergebnis als ein sehr gutes Verhandlungsergebnis bezeichnet. Ich habe damals in einer ersten Stellungnahme betont, dass dieser Tarifabschluss und die Übertragung auf die Landesbeamten eine riesige Herausforderung darstellt. So schlagen die Inhalte für die Tarifeinigungen bei den Angestellten in den nächsten beiden Jahren mit 75 Millionen Euro zu Buche. Bei einer zeitgleichen Übertragung auf die Besoldung und die Beamtenversorgung würden sich Mehrkosten von über 106 Millionen Euro ergeben. In Summe wären das über 180 Millionen Euro, für die wir natürlich Vorsorge getroffen haben, aber nicht vollumfänglich. Dieses tolle Tarifiergebnis mit dem bezifferten Volumen ist eine große Herausforderung, der wir uns nun stellen.

Für die Landesregierung war es wichtig zu betonen, dass wir das Ziel haben, dass die Erhöhung der Besoldung und Versorgung grundsätzlich mit der Einkommensentwicklung bei den Tarifbeschäftigten einhergeht, aber es eben auch finanziell darstellbar sein muss. Deshalb haben wir frühzeitig - ich als Finanzminister zunächst mit den Spitzenorganisationen, dem

DGB, dem Beamtenbund und dem deutschen Richterbund - das Gespräch gesucht, um die verschiedenen Interessenlagen zu besprechen, die des Arbeitgebers, des Finanzministers, aber auch die berechtigten Interessen der Arbeitnehmervertreter. So hat es gestern ein Spitzengespräch gegeben. Eingeladen hatte der Ministerpräsident den Finanzminister als stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Gewerkschaftsvertreter. Wir sind übereingekommen - insofern haben Sie die Presseerklärung richtig zitiert -, dass wir eine wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses vollziehen. Im Jahr 2015 wird der Tarifabschluss inhaltsgleich zum 1. Juni 2015 übernommen und im nächsten Jahr zum 1. Juni 2016. Ich glaube, das ist ein sehr sozialgerechter und fairer Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Beamten und den Möglichkeiten des Landeshaushaltes.

Wir machen keine Politik mit Presseerklärungen, Herr Kollege Schulze, um damit ein Gesetzgebungsverfahren zu erübrigen. Fakt ist: Es gab gestern eine Meinungsbildung in der Regierung. Es wird einen Kabinettsbeschluss geben, und Grundlage für die Beratung hier im Hause wird ein Gesetzentwurf sein, dessen 1. Lesung wir, denke ich, vor dem Sommer vornehmen können. Dann entscheiden Sie, ob unser Vorschlag der wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses Realität wird. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Finanzminister hat das sehr umfangreich erklärt; er war 3,5 Minuten über die Zeit. Möchte eine Fraktion davon profitieren?

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Ich habe ja sowieso noch Zeit!)

Herr Kollege Schulze hat noch Zeit, das stimmt.

#### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Herr Präsident! Herr Minister! Liebe Landesregierung! Man muss sagen: Wenn etwas gut gemacht worden ist, ist es gut gemacht worden. Die Tarifverhandlungen haben Sie ja nicht allein geführt, sondern gemeinsam mit den anderen Ländern, aber das Ergebnis ist gut. Das will keiner schlechtreden. Die Frage der zeitgleichen Übernahme hat sich erledigt. Insofern gibt es von unserer Seite Dank und Anerkennung. Den kleinen Wermutstropfen nehmen Sie bitte nicht persönlich. Man ist eben befremdet, wenn man es aus der Zeitung erfährt. Das hätte man vielleicht anders machen können, aber sei's drum. Sie haben Recht, eine Mitteilung nach Artikel 94 der Landesverfassung wäre nicht nötig gewesen. Aber möglich wäre es gewesen. Ansonsten vielen Dank für die interessanten Ausführungen. Für die Allgemeinheit, die der Sitzung folgt - zwar sind die Besucherplätze nicht so zahlreich besetzt, aber die Medien sind anwesend -, waren sie sicher aufschlussreich.

Herr Minister, Sie haben mich beim Antrag in Drucksache 6/1124 richtig verstanden. Es geht um eine Gerechtigkeitslücke. Sie haben gesagt, Sie können und möchten sie nicht beheben. Ich erinnere mich gut, dass wir diese Fragen auch in der 4. Wahlperiode diskutiert haben. Damals war die Linksfraktion sehr wohl dafür, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. Ich

fand sie damals auch nicht falsch, doch befand ich mich in einer ähnlichen Situation wie Sie jetzt; man war in eine Koalition eingebunden. Nichtsdestotrotz: Was richtig ist, kann man immer wieder betonen. Das Spannende ist: Damals war die Haushaltslage eine andere. Zwischen 2004 und 2009 befand sich das Land Brandenburg in einer dramatischen Haushaltssituation mit Milliardenkreditaufnahmen pro Jahr. In dieser Situation sind wir heute nicht.

Die spannende Frage bleibt, ob für gleiche Arbeit gleiches Geld gezahlt wird. Das Entscheidende ist, was am Monatsende netto im Portemonnaie ist. Da gibt es nun einmal einen Unterschied zwischen angestellten und verbeamteten Lehrern, vielleicht auch bei Polizisten und anderen Berufsgruppen. Das hatte ich bei der Frage gar nicht so im Auge, das will ich selbstkritisch einräumen. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage.

Der Antrag fordert nichts Unmögliches. Wir fordern die Landesregierung darin auf, einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie man die Gerechtigkeitslücke schließen könnte. Es steht nicht darin, dass es passieren muss, sondern im Bericht soll aufgeschlüsselt werden, wie das Ganze machbar wäre. Wir fordern den Bericht bis zum Juni, damit der Landtag vor der Verabschiedung des Haushaltes eine Handlungsoption hat: Wollen wir es tun? Können wir es politisch im Rahmen der finanziellen Belastungen verantworten? Wollen wir die Gerechtigkeitslücke schließen? - Ich weiß nicht, wo da etwas Anzügliches sein sollte, dem man nicht zustimmen könnte. Die Entscheidung stünde dem Haus ja immer noch offen. Aber der Punkt ist: Wenn man die Alternativen nicht kennt, kann man darüber nicht entscheiden. Die Gerechtigkeitslücke haben Sie selbst eingeräumt.

Insofern geht meine Aufforderung nochmals an die Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns doch wenigstens darüber diskutieren und von der Landesregierung - sie ist die Einzige, die es kann - aufschlüsseln, wie man es machen könnte. Ob wir es dann so tun, bliebe einem zweizeitigen Verfahren vorbehalten, möglicherweise im Juni oder auch zu einem späteren Zeitpunkt. Man kann es zweifellos auch weiter ins Jahr verschieben, wenn man denn größeren Besprechungsbedarf sieht. Ich kann nur nicht einsehen, dass hier fatalistisch die Meinung geäußert wird: Das ist halt so und wir können das nicht ändern. - Das ist nicht wahr. Es gibt Alternativen. Man muss sie nur wollen. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Wir sind damit am Ende der Aussprache. Der Antrag in Drucksache 6/1039 ist zurückgezogen worden. Wir stimmen also nur über den Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida von BVB/FREIE WÄHLER Gruppe in der Drucksache 6/1124 ab. Die CDU-Fraktion hatte die Überweisung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen beantragt. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Noch nicht einmal nachdenken darf man! - Dr. Bernig [DIE LINKE]: Das ist Sache der Tarifparteien!)

Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Überweisung abgelehnt worden.

Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag in Drucksache 6/1124, Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die angestellten Lehrer, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 15 und rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

#### **Gesetzliche Regelung für Mindestabstände für die Errichtung von Windkraftanlagen in Brandenburg endlich umsetzen - 10H-Regelung für Windkraftanlagen nach § 249 Absatz 3 Baugesetzbuch in Brandenburg einführen**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1164  
(3. Neudruck)

Die Aussprache wird durch den Abgeordneten Vida von der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER eröffnet. Bitte schön.

#### **Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Bundestag hat mit Wirkung vom 01.08.2014 beschlossen, dass § 249 Abs. 3 des Baugesetzbuches den Bundesländern die Option einräumt, Mindestabstände für Windkraftanlagen zu regeln. Daran sehen wir zumindest: Es ist nichts Schlimmes, wenn sich die Bundesländer auch damit beschäftigen und darüber diskutieren, ob sie von dieser Option Gebrauch machen wollen. Bis 31. Dezember dieses Jahres haben wir Frist, uns hierzu eine Meinung zu bilden und eventuell einen Beschluss zu fassen.

Brandenburg hat diese Abstände bisher nicht geregelt, und es ist richtig, dass wir bereits im letzten Jahr dazu diskutiert haben. Doch seitdem hat sich einiges getan, und einige Meinungsbildungen sind erfolgt.

Seit Januar sammelt die Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ Unterschriften für die Einführung der 10H-Regelung, und sie tut dies sehr erfolgreich. Wir als BVB/FREIE WÄHLER unterstützen sie dabei und sind sehr optimistisch, dass sie die entsprechende Zahl auch bald erreichen wird. Sie fordert verbindliche Abstandsregelungen zur Wohnbebauung und vor allem auch den Schutz von Wäldern, Naturschutzgebieten, sodass dort keine Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Dieses bürgerliche Engagement verdient zunächst Respekt und verdient auch Unterstützung beim Schutz gewachsener Wohngebiete, bei dem Erhalt landschaftlicher Ensembles und auch ruraler Siedlungstypen. Deswegen fordern - das ist auch eine Weiterentwicklung seit letztem Jahr - immer mehr Kreistage die Einführung einer 10H-Regelung.

In den letzten Wochen haben mehrere Kreise dies beschlossen, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming erst vor wenigen Tagen. Das ist auch eine Reaktion unsererseits auf diese Entwicklung, dass wir sehen, dass sich die Landkreise, die das betrifft, die auch in den Regionalen Planungsgemein-

schaften gemeinsam mit anderen Landkreisen entsprechende Windeignungsgebiete ausweisen, hier ihre Meinung gebildet haben. Andere Landkreise werden bald folgen. Anträge aus der Prignitz, aus Dahme-Spreewald und dem Barnim sind bereits eingereicht und in anderen Landkreisen dem Vernehmen nach in Vorbereitung.

Auch Gemeindevertretungen haben zumindest als politisches Zeichen, als Resolution gleichlautende oder ähnliche Beschlüsse gefasst. Sie haben das zu Recht getan, denn sie sorgen sich um den ländlichen Raum, der durch die Windkraftanlagen überproportional belastet wird. Sie tun das auch mit Blick auf die Umwelt, denn Wälder, Vögel und andere Tiere werden hier aus falschen Motiven in der Betrachtung in den Hintergrund gedrängt. Im Übrigen - das müssen wir uns auch vor Augen führen - hat Brandenburg die zweitniedrigste Bevölkerungsdichte aller Bundesländer in Deutschland. Gerade für solche Bundesländer ist die Abstandsoption geschaffen worden, gerade hier kann sie greifen. Unsere Siedlungsstruktur und die Bevölkerungsverteilung, die wir ja kennen, geben es her bzw. gebieten geradezu, von dieser Option Gebrauch zu machen.

Der Gesundheitsschutz der Menschen - dazu werden wir nachher mehr sagen - ist zu wenig im Fokus der Betrachtungen der letzten Jahre gewesen. Ich denke, dass man die Akzeptanz für Anlagen dann schafft, wenn man die Bürger nicht überfordert. Das Bundesland Brandenburg hat die höchste Anzahl an Windkraftanlagen in den neuen Bundesländern nicht nur pro Kopf der Bevölkerung - das ohnehin -, sondern auch in Stückzahlen. Brandenburg hat wahrlich seinen Beitrag zur Energiewende in dem Bereich geleistet. Deswegen möchten wir mit diesem Antrag zur Mäßigung aufrufen. Wer den Vorschlag, die Abstandsregeln bürgerverträglicher zu gestalten, als Blockade gegenüber der Energiewende bezeichnet, geht unverantwortlich mit den betroffenen Bürgern um.

Zur Steigerung der Akzeptanz gehört auch die Ehrlichkeit im Umgang mit den Bürgern und der Öffentlichkeit. Vertreter aller Parteien haben den Bürgern, den Bürgerinitiativen vor Ort - in den Gemeinden und Kreisen - ihre Unterstützung versprochen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Richtig!)

Die Grünen haben zum Beispiel einen Antrag in der Uckermark eingereicht

(Frau Schinowsky [B90/GRÜNE]: Den haben nicht die Grünen eingereicht, das ist falsch!)

und dann Angst vor der eigenen Courage bekommen und ihn zurückgezogen. Meine Damen und Herren, Sie haben die Menschen daraufhin durch Hilfe bei der Unterschriftensammlung unterstützt. Sie haben Anträge miteingereicht, mitunterschrieben, Zustimmung zu Resolutionen in Kreistagen gegeben, und das über Parteigrenzen hinweg. Kreistagsmitglieder, die auch hier im Landtag vertreten sind, haben gleichlautenden Anträgen zugestimmt.

Angesichts dieser breiten Zustimmung sollte es ein Leichtes sein, hier im Landtag auch eine Mehrheit zum Wohl der Brandenburger Bevölkerung für diesen Antrag zu finden. Lassen Sie uns daher die Windkraft gemeinsam in die richtige Richtung lenken, nämlich zum Rückenwind für die Volksinitiative werden.

Ich möchte noch insbesondere begründen, warum der Antrag heute Aktualität hat. Der Landtagsabgeordnete Kosanke, der auch Kreistagsabgeordneter in Potsdam-Mittelmark ist, hat im Februar nach der Beschlussfassung im Kreistag Potsdam-Mittelmark zu einem ähnlichen Antrag noch gesagt: „Ich glaube, im nächsten Vierteljahr wird sich die Haltung der SPD-Landtagsfraktion zu diesem Thema ändern.“

(Senfleben [CDU]: Was?)

Das war Ende Februar. Ein Vierteljahr sind drei Monate. Das heißt: bis Ende Mai. Bis Ende Mai haben wir noch die heutige und morgige Landtagssitzung. Insofern hoffe ich, dass die SPD-Fraktion das auch getan, also ihre Haltung geändert hat. Wenn sie das noch nicht getan haben sollte, hoffe ich, dass dann zumindest die Landtagsabgeordneten, die solchen Resolutionen in den Kreistagen zugestimmt oder sogar die Volksinitiative durch ihre Unterschrift unterstützt haben, heute auch für den gleichlautenden Antrag stimmen.

Meine Damen und Herren! Siedlungstyp, Bevölkerungsdichte und Umweltschutz in Brandenburg gebieten ein Maß an Abstand zur Wohnbebauung. Deswegen Ja zu 10H! Ich hoffe, dass ich nicht am Ende der Debatte wie Don Quijote allein gegen Windanlagen kämpfe. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktionen von SPD und Linke spricht der Abgeordnete Christoffers.

**Christoffers (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Vida, es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns mit der Thematik in diesem Hohen Hause auseinandersetzen, und die Diskussion wird uns mit Sicherheit auch in den nächsten Monaten weiter begleiten. Es ist eine Tatsache, dass insbesondere Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und zunehmend auch Schleswig-Holstein Regionen ausweisen, wo eine hohe Dichte von Windkraftanlagen zu verzeichnen ist.

(Zuruf von der AfD: Aber kein Wind!)

Wir haben immer deutlich gemacht, dass sie auch mit Belastungen verbunden sind. Wir haben immer auch einen Punkt deutlich gemacht: Dass die Energiewende eben auch ein industriepolitisches Projekt ist und Landschaften auch überformt. Auch deswegen sind wir seit Jahren unterwegs, um hier zu versuchen, eine bundesweite Regelung zu schaffen, um Nachteilsausgleiche herbeizuführen.

Jetzt kommen wir zur Bundesregelung: Herr Vida, ich halte es für eine ziemlich schwierige Position der Bundesregierung, und zwar nicht nur bei der 10H-Regelung, sondern auch bei anderen konfliktgeladenen Bereichen, die in dieser Gesellschaft diskutiert werden, die Verantwortung an die Länder weiterzureichen und zu sagen: Wir haben zwar ein politisches Ziel, aber wie ihr mit den Konflikten umgeht, und vor allem, wie ihr sie lösen wollt, überlassen wir euch.

Wir wissen ganz genau, dass die sogenannte 10H-Regelung und damit auch die Veränderungen im Bundesbaugesetz auf

Druck der CSU hervorgerufen worden sind, die diesen Sachverhalt vor dem Hintergrund weiterer Wahlen in der Koalition durchgesetzt hat.

Sie kennen auch die Stellungnahme des Bundesrates, und zwar nicht nur zu dieser Thematik, sondern auch zu anderen Thematiken, wo eine Länderverantwortlichkeit Bundeszuständigkeit ersetzen soll.

Meine Damen und Herren! In dem Wissen darum, dass es eine sehr breite und auch sehr konfliktbeladene Diskussion gibt: Was würde denn Ihr Antrag, wenn er so umgesetzt werden sollte, tatsächlich bedeuten? Wir hatten im Ausschuss dazu eine sehr breite Diskussion, und ich darf zumindest die Kollegen aus dem Ausschuss daran erinnern, dass wir uns an der Karte deutlich machen konnten: Wenn diese Regelung umgesetzt wird, wird es ohne Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange im Land Brandenburg keine Windeignungsgebiete mehr geben.

(Beifall AfD)

Das kann man begrüßen.

(Zuruf von der AfD: Das muss man begrüßen!)

Das kann man begrüßen, das kann man politisch instrumentalisieren.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Dann sagen wir Ihnen aber auch: Auch Politik hat die Verantwortung, auch Entscheidungen zu treffen, die möglicherweise nicht immer und überall auf Gegenliebe bzw. Zustimmung stoßen.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie B90/GRÜNE)

Wenn wir dazu nicht mehr fähig sind, dann, meine Damen und Herren, wird auch Politik schlicht und ergreifend überflüssig.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, dass wir in der letzten Legislaturperiode eine Veränderungssperre für das Errichten von Windkraftanlagen ausgesprochen haben, womit sichergestellt wird, dass nur bei Vorliegen von genehmigten Teilplänen Wind die Gebiete auch ausgewiesen werden können, auf denen errichtet werden darf, die dann auch in einem Abwägungsprozess, und zwar aus der Region heraus, festgestellt werden. Wir alle wissen, wie schwierig dieser Diskussionsprozess ist. Ja, wir haben Einwendungen, mehrere tausend Einwendungen zu einzelnen Windkraftplänen. Aber ja, dieser Abwägungsprozess findet statt, und er ist nicht einfach. Ich habe ganz hohen Respekt vor denjenigen, die diesen Abwägungsprozess durchführen. In diesem Abwägungsprozess geht es um die Siedlungsstruktur. Da geht es um die naturschutzfachlichen Belange, und da geht es auch um gesundheitliche Belange.

Das alles kennen wir. Insofern hat sich die Position der Koalition nicht verändert. Wir lehnen eine Übernahme dieser 10H-Regelung ab und befürworten zugleich - und das nicht erst seit gestern oder einem Vierteljahr, sondern seit Jahren -, dass hier in einem regionalen Abwägungsprozess Möglichkeiten gefun-

den werden, Kompromisse einzugehen, womit sehr hohe Belastungen zu vermeiden versucht wird.

Meine Damen und Herren, nach dem Kenntnisstand, der mir vorliegt, handeln die Verantwortlichen hier auch sehr verantwortlich und gehen mit den Abwägungssachverhalten und -tatbeständen sehr verantwortungsvoll um. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Bretz.

**Bretz (CDU):\***

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir vor nicht allzu langer Zeit hier einen ähnlichen Tagesordnungspunkt diskutiert haben, und ich möchte feststellen, dass wir damals zusammen mit den Freien Wählern als CDU-Fraktion einen Kompromissvorschlag unterbreitet haben, gemeinsam einen Weg zu finden, wie wir das Thema Abstandsregeln im Rahmen eines parlamentarischen Prozesses erörtern können, weil wir glauben, dass wir in Brandenburg an die Akzeptanzgrenze dessen gekommen sind, was möglich ist.

Ich bedaure sehr, dass die Koalition - ich habe das bis heute nicht verstanden - diesen Kompromissvorschlag nicht aufgegriffen hat. Ich habe das für einen Fehler gehalten, weil wir dort ja nicht Dinge in Beton gegossen festgeschrieben haben, sondern im Rahmen eines Beteiligungsprozesses die Dinge gemeinsam erörtern wollten. Seitdem ist viel Zeit vergangen. Die hätten wir schon sinnvoll nutzen können.

Ich bedaure auch sehr, dass die Koalition an der Stelle nicht zu der Einsicht kommt, dass sie diese harte, ablehnende Haltung in dieser Frage wohl auf Dauer nicht wird durchhalten können. Das ist meine feste Überzeugung. Wir werden es erleben, dass Sie früher oder später einen Weg finden werden, die Abstandskriterien neu zu regeln. Das muss auch geregelt werden, weil hier auch der technische Fortschritt der Anlagen Entscheidungen notwendig und sinnvoll macht.

Kurzum: Wir werden dem Antrag der Freien Wähler zustimmen. Wir werden weiter den Weg gehen wollen, mit Ihnen eine Lösung zu finden, und vielleicht geben Sie sich einmal den Ruck und lesen diesen Antrag, denn in dem steht nämlich, dass man eine solche Regelung und die Einführung prüfen kann. Man könnte zum Beispiel diesen Antrag auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Man könnte dort eine Anhörung durchführen, könnte Experten zu dem Thema hören, denn es geht nicht nur um die energiepolitische Sichtweise der Dinge, sondern auch um die Frage: Was ist das Thema? Kollege Vida hat es angesprochen. Es geht um das Thema Gesundheit, das Thema Tourismus, um die Frage: Wie passt das alles ineinander? Ich glaube, es wäre ein Schnellschuss, wenn wir diesen Antrag hier im Parlament ohne eine entsprechende Behandlung im Fachgremium einfach ablehnen würden. Das hielte ich für ein falsches Signal und werbe dafür: Wenn Sie ihm nicht zustimmen wollen, ist das Ihre Entscheidung; die respektieren wir auch, aber geben Sie ihm wenigstens eine Chance und überweisen ihn in den Ausschuss, damit Sie den Menschen in



Brandenburg wenigstens deutlich machen, dass es Ihnen ernst in dieser Frage und es Ihnen ein ernstes Anliegen ist, diese Dinge auch vernünftig abzuwägen.

Weil Kollege Vida auch angesprochen hat, dass die SPD vor Ort in ihren regionalen Kreistagen und ihren regionalen Versammlungen und Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen etc. auch ein anderes Abstimmungsverhalten an den Tag legt: Ich verstehe das. Das ist auch verständlich, weil die Dinge vor Ort immer ein anderes Gesicht und eine andere Wirkung haben, als wenn man hier in Potsdam, an diesem Ort darüber spricht. Aber eines ist dann auch wichtig: Dass man, wenn man vor Ort A sagt, dann im Landtag auch B sagt. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dem Antrag wenigstens die Chance der Überweisung in ein Fachgremium geben würden. - In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der AfD spricht jetzt der Abgeordnete Schröder.

#### **Schröder (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Vida, nur zur Erinnerung an dieser Stelle: Die AfD-Fraktion hatte den allerersten 10H-Antrag bereits im Dezember hier gestellt, und es war eben nicht die CDU. Diese ist damals nur auf den 10H-Zug aufgesprungen.

(Domres [DIE LINKE]: Siehste!)

Nun freue ich mich darüber, dass Sie das Thema wieder aufgreifen, denn es ist sehr wichtig. Viele Bürger wünschen, dass sich der Landtag damit befasst.

Insofern werden wir als AfD dem Antrag folgen; das ist ganz klar. Ich kann mich im Moment nicht mehr an das Abstimmungsverhalten der Freien Wähler im Dezember zu unserem Antrag erinnern. Ich gehe davon aus, dass Sie sich maximal enthalten haben. Es ist auch nicht ganz so wichtig.

(Senfleben [CDU]: Man kann nachschauen!)

Im Übrigen bin ich eher nicht jemand, der hier Personen direkt angreift, aber Sie alle von den alten Parteien haben im vergangenen halben Jahr den Bogen überspannt. Der AfD kann man wohl nicht zustimmen, auch wenn sie Recht hat, auch wenn es um eine 10H-Regelung geht - nicht wahr, meine Damen und Herren, das ist doch so? Das sind ja Chaoten, Rechte - zumindest wenn man den Herren Senfleben und Bretz glauben möchte. Was haben Sie neulich in der „Lausitzer Rundschau“ zum Besten gegeben, Herr Senfleben? Die AfD habe noch nicht einen einzigen Antrag eingereicht, den man hätte mittragen können. Waren Sie nie hier oder warum erzählen Sie so einen Unfug?

(Beifall AfD)

Den 10H-Antrag von damals haben Sie erst einmal mehr oder minder kopiert, nachdem Sie - na, Sie wahrscheinlich nicht,

sondern Ihre Referenten; Sie werden das nicht können - Kenntnis davon erhalten haben; jedenfalls muss er Ihnen gefallen haben, sonst hätten Sie es nicht gemacht, meine Damen und Herren von der CDU,

(Vereinzelte Beifall und Heiterkeit bei der AfD - Protest der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

so wie Sie das ganze Energiethema fast wörtlich von der Alternative für Deutschland übernehmen und der Öffentlichkeit - wie Herr Eichelbaum kürzlich in der „MAZ“ - als **das** CDU-Thema verkaufen.

Die nächste Posse, diesmal von der SPD: Es wurde bereits positiv erwähnt, dass sich auch die Kreistage damit befassen, dass man mittlerweile der Meinung ist, man müsste die Abstandsregelung angreifen und fordern; das finde ich richtig. Aber: Posse! Posse! Der Kreistag Potsdam-Mittelmark verabschiedet also einen Antrag zur Einführung einer 10H-Regelung - quasi mit Kenntnis, sogar unter der Regie der SPD. Herr Kosanke, Sie wissen, ich rede von Ihnen. Sie haben zusammen mit der CDU, den Freien Bürgern und Bauern für größere Mindestabstände gestimmt. Ich zitiere aus den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ vom 16.02.2015:

„Den Städten und Gemeinden wird durch die Änderung der Bauordnung ein wesentlicher Teil ihrer kommunalen Planungshoheit zurückgegeben. Sie können dann wieder demokratisch selbst entscheiden, was bei ihnen passiert.“

Daran werden Sie sich erinnern. Aber jetzt kommt meine Frage; sie wurde vorhin schon aufgegriffen: Wie vereinbaren Sie das mit Ihrem Abstimmungsverhalten hier im Landtag? Ich bin gespannt, wie Sie heute abstimmen werden. Sie haben sich dem 10H-Antrag der AfD und der CDU im Dezember nicht anschließen können und vehement dagegen gestimmt; wir hatten ein kurzes Zwiegespräch darüber.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Gute Frage!)

Stellen Sie sich bitte vor, wie sich die Bürger fühlen und was sie von der Politik denken, wenn sich ein Abgeordneter mal so und mal so entscheidet.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Da hat er Recht!)

Klartext: Sie führen die Bürger hinter die Fichte! Das ist das ganze Thema. Auch deswegen organisieren sich immer mehr Menschen in Bürgerinitiativen, auch in der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ - ich selbst bin in einer Bürgerinitiative seit mehreren Jahren diesbezüglich aktiv -, Frauen und Männer, die sich berechnete Sorgen um Brandenburg machen, weil sich die Politik um ihre Sorgen nicht kümmert bzw. häufig wie ein Fähnlein im Winde herumflattert oder aus ideologischen Gründen völlig gelähmt daherkommt - wie jene Politiker, die ich vorhin namentlich erwähnt habe.

Das Vertrauen in die Institutionen schwindet immer mehr. Die Menschen werden politikverdrossen. Ich weiß, dass Sie das wundert. Grundsatzfragen werden mittlerweile aufgeworfen, im Ergebnis sinkt die Wahlbeteiligung, worüber Sie sich auch noch wundern. Am besten, Sie wundern sich weiter. Machen Sie weiter wie bisher! Sie müssen sich überhaupt nicht verbie-

gen. Die Wähler werden Ihnen Ihre Politik- und Demokratieunfähigkeit gerne wiederholt bescheinigen - und sei es durch Nichtwählen.

(Beifall AfD)

Liebe Kollegen von den Freien Wählern, Sie sehen, ich bin ziemlich aufgebracht, weil das Trittbrett der AfD bereits besetzt ist: Darauf sitzt, was die 10H-Regelung angeht, bereits die CDU.

(Beifall AfD - Unmut bei der CDU)

Aber im Ernst: Wenn Sie ehrlich wären, Herr Schulze, hätten Sie gemeinsam mit uns einen neuen Antrag formuliert - Sie hätten auch gerne mit mir sprechen können, das wäre kein Problem gewesen -, einen neuen wohlgemerkt, nicht bloß eine gekürzte Kopie unseres Antrags aus dem Jahr 2014; so umfangreich ist der Antrag nicht, den Sie gestellt haben.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Schröder (AfD):**

Sofort. - Weil die Fraktion der Alternative für Deutschland aber keine Chaostruppe ist - wie hier gerne von Ihnen dargestellt, und das nach Möglichkeit alle fünf Minuten -, sondern eine vernünftige Fraktion, stimmen wir dem Antrag zu. Ich wünsche mir, dass die Regierungsfractionen das genauso tun, einfach, um den Bürgern draußen ein Signal zu senden: Wir nehmen eure Bedenken und Sorgen ernst. - Nur darum geht es im Moment. Alles andere kann man später noch bereden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abgeordnete Schinowsky. Bitte schön.

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Geht es jetzt los?

**Vizepräsident Dombrowski:**

Wollen Sie nicht anfangen?

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Doch, aber es ist noch Heiterkeit im Saal.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Ich würde nicht darauf warten, dass hier jeder ruhig ist.

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Darüber, wer hier wen kopiert, wollen wir nicht diskutieren; das hatten wir heute schon als Thema. Reden wir lieber über

Windenergie! Wenn im ländlichen Raum in Brandenburg bei manchen Bürgern Verunsicherung entsteht, ob der weitere Zubau an Windenergieanlagen in Brandenburg sinnvoll gesteuert ist, sollten wir sie ernst nehmen. Ich glaube, so weit sind wir uns einig. Das beste Mittel gegen Verunsicherung ist eine Informationspolitik, die ihren Namen verdient, sowie eine transparente und verlässliche Planung. Bei beidem sehen wir noch Verbesserungspotenzial.

Die immer wieder angesprochene Länderöffnungsklausel mit der 10H-Abstandsregel klingt für manche nach einem plausiblen Weg, um diesen Sorgen zu begegnen. Die 10H-Regel erfüllt aber die mit ihr verbundenen Hoffnungen nicht, sondern führt zu neuen Problemen, wie der Blick nach Bayern zeigt. 10H führt gerade nicht zur Herstellung von Verlässlichkeit und sichert nicht allen Betroffenen die erhofften Mindestabstände; das gehört der Vollständigkeit halber dazu.

(Beifall der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

Die neue Regelung in Bayern wird nicht nur in der Opposition und von Investoren und Bürgern bis zum Bundesverfassungsgericht beklagt werden - auch bei der Umsetzung gibt es Probleme. Gemeinden in Bayern können zwar auf ihrem Gebiet die Regel anwenden, Nachbargemeinden haben darauf aber keinen Einfluss, was dazu führen kann, dass Windanlagen bei Nachbarn bis zum aus der Bundesgesetzgebung abgeleiteten Mindestabstand von 600 Metern herangestellt werden können. In Bayern wird gerade sehr vorsichtig mit der Zauberregel umgegangen, weil sie dazu führt, dass man sich gegenseitig ins Knie schießt. Das sollten Sie auch berücksichtigen!

Doch zurück zu uns: Die 10H-Regel bringt leider keinen Immissionsschutz für alle Bürger, ist aber eine Bremse für Energiewende und Klimaschutz und kostet außerdem Arbeitsplätze.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Nein. - Wichtiger als die rechtlich unsichere 10H-Regelung ist die Umsetzung der von Landesregierung und von uns empfohlenen Einhaltung eines Mindestabstands von 1 000 Metern. So wird es übrigens in aller Regel in allen in Aufstellung befindlichen Regionalplänen verankert.

Um Rechtssicherheit bei der Planung von neuen Windeignungsgebieten zu schaffen, ist es jedoch dringend erforderlich, den vor kurzem gerichtlich gekippten Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg zu heilen. Ohne LEP B-B und neue Regionalpläne, in denen unter anderem der Mindestabstand verankert wird, würde die Unsicherheit auf Seiten aller Beteiligten noch größer.

Nun kurz zu den Kollegen: Bei Herrn Schröder weiß ich nicht, was er will, was die AfD will. Sie sind gegen Wind, gegen Eisenerocker, wie wir vorhin gehört haben, aber für die Braunkohle, sprich für die Verlängerung des Eisenerockerproblems. Sie müssen sich entscheiden!

Zu Herrn Bretz' Behauptung, es gäbe in Brandenburg keine Abstandskriterien: Sie wissen selbst, dass das nicht stimmt. Wir haben einen umfassenden Katalog von harten und weichen Kriterien, und sie sind nicht alle selbst ausgedacht, sondern inzwischen zu einem großen Teil gerichtlich festgelegt worden. Es gibt Abstandskriterien, und zwar nicht zu wenige; sie werden auch eingehalten.

Zu Herrn Vida: Die Frage ist doch: Wann haben wir genug Windräder? - Was ist Ihre Antwort darauf? Sie vermitteln hier, dass wir schon jetzt genug Windräder hätten. - Aber die Frage ist: Was ist das Ziel? Unser Ziel ist: 100 % erneuerbare Energien und die Versorgung von Berlin-Brandenburg. Das ist unsere Aufgabe, die große Stadt in der Mitte Brandenburgs müssen wir mitversorgen. Wir können sie nicht einfach ausblenden. Um das zu erreichen, brauchen wir den maßvollen Ausbau erneuerbarer Energien. Was ist Ihre Antwort? Ich weiß es nicht. Das würde mich interessieren. Uns geht es um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Klimafreundlichkeit und natürlich auch um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall B90/GRÜNE)

Die Frage zu den Grünen aus der Uckermark haben wir gerade bilateral geklärt: Das ist nicht der Fall.

Noch einmal zurück: Wir empfehlen die Verankerung des Mindestabstands von 1 000 m in den Plänen der Regionalen Planungsgemeinschaften - ganz wichtig -, eine bessere Informationspolitik und weniger Populismus. Der hilft nämlich niemandem, weckt falsche Hoffnungen, die sich mit dieser Regelung nicht erfüllen lassen. Ich bitte Sie darum, das vom Tisch zu nehmen und den Leuten zu erklären, dass und warum es nicht funktioniert. Damit meine ich nicht nur die Kollegen von AfD, CDU und Freien Wählern, sondern auch Mitglieder aus den anderen Fraktionen, die es in den Kreistagen pushen. Damit haben wir auch ein Problem, denn hier das eine und dort das andere zu sagen fördert Politikverdrossenheit. Das kann keinem von uns recht sein.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Schröder hat eine Kurzintervention angezeigt. Bitte schön.

#### **Schröder (AfD):**

Frau Schinowsky, vielen Dank für Ihren Redebeitrag. Er war ziemlich erhellend. Es handelt sich sicherlich um irgend so ein grünes Ökorumantikmärchen, das Sie hier vortragen. Irgendwann einmal wird genügend alternative Energie da sein, um eine entsprechende Grundlastfähigkeit zu erzeugen. Das wird irgendwann passieren. Das moderne Märchen fängt mit „Es wird einmal“ an, früher hieß es: „Es war einmal“.

Die AfD steht nicht für Braunkohle, das will ich Ihnen sagen.

(Zurufe)

Nein, Sie müssen zuhören, das ist eine wichtige Frage. Sie müssen richtig verstehen: Wir sind gerade dabei - in Form mei-

ner Person übrigens; deswegen weiß ich, wovon ich rede -, in der Lausitz das Für und Wider der Braunkohle abzuwägen, sowohl die Befürworter als auch die Gegner genau anzuhören und dann ein Bild davon zu zeichnen, was man eigentlich jetzt machen kann. Was wir brauchen, Frau Schinowsky, sind nicht doppelt so viele Windräder, denn so viel Energie, wie sie teilweise erzeugen, kann man gar nicht verwenden. Oder wollen Sie Flachbatterien anschließen, um den Strom zu speichern? Das wird wohl nicht funktionieren. Sie müssen die technischen Voraussetzungen schaffen, bevor Sie von solchen Dingen, die Sie sich hier vorgenommen haben, zu reden anfangen. Nehmen Sie die Gegebenheiten und technischen Realitäten zur Kenntnis! Warum machen Sie das nicht? Das ist doch das Einfachste, was man tun kann. Dann muss man sehen, dass man ein ordentliches Energiekonzept hinkommt.

Das geht aber nicht von heute auf morgen, das muss man besprechen. Man kann nicht nur auf erneuerbare Energien setzen. Im Moment - das sagt auch die Landesregierung - ist die Braunkohle als Brückentechnologie unverzichtbar. Sonst sitzen wir hier irgendwann im Dunkeln. Tagsüber wird uns das nicht passieren, denn wir haben ja hier oben eine schöne Öffnung.

Aber ansonsten: Bitte ein bisschen mehr nachdenken! Und bevor Sie jemanden angreifen: Machen Sie sich bitte ein bisschen kundiger! Vielleicht reden Sie auch einmal zwei oder drei Worte, wenn das Ihr Steckenpferd ist, mit den anderen Kollegen darüber, damit man sich verständigen kann. - Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Ihre Art, nicht persönlich zu werden, ist bezeichnend!)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Bei Kurzinterventionen kann man keine Zwischenfrage stellen, Herr Kollege. - Ich rufe nun den Beitrag der Landesregierung auf.

(Zuruf von der Fraktion B90/GRÜNE: Die Antwort auf die Kurzintervention!)

- Bitte? - Entschuldigung. Bitte.

(Zuruf von der CDU an die AfD: Was ist mit Ihrem Wahlprogramm? - Gegenruf von der AfD: Das Wahlprogramm ist lange durch! Die Wahl ist vorbei! - Gelächter bei SPD und CDU - Zurufe von der SPD: Super! - Zuruf von der CDU: Das kommt ins Protokoll!)

#### **Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):**

Für alle, die es nicht gehört haben: Der Kollege von der AfD sagte gerade, die Wahl ist lange vorbei, das Wahlprogramm gilt nicht mehr.

(Beifall und Heiterkeit bei B90/GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Dann würde ich mir wünschen, dass das auch für viele andere unsinnige Sachen gilt, die in Ihrem Wahlprogramm stehen.

(Beifall und Heiterkeit bei B90/GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Was soll ich zu Ihrem Vortrag sagen? Ich soll mich einmal damit auseinandersetzen?! Ich mache seit vielen Jahren Energiepolitik in der Lausitz, in Berlin und in Brandenburg - und Sie erzählen mir, ich soll mal irgendwas lesen?! Dreister geht es überhaupt gar nicht. Das ist eine Frechheit vor dem Herrn. Wir haben eine Energiestudie erstellt; schauen Sie sich die an, bevor Sie mir hier vorwerfen, Quatsch zu reden! So geht es ja wohl nicht!

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, DIE LINKE sowie des Abgeordneten Wichmann [CDU])

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen: Eine Kurzintervention zur Kurzintervention gibt es nicht. Eine Kurzintervention ist nur zum Hauptredebeitrag möglich.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Außerdem hatte der gar nicht die richtige Karte! - Heiterkeit bei B90/GRÜNE, SPD, CDU und DIE LINKE)

Die hatte der Kollege Schulze aber auch nicht. Aber nächstes Mal hat er eine.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Die gibt es immer noch da, wo es sie immer gab, Herr Schulze.

Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Schneider.

#### **Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In mehreren Redebeiträgen ist angeklungen, dass sich der Landtag bereits im Dezember 2014 mit dem Thema Einführung von Mindestabständen für Windkraftanlagen durch eine gesetzliche 10H-Regelung beschäftigt hat. Die Rechts- und Sachlage hat sich aus unserer Sicht seither nicht verändert. Das heißt, dass aus Sicht der Landesregierung ein Landesgesetz eben gerade nicht die Ausgewogenheit eines regionalplanerischen Standortkonzeptes ersetzen kann.

Nur auf der Ebene der Regionalplanung können die räumlichen, topografischen und sonstigen Erfordernisse, die Frage der konkreten Wohngebiete, der konkreten Schutzgebiete und der konkreten besonderen Landschaftsform hinreichend berücksichtigt werden. Nur im Rahmen einer regional verorteten Planung kann eine rechtssichere Abwägung der widerstreitenden Belange erfolgen. Widerstreitende Belange gibt es in allen Feldern der Energiepolitik, so auch in der Frage der Windenergie.

Gerade die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung, die wir nicht nur in Brandenburg haben, sondern in der gesamten Bundesrepublik, zeigen, wie anspruchsvoll und kompliziert die Festlegung von Windeignungsgebieten unter den bestehenden bundesrechtlichen Vorgaben gegenwärtig ist. Unter diesen Vorgaben ist die Begründung und Festlegung einer Abstandsregelung durch ein Landesgesetz rechtlich problematisch. Deswegen hat sich Brandenburg auch gegen eine solche Öffnungsklausel im Bundesrat ausgesprochen. Wir haben ein gestuftes

Planungssystem von Landes-, Regional- und Bauleitplanung mit umfangreichen Beteiligungsmöglichkeiten für alle Akteure, das sich über die Jahre hinweg grundsätzlich bewährt hat, eine sinnvolle und wirksame Steuerung der Standorte von Windenergieanlagen gewährleistet und - wie Frau Schinowsky schon gesagt hat - in aller Regel auch die 1 000-Meter-Abstandsregelung in den Regionalplänen einhält.

Die Einführung eines Mindestabstands von 10H - das habe ich beim letzten Mal schon ausgeführt - würde dazu führen, dass der Suchraum - nicht der Raum, der dann für die Windeignungsgebiete zur Verfügung steht - auf 1,5 % der Landesfläche reduziert würde. Dabei haben wir einen Abstand von 1 750 Metern zugrunde gelegt, also relativ wenig, wenn man sich den Stand der neuen Technik vergegenwärtigt. Wir sind da restriktiv hergegangen, und das heißt, die Auswirkungen auf die Energiestrategie 2030 wären entsprechend; praktisch käme der Ausbau der Windenergie zum Erliegen. Bayern hat bisher als einziges Bundesland von dieser Öffnungsklausel Gebrauch gemacht. Wir halten dies für rechtlich bedenklich. Wenn ein solches Gesetz käme, wären im Übrigen sämtliche bisherigen Bemühungen der Regionalplanung hinfällig. Daher kann ich Ihnen nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER spricht jetzt nicht die Abgeordnete Schülzke, sondern der Abgeordnete Schulze. Bitte.

#### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, dass hier solch ein Ton hereingekommen ist, der eine gewisse Ernsthaftigkeit in Bezug auf dieses Thema vermissen lässt, denn ich denke, das bewegt die Menschen da draußen doch sehr. Anders ist gar nicht erklärbar, dass - wenn ich es richtig sehe - mittlerweile schon fünf Kreistage diese Regelung beschlossen haben, weitere davor stehen, solche Beschlüsse zu fassen, und zahllose Gemeindevertretungen das auch getan haben. Insofern sollten wir uns überlegen, ob wir die Menschen da draußen ernst nehmen. Ich glaube nicht, dass in den Kreistagen und Gemeindevertretungen lauter Menschen als Gemeindevertreter, aber auch in anderen Funktionen unterwegs sind, die nicht wissen, was sie tun. Am Montag hat der Kreistag Teltow-Fläming auf Vorlage der Landrätin Kornelia Wehlan - ihres Zeichens Mitglied der Linkspartei und langjährige Vorsitzende des Umweltausschusses des Landtags Brandenburg - beschlossen, den Landtag bzw. die Landesregierung aufzufordern, solch eine 10H-Regelung einzuführen.

Im Übrigen, Herr Kollege Schröder, wir haben den Antrag nicht bei Ihnen abgeschrieben, sondern ich gestehe offen, ich habe beim Kreistag Teltow-Fläming abgeschrieben. Das halte ich aber auch nicht für besonders schlimm. Dinge, die gut sind, kann man auch abschreiben, man muss nur ehrlich sein und auch zustimmen.

Jetzt meldet sich ganz aufgeregt der Kollege Barthel. Ich weiß, dass der Antrag in der Sitzung leicht abgeändert worden ist, aber das macht nichts; der Wortlaut, der Duktus ist der gleiche, und ich darf Ihnen Folgendes mitteilen: 37 Abgeordnete des



Kreistags Teltow-Fläming, darunter auch SPD- und Linkspartei-Abgeordnete, haben dem zugestimmt.

(Beifall AfD)

Das ist ein Teil des Problems, dass den Menschen vor Ort etwas anderes erzählt wird, als hier getan wird. Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Jeder Abgeordnete, der Mitglied einer Partei ist, steht auf den Schultern der Kolleginnen und Kollegen, die in Kreisen und Gemeinden und an der Parteibasis tätig sind. Das darf man nicht einfach wegwischen.

Meine Damen und Herren, wenn wir nur ein bisschen ehrlich zu uns selbst sind, wissen wir alle: Es geht bei der massiven Forcierung der Windkraft zurzeit nicht wirklich um Energie- und Klimaschutz. Es geht letztendlich um die Durchsetzung von Kapitalinteressen, denn diejenigen, die Windkraftanlagen aufstellen, wollen damit Geld verdienen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Frau Kollegin Schinowsky - und an alle, die für Windkraft sind -, lassen Sie mich ein Bekenntnis abgeben: Ja, ich finde Windkraft auch gut, ich finde erneuerbare Energien gut, aber alles mit Sinn und Verstand, und was zurzeit abgeht, ist schlicht und einfach überhastet. Frau Schinowsky, wenn Sie schon von einem maßvollen Ausbau sprachen: Zwischen 2002 und 2014 sind hier im Land Brandenburg 3 500 Windkraftanlagen aufgestellt worden. Nun ist geplant, dass das, was in zwölf Jahren passiert ist, in fünf Jahren passieren soll. Hier sollen nämlich mindestens 3 000 Windkraftanlagen aufgestellt werden. Also wenn das maßvoll ist, müssen wir uns noch einmal über Maßstäbe unterhalten. Ich bin nicht gegen Windkraft, aber ich sage, man muss es gemeinsam mit den Menschen machen, es geht nicht gegen sie. Ansonsten fällt es in sich zusammen.

Meine Damen und Herren, es gibt aktuell auch gar keinen Bedarf für die Forcierung der Windkraft. Die Netze sind voll, wir haben gerade erst bei der Sonnenfinsternis gesehen, wie mühsam das ganze System angesteuert werden musste, damit es nicht zum Kollaps kommt. Wir verkaufen den überflüssigen Strom, der unter anderem auch von Erneuerbaren erzeugt wird, für Millionen Euro Subventionen ins Ausland - nach Polen, Frankreich, Tschechien und in die Schweiz. Wir bezahlen das auch noch, das heißt, wir kriegen nichts dafür, sondern wir zahlen Strafgelder, weil wir die Netze auslasten. Das ist im Prinzip nicht besonders sinnvoll und auch ein Teil des Grundes, warum wir in Brandenburg mit die höchsten Strompreise haben, weil das leider nicht bundesweit umgelegt, sondern hier vor Ort regionalisiert wird.

Dann haben wir noch den ganz schlimmen Fakt, dass letztendlich alle Kriterien, die wir einmal in Fragen von Umweltschutz und Artenschutz hatten, über den Haufen geworfen werden. Ich erinnere nur an die Vogelschutzrichtlinie, die geschreddert wurde, weil sonst die Windkraftplanung nicht gangbar gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Ja, der Landesentwicklungsplan ist außer Kraft. Regionalpläne werden das demnächst auch sein, es werden also Windkraftpläne aufkommen, und dann kommt erst recht der Wildwuchs, und diesem Wildwuchs könnte man mit der 10H-Regelung schon vorbeugen. Das muss man aber wollen.

Meine Damen und Herren! Ich bedaure es außerordentlich, dass wir uns hier in einen Konflikt begeben, der leider von Glaubensbekenntnissen geprägt ist. Frau Schinowsky hat vorhin bekundet, dass sie viele Orte und Windkraftanlagen besucht hat. Es trifft wohl auf uns alle zu, dass wir letztendlich das getan und Anlagen angeguckt haben. Das ist kein Spaß, und die Menschen haben Angst um ihre Gesundheit. Viele Dinge sind noch nicht geklärt, und deswegen ist es falsch - ich warne davor -, diese Sachen mit Gewalt, mit der Brechstange durchzusetzen. Das ist aber genau das, was passiert.

Ich frage noch einmal: Warum beschließen die Kreistage und Gemeindevertretungen diese Regelung mithilfe von Parteimitgliedern, die hier im Landtag ganz anders abstimmen? Das ist auch ein Stückchen unehrlich. Man muss den Menschen vor Ort einfach sagen: Leute, meine Partei steht für eine andere Lösung. - Dann muss man das offen sagen. Dazu sind Sie aber entweder nicht willens oder nicht in der Lage, und das bedaure ich sehr.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU und AfD)

Diese Doppelzüngigkeit führt letztendlich zu den Ergebnissen der letzten Landtagswahl. Was Sie hier säen, werden Sie irgendwann auch ernten. Ich finde es schade.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Herr Präsident, ich bin im Grunde genommen am Schluss. Ich bitte Sie, sich noch einmal zu überlegen, ob Sie diesen Antrag schlicht und einfach aus einem Reflex heraus ablehnen. Vielleicht ist es manchmal besser, eine Sache ein Stückchen ruhen zu lassen, in den Fachausschuss zu überweisen und später noch einmal darüber nachzudenken. Nur ein Hinweis: Diese Regelung ist nur bis zum 31.12.2015 umsetzbar. Also wenn man es zu lange vertagt, ist die Tür zu.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, AfD sowie einzeln CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege, gestatten Sie mir den Hinweis: Sie überziehen hier laufend.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Die Uhr ging falsch!)

Meine geht schon richtig. Hier sitzen noch zwei Kollegen, die das ebenfalls beurteilen können. - Der Kollege Barthel hat eine Kurzintervention angemeldet.

Ich begrüße die Landrätin von Teltow-Fläming auf der Besuchertribüne. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall - Barthel [SPD]: Kann ich von diesem Mikro aus sprechen?)

Für Ihre Intervention dürfen Sie vom Pult aus sprechen.

**Barthel (SPD):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier meine Kurzintervention zu den Aussagen von Herrn Schulze, damit wir die Sachen auch richtigstellen. Der Antrag der Verwaltung lautete nicht 10H, sondern Prüfung der Festschreibung einer Abstandsregelung. Ich halte den Vorschlag von 10H für - sage ich einmal - eine Extremposition. Die Öffnungsklausel erlaubt uns zu prüfen, ob wir eine Abstandsregelung aufnehmen, und die Diskussion ist in unserer Partei auch noch nicht abgeschlossen.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Herr Schulze, wollen Sie etwas entgegnen?

(Der Abgeordnete Barthel trägt kein Jackett.)

Herr Kollege Barthel, hier drinnen ist es sehr warm - das sehe ich ein -, aber nicht, dass Sie demnächst noch in Badehose erscheinen.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Ich grüße ganz herzlich meine Ex-Kollegin Frau Wehlan.

Herr Barthel, wann sollen wir denn die Entscheidung von Ihnen bekommen? Im Januar 2016? Und dann heißt es: Ach, wir können von der Regel keinen Gebrauch mehr machen.

Im Übrigen, Herr Barthel, ich habe das schon wortwörtlich abgeschrieben. Kann sein, dass Sie die Beschlussvorlage in der Zwischenzeit geändert haben, aber einen Text mit Copy-and-paste zu kopieren kriege ich gerade noch hin.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit beende ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Die AfD-Fraktion hat namentliche Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida von der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER - Regelung von Mindestabständen für die Errichtung von Windkraftanlagen in Brandenburg endlich umsetzen - Drucksache 6/1164, 3. Neudruck, beantragt. - Ich eröffne die namentliche Abstimmung und bitte um das Aufrufen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Hatte jeder Abgeordnete Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? - Nein, Frau Lehmann ist noch zu fragen.

(Frau Lehmann [SPD] gibt ihr Votum ab.)

Dann rechnen wir hier ein bisschen.

(Heiterkeit CDU - Vogel [B90/GRÜNE]: Bis das Ergebnis passt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Luft ist hier sehr stickig, wie ich finde. Daran müssen wir auch etwas ändern. Von daher gab es hier ein paar Irritationen.

Für den Antrag haben 30 Abgeordnete gestimmt, gegen den Antrag 50 Abgeordnete. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 728)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 16 und rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

**Aufforderung zur Abgabe einer Regierungserklärung zu den Vorwürfen „Manipulierte Kriminalitätsstatistik“**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1178  
(2. Neudruck)

Die Aussprache eröffnen wir mit dem Beitrag des Abgeordneten Vida von der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER. - Bitte schön.

**Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Gleich eingangs möchte ich darauf hinweisen, dass BVB/FREIE WÄHLER diesen Antrag eine Woche vor dem erklärten Rücktritt des Staatssekretärs eingereicht hat, weil wir die gesamte Diskussion von der persönlichen auf die fachliche Ebene bringen wollten und wollen, denn dieses Thema ist viel zu wichtig, um es nur an einer Person festzumachen. Deswegen war und ist auch der Hinweis des Innenministers richtig, dass mit einem Staatssekretär nicht alles steht und fällt. Und weil es nicht nur mit dieser einen Person steht und fällt, ist das Problem mit dem Rücktritt

(Senfleben [CDU]: Eine berufliche Veränderung!)

oder mit der beruflichen Veränderung auch nicht aus der Welt.

Es geht hier nicht um ein bloßes Gefühl oder eine Petitesse, sondern um eines der wichtigsten Themen der Koalition, nämlich innere Sicherheit auszubauen und zu qualifizieren, wie Sie es versprochen haben. Für viele Bürger ist es nicht ein, sondern das wichtigste Thema, und deswegen muss hier auch im ganzen Land Klarheit herrschen. Keine Vertuschungen und keine Irritationen, sondern Klarheit vor dem Bürger und Transparenz vor dem Landtag. Dabei ist es egal, ob die Manipulationen oder etwaigen Manipulationen willentlich, wissentlich oder grob fahrlässig erfolgt sind. Statistikschriffe und Statistikverrenkungen, die uns und der Öffentlichkeit bessere Quoten vorgaukeln sollen, als vorhanden sind, sind untragbar.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU sowie vereinzelt AfD)

Nun hieß es noch bis letzten Donnerstag, der Staatssekretär habe das vollste Vertrauen des Ministerpräsidenten und des Innenministers. Nun kenne ich natürlich diese Vokabeln aus der Bundespolitik und weiß auch, was sie bedeuten. Nichtsdestotrotz wurde zumindest das Vorgehen verteidigt, und wir gehen nicht davon aus, dass diese Probleme - Interpretationsänderungen

gen, Deutungs- und Berechnungsmethodik - in so kurzer Zeit bewältigt wurden. Von daher braucht es hier weiterhin Klarheit.

Wir sind uns bewusst, dass eine Regierungserklärung immer eine besondere Bedeutung hat. Deswegen betonen wir nochmals, dass wir diesen Antrag unabhängig vom Rücktritt, unabhängig von der Personalentwicklung der letzten Woche eingereicht haben. Wir möchten von der Landesregierung, vom Innenminister, vom Ministerpräsidenten nämlich nicht wissen, wie die Außendarstellung medial optimiert werden kann, sondern welche konzeptionellen Änderungen es gibt, welche organisatorischen strukturellen Konsequenzen gezogen werden. Ist davon auszugehen, dass sich die Arbeit, die Pläne, die Maßnahmen und Visionen des Innenministers noch auf eine stabile Mehrheit im Landtag stützen können? Hier ist es erforderlich, Vertrauen herzustellen und den Landtag ausführlich zu unterrichten.

Ich stelle nicht infrage, dass der Innenminister in der Lage ist, fachlich kompetente Antworten im Innenausschuss zu geben. Aber hier geht es auch um eine politische Dimension. Eine oberste Landesbehörde soll dem höchsten Landesorgan ausführlich die Entwicklung und Perspektive in dieser wichtigen Sache darlegen. Innere Sicherheit ist ein genuines Landesthema. Deswegen ist auch der gebührende Rahmen, hierzu im Landtag grundsätzlich Stellung zu beziehen. Die letzten Wochen boten nun genug Anlass dafür, und die Probleme sind nicht ausgeräumt. Deswegen reichen auch die üblichen parlamentarischen Mittel - Kleine Anfrage, Diskussion in den Ausschüssen, klassische Anträge - nicht aus, sondern wir denken, es braucht hier eine Regierungserklärung, mit Fachkunde und fundiert, aber in der nötigen herausgehobenen parlamentarischen Form, um der Sache die Aufmerksamkeit zu geben und die Relevanz zuteilwerden zu lassen, die sie verdient, einerseits zur Stabilisierung der Regierungsarbeit, andererseits aber auch zur Einbindung der Opposition und vor allem und zentral als verlässliches Zeichen für das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung unseres Landes. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, B90/GRÜNE, CDU und des fraktionslosen Abgeordneten Hein)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Für die Fraktion von SPD und Linke spricht der Abgeordnete Kossanke.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Zur Windkraft kann er jetzt ja sprechen!)

#### **Kossanke (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag fordert eine Regierungserklärung zum Thema Polizeiliche Kriminalstatistik. Ich will gleich am Anfang klar sagen: Ich finde es eigentlich unverschämt, ich finde es vor allem verlogen, hier etwas zu fordern, was Sie gar nicht haben wollen. Sie wollen doch überhaupt keine Erklärung der Regierung zum Thema Polizeiliche Kriminalstatistik.

(Beifall SPD)

Sie wollen nicht verstehen, wie die PKS funktioniert, welche Schwächen sie hat, welche Ziele sie verfolgt.

(Gelächter bei der CDU - Der Abgeordnete Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] meldet sich zu einer Kurzintervention.)

Sie wollen keine Erklärung dazu, in welchem Maße dies stattfand und warum es die Polizei nicht nur bei der Bekämpfung der Kriminalität in unserem Land, sondern auch bei der lapidar erscheinenden Aufgabe, eine Statistik zu führen, nicht immer ganz leicht hat. Sie haben hier nur ein einziges Ziel, nämlich zu behaupten, dass die Landesregierung die Statistik manipuliert hat

(Wichmann [CDU]: Wieso behauptet? Das ist erwiesen!)

bzw. von der Polizei möglicherweise vorgenommene Manipulationen deckt und im besten Fall sogar angewiesen hat.

Bei den Erklärungen der Landesregierung im Ausschuss für Inneres und Kommunales - es war dort in drei von vier Sitzungen Thema - wurde sehr deutlich dargestellt und erklärt - vor allem auch durch die Landesregierung -, dass es bei der Erfassung von Straftaten mit mehreren Geschädigten Probleme mit der Einordnung gab.

(Lachen und Unmut bei der CDU)

Es wurde auch eingeräumt, dass es im Land unterschiedliche Herangehensweisen an die Erfassung gab, und es wurde erklärt, dass dies falsch war und deshalb abgestellt wurde.

(Wichmann [CDU]: Ihr habt Probleme mit der Wahrheit, aber nicht mit der Statistik!)

Es wurde in den Beratungen des Ausschusses unter anderem in Auswertung der Akteneinsicht, die verschiedene Mitglieder des Ausschusses genommen haben, auch herausgearbeitet, dass nicht gezielt und verdeckt Einfluss genommen wurde - genau das ist die Bedeutung von Manipulation -, sondern die Problematik sehr offen öffentlich diskutiert wurde. Teilweise hatte man den Eindruck, dass man sie auch ein bisschen skurril öffentlich diskutiert. Die Landesregierung hat nämlich sehr deutlich auch die innerbehördlichen Diskussionsstränge dargestellt. Wir konnten sehen, dass unterschiedliche Rechtsauffassungen nicht nur innerhalb der Behörde, sondern auch in und mit der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Ich frage Sie: Wo ist hier eine verdeckte Einflussnahme festzustellen? Da muss man doch wirklich fragen: Wo wurde denn hier manipuliert? Ich sage Ihnen auch, wo manipuliert wurde und wird: bei der Behandlung des Themas durch die Opposition.

(Beifall SPD - Unmut bei CDU, AfD und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Hier wird gezielt und irreführend ein Bild gezeichnet, das nicht den Tatsachen entspricht. Hier wird frei nach dem Motto „Wenn ich es oft genug behaupte, dann brauche ich es nicht zu begründen“ immer wieder die Manipulation - also die gezielte Verfälschung der Statistik - behauptet, die sich schlicht und ergreifend nicht belegen lässt.

(Wichmann [CDU]: Dass du dir dafür nicht zu schade bist!)

Verschlagen und schlau, wie Sie sind, fragen Sie natürlich, warum der Minister das Verfahren geändert hat. Warum hat er veranlasst, dass die Statistik neu aufgearbeitet wird, wenn denn nicht manipuliert wurde?

(Bretz [CDU]: Ganz starke Passage!)

Die Antwort ist einfach, sie wurde auch schon mehrfach gegeben: Ja, es war nicht richtig, unterschiedlich zu erfassen,

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

und wir wollen die Vergleichbarkeit. Diese war so nicht gegeben, und insofern war es richtig, Fehler zuzugeben und die Erfassung entsprechend zu ändern.

(Bretz [CDU]: Ja!)

Aber - und das muss man hier ganz klar festhalten - es wurde eben nicht versucht, zu täuschen. Es wurde nicht versucht, zu betrügen.

(Vereinzelt Lachen bei CDU und AfD)

Und das ist es, meine Damen und Herren von der Opposition, was Sie unserer Polizei vorwerfen.

(Senftleben [CDU]: Ihnen! - Zwischenrufe bei der CDU - Wichmann [CDU]: Dienstanweisung!)

Sie werfen es der Polizei vor. Wer macht denn diese Statistik? Meinen Sie, da sitzt ein Staatssekretär und ändert Kommastellen?

(Zuruf von der CDU: Ja! - Unmut bei der CDU)

Hunderte von Beamten in diesem Land sind jeden Tag auch damit beschäftigt, diese Statistik zu erfüllen, und Sie unterstellen dieser Polizei, dass sie hier bewusst irreführend agiert. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ihnen geht es nur - und das muss man hier eindeutig unterstreichen - um Ihre politische Profilierung. Das ist Ihre Aufgabe als Opposition.

(Wichmann [CDU]: Um Aufklärung geht es!)

Bitte, tun Sie es. Wenn Sie aber Erklärungen wollen, dann lesen Sie einfach die Protokolle unseres Ausschusses; die Gelegenheit dazu haben Sie. Die Gelegenheit, unsere Polizei weiter durch Ihre Behauptungen in Misskredit zu bringen, werden Sie hier nicht bekommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Protest bei der CDU)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Abgeordnete Schulze hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Wir wollen mal fertig werden!)

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaub', ich bin im falschen Film.

(Beifall CDU und AfD)

Also, Herr Kosanke, der Opposition insgesamt zu unterstellen, wir wollten gar nichts und würden gar nichts verstehen! Herr Kosanke, ich sage Ihnen: Ich war 23 Jahre Mitglied des Innenausschusses, war viele Jahre Vorsitzender des Innenausschusses. Wenn Sie mir unterstellen, ich verstehe nichts von der PKS und der Polizeiarbeit, weise ich das als dreiste Anmaßung zurück.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, B90/GRÜNE, CDU und AfD)

Sie leiden unter Hybris.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht die Opposition, die das ans Tageslicht gebracht hat. Es waren Polizistinnen und Polizisten dieses Landes, die uns - insbesondere die CDU, Herrn Lakenmacher - darauf hingewiesen haben, dass hier etwas falsch läuft. - Dann musste es mit Gewalt ans Tageslicht geholt werden, weil man sich gewehrt hat. Es wurde bis zum letzten Tag bestritten. Was passiert mit einem Geschäftsführer, der die Bilanz schön? Mein Gott, dann kommt der Staatsanwalt! Wir reden hier nicht über irgendetwas, das Pillepalle ist, sondern über die Kriminalitätsstatistik der Polizei. Das ist eine amtliche Statistik. Es wurde - ich behaupte: vorsätzlich - etwas daran geändert, weil man es politisch so wollte, weil die Polizeireform von 2010 mit guten Ergebnissen begründet werden musste.

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie CDU und AfD)

Denken Sie nicht, dass wir uns die Hose mit der Kneifzange anziehen! Das kommt doch aus der Polizei selbst. Es sind Polizistinnen und Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die das so vertreten.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Wenn es nicht falsch war, warum musste es dann geändert werden? Wenn nichts dran war, warum ist der Staatssekretär gegangen? Ob freiwillig oder gezwungen, ist völlig gleichgültig. Die entscheidende Frage ist, dass das dort draußen im Land ein Thema ist. Die Menschen reden darüber und fragen sich: Wem können wir in Zukunft noch vertrauen? - Das Einzige, worum es geht, ist, dass hier reiner Tisch gemacht wird, dass man sagt: So war es; wir haben daraus gelernt. - Kein Mensch hat doch etwas dagegen, dass Fehler gemacht werden, aber zu Fehlern muss man stehen und sagen: Mea culpa!

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie CDU und vereinzelt AfD)

Dann ist es auch gut. Ich will ausdrücklich sagen: Dieser Innenminister hat meinen persönlichen hohen Respekt, weil er etwas getan hat, was andere vor ihm nicht getan hätten. Diesem Innenminister gebührt Dank.

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie CDU und AfD)



**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Kollege Kosanke, möchten Sie darauf reagieren? - Bitte schön.

**Kosanke (SPD):**

Tja, Kollege Schulze. Mea culpa - und dann ist es gut. - Was hat der Innenminister gemacht? Er hat gesagt: Hier wurden Fehler gemacht. - Aber es ist immer noch nicht gut, weil es Ihnen immer nur darum geht, hier Dinge zu behaupten, die so einfach nicht stimmen.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Lakenmacher. Bitte sehr.

**Lakenmacher (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Sören, deine Redebeiträge heute enttäuschen mich, das muss ich wirklich sagen. Sie schließen sich an dein Abstimmungsverhalten zum Tagesordnungspunkt 16 an.

(Beifall CDU, AfD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Meine Damen und Herren, das Thema „manipulierte Kriminalitätsstatistik“ beschäftigt diesen Landtag schon länger als ein Jahr. Immer wieder hat die CDU-Fraktion nachgehakt und schonungslose Aufklärung gefordert. Leider bestehen bis heute Zweifel, ob nicht nur 2013 und 2014 - da steht es meines Erachtens fest - von den bundeseinheitlichen Erfassungsrichtlinien abgewichen wurde. Gegenwärtig besteht leider auch Zweifel, dass die Erfassungspraxis bei der Kriminalstatistik hier in Brandenburg ohne Manipulationen weiterläuft.

Mit Ihrer Salomitaktik - es wird immer zugegeben, was nicht mehr zu deckeln ist - sind Sie seitens der Landesregierung immer fortgefahren. Es wurde bestritten, dass in Brandenburg von der bundeseinheitlichen Richtlinie abgewichen wird. Dann wurde bestätigt, dass abgewichen wurde, das sei aber nur per Dienstanweisung in der Polizeidirektion West erfolgt - und auch nur, weil die bundeseinheitliche Richtlinie angeblich Interpretationsspielräume aufweise. Auf einmal war es dann aber auch die Polizeidirektion Süd. Auf die Frage, ob auch andere Polizeidirektionen betroffen sind, gibt es bis heute seitens der Landesregierung keine klaren Aussagen, sondern nur Andeutungen. Ich beantworte sie Ihnen aber: Alle Direktionen sind betroffen. Nur einzelne Inspektionen sind nicht betroffen, weil sich die Verantwortlichen dort weigerten, eine die Polizeiliche Kriminalstatistik verfälschende Dienstanweisung umzusetzen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD)

Immer wieder wurde seitens der Landesregierung rückhaltlose Klärung versprochen. Bei dieser Ankündigung ist es aber immer geblieben. Das indirekte Eingeständnis, dass in Brandenburg manipuliert wurde, haben Sie selbst gegeben, als die Nacherfassung von rund 21 000 Datensätzen erfolgte. Dieses

indirekte Eingeständnis und diese Nacherfassung waren für mich unter einem Innenminister Woidke, unter einem Innenminister Holzschuher absolut undenkbar. Dafür, dass sie erfolgt sind - das sage auch ich ganz klar -, hat der neue Innenminister auch meinen Respekt. Das ist so.

(Beifall CDU, AfD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Die CDU-Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr ein Gutachten vorgelegt, mit dem eindeutig bewiesen wurde, dass in Brandenburg Manipulationen stattfinden. Herr Woidke, Sie hätten sich eine Menge Ärger erspart, hätten Sie schon damals auf uns gehört. Es ist jetzt wichtig, dass diejenigen Verantwortung übernehmen, die sich diese Malice ausgedacht haben, die immer ihre schützende Hand über diese Brandenburger Erfassungsmethode und die handelnden Personen gehalten haben. Verantwortlich war - das wissen wir - der damalige Polizeipräsident und heutige - wie soll ich ihn nennen? - Noch-Innenstaatssekretär. Er möchte sich, wie wir jetzt im Innenausschuss erfahren haben, beruflich umorientieren.

Man muss aber fragen: Trägt alleine Herr Feuring Verantwortung? War es wirklich seine alleinige Idee und der Antrieb nur eines Mannes, von den bundeseinheitlichen Richtlinien abzuweichen und Statistiken zu manipulieren? Es ist drängend, dass endlich geklärt wird, wann, warum und von wem der Impuls kam, von den bundeseinheitlichen Methoden abzuweichen. Ich bin der Meinung, dass die Kriminalitätszahlen nach unten und die Aufklärungsquote nach oben korrigiert werden sollten, um den größten innenpolitischen Fehler der rot-roten Landesregierung schönzumalen: die missglückte Polizeireform und den damit verbundenen Raubbau am Polizeipersonal.

(Beifall CDU, AfD und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Herr Ministerpräsident, Sie haben genauso wie Ex-Innenminister Speer an den Plänen dieser Reform gesessen, gemeinsam übrigens mit einem Innenstaatssekretär Zeeb, der heute Chef der Staatskanzlei ist. Als ehemaliger Innenminister haben Sie Verantwortung getragen. Sie haben Herrn Feuring zum Polizeipräsidenten und dann zum Innenstaatssekretär ernannt und viel zu lange Ihre schützende Hand über ihn gehalten. Deshalb, denke ich, ist es an der Zeit, dass Sie Verantwortung übernehmen und sich vor dem Parlament erklären. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE und vereinzelt AfD sowie des fraktionslosen Abgeordneten Hein)

Es ist traurig und bezeichnend, dass Sie sich wegducken und Redeverzicht angezeigt haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Das von der Politik verspielte Vertrauen - der Bürger in die Polizei Brandenburgs und der Polizisten in ihren Dienstherren - kann nur zurückgewonnen werden, wenn jetzt schonungslos und bis in alle Ecken und Kanten aufgeklärt wird. Dazu würde gehören, dass Sie sich heute hier erklären. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Jung.

**Jung (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich mit den Folgen einer vertuschten Polizeistatistik auseinanderzusetzen, einer Polizeistatistik, die erkennbar nicht dem Ziel diene, die Sicherheitslage unseres Landes wiederzugeben, sondern die Bürger in einer Sicherheit zu wiegen, die es nicht gab. Die Bürger hatten das richtige Gefühl, was verantwortliche Polizeiführungskräfte jedoch bewusst falsch gemessen haben wollten. Ob es verantwortungslos war, Öffentlichkeit und Parlament über die Sicherheitslage zu täuschen oder den Opfern von Vergehen und Verbrechen durch eine falsche Statistik einzureden, es handele sich lediglich um rein subjektives Unsicherheitsempfinden, ist unerheblich.

Erheblich ist, dass die Landesregierung nicht sehen will, dass sie handeln muss. Zwar hat die Landesregierung letzte Woche im Innenausschuss die für die manipulierte Kriminalitätsstatistik Verantwortlichen benannt und Konsequenzen gezogen, aber das Problem an sich besteht weiterhin. Die Bürger haben kein Vertrauen mehr, dass die Landesregierung ab jetzt mit ehrlichen Zahlen arbeiten wird. Durch die Entlassung des Staatssekretärs Herrn Feuring ist nicht automatisch eine Garantie entstanden, dass an den Kriminalitätsstatistiken nicht mehr weiter mit kreativer, griechischer Buchhaltung und Statistik gearbeitet wird.

Wenn man bedenkt, mit welchem Personal- und Geldaufwand die Korrektur der fehlerhaften Kriminalitätsstatistik verbunden war, stellt sich die Frage, ob es nicht mehr Sinn macht, von Anfang an Manipulationen jeglicher Art an Kriminalitätsstatistiken zu unterlassen. Noch schlimmer ist aber die Tatsache, dass die Landesregierung die Schuld am Geschehen immer wieder zurückgewiesen und den Verantwortlichen bis vor einer Woche noch verteidigt hat. Der Druck auf die rot-rote Regierung, etwas zu vertuschen, ist dennoch hoch, wie unter Unstimmigkeiten offenkundig wurde: Gerade hatte Ministerpräsident Woidke sein Vertrauen in den Staatssekretär ausgesprochen; Minuten später widersprach Innenminister Schröter, indem er den Rückzug des Staatssekretärs in Aussicht stellte. Nach alledem kann man nur den Kopf schütteln.

Dieser Landesregierung haben sich die Brandenburger für die ganze Legislaturperiode anvertraut, was jetzt sicherlich, was die Polizeistatistik angeht, für die Zukunft mit einem Fragezeichen versehen ist. Um es klarzustellen: Wir von der AfD-Fraktion finden das Verhalten des Herrn Innenministers gut und zollen Ihnen Respekt dafür, dass Sie das Schwert des Handelns aufgenommen haben, um mit der ganzen Sache Schluss zu machen und sie zur Chefsache zu erklären. Wir hoffen, dass alles jetzt endlich gut aufgeklärt wird. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Abgeordnete Mächtig [DIE LINKE]: Welches Schwert?!)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke schön. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Kollegin Nonnemacher. Bitte sehr.

**Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):**

Herr Präsident Dombrowski! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! An der Aufforderung an den Ministerpräsi-

denten oder die Fachminister, eine Regierungserklärung abzugeben, haben sich schon viele Oppositionspolitiker die Zähne ausgebissen. Regierungserklärungen sind nicht gesetzlich normiert; sie können auch nicht erzwungen werden. Trotzdem ist die Aufforderung zur Abgabe einer Regierungserklärung natürlich ein probates Mittel der Opposition, auf schwerwiegende Probleme im Land hinzuweisen und von der Regierung eine Positionierung und zielgerichtetes Handeln zu verlangen. Mit einem schwerwiegenden Problem haben wir es bei den Vorgängen um die manipulierte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik ohne Frage zu tun.

(Beifall B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Seit März 2014 ist bekannt, dass eine Dienstanweisung im Bereich der Polizeidirektion West vom 25. August 2013 entgegen der offiziellen Erhebungsrichtlinie des Bundeskriminalamtes anwies, mehrere Taten zu einer zusammenzufassen und damit die Kriminalitätsbelastung herunterzurechnen. Die Richtlinie musste auf öffentlichen Druck zurückgezogen und im April 2014 durch eine andere Dienstanweisung ersetzt werden.

Aus Presserecherchen, Ausschussdiskussionen und durch Akteneinsicht wissen wir, dass es bereits im Jahr 2013 klare Aussagen vonseiten des Bundes- und des Landeskriminalamtes gab, dass die praktizierte Zählweise nicht richtlinienkonform war, und explizit vor der Verfälschung der PKS gewarnt wurde. Dies war der Polizeiführung bekannt. Nach intensiven Auseinandersetzungen im Innenausschuss vom 15. Januar 2015 hat der Innenminister die PKS zur Chefsache erklärt und eine äußerst aufwendige Nacherhebung der Kriminalitätsstatistik 2014 vornehmen lassen. Die Differenz von 3 985 Fällen und die Korrektur der Aufklärungsquote machen deutlich, dass an der Erfassung und damit an der Kriminalitätsstatistik in Gänze gedreht wurde.

Die Manipulationen haben bei einzelnen Delikten und in verschiedenen Inspektionen die Zahlen um bis zu 60 % verändert. Auch der Innenminister, dessen klarer Wille zum korrekten Vorgehen über jeden Zweifel erhaben ist, hat die falschen Zahlen für 2013 in seiner Pressekonferenz vom 27. März eingeräumt.

Es reicht aber nicht, nur nach vorn zu schauen und auf maximale Distanz zu seinem verantwortlichen Staatssekretär zu gehen. Wie viele langatmige Vorträge über Tateinheit und Tateinheit im juristischen und polizeifachlichen Sinne haben wir uns anhören müssen, wie viele Ausführungen über Interpretationsspielräume bei der PKS? Diese Interpretationsspielräume hat es nicht gegeben. Wenn am 22. April der Arbeitskreis der Innenministerkonferenz in einem Beschluss noch einmal bekräftigt, dass eine einheitliche Statistik auch einheitlich anzuwenden ist, so ist das keine neue Erkenntnis, sondern eher eine Peinlichkeit für Brandenburg. Auch der hilflose Versuch, für die manipulierten Zahlen einzelne schlecht geschulte Polizeibeamte und -beamtinnen verantwortlich zu machen, dürfte kaum tragen.

In der Sitzung des AIK am 23.04.2015 hat der Ministerpräsident dem im Zentrum der Vorwürfe stehenden Innenstaatssekretär und ehemaligen Polizeipräsidenten Feuring sein Vertrauen ausgesprochen. Der Innenminister hat es vermieden, ihm sein Vertrauen nicht auszusprechen. Die Ankündigung, dass

seit zwei Wochen bekannt sei, dass sich Herr Feuring beruflich verändern möchte, kann nur noch als peinlich gewertet werden. Politische Verantwortung sieht anders aus!

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Der politische Kommentator des RBB hat der Landesregierung beim Abgang von Herrn Feuring die Note Vier minus erteilt; er hat damit milde zensiert. Die Vorgänge um die gefälschte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik erschüttern das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei und die Landesregierung, sie erschüttern das Vertrauen der Polizeibediensteten in ihre Führung, und sie werden sich mit einem Tunnelblick nach vorn nicht beheben lassen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Die Evaluierung der Polizeistrukturenreform ist gerade im Abschluss begriffen, und schon wieder ist es da, das Misstrauen, ob man den Zahlen trauen kann, ob die Evaluation valide ist, ob neue Zielzahlen schönegeredet werden. Gestern war zu lesen: Die Evaluation wird bearbeitet - the show must go on. Wer eine Krankheit behandeln will, braucht eine klare Diagnose. Wer sich vor der Diagnostik drückt oder eine Fehldiagnose akzeptiert, wird auch in Zukunft keine Besserung erreichen können.

Bei der PKS geht es um Vertrauensverlust in einem Kernbereich staatlichen Handelns, und es geht um Führungsversagen. Dazu ist eine Regierungserklärung allemal angebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU, AfD sowie BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Oh, die Landesregierung spricht doch. Bitte schön, Herr Minister.

**Minister des Innern und für Kommunales Schröter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte zwar Redeversicht angezeigt, aber ich halte es doch für geboten, noch einmal auf einige Argumente einzugehen.

Erster Punkt: Den Ausschussmitgliedern des Innenausschusses wurde mehrmals erklärt - unter anderem durch mich -, aus welchem Grunde ein Makel an der Statistik des Jahres 2013 bestand. Der eigentliche Makel besteht darin, dass im Land einheitlich erfasst worden ist. Das ist etwas, was eigentlich nicht sein darf.

**Vizepräsident Dombrowski:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Minister Schröter:**

Gern.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie wissen, dass ich Sie seit langen Jahren kenne, persönlich hoch schätze und auch Ihre

Haltung in dieser Frage ausdrücklich billige. Würden Sie mir aber zugestehen, dass ich nicht aus zweiter Hand von Mitgliedern des Innenausschusses erfahren will, was an der Sache dran ist und was nicht, sondern ich als Abgeordneter des Landes Brandenburg hier in diesem Raum hören möchte, was Fakt ist und wie Sie diese Dinge bewerten? Können Sie das verstehen?

**Minister Schröter:**

Herr Schulze, erstens kann ich das verstehen. Zweitens habe ich aber - wirklich mit Engelsgeduld - zu erklären versucht, wie die Sachlage war. Ich habe nur zur Kenntnis nehmen müssen, dass man mich nicht verstehen wollte,

(Starker Beifall SPD)

und ich befürchte, dass diejenigen, die mich im Ausschuss nicht verstehen wollten, auch hier vor dem Plenum nicht verstehen wollen, was eigentlich leicht verständlich ist. Ich werde mich bemühen, einige wenige Dinge noch einmal zur Erhellung beizutragen, in der Hoffnung, dass der, der verstehen will, auch wirklich versteht.

Also: Zum Zeitpunkt der Erfassung der Straftaten und zum Zeitpunkt der Erstellung der Statistik für das Jahr 2013 gab es durchaus Interpretationsmöglichkeiten. Weil es sie gab, wurden sie bedauerlicherweise uneinheitlich genutzt. Erst im Dezember des Jahres 2014 hat eine Untergruppierung der Innenministerkonferenz, nämlich die AG Kripo, eine klare Interpretationslage geschaffen. Der AK 4, das ist der dafür gebildete Arbeitskreis der Innenministerkonferenz, hat erst in diesem Monat eine entsprechende Beschlusslage herbeigeführt. Es gibt sogar Stimmen, wonach die Beschlussfassung noch gar nicht stattgefunden hat. Also erst ab Dezember 2014 - frühestens - waren die Interpretationsspielräume nicht mehr vorhanden.

Auch deshalb war ich gut beraten, für Brandenburg eine einheitliche Verfahrensweise durchzusetzen, selbstverständlich in Anlehnung an das, was bundesweit nunmehr klare Interpretationssituation war.

Deshalb ist - zugegebenermaßen mit einem hohen Arbeitsaufwand - die Statistik für das Jahr 2014 auch mit den Statistiken anderer Bundesländer vergleichbar gemacht worden.

In der Vergangenheit ist allerdings ein anderes Problem sichtbar geworden - der RBB berichtete darüber -: In der Tat ist in einer Polizeiinspektion, namentlich in der PI Barnim, in insgesamt sieben Fällen - aber nicht, um die Statistik zu schönen, sondern das war wohl eine Kollegin - nicht korrekt erfasst worden. Das sind sieben von rund 200 000 Fällen im Jahr.

(Bischoff [SPD]: Ach so!)

Wenn ich richtig rechne, müssten das 35 ppm, also 35 parts per million sein; in Prozent oder in Promille will ich es nicht ausdrücken, weil diese Zahl so klein ist und so viele Nullen hinter dem Komma hat, dass ich Gefahr laufe, etwas Verkehrtes zu sagen. Das sind also wirklich Einzelfälle. Überall wo Menschen arbeiten, können Fehler gemacht werden, und das ist auch etwas grundsätzlich anderes.

Ich habe im Ausschuss mehrfach erwähnt, dass es nunmehr keine unterschiedlichen Erfassungen im Land mehr geben wird, dass nunmehr, und zwar ab 2014, klar ist, wie erfasst wird, nämlich bundeseinheitlich nach der BKA-Richtlinie, die durch die AG Kripo im Dezember vergangenen Jahres auch noch einmal klar so interpretiert wurde. Damit ist alles, was eigentlich menschlich denkbar ist, an Regelungen getroffen worden, es ist alles ausgewertet. Ich werde mit den Führungskräften der Polizei zusammenkommen, um das alles noch ein weiteres Mal auszuwerten. Wir haben bereits Schulungen durchgeführt und werden weitere Schulungen durchführen. Wir werden ein besseres System des Controllings einführen, nicht nur als Kontrollieren, sondern auch als Steuern zu verstehen.

Ich sage Ihnen eines ganz klar: Es gibt keinen, der eine klare Statistik mehr braucht als der Innenminister des Landes, denn all seine Entscheidungen brauchen klare Grundlagen, und die Entwicklung von Straftaten und ihre Aufklärungsquote sind Grundlage für jede Überlegung mit der und über die Polizei. Seien Sie versichert, meine Damen und Herren, ich arbeite an diesem Thema, und zwar mit der gleichen Intensität wie an den Reformprogrammen, die wir in Kürze auf den Tisch legen wollen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, DIE LINKE, CDU sowie BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Kollege Lakenmacher hat eine Kurzintervention angekündigt.

#### **Lakenmacher (CDU):**

Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Innenminister, ich zweifle nicht an Ihrer Integrität, das sage ich ganz klar. Aber was Sie jetzt gebracht haben, ist die Wiederholung all der Dinge, die wir schon breit im Innenausschuss und teilweise auch hier im Parlament gehört haben,

(Zurufe von der SPD: Was ist denn jetzt noch?)

und um die geht es bei diesem Tagesordnungspunkt nicht. Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es darum, dass auch der Ministerpräsident dieses Landes -

(Ah! bei der SPD)

ja, der Ministerpräsident -, der den Innenstaatssekretär ernannt hat, der sich jetzt beruflich umorientieren will, der mit ihm als Polizeipräsident und als ehemaliger Innenminister zusammengearbeitet hat ...

(Günther [SPD]: Es geht also nicht um die Sache! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wollen Sie mich jetzt überschreien, ist das die Übung? Oder hören Sie zu?

Dass der sich hier erklärt, darum und um nichts anderes geht es bei diesem Tagesordnungspunkt.

(Beifall CDU und AfD)

Glauben Sie wirklich, dass irgendein Abgeordneter hier - ich sage einmal - so gutgläubig ist, anzunehmen, dass Herr Zeeb nach all den Dingen und Verantwortlichkeiten, die ich und wir hier immer klar benannt habe bzw. haben, jetzt ohne Grund an Sie herangetreten ist und sagt, er wolle sich beruflich umorientieren? Sie glauben doch nicht, dass wir ihm das abnehmen! Warum will sich der Innenstaatssekretär beruflich neu orientieren, oder besser: Warum muss er das? Ja, warum denn? Dafür gibt es doch Gründe.

(Beifall CDU und AfD - Zuruf von Ministerpräsident Dr. Woidke)

Herr Woidke, jetzt schreien Sie von hier oben runter. Wären Sie doch ans Mikro getreten, das wäre Ihre Chance gewesen!

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Peinlich!)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Ordnung halber: Kollege Kosanke hat jetzt noch immens viel Redezeit von sechs Minuten offen. - Er verzichtet. - Auch Kollege Vida hat noch ein wenig Redezeit und sich auch gemeldet. Außerdem hat die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 14 Sekunden überschritten. Das heißt, die kann Herr Vida auch noch nutzen.

#### **Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister! Zunächst danke ich Ihnen für Ihre - ich nenne das einmal so - kleine Regierungserklärung. Damit haben Sie sich wohlthuend vom Redebeitrag der SPD-Fraktion in der Person von Herrn Kosanke unterschieden. Herr Kosanke, ich habe durchaus Verständnis für Ihren parteipolitischen Gewissenszwang bezüglich des Themas beim vorigen Tagesordnungspunkt. Ich habe aber kein Verständnis dafür, wenn Sie hier den Gebrauch oppositioneller parlamentarischer Rechte generell in Misskredit bringen wollen. Das gehört sich einfach nicht!

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, AfD sowie B90/GRÜNE)

Wir haben diesen Antrag völlig unabhängig von der Person des ehemaligen Staatssekretärs und völlig unabhängig von der Person des Innenministers eingebracht, und so habe ich auch seine Reaktion hier wahrgenommen. Es war und ist im normalen parlamentarischen Prozess vorgesehen, administrative Schritte und Überprüfungen abzuwarten und hier einen fachlichen Bericht - selbstverständlich mit der nötigen politischen Untermauerung - zu hören. Ihr Verhalten von der SPD führt dazu, dass Sie ohne Not folgenden Eindruck vermitteln: Ja, es gab Fehler, ja, es gab Verantwortliche, aber wir müssen im Plenum nichts dazu sagen. Das ist nicht die Art, wie man in dieser so wichtigen Frage mit den Bürgern umgeht. Man kann mit der Opposition so umgehen - das ist dann einfach nur schlechter parlamentarischer Stil -, gegenüber den Bürgern und der Öffentlichkeit ist das bei diesem wichtigen Thema allerdings höchst respektlos.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU sowie AfD)



Ich nehme zur Kenntnis, dass der Ministerpräsident zu diesem Punkt nicht sprechen möchte. Ich nehme aber auch wohltuend zur Kenntnis, dass der Innenminister hier klare fachliche Punkte benannt hat. Auch wenn der Antrag, wie es aussieht, abgelehnt wird, gehe ich davon aus, dass der Innenminister die entsprechenden Schritte vollziehen wird.

Ich wünsche mir, dass wir zumindest das Vertrauen, das verspielt worden ist, gemeinsam wiederentstehen lassen - wenn vielleicht auch nicht in einer Regierungserklärung -, nicht für uns, sondern für die Bürger, die von diesem Problem massiv betroffen sind.

(Ja, ja! bei der SPD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Vielen Dank. - Wir sind damit am Ende der Debatte. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 6/1178, 2. Neudruck, der Abgeordneten Schulze, Schülzke und Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Aufforderung zur Abgabe einer Regierungserklärung zu den Vorwürfen „Manipulierte Kriminalitätsstatistik“. Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 17 und rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

#### **Nein zum Stellenabbau bei der Justiz**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1179  
(2. Neudruck)

Die Aussprache wird durch den Abgeordneten Schulze für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER eröffnet. Bitte schön.

#### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, es ist so, wenn man in der Opposition ist, dann ist man nicht dafür verantwortlich, das Bild weich zu zeichnen und alle schönen Dinge, die die Regierung macht oder die es im Land Brandenburg gibt, auf die Tagesordnung zu setzen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Du machst es dir leicht!)

Opposition ist dafür zuständig, auf die Dinge hinzuweisen, bei denen es nicht läuft.

Nein zum Stellenabbau bei der Justiz, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nun relativ einfach zu verstehen. Im Grunde genommen muss man darüber gar nicht lange diskutieren.

Ich finde es interessant, dass wir heute drei Artikel im Pressespiegel haben. „Das gab es noch nie: Staatsanwälte und Richter gehen auf die Straße“, „Kompletten Kammern droht die Auflösung“ oder „Richter in Rage“ titelt die Zeitung. Wenn dieser Berufsstand, der eigentlich für seine Zurückhaltung und seine Contenance bekannt ist, jetzt derartig in die Offensive geht, können wir nicht so ganz falsch liegen. Da muss schon viel passieren.

Zugegebenermaßen, Herr Justizminister, die Zahlen sind umstritten. Der eine sagt so, der andere so. Aber eins ist unumstritten: dass es einen Stellenabbau geben wird. Ob das nun 37 Stellen sind oder 20 oder wie viele auch immer, da lasse ich mich gerne von Ihnen belehren. Aber Fakt ist - das sagen die Zahlen in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Eichelbaum aus -, dass es in den vergangenen Jahren einen dramatischen Stellenabbau gegeben hat. Es sind im Zeitraum von 2010 bis 2014 bei den Richtern und Staatsanwälten 55 Stellen abgebaut worden und 247 Stellen im Bereich des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, bei den Rechtspflegern etc. Es sind also 302 Stellen im Justizbereich, die in der 5. Wahlperiode abgebaut worden sind. Und das soll jetzt so weitergehen. Was sagen Richterinnen und Richter dazu? Die sagen: Das geht so nicht weiter. Wir bekommen einen Stillstand in der Rechtspflege.

Nehmen wir hypothetisch die Zahl 30, 37 würde stimmen: das Landgericht Cottbus hat 30 Richterinnen und Richter. Das heißt, eine komplette Kammer wird abgeschafft, wenn man bei der Zahl bliebe. Nun mögen Sie einwenden, es sind nur 25. Dann sind es immer noch mehrere Kammern bei den anderen Gerichten. Die Frage stellt sich, wie das im tatsächlichen Leben umgesetzt werden soll.

Sie werfen ein, die Verfahrensdauern seien in den letzten Jahren kürzer geworden. Mag sein, ich kenne die Statistik nicht. Mag sie stimmen, mag sie nicht stimmen. Meine gefühlte Wahrnehmung bei eigenen Rechtsverfahren, die ich am Laufen habe, ist nicht so. Ich habe ein Verfahren beim Verwaltungsgericht Potsdam, das liegt seit über zwei Jahren auf Halde; es hat noch nicht einmal einen ersten Termin gegeben, obwohl die Sache relativ klar und nicht schwierig ist. Da fragt man sich, ob das die geeignete Form der Rechtspflege ist.

Die Richterinnen, Richter und Staatsanwälte werfen ein, dass Deals - das heißt, es wird zwischen Anklage und Verteidigung ausgehandelt - immer häufiger geschlossen werden und das ein Instrument ist, um die Verfahren zu verkürzen und den Prozessberg abzutragen. Damit kann man natürlich die Verfahrensdauerstatistik auch schönen. Aber die Frage ist: Wie kommt das draußen an? Die Bürgerinnen und Bürger sagen: Der macht einen Deal, der kommt ganz ohne Verhandlung weg, es wird überhaupt nicht öffentlich diskutiert, was er auf dem Kerbholz hat. Er muss keine wirkliche Reue bekennen, bekommt eine Geldstrafe, und dann ist die Sache erledigt. - Entschuldigung, das erzeugt Zweifel am Rechtsstaat, das erzeugt Zweifel an der Rechtstreue.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns das diskutieren. Ich bin sehr dafür, dass der Justizminister die konkreten Zahlen nennt, weil jeder andere Zahlen hat. Da bin ich sehr gespannt.

Aber so einfach kommen Sie nicht davon; denn der Antrag beinhaltet:

„Der Landtag Brandenburg fordert eine verlässliche Verstärkung des Justizpersonals.“

Sich einfach auf die Demografie zu beziehen, zu sagen, es würden weniger Menschen hier leben, geht nicht. Das heißt doch noch längst nicht, dass es weniger Straftaten gibt. Selbst wenn es so wäre. Die Situation, die wir jetzt haben, ist nicht befriedigend. Die Verfahrensdauern sind nicht so, dass man sagen könnte: Alles prima. Deswegen werden wir Sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Und, wie gesagt, dass wir da nicht falsch liegen, zeigt schlicht und einfach das, was die Richterinnen und Richter sagen - und die müssen es wissen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, des Abgeordneten Eichelbaum [CDU] sowie vereinzelt AfD)

#### **Präsidentin Stark:**

Danke. - Zu uns spricht für die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Stohn.

#### **Stohn (SPD):**

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Schulze, für Ihren Antrag und dafür, dass die Personalsituation bei der Justiz auch hier im Plenum behandelt wird. Der Vorsitzende der Brandenburger Rechtspfleger, Marc-Oliver Gernert, beklagte am Wochenende, die Justiz sei unter den Politikbereichen immer nur das vernachlässigte Stiefkind. Heute reden wir nicht nur im Rechtsausschuss, sondern auch im Plenum über die dritte Gewalt. Und - Sie haben es in Ihrer Rede erwähnt, in Ihrem Antrag nicht - es geht nicht nur um Richter und Staatsanwälte. Sie werden unterstützt von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, von Justizangestellten des mittleren Dienstes und Justizvollzugsbeamten. Sie sind Teil der Betrachtung.

Infolge sinkender Bevölkerungszahlen - so die Annahme - bedürfte es auch weniger Stellen in der Justiz. Nun hat sich die demografische Entwicklung bestätigt, auch gehen Verfahrenseingangszahlen zurück, abgesehen von der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Allerdings gibt es noch eine große Zahl von Altverfahren. Diese sind in der Regel komplex und bedürfen Zeit für die Bearbeitung.

Dies sind Entwicklungen, über die man reden und bezüglich derer man dann handeln muss. Das tun wir auch. Beispiel Sozialgerichtsbarkeit: Hier gibt es acht zusätzliche Richter. Wir befinden uns mitten in den Haushaltsberatungen. Die Möglichkeit, Änderungsanträge zu stellen, ist jeder Fraktion, jeder Gruppe, jedem einzelnen Abgeordneten gegeben.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Darauf können Sie Gift nehmen!)

- Ich freue mich darauf.

Für die SPD-Fraktion habe ich in jüngster Vergangenheit mit Verbandsvertretern des Richterbundes, mit Rechtspflegern und Gerichtsvollziehern gesprochen. Außerdem habe ich Amtsgerichte besucht, bin mit Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten ins Gespräch gekommen. Dabei konnte ich feststellen: Ja, sowohl das richterliche als auch das nichtrichterliche Personal ist einer hohen Belastung ausgesetzt. Aber es erledigt die Arbeit mit großer Freude, Sorgfalt und hoher Motivation. In

der Sozialgerichtsbarkeit sind die Erledigungszahlen trotz der hohen Aktenlast deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Da kann man an dieser Stelle auch einmal danke sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE und des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE])

Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Justizvollzugsbeamte und die übrigen Beschäftigten der Justiz, sie alle kümmern sich nicht nur um die Streithähne dieser Welt, sie sorgen für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden, sie klären Konflikte, verfolgen Straftäter und machen an einigen Stellen wie in den Grundbuchämtern wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg erst möglich.

Der Koalition ist es wichtig, dass wir in der Justiz eine gesunde Altersstruktur haben, dass die ausscheidenden Kollegen ihr Wissen an nachfolgende, jüngere Kollegen weitergeben können. Daher sieht der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linke Einstellungskorridore für den Nachwuchs vor.

Entwicklungen können sich aber auch ändern. Darauf reagiert die Landesregierung. Personalentwicklung ist nicht nur im Bereich der Justiz ein Thema. So wurde die Personalbedarfsplanung erneut aktualisiert. Nicht nur neue Lehrer, Polizisten sowie die Verstärkung von Finanz- oder Gesundheitsverwaltung sind darin vorgesehen. Auch der Justizbereich ist als Priorität benannt. Kürzere Verfahrenszeiten durch Verstärkung der Sozialgerichte, außerdem mehr Kräfte im Strafvollzug sind darin vorgesehen.

Die Gespräche mit den Beschäftigten und Berufsverbänden haben ergeben, dass an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht. Das wollen wir im Zuge der Haushaltsberatungen in Angriff nehmen und entsprechende Änderungsanträge stellen. Ich freue mich, dass wir heute am Rande des Plenums da auch noch etwas in die Wege leiten konnten.

Dass die demografische Entwicklung, zurückgehende Haushaltsmittel und der Fakt, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, dazu führen, dass Anpassungen auch bei der Personalbedarfsplanung im Bereich Justiz notwendig sind, können wir nicht leugnen. Augenmaß zum Wohle der Beschäftigten als auch der Rechtsuchenden ist angezeigt. Pauschal die Personalbedarfsplanung über den Haufen werfen geht aber nicht, Herr Schulze. - Danke.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank Herrn Abgeordneten Stohn für seine Jungferrede. Da können ruhig alle einmal kräftig applaudieren.

Es ist eine Kurzintervention angezeigt worden. Herr Schulze erhält jetzt die Gelegenheit.

(Oh! bei der SPD)

#### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Wir liegen noch gut im Zeitplan, also regen Sie sich nicht auf.

Herr Kollege Stohn, ich finde es immer wieder überraschend. Die Engländer sagen: „beating around the bush“, wie die Katze

um den heißen Brei. Man kann das ganz kurz machen: Matthäus Kapitel 5 Vers 37: „Dein Wort sei ja, ja oder nein, nein.“ Mehr brauchen Sie nicht zu sagen. Sie sagen entweder, die SPD-Fraktion ist für den Stellenabbau in der Justiz, oder sie ist dagegen. Sie haben hier nichts gesagt. Sie haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter härtesten Bedingungen arbeiten, gelobt. Das finde ich gut, das tun wir auch. Das erkennen wir auch an. Aber es geht darum, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern sollen. Deswegen ist es ganz einfach zu sagen, wir sind dafür oder wir sind dagegen. Da muss man gar nicht groß herumparlamentieren. Tun Sie das doch einfach! Wir werden es ja gleich bei der Abstimmung sehen. Wenn Sie es heute nicht wollen, Sie haben ja eine gute Chance: Überweisen Sie den Antrag in den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und in den Rechtsausschuss, dann können wir das diskutieren und am 10., 11. und 12. Juni im Rahmen der Haushaltsberatungen ...

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Was denkst du denn, was der Rechtsausschuss macht? Meinst du, wir brauchen es, dass du uns das sagst? Das ist doch albern! - Weitere Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Frau Mächtig, Ihre Zwischenrufe sind wie immer besonders wertvoll.

(Beifall AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben eine Möglichkeit. Sie müssen das nicht ablehnen, sondern wir können gemeinsam zu einem besseren Ergebnis kommen. Das hilft dann auch dem Land Brandenburg. Aber reden Sie sich nicht heraus.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Schade um die Zeit!)

Danke.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Wir setzen mit dem nächsten Redner fort. Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Eichelbaum.

**Eichelbaum (CDU):\***

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sparpläne der Landesregierung bedrohen die Funktionsfähigkeit der Justiz in Brandenburg. Das ist auch dem Justizminister bekannt, spätestens seit dem Gespräch mit den Präsidenten der Landgerichte vor einigen Wochen und nach den Ausführungen des OLG-Präsidenten in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses.

Ich bin dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes, Wolf Kahl, sehr dankbar, dass er außergewöhnlich offen und schonungslos in der Sitzung des Rechtsausschusses den Ernst der Lage in den Brandenburger Gerichten deutlich gemacht hat und die Kritik der Opposition an der Personalbedarfsplanung der Landesregierung teilt.

Ihre Personalbedarfsplanung, Herr Justizminister, ist eine einzige Horrorliste. Sie planen demnach - das kann man in der Personalbedarfsplanung nachlesen -, bis zum Jahr 2019 weitere

212 Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften abzubauen, darunter zahlreiche Richter- und Staatsanwaltschaften. Sie wollen beim Oberlandesgericht zwei Senate und an den Landgerichten 13 Kammern, also mehr als ein Viertel aller vorhandenen Gerichtskammern in Brandenburg schließen. Sie wollen Stellen für Gerichtsvollzieher streichen, und Sie gefährden mit dem Abbau von Justizwachmeisterstellen die Sicherheit an den Gerichten. Das ist ein in der Geschichte des Landes Brandenburg einmaliger justizpolitischer Kahlschlag. Sie treiben die Justiz auf die Straße. Zum ersten Mal wird es am 28. Mai eine Demonstration von Richtern und Staatsanwälten geben. Und die Leittragenden dieser verfehlten Personalpolitik werden neben den Justizbeschäftigten vor allen Dingen die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg sein.

Die Folgen Ihres geplanten Stellenabbaus sind offensichtlich: noch längere Gerichtsverfahren im Zivilrecht und bei der Vollstreckung von Titeln, noch längere Gerichtsverfahren bei den Familiengerichten mit sozialen Folgelasten, noch längere Verfahrenszeiten in den Fachgerichtsbarkeiten mit erheblichen sozialen und finanziellen Auswirkungen - und das, obwohl wir bereits heute bundesweit die rote Laterne bei den Verfahrenslaufzeiten haben.

Auch die Strafverfahren werden sich weiter verlängern. Gerade hier besteht die Gefahr, dass durch Verfahrensverzögerungen Untersuchungshaft nicht mehr angeordnet werden kann, es zu Haftentlassungen kommt oder keine schuldangemessenen Strafen mehr verhängt werden können.

(Vereinzelt Beifall CDU sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] und des Abgeordneten Jung [AfD])

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern: Die 7. kleine Strafkammer des Landgerichts Potsdam hatte bereits 2012 den damaligen Justizminister Dr. Schöneburg massiv für seine Personalpolitik kritisiert und der Landesregierung eine Gefährdung der Strafverfolgung vorgeworfen.

In einem Urteil des Gerichts hieß es:

„Es scheint, dass die Justizverwaltung, insbesondere das Justizministerium des Landes Brandenburg, an den Belangen der Justiz vollkommen desinteressiert ist und sich lediglich dem Spardiktat des Finanzministers beugt.“

Daran hat sich bis heute leider überhaupt nichts geändert, im Gegenteil: Der heutige Justizminister vollzieht den Stellenabbau, den er als Finanzminister damals noch nicht durchsetzen konnte, und nimmt damit auch längere Gerichtsverfahren in Brandenburg billigend in Kauf.

Sie stoßen damit auch gegen unsere Landesverfassung, die jedem Bürger in Artikel 52 ein Grundrecht auf ein zügiges Verfahren garantiert. Das Landesverfassungsgericht hat den Haushaltsgesetzgeber und die Landesregierung aufgefordert, eine angemessene Verfahrensdauer durch eine entsprechende personelle und sachliche Ausstattung der Gerichte sicherzustellen. Davon sind Sie meilenweit entfernt. Sie gefährden stattdessen mit Ihrer Politik den Rechts- und Wirtschaftsstandort Brandenburg.

(Beifall CDU)

In Ihrem Koalitionsvertrag - dies zur Erinnerung; Sie haben ihn vor gerade einmal sechs Monaten beschlossen - heißt es:

„Für einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz müssen den Gerichten die erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung stehen.“

Da kann ich nur sagen, schön wär's; Sie machen nämlich genau das Gegenteil davon, was Sie den Brandenburgern versprochen haben, und das merken eben nicht nur die Beschäftigten in der Justiz. Dieser von Ihnen geplante massive Stellenabbau in der Justiz wird mittlerweile auch öffentlich von den Behördenleitern in der Justiz kritisiert. Der Leitende Oberstaatsanwalt in Neuruppin Wilfried Lehmann beispielsweise nannte Ihre Sparpläne eine Milchmädchenrechnung, und der Präsident des Landgerichtes Frankfurt (Oder) Dr. Matthiessen sagte:

„Wir müssen aufpassen, dass wir den Wagen nicht gegen die Wand fahren.“

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die Justiz ist nicht eine x-beliebige Behörde. Die Justiz ist die dritte Gewalt und das Rückgrat unseres Rechtsstaates. Sie ist völlig ungeeignet, zum fiskalischen Spielball der Landesregierung zu werden. Deshalb, Herr Justizminister: Halten Sie inne! Legen Sie nicht die Axt an eine gute, bürgernahe und effektive Justiz. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Jung für die Fraktion AfD.

**Jung (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Brandenburgs Landesregierung plant in den kommenden Jahren einen gewaltigen Kahlschlag in dessen Justiz und gefährdet damit deren Funktionsfähigkeit. Weniger Richter, weniger Staatsanwälte, weniger Justizwachtmeister, weniger Gerichtsvollzieher, längere Wartezeiten, eine gelähmte Justiz - das kann nicht Ziel einer effizienten Politik sein. Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälte im Land laufen Sturm dagegen. Doch das Justizministerium nennt nur sinkende Klagefallzahlen und zuletzt verkürzte Bearbeitungszeiten als Grund für demnächst nicht mehr zu besetzende Stellen. Ein kurzer Achtungserfolg wird gleich zum Anlass eines gefährlichen Sparprogramms genommen.

Wir müssen uns vor Augen halten, worum es hier eigentlich geht: Die völlig unannehmbaren Zahlen von 2007 werden herangezogen. Damals betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer erledigter Klagen 35 Monate. Heute stehen immerhin noch 15,8 Monate zu Buche, bei Weitem kein Idealmaß und erst recht kein Grund für Sparaktionismus.

Brandenburgs Justizministerium hat die Kritik an den geplanten Stellenkürzungen einfach zurückgewiesen: Die Personalbedarfsplanung des Justizministeriums sehe vor, die aktuellen Stellenzahlen zu reduzieren - von 639 Richterstellen sollen nun 587 bleiben -; auch gingen immer weniger Verfahren ein. - Offensichtlich weiß da jemand mehr als alle anderen. Oder hat jemand eine Kristallkugel?

Die Pläne des Landesministeriums sehen vor, die Zahl der Staatsanwälte in Brandenburg von derzeit 270 auf 239 Ende 2018 zu reduzieren, also minus 12 %. Bei den Richtern in der ordentlichen Gerichtsbarkeit - da danken wir Herrn Kahl - und in den Sozialgerichten sollen von den heute 639 Richtern bis Ende 2018 lediglich 587 Richter übrigbleiben, also eine Stellenkürzung von gut 8 %. Das Landgericht in Neuruppin ist das kleinste und wäre im Gegensatz zu den Landgerichten in Potsdam, Frankfurt und Cottbus von einem Stellenabbau besonders stark betroffen. Zwei Stellen für Vorsitzende Richter stehen in Neuruppin derzeit auf der Kippe. Sie tragen den Vermerk „kw“, was so viel wie „künftig wegfallend“ heißt.

Auch belastet der Zustrom von Flüchtlingen die Justiz in Brandenburg immer stärker. Beim Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) machen diese Fälle bereits mehr als 64 % aller Verfahren aus. Diese Gerichte klagen über die steigende Zahl von asylrechtlichen Verfahren. Damit sind mittlerweile längst Berliner Verhältnisse erreicht. Dieser Trend ist in ganz Brandenburg zu beobachten. Die Gerichte schlagen mittlerweile überall Alarm. „Wir sind an der Grenze der Belastbarkeit“, sagte etwa Ruben Langer, der Sprecher des Potsdamer Verwaltungsgerichts. Dort spricht man bereits von einem Verschieben der Zuständigkeiten innerhalb des Gerichts, um die Fälle abzuarbeiten.

In Potsdam gab es 2014 fast dreimal so viele Klagen gegen Asylberechtigungen wie im Vorjahr, und was nicht erledigt ist, kostet natürlich laufend Geld, jeden Monat Hunderttausende, viel Geld - man kann es auch anderweitig ausgeben -, und das ist sehr beunruhigend. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat zuletzt eine sprunghafte Zunahme der Asylverfahren beobachtet. 2014 gab es bei den erstinstanzlichen Gerichten teilweise ein Plus von 50 %, und wir stehen derzeit vor einer gewaltigen Welle von Flüchtlingen und Zuwanderern, für die letztendlich Asylentscheidungen getroffen werden, in deren Folge oftmals der Klageweg beschritten wird.

Meine Damen und Herren, das ist das Aushöhlen unseres Justizapparates. Das ist genau der falsche Weg. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Zu uns spricht der Abgeordnete Raschke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Raschke (B90/GRÜNE):**

Sehr geehrte Gäste! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben durchaus Sympathie für den Antrag der Freien Wähler; allerdings halten wir ihn nicht für entscheidungsreif. Dieser Antrag hat nämlich kein Konzept dafür, warum nicht gespart werden soll. Das ist allerdings nicht den Freien Wählern zuzurechnen, sondern das ist ein Problem, das sie von der Landesregierung geerbt haben, dieses Schicksal teilt der Antrag mit den Haushaltsvorschlägen der Regierung. Auch da gibt es kein überzeugendes Konzept, warum eigentlich wo wieviel gespart werden soll.

Es gibt eine ganze Menge Herausforderungen, die auf das Justizsystem zukommen. Ein paar von ihnen - das gestehe ich ja zu - werden berücksichtigt, wie wir gerade schon gehört haben, zum Beispiel die Pensionierungswelle. Wir wissen, dass 60 %



der Staatsanwälte, also über die Hälfte, in den nächsten Jahren in Rente gehen. Dafür wurde jetzt schon etwas Vorsorge getroffen. Wir wissen auch, dass wir unglaublich viele Hartz-IV-Fälle haben; da wird Gott sei Dank kaum gespart. Dann hört es aber auch schon auf mit dem, was man erkennen kann.

Ich möchte auf einige Dinge hinweisen, die sozusagen bevorstehen und bei denen überhaupt nicht klar ist, wie man da in den genannten Größenordnungen sparen kann.

Punkt 1: Wir haben gerade ein modernes Justizvollzugsgesetz bekommen; der letzte Landtag hat es beschlossen. Es ist ein sehr gutes Justizvollzugsgesetz, es gab viel Lob dafür, es ist modern, es ist liberal, es ist sehr pädagogisch, und es war klar - dies hat die Linkspartei auch zugesagt -, dass es dafür mehr Personal geben wird. Da frage ich mich doch: Wie kann man angesichts dessen bis 2018 90 Stellen im Justizvollzug sparen?

Der zweite Punkt: Wir sind ein offenes Land, wir wollen möglichst viele Flüchtlinge aufnehmen, und wir wollen dafür auch möglichst viel Akzeptanz im Land schaffen. Dafür ist es besonders wichtig, dass die Verfahrensdauern möglichst kurz sind. Da frage ich mich doch: Wie kann man denn über zehn Richter an Verwaltungsgerichten sparen, wenn man die Verfahrensdauern verkürzen möchte?

Dritter Punkt: Die elektronische Akte soll eingeführt werden. Bis 2020 oder spätestens bis 2022 soll bundesweit der gesamte Schriftverkehr elektronisch ablaufen. Das ist also fast komplett in dieser Legislaturperiode zu bewerkstelligen und muss in diesem Ministerium passieren. Da frage ich mich: Wie kann man unter anderem bei den Rechtspflegern, die das hauptsächlich ausbaden müssen, über 30 Stellen wegfallen lassen? Bei den Rechtspflegern ist das besonders deswegen verwunderlich, weil sie das Land ungefähr eine Viertelmillion pro Stelle kosten. Sie können hinterher nichts anderes machen als Rechtspfleger. Wenn wir sie nicht einstellen, dann freuen sich andere Bundesländer, dass wir sie ausgebildet haben.

Der vierte Punkt betrifft die Frauenquote. Eigentlich eint uns auch dieses Ziel, den Frauenanteil im Justizsystem deutlich zu steigern. Wie, so frage ich mich, soll das gehen, wenn sämtliche Beförderungsstellen wegestrichen werden?

Das Problem, Herr Minister, ist nicht nur, dass Sie hier in solchen Größenordnungen sparen, dass man von einem Kahlschlag sprechen kann; das Problem ist, dass dabei der Eindruck entsteht, das sei konzeptlos, rein vom Sparwillen getrieben, und erfolge nach der Rasenmähermethode. Ich glaube, Sie sind es uns Parlamentariern bei dieser Größenordnung schuldig, dass Sie die Datengrundlage dafür offenlegen.

Wir haben bisher nur ein einziges Argument gehört, warum es denn so sein sollte, dass die Stellen gespart werden, nämlich dass der Zahl der Eingangsanträge sinke, dass also immer weniger Fälle vor Gericht getragen würden. Das ist jetzt so und wird wahrscheinlich auch zukünftig so sein, weil die Bevölkerungszahl sinkt. Das ist gut und schön, aber ich frage mich: Was ist mit all den anderen Punkten, die wir gerade gehört haben, und wie sieht es mit den Altbeständen aus? Das sind jede Menge Fälle, die noch abzuarbeiten sind. Natürlich steht auch die Frage: Wie ist die Verfahrensdauer?

Deswegen, Herr Minister - Sie sind ja gleich an der Reihe -, bitten wir Sie, diese Zahlen jetzt in Ihrer Rede oder im Aus-

schuss vorzutragen und einmal gegenüberzustellen: Wie ist denn der tatsächliche Arbeitsaufwand, und wie sind die Kürzungen? Passt das denn tatsächlich zusammen? Es kann ja sein, dass es im Einzelfall richtig ist, an einigen Stellen zu sparen. Wir stimmen dem Antrag der Freien Wähler auch deswegen nicht vollständig zu, weil er uns zu kategorisch ist und die anderen Bereiche ausblendet. Im Großen und Ganzen sieht es aber sehr konzeptlos aus.

Deswegen äußere ich folgende Bitte: Räumen Sie diesen Eindruck aus der Welt, legen Sie uns jetzt hier oder gerne in der nächsten Sitzung des Justizausschusses die Zahlen vor, wie Sie jede einzelne Stelle begründen, wie Sie angesichts dieser Herausforderungen in der genannten Größenordnung sparen können. Ich denke, das sind Sie uns schuldig, und wir würden uns freuen, wenn Sie das tun.

Den Antrag bitten wir zu überweisen. Er passt in die Haushaltsberatungen des Justizausschusses. Ich glaube, da können wir die Debatte weiter führen. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Für die Landesregierung spricht nun Minister Dr. Markov.

#### **Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Dr. Markov:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann natürlich nachvollziehen, weil es ein sehr einfaches Argument ist, dass bestimmte Vertreter der Richterschaft argumentieren: Der Markov war mal Finanzminister, der wollte den Haushalt in Ordnung bringen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Stimmt ja auch!)

- Den Haushalt wollte ich in Ordnung bringen, den Haushalt habe ich in Ordnung gebracht.

Also hat er alle Fachminister derart zusammengekniet, dass nichts mehr übriggeblieben ist.

(Zuruf von der CDU)

- Das kommt gleich; ich liefere jede Zahl. Einfach abwarten! Sie kriegen heute jede Zahl von mir, und dann wird eine Menge klar und deutlich.

Jetzt muss er damit leben, weil er damals den Schöneburg geknechtet hat. - So kann man denken, ja.

Sie haben gefragt, was die Grundlagen dafür sind, dass ich der Auffassung bin, ja, wir werden 2018 - damit beantworte ich die Frage klar und deutlich - nicht dieselbe Anzahl von Beschäftigten im Justizbereich benötigen. Das ist keine brandenburgische Erfindung. Vielmehr wird festgestellt, wie der Personalbedarf ist, und dies basiert auf einer Personalberechnung, bundesweit nach demselben Schema, nämlich nach den Eingängen der Verfahren.

Ich fange einmal, weil das am einfachsten ist - ich habe ja heute auch Zeitung gelesen -, mit der Staatsanwaltschaft an und

komme dann zu den einzelnen Gerichten. Da wird es allerdings ein bisschen komplizierter; aber das werde ich dann erklären.

Im aktuellen Entwurf des Haushaltsplanes sind für das Jahr 2015 insgesamt 270 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aller Besoldungsgruppen vorgesehen. Nach der gültigen Personalbedarfsplanung, die ja 2012 für 2013/2014 aufgestellt und die in einigen Bereichen für 2015/2016 verändert worden ist - ich sage nachher noch, was da gemacht worden ist; das ist ja die fortgeschriebene Personalplanung -, war vorgesehen, dass bis zum 31. Dezember 2018 insgesamt 31 Stellen abgebaut werden sollen. Das hätte bedeutet, dass dann nur noch 239 Stellen verbleiben. Der Personalbedarf nach der Personalberechnung 2014 besagt: Wir brauchen 230 Staatsanwälte.

Schauen Sie sich die Zahlen der Eingänge an: 2010 waren es 855, 2011 waren es 770, 2012 718, und 2013 waren es 713. Im Bund waren sie im Durchschnitt höher. Sie lagen 2010 bei 963, 2011 bei 953, 2012 bei 942 und 2013 bei 949 Verfahren.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Pro Staatsanwalt?)

- Ja, das sind die Eingänge pro Staatsanwalt. Im Bund sind es durchschnittlich mehr Eingänge pro Staatsanwalt; das habe ich gerade zu erklären versucht. In Brandenburg sind die Staatsanwälte also weniger belastet als die Staatsanwälte im Bundesdurchschnitt. Das ist die Konsequenz. Die Zahlen der Erledigungen pro Staatsanwalt in Brandenburg sind auch geringer als im Bundesdurchschnitt, was aber nicht schlimm ist, weil die Staatsanwaltschaften im Prinzip in der Lage sind - die Zahlen kann ich Ihnen benennen -, alle eingehenden Fälle zu bearbeiten. Die Anzahl der Erledigungen betrug im Jahr 2010 855, im Jahr 2011 781, im Jahr 2012 706 und 2013 waren es 711. Ich könnte Ihnen auch noch die entsprechenden Bundeszahlen nennen. Die eingehenden Fälle werden also abgearbeitet.

Wenn Sie sich die Verfahrensdauer anschauen, dann stellen Sie fest, dass man sagen muss: Ja, Brandenburg braucht etwas länger. Aber ich sage einmal, über welche Zahlen wir hier debattieren. Im Jahr 2010 betrug die Verfahrensdauer in Brandenburg 2,1 Monate und im Bundesdurchschnitt 1,6 Monate. Das ist im Prinzip bis heute so geblieben; daran hat sich fast nichts geändert. Ich glaube nicht, dass von einem Stillstand der Rechtspflege im Land Brandenburg gesprochen werden kann, weil wir fünf Monate längere Verfahrenslaufzeiten haben.

Ich habe mir auch die Zahlen von 2004, 2005 und 2006 angeschaut, als die CDU an der Regierung war und den Justizminister gestellt hat. An den grundsätzlichen Verhältnissen hat sich nichts geändert. Deswegen ist es auch wichtig, dass sich das bundesweite Verfahren für die Berechnung der Anzahl der notwendigen Beschäftigten der Justiz immer auf die Eingangszahlen bezieht. Auf die einzelnen Gerichte bezogen kann ich jetzt nicht alle Zahlen nennen, weil das auch etwas kompliziert ist - ich lege sie im Ausschuss vor -, aber aus den Zahlen für die Verwaltungsgerichte kann man zumindest Tendenzen ableiten.

Ich nenne wiederum die jeweiligen Zahlen von 2010 bis 2014 der Verwaltungsgerichte insgesamt und sage dazu: Es war 2004 auch schon so. Die Eingänge je Richter betrugen in Brandenburg 95, 88, 98 und 145. Im Bundesdurchschnitt waren es 151, 143, 156 und 175. Bei den Erledigungen je Richter ist Bran-

denburg weit unter Bundesdurchschnitt, das heißt konkret: 135 zu 151, 106 zu 152, 104 zu 157 und 115 zu 171. Die Verfahrensdauer ist zurückgegangen, und zwar zwischen 2010 und 2013 von 25 Monaten auf 14,7.

Die Richter an den Sozialgerichten sind unheimlich fleißig. Wir haben in der Sozialgerichtsbarkeit mehr Eingänge als im Bundesdurchschnitt, und auch die Erledigungszahlen an den Sozialgerichten sind höher als im Bundesdurchschnitt. Die Sozialrichter sind enorm belastet - und genau deswegen haben wir in der Sozialgerichtsbarkeit auch für Abhilfe gesorgt. Wir haben das bereits 2014 beschlossen: Wir haben im Haushaltsentwurf 2015/16 noch einmal insgesamt 11 kw-Stellen weniger, von denen die meisten in der Sozialgerichtsbarkeit landen werden, und wir haben zusätzliche acht Stellen im richterlichen Bereich für die Sozialgerichtsbarkeit, weil dort die Belastung enorm ist. Die Verfahrensdauern sind zwar etwas länger als im Bundesdurchschnitt, aber wiederum nicht gravierend: 2010 waren es 15,9 zu 13,7, 2011 15,6 zu 14, 2012 16,2 zu 14,3 und 2013 12 zu 14,4.

Sie wollten die Zahlen haben - Sie bekommen sie, weil ich will, dass diese Debatte auf einer sachlichen Grundlage geführt wird und nicht, weil irgendjemand das Gefühl hat, dass irgendwo irgendetwas aus dem Ruder laufen könnte.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Bei den Arbeitsgerichten ist es so, dass die Eingänge in Brandenburg - ich werde die Zahlen jetzt nicht weiter im Detail aufführen; Sie können sich diese im Nachgang anschauen - je Richter geringer als im Bund, und die Erledigungen sind auch geringer als im Bund. Das ist aber in Ordnung, weil so viele Fälle, wie neue Eingänge hereinkommen, auch bearbeitet werden. Es gibt also keinen anwachsenden Berg - was da ist, wird erledigt.

Bei den Finanzgerichten ist es ähnlich wie bei den Sozialgerichten. Dort sind die Eingänge höher als im Bundesdurchschnitt.

**Präsidentin Stark:**

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Minister Dr. Markov:**

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfragen - das kann man im Ausschuss machen; wir treffen uns ja sowieso und es ist nicht mehr lange hin.

(Eichelbaum [CDU]: Was ist denn nun mit den Zahlen?)

- Sie haben Zahlen gewollt; Sie wollten es heute hier in diesem Plenum. Nun komme ich Ihrem Wunsch nach. Erst wollen Sie es, und nun wollen Sie es wieder nicht - da müssen Sie einmal sagen, was Sie nun eigentlich wollen!

(Zurufe der Abgeordneten Eichelbaum und Bretz [CDU])

Bei den Finanzgerichten sind die Eingangszahlen im Land Brandenburg höher als im Bund; auch die Erledigungsquoten sind höher als im Bund. Das heißt, an den Finanzgerichten herrscht eine enorme Belastung.

Es wäre zu ausführlich, die Zahlen für die ordentliche Gerichtsbarkeit zu nennen, weil das dort sehr unterschiedlich zugeht. Dort werden sowohl die Zivilsachen, die Familiensachen als auch die Bußgeldsachen usw. verhandelt.

(Eichelbaum [CDU]: Wo legen Sie denn Herrn Kahl aus?)

- Herr Kahl hat auf die Frage, ob gegenwärtig ein Nachholbedarf besteht oder die Richterschaft unterfinanziert ist, geantwortet: Nein, gegenwärtig ist es in Ordnung. Ich sage nun noch einmal: Natürlich kann man sich immer noch mehr wünschen. Das tue ich auch. Dort, wo ich überzeugt bin, dass es notwendig ist, bin ich dem Wunsch auch nachgekommen.

(Eichelbaum [CDU]: So eine unrealistische Personalbedarfsplanung! - Das war ein Zitat! - Weitere Zurufe der Abgeordneten Eichelbaum und Bretz [CDU])

Wenn Sie sich den Haushaltsplan anschauen, dann können Sie feststellen, dass in dem Doppelhaushalt 2015/16 insgesamt 40 kw-Stellen weniger auszubringen sind. Davon sind 29 kw-Stellen weniger im Justizvollzug auszubringen, weil Sie damals nämlich nie ausgebildet haben. Unter Ihnen ist die Ausbildung gestoppt worden; es gab keine Ausbildung im Justizvollzug. Deshalb haben wir jetzt Nachholbedarf, deswegen fehlen jetzt dort Leute und deswegen müssen wir weniger kw-Stellen erbringen, damit wir kompensieren können, was Sie verursacht haben. Das ist das Problem.

Wir haben außerdem insgesamt 11 kw-Stellen weniger für die Gerichtsbarkeit. Die Aufteilung steht noch aus. Wir haben acht zusätzliche Richterstellen; wir haben insgesamt 50 Stellenhebungen im Bereich A 7/A 8, dies gilt auch für den Vollzug. Das ist das erste Mal in der Geschichte des Landes Brandenburg, dass die Leute, wenn sie mit A 7 anfangen zu arbeiten, nicht auch noch mit A 7 in Rente gehen. Wir haben also eine Umengemacht.

Was stimmt, ist: Kein Mensch - nicht Sie, nicht ich - kann exakt voraussehen, wie sich bestimmte Entwicklungen in den nächsten fünf bis neun Jahren vollziehen werden. Wenn ich mir beispielsweise Folgendes anschau: Wer hätte vor drei Jahren gedacht, dass wir so viele Kriegsherde und so viele Krisenherde in der Welt haben würden, dass die Anzahl der Flüchtlinge in solche Dimensionen steigt. Das hat niemand vorhersagen können. Aber das ist nun einmal so. Dann ist es das Normalste von der Welt, dass man einen Dreisatz aufstellt und überlegt: Wie viele Asylbewerber und wie viele Asylverfahren gab es in der Vergangenheit - das ist nicht ganz exakt vergleichbar, aber damit kann man in etwa arbeiten -, und wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Zahl der Verfahren zunimmt, wenn die Asylbewerberzahl ansteigt? Dann heißt das, dass man zu diesem Zeitpunkt nachsteuern muss.

Als diese Eckwerte erstellt worden sind, die gegenüber 2013 fortgeschrieben worden sind, wussten wir das noch nicht - da hätten wir alle in die Glaskugel schauen müssen. Wir konnten es also nicht wissen. Wenn es jetzt aber so ist, dann halte ich es für vernünftig, wenn der Gesetzgeber - das sind Sie - dann sagt: Okay, das sehen wir jetzt so, da steuern wir etwas nach.

(Bretz [CDU]: Machen wir!)

Ich werde doch nicht sagen: Lassen Sie das sein! - Mitnichten!

Natürlich. Wenn Brandenburg mittlerweile, weil es die Korruption bekämpft und weil wir damit in der Bundesrepublik Deutschland spitze sind, mehr Verfahren hat, und die Wirtschaftskriminalität eine hohe Aufklärungsquote aufweist, dann führt das eben zu sehr langwierigen und sehr komplizierten Verfahren.

(Zurufe von CDU, AfD und B90/GRÜNE)

Wenn man dann sagt: Möglicherweise können wir das - die Mehreingangsfälle - zukünftig nicht mehr kompensieren, dann kann man da nachsteuern.

(Bretz [CDU]: Da hat sich eine Menge aufgestaut!)

Diese Pauschalkritik, die hier permanent kommt, ist absurd, ist dumm, ist nicht nachvollziehbar. Ich bin gerne bereit, zu jedem einzelnen Punkt, dort, wo es notwendig ist, zu debattieren, damit es auch verständlich ist. Ich habe Ihnen die Zahlen darzustellen versucht.

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Richterschaft klagt sehr häufig, dass sie überaltert sei. Das Durchschnittsalter der brandenburgischen Richterschaft ist 51 Jahre. Im Durchschnitt wird man mit 28 fertig und muss bis 65 arbeiten. Sie haben gerade mal etwas mehr als die Hälfte ihres Arbeitslebens hinter sich gebracht, da ist man nach meinem Verständnis noch nicht überaltert. Was stimmt, wo wir aufpassen müssen, ist Folgendes, weil sehr viele gleichzeitig neu hierher gekommen sind: Wir schieben sozusagen die Gefahr einer gleichzeitigen Pensionierung vor uns her. Genau deswegen haben wir die Einstellungskorridore geschaffen. Wir haben für 2015 einen Einstellungskorridor von etwa 48, für 2016 einen Einstellungskorridor in der gleichen Größenordnung, er wird 2017 höher werden, dann sind wir bei fast 60. Das heißt, wir stellen Leute regelmäßig ein, damit uns genau das nicht wieder passiert. Dazu brauchen wir die Nachwuchsstellen, die haben wir. Das ganze Problem ist auch relativ gut lösbar, weil die Probezeit von drei auf fünf Jahre verlängert worden ist. Das hat uns sehr geholfen.

Ich habe natürlich auch den großen Wunsch, dass die Richterschaft auch selbst einmal darüber nachdenkt, was man in der Binnenverteilung noch machen kann. Man kann unterhältig abordnen, wenn es denn irgendwo einen ganz speziellen kurzzeitigen Nachholbedarf gibt.

Ich meine also, man muss einfach in Ruhe darüber reden. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Ich muss nicht in irgendwelche Zeitungen gucken, die da irgendetwas schreiben.

(Zuruf von der AfD: Warum stimmen Sie nicht zu?)

Das kann man ganz in Ruhe tun. Ich meine, ich habe mir Mühe gegeben, Ihnen die Zahlen zu nennen, die Sie hören wollten. Den Rest besprechen wir bei den Haushaltsverhandlungen und im Ausschuss. - Danke.

(Beifall DIE LINKE)

**Präsidentin Stark:**

Danke, Herr Minister. - Mit der verbliebenen Redezeit können wir hier weiter umgehen, weil noch 9 Minuten an die Fraktionen dieses Hauses gehen. Wir beginnen mit Herrn Schulze, weil er angezeigt hat, dass er seine restliche Redezeit auch in Anspruch nehmen will.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Redefluss hat er nun einmal; ändern werden wir ihn nicht mehr. Das ist auch sehr interessant, Herr Minister, ich bedanke mich für Ihre Ausführungen. Ja, wir haben das provoziert. Ja, wir wollten das von Ihnen hören. Ja, Sie haben das gesagt.

Allerdings befällt mich jetzt ein kleiner Zweifel. Herr Stohn hat vorhin angekündigt, die SPD oder die Koalitionsfraktionen würden im Haushalt Änderungen zu den Richterstellen beantragen. Aber Sie sagen jetzt, das sei gar nicht notwendig.

(Minister Görke: Das habe ich ja sogar mitbekommen!)

Dass er das gesagt hat, richtig. Kollege Markov hat aber gerade gesagt: Alles schick!

(Minister Dr. Markov: Nein, das habe ich nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Das Zweite ist: Ich frage mich: Warum wollen das erste Mal nach 24 Jahren im Land Brandenburg Richterinnen und Richter auf die Straße gehen, und warum lassen sie sich zu derartigen Äußerungen hinreißen?

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU sowie AfD)

Der Vorsitzende des Richterbundes, der Vorsitzende des Gesamtstaatsanwaltsrates - das sind doch keine politischen Leichtgewichte, das sind maßgebliche Leute, die von der Mehrzahl der Richterinnen und Richter als ihre Vertretung gewählt worden sind. Ich glaube schon, dass so eine Person ihre Worte auf die Goldwaage legt, weil sie weiß, dass es unklug ist, etwas zu sagen, was widerlegt werden kann.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Sie ganz herzlich bitten: Lassen Sie uns einen Kompromiss schließen. Den Antrag in den Ausschuss überweisen, warum? Dann ist eine Anhörung möglich, dann laden wir alle die Damen und Herren von den Richterverbänden und Gewerkschaften ein, dann machen wir schlicht und einfach das, was ich immer gut fand: eine Pro-und-Kontra-Abwägung. Wir hören beide Seiten nach dem guten alten römischen Grundsatz: Et audiatur altera pars - man höre immer auch die andere Seite. Wir haben jetzt die Seite von Herrn Markov gehört. Lassen Sie uns die Seite der Richterinnen und Richter, der Staatsanwälte und der Vertreterinnen und Vertreter des mittleren und gehobenen Dienstes hören. Dann sind wir schlauer und können, glaube ich, eine fundierte Entscheidung treffen - auf der Basis von Fakten und nicht von Glauben.

Ich bedanke mich ganz herzlich und plädiere für die Überweisung, auch wenn ich sie nicht beantragen kann, weil wir als Gruppe das nicht dürfen. Vielleicht greift es ja jemand auf und tut dem Haus einen Gefallen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Präsidentin Stark:**

Herr Markov, dazu? - Ja, bitte, die Landesregierung kann jederzeit das Wort ergreifen. Wir addieren die Redezeit dann auf.

**Minister Dr. Markov:**

Damit müssen Sie nun leben, weil Herr Schulze eine Falschinterpretation vorgenommen hat. Ich habe gesagt: Vom Grundprinzip her ist die Richterschaft, ist die Justiz auskömmlich finanziert. Aber wenn sich objektive Bedingungen ändern, kann man selbstverständlich in dem einen oder anderen Fall nachsteuern. Das habe ich an zwei Beispielen demonstriert.

Ich habe nicht gesagt: „Alles für immer schick.“ Mitnichten, und das dürfen Sie mir dann auch nicht unterstellen. Das können Sie auch im Protokoll nachlesen.

**Präsidentin Stark:**

Gibt es bei den anderen Fraktionen Redebedarf, bei der SPD, bei der Fraktion DIE LINKE, bei der Fraktion der CDU, bei Herrn Jung? - Aber bei Herrn Raschke, bitte.

**Raschke (B90/GRÜNE):**

Ich möchte mich nur noch einmal für die Zahlen bedanken. Ich glaube, die Aufregung war nicht nötig. Die Zahlen waren aber sehr hilfreich.

Sie hatten gesagt, Herr Markov, dass man nachsteuern könne, wenn sich objektive Bedingungen ändern. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich einige objektive Bedingungen geändert haben. Den Flüchtlingszustrom haben Sie selbst genannt. Die E-Akte ist bisher nirgendwo eingegangen. Das Thema Frauenförderung haben wir auch außen vor gelassen. Was mit den alten Bestandsfällen wird, ist mir auch schleierhaft. Deswegen noch einmal die Bitte, dies im Ausschuss vertieft zu behandeln und dann auch wirklich zu berücksichtigen, dass wir nicht nur sagen, welche Fälle neu hinzukommen, sondern auch die Geschichten behandeln, die sonst noch auf der Agenda stehen. Wie soll das Personal, das nun auch noch so drastisch gekürzt wird, dies bewältigen? - Herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

**Präsidentin Stark:**

Danke. - Wir kommen zur Abstimmung. Es geht um einen Überweisungsantrag. Die Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Überweisung des Antrages auf Drucksache 6/1179, 2. Neudruck, an den Rechtsausschuss. Wer diesem Überweisungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache, Antrag auf Drucksache 6/1179, 2. Neudruck, Nein zum Stellenabbau bei der Justiz, Antrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 18 und rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:



### **Transparenz über den Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP herstellen (I)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1180  
(2. Neudruck)

in Verbindung damit:

### **Absenkung von Standards durch das Freihandelsabkommen TTIP verhindern (II)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1181  
(2. Neudruck)

und

### **Keine Einschränkung der Demokratie durch TTIP hinnehmen (III)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1182  
(2. Neudruck)

und

### **Kein Freihandelsabkommen TTIP mit Investitionschiedsverfahren (IV)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1183  
(2. Neudruck)

und

### **Vollständige Dienstleistungsliberalisierung durch Freihandelsabkommen TTIP verhindern (V)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1184  
(2. Neudruck)

und

### **Umweltschutz nicht durch TTIP gefährden (VI)**

Antrag  
der Abgeordneten Christoph Schulze,  
Iris Schülzke und Péter Vida  
BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1185  
(2. Neudruck)

Des Weiteren liegt in Drucksache 6/1288 ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE vor. Die Aussprache zu diesen Anträgen beginnt für die BVB/FREIE WÄHLER Gruppe Herr Abgeordneter Schulze.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Verzichten Sie doch auf Ihre Redezeit!)

### **Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):\***

Frau Kaiser, das hätten Sie wohl gerne!

TTIP, CETA und das andere TIPs-Verfahren sind im Laufen. Bei TTIP ist die 8. Verhandlungsrunde abgeschlossen. Was wissen wir davon? Nichts.

Am 24. Juni 2014 hat der Landtag Brandenburg einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, der im Fachausschuss durch einen Antrag der Koalitionsfraktionen geändert wurde, die einen sagen „aufgeweicht“, die anderen sagen „verbessert“, sei's drum.

Als die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor einiger Zeit nachfragten, wie es denn damit wäre, wurde ihnen vorgehalten: Diskontinuität. Das heißt, die Regierung wollte von sich aus nicht berichten, auch wenn sie es entsprechend der Vereinbarung zwischen Landtag Brandenburg und Landesregierung vom 7. Oktober 2010 von sich aus hätte tun müssen. Die Landesregierung braucht also eine Aufforderung.

Aber das allein ist nicht das Thema. Das Thema ist, dass es selbst im Bundeswirtschaftsministerium, wo der SPD-Vorsitzende Gabriel Minister ist, eine Arbeitsgruppe gibt, die sich massiv gegen verschiedene Positionen von TTIP stellt und dazu ein Papier veröffentlicht hat. Auch 90 SPD-Bundestagsabgeordnete, übrigens die größte Gruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, haben ein Positionspapier erarbeitet, das sich kritisch mit TTIP auseinandersetzt. Dann gibt es noch die gemeinsame Initiative vom DGB, von der IG Metall, vom Deutschen Kulturrat, von Verdi, vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, der Akademie der Künste, von Transparency International, vom Deutschen Städtebund, vom BUND, von der Verbraucherzentrale und vom Deutschen Naturschutzring. Das alles sind Organisationen, die ganz bestimmt nicht verdächtig sind, sondern die zu den seriösen Vertretern unserer Demokratie aus den verschiedensten Bereichen gehören, die sich auch nicht immer in allen Fragen einig sind. Diese treffen sich und verabschieden ein Papier für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt. Sie schreiben dort zu fünf Punkten ihre Sorgen, ihre Kritik und sagen, dass etwas getan werden müsste.

Der Landtag Brandenburg hatte am 24. Juni 2014 einen ähnlichen Beschluss gefasst - zugegebenermaßen etwas kürzer als unsere Anträge -, und was ist passiert? Nichts. Ich persönlich

habe den Verdacht, dass man das damals nur gemacht hat, um das Thema aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten, nach dem Motto: Wir haben ja etwas getan. - Und dann: Aus den Augen, aus dem Sinn!

Die Wahrheit ist, dass viele Menschen berechtigt Sorgen haben, was mit TTIP auf uns zukommt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Linkspartei: Auch in Ihrer Parteibasis und Wählerschaft sind diese Sorgen weit verbreitet und das nicht zu Unrecht. Denn dieses Handelsabkommen wird hinter verschlossenen Türen geschlossen - aus gutem Grunde: Viele Leute werden außen vor gelassen und sollen nicht erfahren, worum es geht.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, wie ich das auf eine Kurzformel bringe: Ja, Handel ist wichtig, aber nicht um jeden Preis. Wir haben aus gutem Grunde eine parlamentarisch verfasste Demokratie, und ich möchte nicht, dass die Macht des Geldes grenzen- und schrankenlos wird. Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird sie mit TTIP werden. Das sehen wir schon: Vattenfall hat die Bundesrepublik Deutschland auf Milliarden verklagt - wegen der Schließung eines Atomreaktors in der Nähe von Hamburg -, und das wird so weitergehen. Meine Damen und Herren, Sie müssen dann einfach wissen, was Sie wollen. Wollen Sie Gentechnik, Gentechnik, Fracking? Das alles wird auf uns zukommen.

Es wird gesagt: Nein, im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge wird das nicht passieren. Ich prognostiziere: Es wird kommen. Privatisierung von Krankenhäusern, von Trinkwasser und Abwasser - das haben wir alles schon gehabt. Und die Damen und Herren mit dem Kapital - ob sie nun Blackwater oder KKR heißen - werden sich einklagen. Ich möchte das nicht. Die Frage ist: Wer will das?

Das ist die Problematik bei TTIP, und die SPD ist da leider sehr zerrissen. Zum Beispiel hat Herr Gabriel gesagt, ein Gerichtshof für Handelsfragen wäre der Goldstandard. Na, dann machen wir es doch und schaffen dieses Schiedsgerichtsverfahren ab. Das wird aber nicht gemacht.

Meine Damen und Herren, wir können auch gerne den Entschließungsantrag von SPD und Linken annehmen, weil ohnehin klar ist, dass unser Antrag abgelehnt werden wird. Wir könnten hier einen Auszug aus der Bibel oder eine Passage des Grundgesetzes zur Abstimmung stellen, beides würde auch abgelehnt werden. Nichtsdestotrotz bleibt es unsere Verantwortung, in die Wunde zu fassen. Dass Sie mit diesem Entschließungsantrag kommen, zeigt ja, dass wir nicht ganz falsch liegen.

Dieser Entschließungsantrag leidet nur an einem kleinen Formfehler: Nämlich die Berichterstattung der Landesregierung, so wie sie in der Beschlusslage 9186 - die war es, glaube ich - vom 24.06.2014 noch steht, fehlt hier. Da fragt man sich natürlich, warum. Die Frage müssen Sie, meine Damen und Herren aus den Regierungsfractionen, die Sie den Antrag geschrieben haben, beantworten. Wir jedenfalls stellen unsere Anträge zur Abstimmung. Sie können das gerne delegitimieren, wie Sie es immer gerne machen, aber das wird Ihnen nicht viel helfen. Denn die versammelte Öffentlichkeit und vor allem auch die junge Generation dort draußen verfolgt das sehr aufmerksam, das Internet ist eine flexible Angelegenheit. Wir bekommen je-

denfalls viele Nachfragen und viel Zuspruch in der Frage. Dann werden wir halt weitersehen.

Meine Damen und Herren, das, was jetzt im Raum steht, sind Befürchtungen. Sie können sich bestätigen, müssen sich nicht bestätigen. Aber wenn sie eintreten, dann reden Sie sich nicht heraus, dass Sie es nicht gewusst hätten und Sie nichts hätten tun können. Sie hätten tun können, wenn Sie gewollt hätten. Und dann werden wir halt sehen. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, B90/GRÜNE und AfD)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun die Abgeordnete Dr. Münch für die SPD-Fraktion.

**Frau Dr. Münch (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Kollege Schulze, ich schätze Ihre Beiträge in der Regel, vor allen Dingen auch, wenn sie sich um den beruflichen Bereich drehen, den wir beide als Hintergrund teilen. Aber was Sie hier dargestellt haben, ist genau das, was exemplarisch passiert: Es ist ein diffuses Angstmachen, ein Raunen über mögliche Gefahren, über irgendwelche dunklen Dinge, die über uns kommen. Das halte ich schlicht und ergreifend für demagogisch und für unter Ihrem Niveau.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Sie sollten sich überlegen, was Sie hier tatsächlich tun und was für Ängste Sie schüren, anstatt darauf zu vertrauen, dass es Parlamentarismus gibt. Warum stellen Sie Ihr Licht denn so unter den Scheffel?

Es ist tatsächlich so, dass die Befürchtungen und Ängste groß sind. Ein großer Teil der Verunsicherung - die tatsächlich da ist, das sehe ich auch so - rührt daher, dass die Verhandlungen bis jetzt wenig transparent gewesen sind. Aber genau das hat sich geändert, die Zeit ist ja weitergegangen. Deswegen war es auch so wichtig, unseren Antrag zu aktualisieren.

**Präsidentin Stark:**

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Frau Dr. Münch (SPD):**

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Wir haben heute schon viel zu viele Zwischenfragen gehabt.

Es ist dem Druck des Europäischen Parlaments und nicht zuletzt auch der Sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, dass sich seit Beginn der Verhandlungen die Informationspolitik der Europäischen Kommission grundlegend geändert hat. Auch das, was Sie angesprochen haben, nämlich das Schiedsgerichtsverfahren, ist - das war in den Verlautbarungen der letzten Tage zu hören - mittlerweile Gegenstand der öffentlichen Verhandlungen.

Dem Europäischen Parlament - das ist letzten Endes unsere demokratische Vertretung - sind jetzt sämtliche Verhandlungsdo-

kumente zugänglich. Die Kommission informiert auf ihren Internetseiten über die Positionen in den Verhandlungen. Anfang Oktober hat der Ministerrat beschlossen, das TTIP-Verhandlungsmandat zu veröffentlichen. Dieses Mandat steckt den Rahmen für die Verhandlungen mit den USA ab.

Wir brauchen diesen Entschließungsantrag, weil wir die Entschließung aus der letzten Legislaturperiode damit fortschreiben und den aktuellen Entwicklungen anpassen. Es ist uns nämlich wichtig, dass die europäischen Standards im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts, des Verbraucher- und Umweltschutzes beibehalten werden - darauf beziehen sich ja die Ängste, um die es geht. Wir werden Gesetze und Rahmen dazu schaffen, damit genau diese Standards bleiben.

Es geht darum, dass die in Europa gewachsene und bewährte öffentliche Kultur- und Medienförderung erhalten bleibt, denn ich weiß, dass auch die Kulturschaffenden beunruhigt sind. Deswegen ist das ein zentraler Bestandteil der Forderungen der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Entscheidungsrechte der Parlamente, der Bundesländer, Regionen und Kommunen in Europa dürfen weder direkt noch indirekt eingeschränkt werden. Auch das ist Konsens. Als brandenburgisches Mitglied des Ausschusses der Regionen kann ich Ihnen versichern, dass der AdR die Verhandlungen mit genau diesen Forderungen sehr kritisch begleitet.

Die öffentliche Diskussion um TTIP arbeitet sich an den Kritikpunkten ab. Ich glaube aber, es ist Zeit, auch einmal zu sagen: Warum ist es sinnvoll, über TTIP zu verhandeln und darüber nachzudenken? Denn die Vorteile, die sich in dem Rahmen ergeben, sind zahlreich. Ich würde mir wünschen, dass auch einmal darüber gesprochen wird, warum wir TTIP angefasst haben, warum TTIP für uns wichtig ist.

Wir wissen, dass die USA der größte Absatzmarkt für europäische und deutsche Produkte sind. Das bedeutet, dass der Abbau von Zöllen Kosteneinsparungen mit sich bringt. Das heißt aber mitnichten, dass wir alles freigeben und das, was wir an individuellen Sicherungsrechten und Sozialstandards aufgebaut haben, preisgeben.

Die Abschaffung von US-Handelshemmnissen für europäische Produkte und Dienstleister und der verbesserte Zugang zum US-Markt kann neue Absatzmärkte für europäische Unternehmen schaffen, und das ist wichtig.

Wir können mit den Vereinbarungen zu den technischen Standards doppelte Zulassungsverfahren und Einfuhrformalitäten vermindern. Und wir können dadurch den kleinen und mittelständischen Unternehmen gerade auch in Brandenburg unnötige Kosten ersparen.

Außerdem haben wir die Möglichkeit, die Arbeitnehmerrechte in den USA zu stärken, indem wir unsere Standards in die Verhandlungen einbringen. TTIP muss die USA dazu verpflichten, die grundlegenden ILO-Standards - und nicht nur einzelne - zu ratifizieren. Wir haben mit TTIP also die Chance, weltweit Regeln einzuführen und hohe Standards zu setzen. Es ist nicht so, dass unsere Standards abgebaut werden, sondern wir wollen, dass diese Standards auch in anderen Regionen gelten. Wir haben in einer globalisierten Wirtschaft die Chance, unser europäisches Sozialmodell auch in anderen Wirtschaftsräumen zu verankern.

Deswegen sagen wir zu einem Freihandels- und Investitionsabkommen, das Europa mehr Wachstum bringt und nicht hinter gewachsene und hart erkämpfte Sozial- und Umweltstandards zurückfällt: Ja. Es geht darum, dass wir ein starkes Verhandlungsmandat haben, um genau diese Dinge umzusetzen. Deswegen ist unser Entschließungsantrag wichtig, für den ich um Zustimmung bitte. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

**Präsidentin Stark:**

Danke. - Es ist eine Kurzintervention angemeldet worden. Herr Schulze, bitte.

**Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Frau Dr. Münch, ich verbitte mir ausdrücklich, dass Sie mir unterstellen, dass ich Ängste schüre.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Schüren der DGB, die IG Metall, der Deutsche Kulturrat, die Akademie der Künste, Verdi, der Deutsche Städtetag, der BUND, die Verbraucherzentrale, Transparency International Ängste? Das ist so absurd wie nur irgendetwas. Ich habe das Papier dieser zehn Organisationen zur Grundlage der Anträge gemacht. Wenn Sie es gelesen hätten, Frau Dr. Münch, dann wüssten Sie, dass in diesem Papier nicht in einem Punkt steht, dass TTIP nicht kommen soll, dass wir es ablehnen. Sondern darin steht: Wir haben Besorgnis, wir erwarten von der Landesregierung, dass sie hierzu Berichte liefert, dass sie bestimmte Dinge transparent macht und sich für bestimmte Dinge einsetzt. Ein bisschen ausführlicher als in Ihrem Antrag - keine Frage -, aber ich verbitte mir ausdrücklich und auch im Namen derjenigen, die diese Papiere geschrieben haben, auch im Namen der 90 Bundestagsabgeordneten der SPD, dass Sie hier behaupten, wir würden Ängste schüren.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Wir sprechen Dinge an, und wenn man Dinge kritisch anspricht, wird man gleich zum Angstschürer gemacht.

(Beifall AfD sowie Zuruf: Das kennen wir besonders gut!)

Entschuldigung, Frau Dr. Münch, das ist unter Ihrem Niveau.

**Präsidentin Stark:**

Frau Dr. Münch, Sie hätten die Gelegenheit zur Erwiderung.

**Frau Dr. Münch (SPD):**

Herr Kollege, ich habe nichts gegen eine fundierte Kritik. Aber ich habe etwas gegen das diffuse Raunen, das Ängste schürt. Wenn Sie Argumente vorbringen, müssen Sie sich auch den Gegenargumenten stellen. Der Grund, dass die Landesregierung in unserem Antrag nicht mehr auftaucht, ist, dass wir unser parlamentarisches Selbstbewusstsein stärken. Wenn Sie den Antrag lesen, sehen Sie, dass zwei Ausschüsse ausdrücklich beauftragt werden, sich kontinuierlich zu informieren und Vorschläge zu unterbreiten. Wir sind die Legislative und können die Landesregierung beauftragen. Deswegen ist es sehr viel konsequenter, uns selbst zu ermächtigen.

(Beifall SPD)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht der Abgeordnete Dr. Redmann für die CDU-Fraktion.

**Dr. Redmann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland ist eine starke Wirtschaftsnation - darauf sind wir stolz -, und wir setzen uns dafür ein, dass das so bleibt. Ich habe den Eindruck, dass es notwendig ist, diese Selbstverständlichkeit in der Diskussion zu betonen und zu wiederholen. Mit dem Freihandelsabkommen will die Bundesregierung unsere Position in diesem Wettbewerb weiter stärken. Im Verbund mit den USA wollen die Europäer im 21. Jahrhundert die Struktur der globalen Wirtschaft aktiv mitgestalten. So können wir die Globalisierung als Chance nutzen, unseren Kindern gute Spielräume zur Gestaltung ihrer Zukunft zu geben. Auch Brandenburg kann davon erheblich profitieren. Bereits heute ist der US-amerikanische Markt der wichtigste Exportmarkt für Brandenburger Unternehmen, noch vor Polen und Frankreich. Vor allem aber unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen würde TTIP erhebliche Erleichterungen für ihre Exporttätigkeiten bringen.

Meine Damen und Herren! Bei der Lektüre der uns vorliegenden sage und schreibe sechs Anträge habe ich mich an einen Zeitungsartikel erinnert, den ich unlängst im „Handelsblatt“ lesen durfte. Er war überschrieben mit „Sieben Vorurteile gegen TTIP - und was dahintersteckt“. Es scheint mir fast, als hätten Sie denselben Artikel gelesen,

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Ich habe die „Süddeutsche“ gelesen!)

als hätten Sie zu fast jedem dieser Punkte einen Antrag verfasst, um die Vorurteile zum Besten zu geben.

Lassen Sie uns zu den Fakten kommen. Zunächst zur Angst um deutsche Standards der Demokratie in Europa: Das hohe Schutzniveau in Europa wird nicht preisgegeben. Es geht um eine Vereinfachung von Normen, nicht um eine Streichung. Dass dies vonseiten der Europäischen Union ernstgenommen wird, zeigt sich bereits beim CETA-Abkommen mit Kanada. Das EU-Parlament hat sich zudem klar positioniert. Es wird nichts verabschiedet, was die Rechte der Bürger schwächt.

Zur Transparenz um TTIP: Die CDU-Fraktion steht selbstverständlich dafür, die Verhandlungen zu TTIP so transparent wie möglich, aber dem Verhandlungscharakter angemessen zu gestalten. Verhandlungen kann man nicht in aller Öffentlichkeit führen. Dazu müsste jeder seine Position komplett offenbaren. Das schwächt eine Verhandlungsposition und würde am Ende auch die Position der Europäischen Union schwächen, und dann könnten wir uns möglicherweise zu Recht darüber beklagen, dass das Ergebnis zu dürrig ausgefallen ist.

(Beifall CDU)

In Brandenburg sprechen wir übrigens regelmäßig im öffentlich tagenden Europaausschuss über TTIP. Was ein zusätzlicher Bericht der Landesregierung bringen soll, ist mir nicht klar. Solange Ministerpräsident Woidke dort nicht selbst am Verhandlungstisch sitzt, verspreche ich mir davon keine weitergehenden Informationen. Die endgültige Entscheidung darüber, ob

wir Investitionsschutzbestimmungen in das Abkommen aufnehmen wollen, wird erst nach einem Verhandlungsergebnis und nach Evaluierung durch die Mitgliedsstaaten erfolgen. Momentan arbeitet die EU nach meinen Informationen an einer Reform der Schiedsgerichte. Lassen Sie uns bitte erst einmal abwarten, bevor wir alle Vorschläge von vornherein ablehnen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge wird durch TTIP nicht angetastet. Das hohe Schutzniveau für bestimmte grundlegende Dienstleistungen auf lokaler Ebene in Bezug auf Wasser, Gesundheit und Bildung steht in Europa nicht zur Debatte. Der Negativlistenansatz - so hat es ein Vertreter der Kommission in Brüssel dem Europaausschuss erklärt - wurde im Mandat gewählt, um vorab die Themen zu bestimmen, die nicht zur Diskussion stehen - nicht um zu definieren, in welchen Themenbereichen besonders intensive Veränderungen kommen.

Fünftens argumentieren Sie, dass der Klimaschutz durch TTIP gefährdet sein soll. Das Gegenteil trifft zu. Die EU-Handelspolitik soll zur nachhaltigen Entwicklung beitragen; das ist seit langem die Position des Europäischen Parlaments. Im Nachhaltigkeitskapitel sollen konkrete Maßnahmen wie die Förderung des Handels mit umweltfreundlichen, energie- und ressourceneffizienten Warentechnologien oder ein umweltbewusstes öffentliches Beschaffungswesen verankert werden. Fracking kann übrigens auch nicht über das Handelsabkommen erzwungen werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss einige Worte zur Performance, zur Darstellung und zur Außenwirkung der Koalition verlieren. Sie scheint mir recht merkwürdig zu sein. Ich habe mich in den letzten Tagen sehr über den Aufruf der Europastaatssekretärin Quart von der Linkspartei zum Aktionstag gegen TTIP gewundert. Während Bundeswirtschaftsminister Gabriel von der SPD für TTIP streitet und auch Herr Christoffers stets die Chancen, die TTIP bietet, betont hat,

(Domres [DIE LINKE]: Aber auch die Risiken, bitte!)

darf nun die linke Staatssekretärin - sie unterliegt in ihrem Amt eigentlich einem gewissen politischen Neutralitätsgebot - offen die Vorurteile befeuern und die linke Parteipropaganda rausposaunen. Sie bedient sich dabei ohne Zweifel auch antiamerikanischer Ressentiments.

Um die Verwirrung perfekt zu machen, schaue ich mir den von Ihnen heute vorgelegten Entschließungsantrag an. Er enthält zwar nicht die Fundamentalkritik der Staatssekretärin, sagt aber auch nichts zu den Chancen, die TTIP für die Brandenburger bereithält. Es ist also eine klassische Lose-lose-Situation.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Stark:**

Herr Abgeordneter, Sie müssten jetzt zum Schluss kommen.

**Dr. Redmann (CDU):**

Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich sehr gespannt, welche Position unser Wirtschaftsminister hier heute verbreiten wird. Das ist nach dem vorher Gesagten durchaus offen. - Danke.



**Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht die Abgeordnete Kaiser für die Fraktion DIE LINKE.

**Frau Kaiser (DIE LINKE):\***

Sehr geehrter Herr Kollege Schulze, guten Morgen! Nur weil Sie anscheinend nicht merken, dass zum Thema TTIP seit einem Jahr im Land und im Landtag etwas passiert, bedeutet das nicht automatisch, dass im Landtag und im Land nichts passiert. Das Thema TTIP ist seit über einem Jahr das täglich Brot vieler Europapolitiker, Bundestagsabgeordneter und kommunaler Abgeordneter. Wenn Sie jetzt aufwachen und auf den fahrenden Zug springen, dann bitte nicht mit sechs zerbröselten Anträgen und der Haltung, dass Sie der Einzige seien, der Recht hat, und uns allen sagen muss, wie wir die Welt zu sehen haben. Die Art und Weise dient der Sache nicht, sehr geehrter Herr Kollege.

(Beifall DIE LINKE)

Ansonsten haben Sie empfohlen, dass man sich im Internet informiert. Tun Sie es! Unter [www.fair-handeln-statt-ttip.eu](http://www.fair-handeln-statt-ttip.eu) können Sie lesen, was die Kommunen, die Verbände und Initiativen tun und was wirklich wichtig und beachtenswert ist. Die Initiative der Gewerkschaften und der Verbände unterstütze ich außerordentlich, sie ist das Ergebnis jahrelanger Debatten, an denen all jene, denen Sie hier anhaltenden Nachschlaf vorwerfen, teilgenommen haben. Sie habe ich da nie gesehen.

(Beifall DIE LINKE)

Zwei Kreistage und einige Städte haben sich gegen TTIP ausgesprochen. Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hatte sich lange Zeit dagegen ausgesprochen. Der Europaausschuss dieses Hauses bekommt jeden Monat eine ausführliche schriftliche Information von Frau Dr. Schwartz, unserer Vertreterin in der Kontakt- und Informationsstelle in Brüssel, und von Europaminister Dr. Markov, der im Ausschuss der Regionen Berichterstatter für dieses Thema ist. Sie dürfen die Protokolle lesen, oder kommen Sie vorbei, die Sitzungen unseres Ausschusses sind öffentlich.

(Beifall DIE LINKE)

Sie sind so öffentlich, lieber Herr Kollege Schulze, wie es der Text seit über einem Jahr ist. 290 Bürgerinitiativen und Organisationen haben inzwischen Klage vor dem EuGH eingereicht. Es sind auch Brandenburger dabei, übrigens aus allen möglichen Parteien, auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Bundestages. Unter der Überschrift „Stoppt TTIP“ sind 1 Million Unterschriften geleistet worden. Sie wurden dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker förmlich zu seinem Geburtstag überreicht. 1 Million Unterschriften, viele Brandenburger. Ich kann Ihnen zeigen, wie solch eine Unterschriftenliste aussieht. Damit sind wir seit ewigen Zeiten beschäftigt. Die EU-Kommission hat inzwischen eine Umfrage durchführen lassen. 150 000 EU-Bürger lehnen das ISDS-Schiedsverfahren ab. Sie sind nicht der Einzige, der hier für Aufklärung sorgt. Zum Glück!

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Wer sagt denn das?)

Es ging um Ihre Haltung. Wenn Sie vor TTIP warnen, so bin ich völlig auf Ihrer Seite, aber mit der Art und Weise Ihres Auftretens haben Sie der Sache keinen Dienst erwiesen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine vorbereitete Rede habe ich leider auf meinem Platz liegen lassen; nun halte ich sie aus dem Gedächtnis. Wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, der die von Ihnen genannten Punkte beinhaltet. Sie wollen mehr Transparenz. Die gibt es bereits. Sie warnen vor ISDS, das tun mit Ihnen nachweislich 150 000 EU-Bürger, auch viele hierzulande. Sie wollen die Umweltstandards nicht gefährdet sehen, wir auch nicht. Sie möchten die kommunale Selbstverwaltung, die öffentliche Daseinsvorsorge durch die kommunale Demokratie, die Demokratie im Landtag und die entsprechenden parlamentarischen Möglichkeiten aller Ebenen gesichert sehen, das wollen wir auch. Deshalb haben wir aus sechs Anträgen einen gemacht. Er ist nicht so toll und konnte nicht besonders aktuell sein, aber Fakt ist: Die Vereinbarung darin gilt. Wir werden nach den Diskussionen im Wirtschaftsausschuss und im Europaausschuss - das ist vereinbart - dem Landtag zu gegebener Zeit eine Beschlussempfehlung vorlegen, in der die Koalition - und hoffentlich einige weitere - die Brandenburger Interessen im Hinblick auf einen TTIP-Beschluss definiert. Dann werden wir die Landesregierung beauftragen, zu den Teilen aus dem gemischten Abkommen, die vor Bundestag und Bundesrat Bestand haben müssen, ein entsprechendes Votum abzugeben. Das ist der Weg, den wir gehen. Er wurde vorab besprochen und im Europaausschuss vereinbart. Ich finde es richtig, dass wir den Beschluss von vor einem Jahr, den der vorherige Landtag gefasst hat, heute erneuern. Dass wir aber in der Zwischenzeit in der Badewanne gelegen hätten, während Sie gekämpft haben, Herr Schulze, das muss sich hier kein Abgeordneter sagen lassen.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Das habe ich auch nicht. Sie haben Halluzinationen! - Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Visionen!)

**Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht der Abgeordnete Jung für die AfD-Fraktion.

**Jung (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen es, dass wir wieder einmal über die diversen TTIP-Anträge debattieren dürfen, nachdem unverantwortlicherweise unser vor drei Monaten gestellter Antrag zu TTIP abgelehnt worden ist. Europaweit sind in den letzten Wochen Hunderttausende TTIP-Gegner auf die Straße gegangen. Allein in Deutschland waren es mehr als 230 Demonstrationen. Die meisten eint dabei das Ziel, mehr Transparenz bei den Verhandlungen zu schaffen. Seit fast zwei Jahren verhandelt die EU nun schon mit den USA über TTIP, und die zentrale Forderung einer breiteren Partizipation der Öffentlichkeit wird bis heute ignoriert. Eine konsequente Offenlegung sämtlicher Verhandlungsdokumente und -teilnehmer würde deutlich machen, ob tatsächlich Standards und Schutzvorschriften gesenkt oder aufgeweicht werden, würde die Lobbyisten und die verschiedenen Wechselwirkungen zu erkennen geben und letztlich offenkundig machen, ob die Sorgen und Ängste der Bürger berechtigt sind.

Doch was macht die Politik? Anstatt den Forderungen der Bürger nachzukommen und endlich die notwendige Transparenz herzustellen, erklären die EU-Kommission und die Bundesregierung, die Verhandlungen möglichst noch in diesem Jahr abschließen zu wollen.

Was sind die Argumente, die für ein solches Abkommen sprechen? Zunächst locken schöne Zahlen. Ein zollfreier Raum für 800 Millionen Verbraucher. Durch den Wegfall von Handelshemmnissen soll es auf beiden Seiten des Atlantiks zu mehr Wachstum kommen. Mehr Geld für alle war die frohe Botschaft. Doch mittlerweile müssen selbst die Befürworter der TTIP-Pläne einräumen, dass ihre 5%igen Wachstumsphantasien nur Träume sind, wie zum Beispiel eine UCLA-Studie offenkundig belegt hat.

Was bleibt außer diesen verblassten Phantasien? Tiefe Einschnitte in wichtige Errungenschaften unserer Gesellschaft, allen voran unser voll entwickeltes und bewährtes Rechtssystem. Kommt TTIP in der bislang bekannt gemachten Form, wird es Unternehmen zukünftig möglich sein, vor geheim tagenden Schiedsgerichten ganze Staaten auf Schadensersatz in Milliardenhöhe zu verklagen, wenn ihre Gewinnpläne von politischen Entscheidungen durchkreuzt würden. Damit hätten viele Konzerne die Macht, zu entscheiden, ob der Staat etwa aus der Kernkraft aussteigen kann oder Gentechnikprodukte verbietet. Schiedsverfahren der letzten Jahre - zum Beispiel in Kanada - machen diese schleichende Aushöhlung staatlicher Handlungsfähigkeit deutlich.

Reden wir vom Verbraucher-, Arbeits- und Gesundheitsschutz: Ein regelrechter Wettlauf um den Abbau der Anforderungen an Sicherheitstests und Lebensmittelstandards ist zu erwarten. Der Wettbewerbsdruck wird die besseren und teureren Standards den schlechteren und im Zweifel billigeren Standards angleichen oder sie gar durch letztere ersetzen. Brüssel und die Bundesregierung sagen zwar pausenlos, EU-Schutznormen würden bei den Verhandlungen nicht berührt, doch sie versprechen nichts außer zwei Jahren mehr Beteiligung und Transparenz bei den Verhandlungen. Was ist mit dem Datenschutz? Um es kurz zu machen: nichts. Nach der NSA-Horchaffäre und dem Scheitern des ACTA-Abkommens im EU-Parlament wird dieser Bereich ausgeklammert. Datenschutz durch TTIP - Fehlanzeige.

Doch seien wir fair! Der einzig vernünftige Punkt, an dem man TTIP eigentlich unterstützen müsste, wäre die Kontrolle der Finanzmärkte nach den strengeren US-Normen. Genau da verlassen uns aber die US-Banken. Sie wollen eine Regulierung des Bankenmarktes und des Bankenbereiches mit möglichen Folgen für die Sparkassen primär im Rahmen der G 20. Darauf drängen auch die US-Parlamentarier - eine Vertagung auf den Sankt Nimmerleinstag. Dass das Abkommen in dieser Form kommt, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, und das ist gut so. - Danke.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Stark:**

Danke. - Als Nächster spricht der Abgeordnete Jungclaus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jungclaus (B90/GRÜNE):\***

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gast! Sicherlich wird es Sie nicht überraschen, dass wir die

vorliegenden Anträge inhaltlich unterstützen. Besonders teilen wir die Forderung nach mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen, bei Beibehaltung der europäischen Standards und der Gewährleistung von Qualität und Umfang von öffentlicher Daseinsvorsorge.

Wir teilen auch die Bedenken gegen die Etablierung einer regulatorischen Kooperation und die Einführung von ISDS-Schiedsverfahren. Das alles haben wir auch in der Vergangenheit deutlich gemacht. Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir einen Antrag mit ähnlichen Inhalten eingebracht, woraufhin sich der Landtag mit dem Thema TTIP in aller Breite auseinandergesetzt und über die Fraktionsgrenzen hinweg einen entsprechenden Beschluss gefasst hat.

Widerstand bildet sich aber nicht nur hier im Landtag, sondern auch auf anderen Ebenen: bei den NGOs, durch bürgerschaftliches Engagement, zahlreiche Demonstrationen und Petitionen sowie Resolutionen und Beschlüsse auf regionaler Ebene. Dabei nehmen die Proteste nicht ab. Auch vorletztes Wochenende gingen beim weltweiten Aktionstag gegen TTIP überall Menschen auf die Straße, um ihren Unmut kundzutun. Auch in den Kommunen regt sich immer mehr Widerstand. Da ich wie einige andere von uns auch Mitglied des Kreistags bin, begrüße ich die entsprechenden Beschlüsse und Resolutionen dort besonders und hoffe auf viele Nachahmer. Das Ganze macht aber nur Sinn, wenn die Abgeordneten im Kreis- und Landtag gleich abstimmen - das Thema hatten wir schon.

Dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im Februar 2015 mitteilte, den Kommunalvertretungen stünde im Hinblick auf internationale Freihandelsabkommen keine Beschlusskompetenz zu, sollte die Kreistagsabgeordneten nicht weiter kümmern. Es gibt hierzu auch andere Positionen; rechtlich bindend sind Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes für die Kommunen ohnehin nicht.

Immerhin hat sich auf Druck der genannten Akteurinnen und Akteure ein bisschen was getan: So wird jetzt endlich das Verhandlungsmandat zu TTIP veröffentlicht; auch äußerte sich EU-Kommissarin Wallström jüngst zu einer möglichen Neuausrichtung der EU-Verhandlungsposition bezüglich ISDS-Verfahren. Genannt wurden weiterhin transparente Verfahren, unabhängige Richter, Einspruchsmöglichkeiten für Dritte und eine Berufungsinstanz. Auch wenn meine Fraktion an der grundsätzlichen Kritik an Schiedsgerichten festhält, zeigt sich hier eine Entwicklung, die ich begrüße und die deutlich macht, dass wir auch weiterhin am Ball bleiben müssen.

Gleichwohl hätte ich mir für den heutigen Tagesordnungspunkt durchaus eine andere Vorgehensweise als den Vorstoß einer einzelnen Fraktion bzw. Gruppe gewünscht. TTIP ist ein Thema, das uns alle betrifft. Es ist zu wichtig, als dass es hier durch Alleingänge abgehandelt werden könnte.

(Beifall der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Ich finde, wir brauchen ein starkes gemeinsames Vorgehen von der Gesamtheit des Landtages. Aber nun gab es doch noch kurz vor Toresschluss einen Antrag von SPD und DIE LINKE - frei nach dem Motto: Halb zog sie ihn, halb sank er hin. - Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten wir auch wesentlich leichter haben können.

(Beifall B90/GRÜNE)

Aber auch von Regierungsseite ist das bisherige Agieren nicht besonders glücklich. Erst aufgrund einer entsprechenden Aussage von Europaminister Markov im Ausschuss sowie einem in der Folge bei unserem Parlamentarischen Beratungsdienst in Auftrag gegebenes Gutachten zur Reichweite des Diskontinuitätsprinzips mussten wir leider davon ausgehen, dass es bei TTIP scheinbar nicht ohne einen erneuten Landtagsbeschluss geht. Einfacher wäre es gewesen, wenn der Minister von Anfang an deutlich gemacht hätte, dass er sich an die Forderungen des TTIP-Beschlusses aus der vergangenen Legislatur weiterhin gebunden fühlt

(Beifall B90/GRÜNE)

und im Ausschuss gemäß Artikel 94 Landesverfassung über entsprechende Bemühungen der Landesregierung im Bundesrat berichtet.

Auch im vorliegenden Antrag sind wieder wunderbare Dinge aufgeführt. Ich würde mir wünschen, dass nach der Berichtspflicht der Landesregierung auch über Aktivitäten im Bundesrat berichtet wird. Das hätte uns einige Unsicherheiten sowie die vorliegende Antragsflut erspart. Insgesamt bin ich aber froh, dass wir jetzt eine klare Grundlage für das Handeln der Landesregierung bekommen, und sage dafür allen Beteiligten vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

#### **Präsidentin Stark:**

Wir danken Ihnen. Das Wort erhält Minister Gerber für die Landesregierung.

#### **Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zwei schlechte Nachrichten: Erstens bin ich möglicherweise der letzte Redner des heutigen Tages. Zweitens werde ich von meinem Rederecht ausgiebig Gebrauch machen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bereits in der Sitzung am 22. Januar ausführlich über das Thema Transparenz bei TTIP gesprochen. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung wiederholt und gemeinsam mit anderen Bundesländern in den Fachministerkonferenzen und im Bundesrat für mehr Transparenz bei den Verhandlungen zu TTIP eingesetzt hat. Die Mitglieder der Landesregierung sind sich absolut einig, dass Transparenz bei den Verhandlungen zu TTIP sehr wichtig ist - auch wenn es bei dem einen oder anderen Thema und Schwerpunkt unterschiedliche Einschätzungen und Auffassungen gibt; das ist bei einem noch nicht abgeschlossenen Prozess normal.

Die Kommission hat auf unsere Initiative und die massive öffentliche Kritik reagiert und eine Transparenzoffensive gestartet. Eine Vielzahl von Verhandlungsdokumenten wurde und wird ins Internet gestellt. Auch informieren EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium auf ihren Webseiten über den Fortgang der Verhandlungen und die Inhalte der einzelnen Verhandlungsrunden. Wir haben nun, was die Frage nach der Transparenz angeht, eine grundlegend andere Situation.

Lassen Sie mich aber auch auf Folgendes hinweisen: Zur Demokratie gehört es, solche Prozesse kritisch zu begleiten und

aktiv zu hinterfragen. Das ist gerade auch eine Aufgabe der Parlamente und der Zivilgesellschaft. Es war erfolgreich, wie die Reaktion der EU-Kommission gezeigt hat. Um Dinge kritisch hinterfragen zu können, muss man sich aber informieren. Offenbar, so sehe ich das jedenfalls, geschieht das noch nicht ausreichend. Erste Zugriffsstatistiken zeigen, dass die von der Kommission im Internet veröffentlichten Dokumente kaum gelesen werden. Das bedauere ich.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben Verbesserung hergestellt, aber ich bleibe bei dem, was ich schon gesagt habe: Zu Verhandlungen gehört eine Balance zwischen Transparenz und Vertraulichkeit. Wer in solche Verhandlungen geht, legt nicht alle Karten auf den Tisch.

Bezüglich der vermeintlichen Absenkung von Standards kann ich nur immer wieder bekräftigen, dass die Landesregierung keinem Abkommen zustimmen würde, das Arbeits-, Gesundheits-, Kultur-, Umwelt- und Verbraucherschutzregulierungen in Brandenburg gefährden würde - selbstverständlich nicht! Sowohl die USA als auch die Europäische Union haben aber immer wieder deutlich gemacht - das spiegelt sich auch im Verhandlungsmandat -, dass wir unsere Regulierungen zum Beispiel bei der Gentechnik beibehalten. Im Kulturbereich ist sichergestellt, dass wir nicht über das hinausgehen, worauf wir uns vor Jahren im Rahmen des GATTs geeinigt haben. Ähnliches gilt für eine ganze Reihe von weiteren Punkten: Wasser, öffentliche Daseinsvorsorge etc. Ich will das nicht alles bis ins letzte Detail ausführen.

Auch Fracking ist nicht Teil der Verhandlungen zu TTIP und es wird keine spezifischen Regelungen geben. Selbst wenn es ein Thema wäre, dürfte im Ergebnis lediglich nicht diskriminiert werden, das heißt, TTIP würde verhindern, dass man einem Amerikaner etwas verbietet, was man einem Europäer gleichzeitig erlaubt.

Zu den Investitionsschutzbestimmungen: Wir haben immer gesagt und bleiben dabei, dass diese Investitionsschutzbestimmungen zwischen entwickelten Rechtsstaaten nicht notwendig sind. Fakt ist aber auch, dass ein Verzicht auf das Investitionsschutzkapitel - so zumindest schätzen wir es im Moment ein - auf europäischer Ebene schwer durchsetzbar ist. Seit dem Vertrag von Lissabon kann Deutschland darüber auch nicht mehr allein entscheiden; auch das gehört zur europäischen Integration dazu. Auch die Amerikaner sagen, dass sie nicht nur mit Deutschland verhandeln, sondern mit der EU. Zu ihr gehören auch Staaten, in denen der Schutz vor nationalen Gerichten nicht so gut gewährleistet ist wie in Deutschland.

Fest steht aber, dass die bisherigen Systeme anders aussehen müssen. Bei diesem Thema gibt es gerade sehr viel Bewegung. Die EU-Kommission erarbeitet eine Verhandlungsposition auf Basis des im Rahmen der Online-Konsultation identifizierten Verbesserungs- und Klarstellungsbedarfs. Im Europäischen Parlament und in den Ausschüssen wird das Thema zurzeit intensiv diskutiert. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, glaube ich, bietet sich die Chance, ein anderes Investitionsschutzsystem zu schaffen, das die berechtigten Kritikpunkte ausräumt und für mögliche zukünftige Abkommen zur Verfügung steht. Die Kommission wird dazu einen Vorschlag machen. Entschieden wird über die Aufnahme des Investitionsschutzkapitels aber erst gesondert und ganz am Ende; so ist es im Verhandlungsmandat festgelegt.

Meine Damen und Herren, ich habe es im Plenum bereits im Januar gesagt: Wir müssen die Risiken sehen - aber auch die Chancen! Die USA sind für Brandenburg wirtschaftlich von großer Bedeutung. Sie gehören zu den wichtigsten Abnehmerländern brandenburgischer Produkte. Wir sind ein Exportland, und Exporte schaffen und sichern Arbeitsplätze - auch bei uns.

(Beifall CDU)

Sie wissen, unsere brandenburgische Außenwirtschaft ist im Vergleich mit vielen anderen Bundesländern immer noch ausbaufähig. Ein Freihandelsabkommen bietet Chancen gerade auch für KMU, für die abweichende Normen sicherlich ein größeres Problem darstellen als für Großunternehmen. Ebenso sind umgekehrt die Amerikaner Spitzenreiter bei den ausländischen Investoren in Brandenburg. Auch sie haben bei uns Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Es gibt aber noch einen Aspekt, der über den rein wirtschaftlichen hinausgeht: Als Europa haben wir jetzt die Möglichkeit, gemeinsam mit Nordamerika Standards für Regeln für die Zukunft zu setzen und im europäischen Sinne mitzudefinieren. Wir müssen sehen, meine Damen und Herren: Europa ist wichtig, aber im Weltmaßstab sind wir nicht besonders groß; wir sind nicht der Nabel der Welt.

Bei aller berechtigten Kritik sollten wir uns die Chance in diesen Verhandlungen nicht entgehen lassen und sie weiter konstruktiv begleiten. Ich glaube, wenn Europa beim Setzen von Standards nicht mitmacht, werden diese Standards möglicherweise von anderen und woanders gesetzt. Dass das dann in unserem Sinne ist, wage ich zu bezweifeln. - Vielen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE und CDU)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Damit wären wir rein theoretisch am Ende der Rednerliste. Aber weil die Landesregierung überzogen hat, besteht jetzt auch für die Fraktionen die Gelegenheit, noch je zwei Minuten lang das Wort zu ergreifen. Möchte jemand von dieser Chance Gebrauch machen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 6/1180, 2. Neudruck, ein Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Transparenz über den Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP herstellen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Antrag, Drucksache 6/1181, 2. Neudruck, Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Absenkung von Standards durch das Freihandelsabkommen TTIP verhindern. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum dritten Antrag, Drucksache 6/1182, 2. Neudruck, auch ein Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe - Keine Einschränkung der Demokratie durch TTIP hinnehmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Zuruf von der AfD: Tut das der Linken nicht weh?)

Wir kommen zum vierten Antrag, Drucksache 6/1183, 2. Neudruck, auch ein Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe - Kein Freihandelsabkommen TTIP mit Investitionsschiedsverfahren. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum fünften Antrag, Drucksache 6/1184, 2. Neudruck, auch ein Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Vollständige Dienstleistungsliberalisierung durch Freihandelsabkommen TTIP verhindern. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum sechsten Antrag, Drucksache 6/1185, 2. Neudruck, auch ein Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Umweltschutz nicht durch TTIP gefährden. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zum siebten Antrag, ein Entschließungsantrag in Drucksache 6/1288, ein Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE, Sozial-, Arbeitsrecht und Umweltschutz, Datenschutz und Verbraucherstandards nicht gefährden - Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen neu gestalten. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diesem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 19 und rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

#### **Wahl eines Mitgliedes der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK)**

Antrag mit Wahlvorschlag  
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/1221

Gemäß § 71 Geschäftsordnung des Landtages erfolgt die Abstimmung über den Antrag geheim.

Einige Hinweise zum Wahlverfahren: Die Ausgabe der Wahlunterlagen erfolgt nach dem jeweiligen Namensaufruf durch die Schriftführer am Stenografentisch, und die Stimmabgabe erfolgt rechts und links der Regierungsbänke. Sie erhalten einen Stimmzettel mit dem Namen des Kandidaten, auf dem Sie Ihre Wahl kenntlich machen können. Dabei bitte ich Sie, nur die in der Wahlkabine ausliegenden Kopierstifte zu benutzen. Ungültig sind Zettel, die Zusätze enthalten, deren Kennzeichnung den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei oder die Identität des Abstimmenden erkennen lassen, bei denen die



Stimmabgabe nicht erfolgt ist oder wenn die Anzahl der abgegebenen Stimmen die Anzahl der zu vergebenden Stimmen übersteigt.

Ich frage die Abgeordneten: Wünschen Sie zum Wahlverfahren das Wort? - Da das nicht der Fall ist, kommen wir jetzt zur Abstimmung. - Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Geheime Wahl)

Meine Damen und Herren, hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? - Da das der Fall ist, schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Stimmauszählung)

Ich teile Ihnen das Wahlergebnis mit: An der Wahl haben sich 79 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 14 Abgeordnete, mit Nein 52 Abgeordnete, und 13 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. - Damit ist dem Wahlvorschlag nicht gefolgt worden.

Ich schließe damit die Wahl, Tagesordnungspunkt 20 sowie die heutige Sitzung. Ich weise Sie auf die Parlamentarische Nacht hin. Draußen warten seit 18 Uhr der Ostdeutsche Sparkassenverband und viele Kommunalpolitiker auf Sie, die Abgeordneten; ich habe die Veranstaltung schon eröffnet. Ich wünsche uns gemeinsam noch einen fröhlichen Abend!

**Ende der Sitzung: 21.21 Uhr**

## Anlagen

### Gefasste Beschlüsse

#### Impfen schützt alle

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 10. Sitzung am 29. April 2015 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Die Eliminierung von Masern und Röteln ist ein erklärtes und erreichbares Ziel der europäischen und nationalen Gesundheitspolitik. Von diesem Ziel sind wir derzeit noch weit entfernt. Weder Masern noch Röteln konnten bisher ausgerottet werden, wie der schwere Masernausbruch in Berlin und immer wieder auftretende Masernerkrankungen in Brandenburg aktuell deutlich machen. Ursprünglich sollten die Masern in Deutschland bis 2015 eliminiert sein. Dazu hatte sich die Bundesregierung Ende 2011 gegenüber der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verpflichtet. Der von der WHO empfohlene Durchimpfungsgrad liegt bei mindestens 95 %.

Masern sind sehr ansteckend, schwächen das Immunsystem und können bei Komplikationen zu schweren Erkrankungen führen. Die Impfung ist die wichtigste und effektivste Maßnahme, um Infektionskrankheiten vorzubeugen. Geimpfte können den Krankheitserreger nicht weitergeben, die Infektionskette ist unterbrochen.

Brandenburg bekennt sich seit Jahren zum Prinzip der Aufklärung und freiwilligen Impfung. 88,1 % aller Kitakinder, 95,2 % aller Schulanfänger und 95,4 % aller Zehntklässler sind aktuell gegen Masern geimpft.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Förderung des Impfgedankens um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in die die verschiedenen Akteure wie Bundes- und Landesregierung mit ihren zuständigen Fachbehörden, Ärzteschaft, Öffentlicher Gesundheitsdienst, gesetzliche und private Krankenversicherungen eingebunden werden müssen. Brandenburg und Berlin richten als gemeinsame Gesundheitsregion in diesem Jahr gemeinsam die 4. Nationale Impfkonzferenz aus. Sie findet am 18./19. Juni in Berlin statt. Ziel ist es, den bestehenden Handlungsbedarf für die Masern-Elimination in Deutschland zu präzisieren.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die 4. Nationale Impfkonzferenz zu nutzen, um
  - die guten Brandenburger Erfahrungen der Impfaufklärung und -beratung zu vermitteln,
  - die Impfung als zentrale vorbeugende Maßnahme für Kinder vor Besuch einer öffentlichen Einrichtung wie Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Kindertagespflege in die Debatte einzubringen,
  - Szenarien zur Verbesserung der bundesweiten Impfquote für Infektionskrankheiten, insbesondere Masern und Röteln, zu entwickeln,

- eine bundesweite öffentlichkeitswirksame Informationskampagne zum Thema Impfen unter Einbeziehung der sozialen Netzwerke anzuregen, mit der über die von der Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Instituts empfohlenen Schutzimpfungen sowie die damit verbundenen Vorteile, aber auch bestehenden Risiken, umfassend informiert und aufgeklärt werden soll;

2. mit den Kommunen, den Hochschulen sowie den anderen Ländern durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu werben und weitere geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Impfbereitschaft zu prüfen;
3. sich im Rahmen der Bundesratsbefassung des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz - PräVG) dafür einzusetzen, dass die Impfberatung für alle Altersgruppen gemäß der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission und in allen Lebenswelten ein fester Bestandteil der Gesundheitsvorsorge wird, um bestehende Impflücken schneller zu erkennen und zu schließen.“

#### Weiterentwicklung der Krankenhäuser zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Land

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 10. Sitzung am 29. April 2015 zum TOP 10 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

In Brandenburg sorgen 53 Krankenhäuser für eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Gesundheitsversorgung der Menschen.

In der letzten Legislaturperiode wurden bereits wesentliche Grundlagen für die künftige Sicherung der Krankenhäuser als Anker der gesundheitlichen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum geschaffen:

1. Mit der Fortschreibung des 3. Brandenburger Krankenhausplanes für den Zeitraum 2014 bis 2018 wurden alle Krankenhäuser und Krankenhausstandorte im Land erhalten.
2. Mit der Umstellung der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser auf eine Pauschalförderung haben die Einrichtungen mehr Handlungsfreiheit, Flexibilität und Planungssicherheit bekommen.
3. Mit der Errichtung des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V wurde die Voraussetzung geschaffen, ausgehend von einer Analyse der bestehenden Versorgungssituation im Land unterschiedlich geregelte Sektoren der medizinischen Versorgung (ambulante, stationäre und Notfallversorgung) zusammenzuführen und innovative Versorgungsmodelle unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten zu erarbeiten. Die fachübergreifende Kooperation von Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen bietet ein großes Potenzial, um

zukunftsfähige Lösungen für die medizinische Versorgung zu entwickeln.

4. Mit der Fortschreibung des Masterplans ‚Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg‘ sind als Handlungsfelder auch neue Versorgungsformen und Rehabilitation sowie Prävention, Gesundheitsförderung und -tourismus definiert worden. Dabei ist Berlin-Brandenburg als Modellregion neuer Versorgungsformen weiter auszubauen. Die demografische Entwicklung und die Morbiditätsentwicklung einerseits sowie die begrenzten finanziellen Ressourcen andererseits stellen das Land vor besondere Herausforderungen. Ziel bleibt eine bedarfsgerechte, flächendeckende und gut erreichbare medizinische Versorgung in allen Landesteilen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. den Brandenburger Krankenhausplan in allen seinen Punkten konsequent umzusetzen und alle Krankenhäuser durch Spezialisierungen und Kooperationen zu erhalten. Das umfasst auch einen Ausbau der Standorte zu modernen sektorenübergreifenden Gesundheitsanbietern. Ziel ist eine gut erreichbare und sichere ambulante und stationäre medizinische Versorgung in hoher Qualität für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger;
2. in den kommenden fünf Jahren Landesmittel in Höhe von mindestens 400 Millionen Euro für eine auskömmliche und verlässliche Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser sicherzustellen;
3. sich bei den Vorbereitungen der vom Bund vorgesehenen Krankenhausreform aktiv zu beteiligen, um eine Berücksichtigung der landesspezifischen Interessen zu gewährleisten.

Die Einrichtung eines Investitionsfonds, finanziert durch Bundes-, Krankenkassen- und Landesmittel, ist zu unterstützen, um zusätzliche Finanzmittel, insbesondere für innovative sektorenübergreifende Versorgungsformen, zu erhalten.

Es ist darauf hinzuwirken, dass bei den vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vorgegebenen Mindestmengen bei bestimmten Indikationen und Strukturanforderungen künftig länderspezifische Ausnahmeregelungen möglich sind, um regional unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten berücksichtigen zu können.

Es ist ebenso darauf hinzuwirken, dass die vom G-BA verursachten Mehrkosten refinanziert werden.

Es ist zu unterstützen, dass die Zahlung eines Sicherstellungszuschlages an Krankenhäuser künftig auf der Grundlage eines bundeseinheitlichen Rechtsrahmens erfolgt, der die Gesamtwirtschaftlichkeit der Einrichtungen berücksichtigt;

4. den neuen Krankenhausplan langfristig und in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung der Krankenhausträger, Krankenkassen, der Landeskrankenhausgesellschaft, des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes zu erarbeiten;
5. das Landesgremium nach § 90 a SGB V bei Fragen der sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung einzubeziehen. Eine Erweiterung des Landesgremiums um Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich Pflege ist zu prüfen.“

#### **Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg wieder einberufen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 10. Sitzung am 29. April 2015 zum TOP 14 folgende Entschließung angenommen:

#### **„Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg - Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen und fortschreiben**

Der Landtag stellt fest:

In der 5. Wahlperiode hat die Landesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und im April 2014 beschlossen. Damit liegt erstmals ein ressortübergreifendes Konzept für eine nachhaltige Entwicklung des Landes vor.

Die Nachhaltigkeitsstrategie führt Maßnahmen in 16 Handlungsfeldern auf und unterbreitet Vorschläge für die weitere Umsetzung. In der laufenden Legislatur kommt es darauf an, die vorgeschlagenen Maßnahmen auch umzusetzen.

Der Landtag begrüßt daher die Ankündigung der Landesregierung, die Einsetzung eines Beauftragten und einer interministeriellen Arbeitsgruppe als erste Umsetzungsschritte.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bis I. Quartal 2016 die vorgesehenen Einzelmaßnahmen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie konkret zu benennen und dabei auch den Beitrag der Landesregierung zum Beispiel in den Bereichen Beschaffungswesen, Liegenschaften, Bauten, Mobilität und Verwaltungsmanagement deutlich zu machen,
2. Projekte mit anderen Behörden und Institutionen zu entwickeln, die als Best-practice-Beispiele der Öffentlichkeit vorgestellt werden,
3. dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft im IV. Quartal 2017 einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und Eckpunkte einer Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen,
4. die Einbeziehung und Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie zu gewährleisten.“

### **Transparenz über den Stand der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP herstellen (I)**

in Verbindung damit:

### **Absenkung von Standards durch das Freihandelsabkommen TTIP verhindern (II) und**

### **Keine Einschränkung der Demokratie durch TTIP hinnehmen (III) und**

### **Kein Freihandelsabkommen TTIP mit Investitionsschiedsverfahren (IV) und**

### **Vollständige Dienstleistungsliberalisierung durch Freihandelsabkommen TTIP verhindern (V) und**

### **Umweltschutz nicht durch TTIP gefährden (VI)**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 10. Sitzung am 29. April 2015 zum TOP 19 folgende Entschließung angenommen:

### **„Sozial-, Arbeitsrechts-, Umweltschutz-, Datenschutz- und Verbraucherstandards nicht gefährden - Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen neu gestalten!“**

1. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 26. Juni 2014 (5/9184-B) und fordert die Landesregierung auf, sich weiterhin über den Bundesrat und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen,

- dass die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) unter Einbindung der Öffentlichkeit und rechtzeitiger Einbeziehung der nationalen Parlamente transparent gestaltet werden. Die Europäische Union muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass über politisch strittige Fragen eine ergebnisoffene Debatte mit Beteiligung von Wissenschaft und europäischer Zivilgesellschaft geführt wird;
- dass das geplante Freihandelsabkommen nur unter Beibehaltung der europäischen Sozial-, Arbeitsrechts-, Verbraucherschutz- und Umweltschutzstandards, der Standards für den Schutz persönlicher Daten sowie der eigenständigen Normen des Wettbewerbs- und Unternehmensrechts der EU und ihrer Mitgliedsländer zustande kommt. Wenn unterschiedliche Schutzniveaus in der EU und den USA bestehen, dürfen diese nicht nivelliert werden - auch nicht durch das Verfahren der Regulatorischen Kooperation. In der EU soll auch künftig vor der Zulassung der Nachweis geführt werden, dass ein Produkt für Verbraucherinnen und Verbraucher unschädlich ist;
- dass der Umfang und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden sowie die Entscheidungsfreiheit regionaler

Körperschaften über die Organisation der Daseinsvorsorge unberührt bleibt. Ferner müssen die Mitgliedstaaten der EU das Recht haben, sensible Dienstleistungen wie etwa in der Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur besonders zu unterstützen. Die öffentliche Kultur- und Medienförderung ist zu erhalten;

- dass die Entscheidungsrechte der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, von Ländern (Regionen) sowie Kommunen durch Freihandelsabkommen weder direkt noch indirekt eingeschränkt werden;
- dass die Ergebnisse der öffentlichen Online-Konsultation der EU-Kommission zum Investitionsschutz und zur Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) im Rahmen des Abkommens über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft in den weiteren Verhandlungen zu dem EU-Freihandelsabkommen mit den USA und auch dem mit Kanada (CETA) berücksichtigt werden. Die Freihandelsabkommen dürfen insbesondere nicht dazu führen, dass Investoren vor internationalen Schiedsstellen rechtsstaatliche Standards und demokratische politische Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen aushebeln können. Die parlamentarische Hoheit über die Definition von Standards und Zulassungsverfahren muss sichergestellt werden.

2. Der Landtag bittet den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz, den Stand der Verhandlungen zu den genannten Freihandelsabkommen weiter regelmäßig zum Gegenstand in seinen Beratungen zu machen und dem Landtag zu gegebener Zeit weitere Schlussfolgerungen zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten.“

### **Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9 - Gesetz für mehr Demokratie bei Bürgerentscheiden - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 6/1168, 1. Lesung**

#### **Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:**

Frau Bessin (AfD)  
 Galau (AfD)  
 Jung (AfD)  
 Kalbitz (AfD)  
 Königer (AfD)  
 Dr. van Raemdonck (AfD)  
 Frau Schade (AfD)  
 Schröder (AfD)

#### **Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:**

Frau Alter (SPD)  
 Frau Augustin (CDU)  
 Baaske (SPD)



Frau Bader (DIE LINKE)  
 Barthel (SPD)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Bischoff (SPD)  
 Bommert (CDU)  
 Bretz (CDU)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Frau Dannenberg (DIE LINKE)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Eichelbaum (CDU)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Geywitz (SPD)  
 Gliese (CDU)  
 Frau Gossmann-Reetz (SPD)  
 Frau Große (DIE LINKE)  
 Günther (SPD)  
 Frau Heinrich (CDU)  
 Hoffmann (CDU)  
 Holzscherer (SPD)  
 Frau Johlige (DIE LINKE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Kosanke (SPD)  
 Frau Koß (SPD)  
 Kurth (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Frau Dr. Liedtke (SPD)  
 Loehr (DIE LINKE)  
 Frau Dr. Ludwig (CDU)  
 Ludwig (DIE LINKE)  
 Lüttmann (SPD)  
 Frau Mächtig (DIE LINKE)  
 Frau Muhß (SPD)  
 Frau Müller (SPD)  
 Frau Dr. Münch (SPD)  
 Ness (SPD)  
 Nowka (CDU)  
 Dr. Redmann (CDU)  
 Frau Dr. Richstein (CDU)  
 Roick (SPD)  
 Rupperecht (SPD)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schier (CDU)  
 Schmidt (SPD)  
 Dr. Schöneburg (DIE LINKE)  
 Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)  
 Senftleben (CDU)  
 Frau Stark (SPD)  
 Stohn (SPD)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Frau Vandre (DIE LINKE)  
 Vogelsänger (SPD)  
 Wichmann (CDU)  
 Wilke (DIE LINKE)  
 Dr. Woidke (SPD)

**Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:**

Hein (fraktionslos)  
 Jungclaus (B90/GRÜNE)  
 Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)  
 Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)  
 Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)  
 Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

**Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 16 - Gesetzliche Regelung für Mindestabstände für die Errichtung von Windkraftanlagen in Brandenburg endlich umsetzen - 10H-Regelung für Windkraftanlagen nach § 249 Absatz 3 Baugesetzbuch in Brandenburg einführen - Antrag der Abgeordneten Christoph Schulze, Iris Schülzke und Péter Vida - BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Drucksache 6/1164 (3. Neudruck)**

**Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:**

Frau Augustin (CDU)  
 Frau Bessin (AfD)  
 Bommert (CDU)  
 Bretz (CDU)  
 Dombrowski (CDU)  
 Eichelbaum (CDU)  
 Dr. Gauland (AfD)  
 Genilke (CDU)  
 Gliese (CDU)  
 Hein (fraktionslos)  
 Frau Heinrich (CDU)  
 Hoffmann (CDU)  
 Homeyer (CDU)  
 Jung (AfD)  
 Kalbitz (AfD)  
 Königer (AfD)  
 Lakenmacher (CDU)  
 Nowka (CDU)  
 Dr. van Raemdonck (AfD)  
 Dr. Redmann (CDU)  
 Frau Schade (AfD)  
 Frau Schier (CDU)  
 Prof. Dr. Schierack (CDU)  
 Schröder (AfD)  
 Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)  
 Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)  
 Senftleben (CDU)  
 Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)  
 Wichmann (CDU)  
 Wiese (AfD)

**Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:**

Frau Alter (SPD)  
 Baaske (SPD)  
 Frau Bader (DIE LINKE)  
 Barthel (SPD)  
 Dr. Bernig (DIE LINKE)  
 Bischoff (SPD)  
 Christoffers (DIE LINKE)  
 Frau Dannenberg (DIE LINKE)  
 Domres (DIE LINKE)  
 Frau Fischer (SPD)  
 Folgart (SPD)  
 Frau Geywitz (SPD)  
 Frau Gossmann-Reetz (SPD)  
 Frau Große (DIE LINKE)  
 Frau von Halem (B90/GRÜNE)  
 Holzscherer (SPD)  
 Frau Johlige (DIE LINKE)  
 Jungclaus (B90/GRÜNE)  
 Frau Kaiser (DIE LINKE)  
 Frau Kircheis (SPD)  
 Kosanke (SPD)

Frau Koß (SPD)  
 Kurth (SPD)  
 Frau Lehmann (SPD)  
 Frau Dr. Liedtke (SPD)  
 Loehr (DIE LINKE)  
 Ludwig (DIE LINKE)  
 Lüttmann (SPD)  
 Frau Mächtig (DIE LINKE)  
 Frau Muhß (SPD)  
 Frau Müller (SPD)  
 Frau Dr. Münch (SPD)  
 Ness (SPD)  
 Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)  
 Raschke (B90/GRÜNE)  
 Roick (SPD)  
 Rupperecht (SPD)  
 Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)  
 Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)  
 Schmidt (SPD)  
 Dr. Schöneburg (DIE LINKE)  
 Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)  
 Frau Stark (SPD)  
 Stohn (SPD)  
 Frau Tack (DIE LINKE)  
 Frau Vandre (DIE LINKE)  
 Vogel (B90/GRÜNE)  
 Vogelsänger (SPD)  
 Wilke (DIE LINKE)  
 Dr. Woidke (SPD)

**Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 29. April 2015**

**Frage 171**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Anita Tack**

**- Investitionspaket der Bundesregierung -**

In der 44. Sitzung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bauen und Reaktorsicherheit am 22.04.2015 gab die Bundesregierung einen Bericht zum „Investitionspaket der Bundesregierung in den Bereichen Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Energieeffizienz im Gebäudebereich“. Darin sind innerhalb der Zuständigkeit des BMUB in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 859 Millionen Euro, insbesondere für Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgesehen. Darüber hinaus ist im neuen 3,5-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für finanzschwache Kommunen neben der Förderung der energetischen Sanierung der sozialen, der Schul- und der sonstigen Infrastruktur in den Kommunen, auch der Städtebau einschließlich des altersgerechten Umbaus und der Barrierefreiheit sowie Investitionen mit Schwerpunkt Klimaschutz verankert.

Ich frage daher die Landesregierung: Mit welchen Schwerpunkten bzw. mit welchen Projekten wird sich Brandenburg für dieses Investitionspaket bewerben, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung preiswerten Wohnraums?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister der Finanzen Görke**

Im Entwurf der Bundesregierung für ein Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, der gegenwärtig im Bundestag und Bundesrat zur Beratung vorliegt, sind „zur Stärkung der Investi-

tionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände“ Finanzhilfen für Investitionen in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Auf das Land Brandenburg entfallen hiervon 3,0842 %; dies entspricht etwa 108 Millionen Euro. Die Mittel stehen in den Jahren 2015 bis 2019 zum Abruf bereit. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass nur finanzschwache Kommunen in den Genuss einer Förderung kommen.

Welche Definition der Finanzschwäche in Brandenburg - die Definition ist den Ländern überlassen worden - angewendet wird, steht noch nicht fest. Auch zur Verteilung der Bundesmittel unter den finanzschwachen Kommunen ist noch keine Entscheidung gefallen.

Die Bundesregierung sieht in ihrem Gesetzesentwurf eine Reihe von Einschränkungen bei der Mittelverwendung vor. So können Einrichtungen der Bildungsinfrastruktur, das heißt sämtliche Schulen, nur im Rahmen einer energetischen Sanierung gefördert werden. Für Kindergärten gibt es dagegen eine solche Einschränkung nicht. Kommunalstraßen dürfen nur saniert werden, soweit dies zum Lärmschutz beiträgt.

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand dürfte die Schaffung preiswerten Wohnraums mit den gesetzlich vorgegebenen Verwendungsbereichen nicht möglich sein.

**Frage 172**

**CDU-Fraktion**

**Abgeordnete Barbara Richstein**

**- Aufhebung der Zweiteilung des Landes Brandenburg bei der EU-Förderung -**

Das Land Brandenburg hat das Ziel, in der nächsten EU-Förderperiode wieder als einheitliche Fördergebietskulisse betrachtet zu werden. Die entsprechende NUTS-Verordnung wurde dazu bereits geändert. Jedoch war bislang noch offen, ob die EU-Kommission für die Fördergebieteinteilung in der neuen Förderperiode die dementsprechend geänderte NUTS-Verordnung bereits zugrunde legt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Erreichung des Ziels einer einheitlichen Fördergebieteinteilung entsprechend der geänderten NUTS-Verordnung für die nächste EU-Förderperiode?

**Antwort der Landesregierung**

**Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz  
 Dr. Markov**

Die Aufteilung Brandenburgs in zwei unterschiedliche statistische Gebietseinheiten auf der Ebene NUTS 2 ist seit 2011 bzw. im Hinblick auf die Übermittlung von Daten an die Europäische Kommission seit 2012 aufgehoben. Brandenburg hatte auf die Zusammenlegung der beiden statistischen Regionen hingewirkt, da die darauf basierende Unterteilung des Landes in zwei Förderregionen in der Förderperiode 2007 bis 2013 dazu geführt hatte, dass die dem Land zur Verfügung stehenden EU-Mittel nicht flexibel und integriert im ganzen Land eingesetzt werden konnten. Außerdem hatte die Zweiteilung zu einem erheblichen verwaltungstechnischen Mehraufwand in der Finanzplanung und Umsetzung der EU-Förderung geführt.

Die Europäische Union hat jedoch entschieden, für die EU-weite Einteilung der Fördergebiete in der Förderperiode 2014

bis 2020 noch die vorhergehende Fassung der NUTS-Verordnung zugrunde zu legen. In der Förderperiode 2014 bis 2020 besteht daher die Unterteilung in Brandenburg Nordost und Brandenburg Südwest grundsätzlich fort.

Die Unterteilung Brandenburgs in zwei Fördergebiete wirkt sich jedoch aufgrund neuer EU-Verordnungsvorgaben nicht mehr negativ auf die Umsetzung der Förderung in Brandenburg aus:

Da Brandenburg Nordost und Brandenburg Südwest der gleichen Regionenkategorie - der neuen Kategorie der Übergangsregionen - zugeordnet sind, können die Brandenburg insgesamt zur Verfügung stehenden Strukturfondsmittel in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 flexibel im ganzen Land eingesetzt werden.

In den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zu den EU-Verordnungen konnte zudem durchgesetzt werden, dass für alle ehemaligen Konvergenzregionen - wie Brandenburg Nordost - sowie für alle ehemaligen Phasing-out-Regionen - wie Brandenburg Südwest - ein einheitlicher Kofinanzierungshöchstsatz von 80 % gilt.

Es besteht daher nicht mehr die Notwendigkeit der Verwaltungsaufwändigen getrennten Abrechnung für die beiden brandenburgischen Förderregionen.

#### **Frage 173**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordneter Sven Schröder**

##### **- Förderung von Windenergieanlagen -**

Die Landesregierung sieht sich aufgrund der kontinuierlichen Errichtung von Windenergieanlagen nicht veranlasst, die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen zu untersuchen, und verlässt sich damit ausschließlich auf das Wachstum der Anzahl von Windenergieanlagen als Indikator für einen grundsätzlich vermuteten wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen. Demnach ist es unbekannt, ob Windenergieanlagen nach wirtschaftlichen Erfordernissen überhaupt errichtet und betrieben werden können.

Da Windenergieanlagen durch das EEG gefördert und erhebliche Steuermittel dafür aufgewendet werden, frage ich die Landesregierung: Wie erklärt sie die Verteilung von Fördermitteln auf Grundlage des EEG für Vorhaben und Investitionen, deren Wirtschaftlichkeit nicht bekannt ist?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Wirtschaft und Energie Gerber**

Lassen Sie mich eingangs richtigstellen, dass die Errichtung von Windenergieanlagen nicht durch Steuern finanziert wird, sondern über die im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegten Einspeisevergütungen. Diese wiederum werden durch die sogenannte EEG-Umlage über den Strompreis von den Stromkunden refinanziert. Folglich handelt es sich auch nicht um Fördermittel.

Ob ein Windenergieanlagenprojekt an einem bestimmten Standort realisiert wird, hängt neben der Windhöflichkeit sowie den Investitions- und Betriebskosten auch von den Renditeerwartungen des Investors ab. Dies gilt insbesondere für die Eigen-

kapitalverzinsung. Die Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsaspektes bei einer Investitionsentscheidung im Windenergiebereich liegt somit ausschließlich beim Investor und nicht bei der Landesregierung.

Die Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen wurde im Übrigen bereits in vielen Studien untersucht und beschrieben, die im Internet zur Verfügung stehen.

#### **Frage 174**

##### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

##### **Abgeordnete Marie Luise von Halem**

##### **- Taktverdichtung durch mehr Züge auf der Strecke Werder - Potsdam -**

Die Zeppelinstraße in der Stadt Potsdam ist die Haupteinfahrtsstraße für Pendlerinnen und Pendler, die aus Richtung Brandenburg an der Havel, Werder, Geltow nach Potsdam fahren. Mit 27 000 Fahrzeugbewegungen pro Tag ist die Straße stark frequentierte Verkehrsader (B1) und Unfallschwerpunkt. Hohe Stickoxid- und Feinstoffwerte an der Dauermessstelle in der Zeppelinstraße sind ein Problem, in den vergangenen Jahren kam es regelmäßig zur Überschreitung gesetzlich vorgegebener EU-Grenzwerte. Es gibt daher Pläne, die B1 innerhalb Potsdams in der Zeppelinstraße für den Autoverkehr auf drei Spuren zu reduzieren. Viele Bürgerinnen und Bürger auch aus den Umlandgemeinden haben Sorge vor langen Staus und fordern Alternativen für den ÖPNV. Parallel zur Zeppelinstraße und zur B1 verläuft die Bahnstrecke Werder - Potsdam - Berlin. Eine Verdichtung des Haltetaktes durch mehr Züge hätte eine Verkehrsentslastung auf der Zeppelinstraße zur Folge.

Daher frage ich: Wird sich die Landesregierung für mehr Zugverbindungen auf der Strecke Werder - Potsdam einsetzen?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Der Landesregierung liegen bisher keine konkreten Planungen der Landeshauptstadt Potsdam zur Umgestaltung der Zeppelinstraße und zu den daraus gegebenenfalls resultierenden verkehrlichen Auswirkungen vor. Unabhängig davon ist es Ziel der Landesregierung, ein gut abgestimmtes öffentliches Regional- und Nahverkehrsangebot zu gewährleisten. Im Raum Brandenburg, Werder, Geltow und Potsdam bestehen gute Regional- und Nahverkehrsverbindungen.

Der VBB führt im Auftrag des Landes Brandenburg derzeit Untersuchungen zum schienengebundenen Regionalverkehr unter anderem für den Korridor Werder an der Havel - Potsdam - Berlin durch. Auf der Grundlage der Ergebnisse wird im Rahmen der Fortschreibung des Landesnahverkehrsplanes über Bedarf und Möglichkeiten der Nachsteuerung zu entscheiden sein.

#### **Frage 175**

##### **CDU-Fraktion**

##### **Abgeordnete Dr. Saskia Ludwig**

##### **- Sicherheitsrisiken durch den Einsatz von Windows XP in der Brandenburger Verwaltung -**

Laut verschiedener Medienberichte gibt es im Land Berlin erhebliche Probleme bei der Umstellung der Computersoftware von Windows XP auf modernere Betriebssysteme. Aufgrund des

ausgelaufenen Supports für Windows XP bestehen bei der Weiterverwendung dieser Software erhebliche Sicherheitsrisiken, insbesondere im Hinblick auf hochsensible persönliche Daten.

Ich frage die Landesregierung: Drohen in der Brandenburger Verwaltung mögliche Sicherheitsrisiken durch den Einsatz von Windows XP?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister des Innern und für Kommunales Schröter**

Auf dem Gebiet der Informationstechnik kann es keine 100%ige Sicherheit geben. Innerhalb der Brandenburger Verwaltung wird aber ständig daran gearbeitet, bestehende Risiken zu minimieren. Das gilt auch für die Nutzung von Computern mit dem Programm Windows XP.

Derzeit laufen in der Landesverwaltung noch etwa 12 % der Computer mit dem Betriebssystem Windows XP. Der Anteil der Windows-XP-Rechner mit direkter Verbindung zum Internet an der Gesamtzahl aller Rechner beträgt sogar nur noch 0,7 %. Nur diese kleine Rechnergruppe stellt ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Allerdings wird das Risiko mithilfe eines Virenschutzes minimiert. Zudem gewährleistet die vom landeseigenen Computer-Notfallteam betriebene Netzüberwachung, dass Angriffe auf das System jederzeit erkannt werden. So können rasch Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Alle anderen noch im Einsatz befindlichen Windows-XP-Rechner werden sicher vom Internet abgeschottet betrieben und bereiten demzufolge keine nennenswerten Sorgen.

Mit Blick auf die kurze Restlaufzeit, die verhältnismäßig geringe Windows-XP-Rechnerzahl mit Internetverbindung sowie angesichts des hohen Schutzniveaus sehe ich in dem Fortbetrieb der genannten XP-Rechner bis maximal Ende 2015 kein erhebliches Sicherheitsrisiko.

#### **Frage 176**

##### **Fraktion DIE LINKE**

##### **Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**

##### **- Rechtliche Bedenken zum Nießbrauchvertrag Pfingstberg -**

Im Zusammenhang mit der Einzäunung eines 60 000 m<sup>2</sup> großen Grundstücks am Pfingstberg gibt es starke Proteste in Potsdam. In einer von der Pfingstberg Initiative Potsdam in Auftrag gegebenen rechtlichen Prüfung des von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg mit der MDB Vermögensverwaltung KG abgeschlossenen Nutzungs- und Sanierungsvertrages wird ein Verstoß gegen das geltende Vergaberecht wegen einer unzulässigen de-facto-Vergabe festgestellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die rechtlichen Bedenken zum Nutzungs- und Sanierungsvertrag, den die Schlösserstiftung mit der MDB Vermögensverwaltung KG abgeschlossen hat?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst**

Bei der Fläche am Potsdamer Pfingstberg handelt es sich um den Garten der Villa Henckel, der sich derzeit in einem verwil-

derten Zustand befindet, in dem auch Müll und Schutt abgekippt worden sind. Die Einzäunung dient der Verkehrssicherung und der Sicherung der Baustelle und war aufgrund des Zustandes bereits seit langem dringend geboten. Die vertragliche Vereinbarung erlaubt es nunmehr, dass der Park der Villa Henckel wie auch die Villa Schlieffen nach historischem Vorbild wiederhergestellt werden können. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten kommt damit ihrer wichtigsten satzungsgemäßen Aufgabe, die ihr übertragenen Kulturgüter zu bewahren und zu pflegen, nach.

Die von Ihnen erwähnte anwaltliche Bewertung des Nutzungs- und Sanierungsvertrages zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) und der MDB Vermögensverwaltung KG ist der Landesregierung durch die Übermittlung des offenen Briefes der Pfingstberg Initiative Potsdam seit kurzem bekannt. Sie wird derzeit im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur geprüft und gegebenenfalls im Rahmen der Mitwirkung der Landesregierung im Stiftungsrat der SPSG berücksichtigt.

#### **Frage 177**

##### **CDU-Fraktion**

##### **Abgeordneter Dr. Jan Redmann**

##### **- Sanierung der L 145 im Bereich Papenbruch -**

Die Landesstraße 145 im Bereich Papenbruch ist, auch aufgrund des Schwerlastverkehrs, einer hohen Verkehrsbelastung ausgesetzt. Durch den schlechten Zustand der Gosse gibt es erhebliche Defizite bei der Oberflächenentwässerung. Dies zieht eine ständige Gefährdung von Radfahrern und Fußgängern aufgrund Spritzwassers nach sich. Im kommenden Jahr wird die Gemeinde Heiligengrabe entlang der Ortsdurchfahrt beidseitig einen Gehweg errichten.

Ich frage die Landesregierung: Wird der Landesbetrieb Straßenwesen im Zuge der Baumaßnahme der Gemeinde eine Erneuerung von Gosse und Bordstein durchführen?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Im Land Brandenburg ist der Zustand einer Reihe von Landesstraßen - insbesondere in den Ortsdurchfahrten - nicht zufriedenstellend. Das trifft auch für die L 145 im Bereich Papenbruch zu.

Die L 145 ist aufgrund ihrer Verkehrsfunktionen und der geringen Verkehrsbelastung - 1 055 Kfz/24 h, 10 % SV - dem nachrangigen Netz - Grünes Netz - zugeordnet.

Eine wesentliche Verbesserung des Straßenzustandes bzw. der Straßenentwässerung kann nur durch einen grundhaften Ausbau der Straße erreicht werden. Dazu stehen die erforderlichen Mittel gegenwärtig nicht zur Verfügung.

Die zuständige Straßenmeisterei wird im Rahmen der betrieblichen Unterhaltung, zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und der Sicherung der Befahrbarkeit auch zukünftig die notwendigen kleinteiligen Reparaturen an der L 145 im Bereich Papenbruch durchführen.



**Frage 178****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Anita Tack****- Nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur -**

Am 16. und 17. April tagte die Verkehrsministerkonferenz in Rostock. Eines der wichtigen Themen war die nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Diese Problemstellung wird seit über einem Jahr auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiert, die in die finanzielle Verantwortung des Bundes große Erwartungen setzt. Forderungen der Länder sollten dabei einen hohen Stellenwert haben, da sich in den jeweiligen Ländern die Umsetzungsprozesse bzw. Konfliktlagen konkret darstellen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie hat sich die Verkehrsministerkonferenz, insbesondere das Land Brandenburg, zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur angesichts der gegenwärtigen und der prognostizierten Zustandsanalysen der Verkehrsinfrastruktur und der wachsenden Mobilitätsbedürfnisse der Menschen positioniert?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Unter dem Vorsitz Brandenburgs der Verkehrsministerkonferenz (VMK) wurde 2010 die sogenannte Daehre-Kommission zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt. In dieser Kontinuität verfolgt die Landesregierung das Ziel, eine sowohl für alle Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße als auch für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen bedarfsgerechte Verkehrsinfrastrukturfinanzierung mit dem Schwerpunkt der Erhaltung zu erreichen.

Der Bund hat die Haushaltsmittel zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zwischenzeitlich erhöht. Die Debatte ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Für die Herbstsitzung im Oktober hat die VMK den Bund um einen weiteren Bericht gebeten, über dessen Ergebnisse dann erneut beraten werden soll. Dazu gehören die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den ÖPNV und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, die Verwendung der Mittel in den Sonderprogrammen sowie Überlegungen zur Einrichtung von Sonderfonds.

**Frage 179****AfD-Fraktion****Abgeordneter Andreas Kalbitz****- Einstufung von Straßen -**

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Landesstraßen wurden in den letzten fünf Jahren zu Kreis- oder Gemeindestraßen abgestuft - und damit aus der Verantwortung des Landes Brandenburg entlassen - bzw. Kreis- oder Gemeindestraßen zu Landesstraßen aufgestuft?

**Antwort der Landesregierung****Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

In den letzten 5 Jahren wurden 46,3 km Landesstraßen zu Kreisstraßen, 37,5 km Landesstraßen zu Gemeindestraßen sowie 10,5 km Kreisstraßen zu Landesstraßen und 4,5 km Gemeindestraßen zu Landesstraßen umgestuft.

**Frage 180****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg****- Teilnahme von Berufstätigen an den Sitzungen der Polizeibeiräte -**

Der Polizeibeirat soll als Bindeglied zwischen Bevölkerung, kommunaler Gebietskörperschaft und Polizei fungieren. Dabei sollen die Mitglieder das vertrauensvolle Verhältnis zwischen diesen Institutionen fördern, die Tätigkeit der Polizei unterstützen sowie Anregungen und Wünsche der Bevölkerung an die Polizei herantragen. Die Beratungen der Polizeibeiräte finden erfahrungsgemäß überwiegend im Laufe des Tages statt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist sichergestellt, dass Arbeitnehmer, insbesondere aus der Privatwirtschaft, diese Aufgabe wahrnehmen und ausüben können?

**Antwort der Landesregierung****Minister des Innern und für Kommunales Schröter**

Die Polizeibeiräte üben eine wichtige Funktion aus. Sie vermitteln zwischen Polizei, Bevölkerung und Kommunen. Die Bereitschaft der Mitglieder zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit ist Respekt und Anerkennung wert.

Die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder der Polizeibeiräte beruht auf der Grundlage freier Kandidaturen und Wahlen. Bewerber müssen zunächst selbst einschätzen, ob sie für das Ehrenamt Zeit haben und die zusätzliche Tätigkeit mit ihrem Beruf vereinbar ist. Ergänzend regelt die Polizeibeiräteverordnung, dass die Mitglieder des Polizeibeirats nicht an der Übernahme und Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert oder dadurch in ihrem Arbeitsverhältnis benachteiligt werden dürfen.

Doch nicht nur deshalb sind Polizeibeiräte in ihrem ehrenamtlichen Engagement weitgehend frei. Hinzu kommt, dass sie sich laut der Polizeibeiräteverordnung selbst eine Geschäftsordnung geben und konkrete Termine für ihre Sitzungen intern abstimmen können. So können sie die Termine so legen, dass sie mit dem Beruf vereinbar sind.

**Frage 181****Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Abgeordnete Marie Luise von Halem****- Geht die „Digitale Dividende II“ komplett in den Breitbandausbau? -**

Am 11. Dezember 2014 hat die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vereinbart, gemeinsam mit dem Bund bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu erreichen. Der Bund wird die Erlöse aus der Versteigerung der nicht mehr benötigten 700-MHz-Frequenzen, die sogenannte „Digitale Dividende II“, für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen, hälftig für den Bund und die Länder. Ministerpräsident Dr. Woidke begrüßt das Vorhaben und nennt in der Pressemitteilung der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 11. Dezember 2014 die „Versorgung mit schnellem Internet ... eine grundlegende Voraussetzung, damit der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland überall weiter gestärkt wird.“

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sie den in Aussicht gestellten Betrag in den Breitbandausbau investieren?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Wirtschaft und Energie Gerber**

In Brandenburg soll mit den in Aussicht gestellten Mitteln zunächst die Umsetzung des Konzeptes Glasfaser 2020 in der Region Spreewald finanziert werden, die bislang nicht berücksichtigt werden konnte. Das Ministerium für Wirtschaft und Energie hat die entsprechenden Einnahme- und Ausgabetitel im Haushaltsentwurf 2015/2016 im Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft und Energie eingebracht. Zwar wird die tatsächliche Höhe des brandenburgischen Anteils erlösabhängig erst mit dem Abschluss des Versteigerungsverfahrens feststehen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der brandenburgische Erlösanteil zur Finanzierung ausreicht.

**Frage 182****Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Abwasseranschluss der Landhofsiedlung Schöneiche -**

Presseberichten zufolge soll die Landhaussiedlung in Schöneiche, ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes ökologisches Vorzeigeprojekt, an die zentrale Abwasserentsorgung angeschlossen werden, obwohl es eine voll funktionsfähige Pflanzenkläranlage gibt. Der Anschluss und die laufende Abwasserentsorgung sind für die Bewohner mit Kosten verbunden. Die Gemeinde befürwortet den Erhalt der Pflanzenkläranlage.

Ich frage die Landesregierung: Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, die Landhaussiedlung vom Anschlusszwang auszunehmen?

**Antwort der Landesregierung****Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger**

Die Gemeinde Schöneiche bei Berlin wird seit den 1990er-Jahren schrittweise und planmäßig mit zentralen Anschlüssen für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erschlossen. Sowohl die Siedlungsstruktur und Einwohnerdichte - in der Gemeinde leben ca. 12 000 Einwohner - als auch die mittelfristige Entwicklungsperspektive der Gemeinde Schöneiche in ihrer direkten Nachbarschaft zu Berlin sind wichtige Argumente für eine zentrale Abwasserbeseitigung.

Das erwähnte Pilotprojekt für ökologisches Bauen wurde Mitte der 1990er-Jahre fertiggestellt. Zur Abwasserbeseitigung wurden durch die zuständige Untere Wasserbehörde des Landkreises Oder-Spree eine von vornherein befristete Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht sowie eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt, deren Erlöschen an den Zeitpunkt der Herstellung einer zentralen Abwasserbeseitigung geknüpft wurde.

Festlegungen zur Art und Weise der Abwasserbeseitigung sowie über die Abfolge der hierfür nötigen Baumaßnahmen obliegen der Gemeinde bzw. dem mit der Aufgabenerledigung betrauten Zweckverband.

Die Gemeinde Schöneiche ist Mitglied in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Strausberg-Erkner. Die Verbandsversammlung hatte am 26.11.2014 den Investitionsplan für das Jahr 2015 beschlossen, der unter anderem die abwasser-

technische Neuerschließung des Straßenzuges Landhof umfasst. In diesem Bereich sind neben der Landhof-Siedlung weitere 10 Wohngrundstücke gelegen.

Eine etwaige Entlassung aus dem Anschluss- und Benutzungszwang setzt voraus, dass die Abwasserbeseitigung von der Gemeinde dauerhaft auf den Grundstückseigentümer übertragen wird. Aufgrund der grundgesetzlich verankerten Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden obliegt es dem Land nicht, in die kommunalen Entscheidungsprozesse einzugreifen.

**Frage 183****AfD-Fraktion****Abgeordneter Thomas Jung****- Finanzierung der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt -**

Wegen der weiterhin steigenden Zahl von Asylbewerbern reichen die bisherigen Kapazitäten des Landes mit der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt und anderen Außenstellen nicht aus. So sagte es ein Sprecher des Innenministeriums am 18.04.2015 („MAZ“ vom 20.04.2015). Derselben Pressemitteilung zufolge könne eine Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt ab 2016 stufenweise in Betrieb gehen. Zunächst würden 500 Menschen aufgenommen, später dann bis zu 1 200. Behörden müssten umziehen. Die Kosten sind ungeklärt, ein Ende des Zustroms ebenfalls.

Ich frage die Landesregierung: Wie sollen der Umbau und der Betrieb dieser Erstaufnahmeeinrichtung finanziert werden?

**Antwort der Landesregierung****Minister der Finanzen Görke**

Für die Herrichtung der Liegenschaft im Zossener Ortsteil Wünsdorf - derzeit ein teilweise leerstehender Behördensitz - sind im Zeitraum von 2015 bis 2018 insgesamt rund 20 Millionen Euro veranschlagt.

Zuständig für die Herrichtung und Bereitstellung der vorgenannten Liegenschaft ist der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB). Nach Abschluss der Herrichtung überlässt er im Rahmen einer Einzelnutzungsvereinbarung die hergerichtete Liegenschaft der Erstaufnahmeeinrichtung der Zentralen Ausländerbehörde des Landes. Nach Herrichtung der Liegenschaft werden die Mittel zur Finanzierung des Betriebes der Liegenschaft als Erstaufnahmeeinrichtung aus dem Einzelplan 03 bereitgestellt werden.

**Frage 184****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Isabelle Vandré****- Krankmeldung bei Prüfungen -**

In der Regel reicht für Studierende bei einer krankheitsbedingten Abmeldung von einer Prüfung ein Attest eines Arztes. Bundesweit gibt es aber in den letzten Jahren die Tendenz, dass Hochschulen zusätzlich zu den Attesten auch noch Angaben zu Symptomen oder sogar die Freistellung von der ärztlichen Schweigepflicht fordern. Die bundesweite Studierendenvertretung, der fzs, hat diese Praxis mehrmals scharf kritisiert. So ist sowohl der Umgang mit sensiblen Krankheitsdaten problematisch als auch die fehlende Kompetenz der Prüfungsämter bei der Bewertung von Krankheitsbildern.

Ich frage die Landesregierung daher: Welche Erkenntnisse hat sie zu der Anwendung der beschriebenen bundesweiten Tendenz an Brandenburger Hochschulen?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst**

Die Hochschulen regeln das Verfahren der Krankmeldung bei Prüfungen autonom in ihren Studien- und Prüfungsordnungen. Eine systematische Abfrage der Hochschulen zu der gängigen Praxis im Hinblick auf die von Ihnen beschriebene Tendenz war kurzfristig nicht möglich.

Vereinzelte Abfragen an den Hochschulen haben ergeben, dass ein einfaches Attest im Normalfall als ausreichend erachtet wird. Dieses ist im Krankheitsfall fristgerecht im Prüfungsamt einzureichen. Die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit erfolgt in der Prüfungsverwaltung aufgrund der eingereichten Unterlagen. Obgleich ein Attest von einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu unterscheiden ist und in den meisten Prüfungsordnungen ein Attest gefordert wird, akzeptieren die Hochschulen vereinzelt auch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen eines Arztes als Nachweis. In den meisten Prüfungsordnungen ist ferner geregelt, dass das einzureichende Attest nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf.

Im Ausnahmefall kann jedoch auch ein rückwirkend ausgestellttes Attest berücksichtigt werden. Dazu ist erforderlich, dass der Betroffene anhand einer ärztlichen Bescheinigung nachweisen kann, dass er tatsächlich nicht in der Lage war, einen Arzt aufzusuchen. Dazu bedarf es jedoch eines Attests, welches prüfungsrechtlichen Anforderungen gerecht wird. In diesen Fällen reicht die ansonsten von der Prüfungsverwaltung akzeptierte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht aus.

Die Verwaltungspraxis, dass im Regelfall für die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausreicht und auf die Vorlage eines eigentlich geforderten Attests verzichtet wird, dient der Erleichterung des Prozesses.

Die Angabe von Symptomen, wie offenbar an einigen Hochschulen im Bundesgebiet praktiziert, ist hier nicht bekannt.

#### **Frage 185**

**Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordnete Anita Tack**

**- Tempolimit 30 km/h vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen -**

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung von höchstens 30 km/h an innerstädtischen Hauptstraßen vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen bundesweit vorgeschrieben wird. Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt dieses Anliegen. Damit soll eine einheitliche gesetzliche Grundlage zum besonderen Schutz von Kindern und deren Eltern sowie Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr geschaffen werden. Diese Forderung wird seit Langem von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und älteren Menschen als eine wirksame Präventions- und Lärmschutzmaßnahme erhoben und sollte nun verwirklicht werden.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zur Gesetzesregelung für ein Tempolimit von 30 km/h vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Die Verkehrsministerinnen und -minister der Länder haben auf ihrer letzten Sitzung in Rostock beschlossen<sup>1</sup>, eine Erleichterung der Anordnung streckenbezogener Geschwindigkeitsbegrenzungen vor allgemeinbildenden Schulen, Kindertagesstätten sowie Alten- und Pflegeheimen in die StVO voranzutreiben. Begründet wird dies damit, dass sich in diesen Bereichen oft eine besondere Gefahrenlage ergibt.

Die Landesregierung hat diesen Beschluss unterstützt. Bereits im aktuellen Landesprogramm „Sicher unterwegs in Brandenburg“ wird unter der Zielstellung „Sichere Straßen innerorts erreichen“ die grundsätzliche Anordnung von 30 km/h vor sozialen und Bildungseinrichtungen als geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit angeführt.

#### **Frage 186**

**AfD-Fraktion**

**Abgeordnete Birgit Bessin**

**- Inbetriebnahme der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt -**

Wegen der weiterhin steigenden Zahl von Asylbewerbern reichen die bisherigen Kapazitäten des Landes mit der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt und anderen Außenstellen nicht aus. So sagte es ein Sprecher des Innenministeriums am 18.04.2015 („MAZ“ vom 20.04.2015). Derselben Pressemitteilung zufolge könne eine Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf-Waldstadt ab 2016 stufenweise in Betrieb gehen. Zunächst würden 500 Menschen aufgenommen, später dann bis zu 1 200. Behörden müssten umziehen. Die Kosten sind ungeklärt, ein Ende des Zustroms ebenfalls.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Schritte unternimmt sie, um die gesellschaftliche Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort für dieses Vorhaben zu gewährleisten?

#### **Antwort der Landesregierung**

**Minister des Innern und für Kommunales Schröter**

Die Unterbringung von neu ankommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden hat für uns hohe Priorität. Es ist unser Anspruch, den Menschen, die in Kriegen und Krisen Leid erlitten haben, ein Dach über dem Kopf zu bieten. Jeder Mensch hat das Recht, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen. Und zurzeit kommen Zehntausende Menschen nach Deutschland, um genau das zu tun. Wir rechnen in diesem Jahr in Brandenburg mit rund 9 200 neuen Asylantragstellern. Im Vorjahr kamen 6 315 Asylbewerber, im Jahr 2013 waren es 3 300 Flüchtlinge.

<sup>1</sup> Die VMK hält daher eine Überarbeitung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für erforderlich und beauftragt die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit der Einrichtung einer länderoffenen Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit dem Ziel, für die VMK-Herbstsitzung 2015 konstruktive Vorschläge für entsprechende Gesetzgebungsinitiativen und Maßnahmen zu erarbeiten.

Angesichts dieses starken Anstiegs der Zahl der Asylbewerber reichen die bisherigen Kapazitäten des Landes in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt sowie den bereits vorhandenen und geplanten Außenstellen nicht aus. Deshalb wird nach weiteren Objekten gesucht, die als Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung infrage kommen könnten.

Nach bisherigen Prüfungen könnte das beim Verwaltungszentrum im Zossener Ortsteil Wünsdorf der Fall sein. Aufgrund seiner Größe mit bis zu 1 200 Plätzen würde der Standort eine erhebliche Entlastung bieten. Wir brauchen dringend auch große Außenstellen, weil sich die notwendigen Abläufe bei der Antragstellung, der medizinischen Untersuchung und der Versorgung der Menschen sonst nicht sinnvoll gestalten lassen.

Erste Gespräche mit der Bürgermeisterin habe ich bereits geführt. Und wir werden selbstverständlich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort um Akzeptanz werben. Wie bei anderen Projekten auch, werden wir in Wünsdorf eine Informationsveranstaltung organisieren, auf der die Anwohnerinnen und Anwohner ihre Fragen und Sorgen vorbringen können. Ich werde dort Rede und Antwort stehen. Zudem wird es vor einer möglichen Inbetriebnahme der Einrichtung einen Tag der offenen Tür für interessierte Bürgerinnen und Bürger geben.

**Frage 187**  
**Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter René Wilke**  
**- Wohngeldreform -**

In den Ausschüssen des Bundesrates wird gegenwärtig der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes beraten. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist unter anderem beabsichtigt, das der Höhe nach festgelegte Wohngeld nach oben anzupassen. Laut Bundesregierung hat sich die Anzahl der armutsgefährdeten Haushalte von 35,1 % im Jahr 2010 auf 39,4 % 2013 erhöht. Von der Wohngeldreform sollen bundesweit insgesamt rund 866 000 Haushalte profitieren, darunter 324 000 Haushalte mit neuem Anspruch.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Situation in Brandenburg ein?

**Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Aufgrund der Wohngeldreform wird eine deutliche Zunahme der Wohngeldempfängerhaushalte erwartet. Zugleich wird sich in Brandenburg bei der überwiegenden Anzahl der Wohngeldempfänger der Wohngeldbetrag erhöhen.

Mir liegen folgende Zahlen vor:

Im Jahr 2014 gab es in Brandenburg 22 000 Wohngeldempfängerhaushalte. Die Bundesregierung geht davon aus, dass 866 000 Haushalte von der Wohngeldreform profitieren. Bei einem Anteil von 3,3 % des Landes Brandenburg am gesamten Wohngeld entfallen auf Brandenburg nach der Reform rund 28 600 Wohngeldempfängerhaushalte. Dies entspräche einem Anstieg um 30 %. Die auf der Grundlage des brandenburgischen Wohngeldanteils errechneten Zahlen stellen jedoch nur eine grobe Schätzung dar. Konkretere Angaben liegen nicht vor.

**Frage 188**  
**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Abgeordnete Marie Luise von Halem**  
**- Beteiligung des Landes an der Entwicklung der Kunsthalle Brennabor, Stadt Brandenburg -**

Die Kunsthalle Brennabor wird seit 2004 durch das Brandenburger Theater betrieben. Dank ihres Ausstellungsprofils im Bereich zeitgenössischer Kunst ist sie über Brandenburg und Berlin hinaus bekannt. Auch die Lage ist besonders. Der 700 m<sup>2</sup> große Ausstellungsraum liegt in einer sanierten Fabrikationshalle der denkmalgeschützten Industrieanlage der früheren Brennabor-Werke. Vom Bahnhof aus ist die Kunsthalle fußläufig erreichbar. Zum Jahresende aber wird das Brandenburger Theater den Betrieb der Kunsthalle einstellen. Der Zuschuss der Stadt Brandenburg in Höhe von 75 000 Euro wurde 2013 gestrichen. Das Brandenburger Theater kann den Betrieb der Kunsthalle nicht aus eigener Kraft erwirtschaften. Neue Konzepte liegen noch nicht auf dem Tisch. Dabei sind die Voraussetzungen für einen Neustart durchaus gegeben. Die fehlende Summe scheint überschaubar. Denkbar wäre hier auch die gemeinsame Nutzung der Kunsthalle von Brandenburg an der Havel mit anliegenden Landkreisen.

Daher frage ich die Landesregierung: Wird das Land die Stadt Brandenburg in irgendeiner Weise dabei unterstützen, ein sinnvolles Konzept für die Halle zu entwickeln?

**Antwort der Landesregierung**

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur**  
**Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst**

Die Kunsthalle Brennabor ist eine kommunal getragene Einrichtung. Sie wird von der Brandenburger Theater GmbH auf der Grundlage eines künstlerischen Konzepts, das Bildende und Darstellende Kunst miteinander verbindet, betrieben. Die Stadt hat den Betrieb der Kunsthalle in den Jahren 2004 bis 2013 mit einem jährlichen Zuschuss von 75 000 Euro gefördert. Das Land Brandenburg als Mitförderer des Theaters Brandenburg hat während dieser Zeit auf den Betrieb der Kunsthalle bezogene Ausgaben und Einnahmen im Wirtschaftsplan des Brandenburger Theaters im Rahmen des jährlichen Theateretats als zuwendungsfähig akzeptiert.

Derzeit laufen Verhandlungen zum Wirtschaftsplan 2015, an denen unter anderem die Stadt Brandenburg an der Havel, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und die Theater Brandenburg GmbH beteiligt sind. Stadt und Theater haben dabei ein Konzept für die Ausstellungshalle mit Blick auf Profil, Finanzierung und Betrieb in Aussicht gestellt. Darüber wird im Aufsichtsrat der Brandenburger Theater GmbH im Juni/Juli 2015 entschieden.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur erhält das Konzept zur weiteren Beratung und Planung. Weitergehende Aussagen sind mir erst nach Erhalt bzw. Prüfung des Konzeptes möglich.

**Frage 189**  
**AfD-Fraktion**  
**Abgeordneter Franz Josef Wiese**  
**- Sanierung der Ortsdurchfahrten -**

Infrastrukturministerin Kathrin Schneider hat neulich das 100-Millionen-Euro-Sanierungsprogramm für Landesstraßen vor-



gestellt, welches schwerpunktmäßig den Ortsdurchfahrten zugutekommen soll. 753 km Ortsdurchfahrt - 60 % - befinden sich laut Aussage des Ministeriums in einem schlechten Zustand. Bei durchschnittlichen Sanierungskosten von 1,35 Millionen Euro pro Kilometer - siehe Drucksache 6/971 - ist es möglich, mit 100 Millionen Euro maximal 74 km Ortsdurchfahrt - sprich 10 % - zu sanieren. Die Ministerin ließ dazu verlauten: „Mit den Sanierungsmaßnahmen verbessern sich die Verkehrsverhältnisse und gleichzeitig steigen Attraktivität und Lebensqualität in den Städten und Dörfern.“

Ich frage die Landesregierung: Wie kommt die Ministerin zu einer solchen Aussage, wenn bei vollem Mitteleinsatz gerade einmal 10 % der Ortsdurchfahrten saniert werden können?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Die Landesregierung hat für diese Legislaturperiode, zusätzlich zu den jährlichen HH-Mitteln für den Straßen- und Brückenbau in Höhe von ca. 42 Millionen Euro, ein Sonderprogramm in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro bis 2019 aufgestellt.

Aus diesem Programm sollen insbesondere innerörtliche Verkehrsverhältnisse verbessert werden, die in der Regel gleichzeitig die Attraktivität und Lebensqualität in Städten und Dörfern verbessern. Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist eine vorzeitige Realisierung von Straßenbaumaßnahmen möglich, die ansonsten nicht oder deutlich später umgesetzt werden könnten.

Grundlage für die Auswahl waren fachliche und verkehrspolitische Kriterien. Dabei wurde nach dem Grad der Straßenschäden, dem Verkehrsaufkommen und dem jeweiligen Planungsstand entschieden. Die Maßnahmenliste enthält Projekte in allen Landesteilen.

#### **Frage 190**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordneter Dr. Alexander Gauland**

##### **- Zustandsbeschreibungen von Denkmälern -**

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zum baulichen Zustand von Schloss Schenkendorf - Drucksache 6/959 - teilt die Landesregierung zu Frage 5 mit, dass das BLDAM keine Liste führt, in welcher der bauliche Zustand nach definierten Kategorien erfasst wird. Als Begründung wird angeführt, dass es denkmalfachlich keine fest definierten Kategorien gibt. Als Antwort auf Frage 6 stellt die Landesregierung jedoch Folgendes fest: „Der bauliche Zustand der Denkmale im Land Brandenburg variiert von sehr gut bis sehr schlecht erhalten mit unterschiedlichen Zwischenstufen.“

Ich frage die Landesregierung: Nach welchen Kriterien richten sich die Zustandsbeschreibungen „sehr gut“ bis „sehr schlecht“, wenn es denkmalfachlich keine fest definierten Kategorien gibt?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst**

Die vorgenommene Beschreibung des baulichen Zustandes der Denkmale beinhaltet keinen Widerspruch, da dieser Beschrei-

bung keine fest definierten Kategorien zugrunde liegen. Vielmehr handelt es sich um allgemein gehaltene Zustandsbeschreibungen von sehr gut bis sehr schlecht ohne konkrete Kriterien.

#### **Frage 191**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordnete Christina Schade**

##### **- Transparenzregelung -**

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 298 - Drucksache 6/647 - hat die Landesregierung und damit die Öffentlichkeit keine Kenntnis über die Gehälter von Sparkassendirektoren. In anderen Bundesländern existieren Transparenzgesetze bzw. sind in Arbeit, um unter anderem Bezüge der Vorstandsmitglieder kommunaler Unternehmen offenzulegen. Eine Transparenzregelung liegt dem Ministerium der Finanzen zur Prüfung vor.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es erste Ergebnisse?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister der Finanzen Görke**

Das Ministerium der Finanzen arbeitet derzeit an der Novellierung des Brandenburgischen Sparkassengesetzes, in deren Rahmen eine Transparenzregelung zur Offenlegung der Bezüge der Vorstandsmitglieder der Sparkassen vorgesehen ist. Die Abstimmung innerhalb der Landesregierung ist hierzu gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

#### **Frage 192**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordneter Sven Schröder**

##### **- Hü und hott der Landesregierung oder: Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung? -**

In einem Zeitungsartikel vom 21.04.2015 wurde berichtet, dass Frau Staatssekretärin Quart unlängst öffentlich für ein Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung plädiert hat. Dies ist gegensätzlich zum Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie beim Thema Verbandsklagerecht gegen Massentierhaltung?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Dr. Markov**

Vor einigen Wochen wurde hier in diesem Plenum über das Anliegen des Aktionsbündnisses Massentierhaltung - Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ - sehr intensiv und strittig diskutiert. Letztendlich hat sich der Landtag mehrheitlich ablehnend zu diesem Anliegen positioniert. Das Aktionsbündnis strebte unter anderem die Einführung eines Verbandsklagerechts zu Tierschutzfragen an. Unabhängig davon habe ich als zuständiger Fachminister mit Schreiben vom 4. März 2015 gegenüber dem Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz zu Fragen der Massentierhaltung Stellung bezogen. Die Stellungnahme beinhaltete auch Positionen zu Tierschutzfragen. Im Rahmen dieser Stellungnahme habe ich klar zum Ausdruck gebracht, dass ein Ver-

bandsklagerecht für den Bereich des Tierschutzes einer umfassenden Prüfung bedarf. Moderne Politik zeichnet sich dadurch aus, dass Ansichten zu entwickeln sind und zu prüfen ist, inwieweit hier Umsetzungsprozesse einzuleiten sind. Anders sind die in den Medien zitierten Äußerungen von Frau Staatssekretärin Quart auch nicht einzuordnen. Damit ist der in der mündlichen Anfrage formulierte Sachverhalt „Hü und hott der Landesregierung“ nicht gegeben.

#### **Frage 193**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordneter Thomas Jung**

##### **- Verhandlungen zu TTIP -**

Zehntausende haben vor kurzem in ganz Europa bei einem „globalen Aktionstag“ gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA - TTIP - protestiert. Dabei wurde wiederholt die Intransparenz der Vertragsverhandlungen kritisiert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schritte hat sie unternommen, um die Transparenz der Verhandlungen für die Bürger zu erhöhen?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Wirtschaft und Energie Gerber**

Bereits in der Sitzung am 22. Januar haben wir ausführlich das Thema Transparenz bei TTIP diskutiert. Schon damals hatte ich darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung wiederholt gemeinsam mit den anderen Bundesländern, insbesondere über die Fachministerkonferenzen sowie den Bundesrat, wo entsprechende Beschlüsse gefasst worden sind, für mehr Transparenz bei den Verhandlungen zu TTIP eingesetzt hat.

Die neue EU-Kommission hat glücklicherweise auf unsere Initiativen und die massive öffentliche Kritik reagiert und eine umfassende Transparenzoffensive gestartet. In diesem Rahmen werden auch weiterhin eine Vielzahl von Verhandlungsdokumenten der EU ins Internet eingestellt. Auch informieren die Kommission und das Bundeswirtschaftsministerium auf ihren Webseiten umfassend über den Fortgang der Verhandlungen und die Inhalte der einzelnen Verhandlungsrunden. Auch das Verhandlungsmandat wurde veröffentlicht und der Zugang zu den Lesesälen allen Mitgliedern des Europaparlaments ermöglicht.

Ich denke, es ist an der Zeit, anzuerkennen, dass die neue Kommission die Transparenz verbessert hat. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass es für erfolgreiche Verhandlungen immer eine vernünftige Balance zwischen Transparenz und Vertraulichkeit geben muss.

#### **Frage 194**

##### **AfD-Fraktion**

##### **Abgeordneter Andreas Kalbitz**

##### **- Verkürzung der Schleusenzeiten -**

Seit kurzem schließen in Ostbrandenburg die für Freizeitkapitäne wichtigsten Schleusen Neue Mühle, Kummersdorf, Storkow und Wendisch Rietz bereits um 18 Uhr und damit vier Stunden früher als sonst. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt - CSU - zufolge sollen damit Personalkosten gespart werden. Nun mehren sich Stimmen aus Wirtschaft und Tou-

rismus, dass diese Verkürzung der Schleusenzeiten negative Auswirkungen für Firmen im Bereich des Wassertourismus haben könnte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen haben die Einschränkungen der Betriebszeiten der Schleusen Neue Mühle, Kummersdorf, Storkow und Wendisch Rietz auf den regionalen Tourismus und die regionale Wirtschaft aus ihrer Sicht?

#### **Antwort der Landesregierung**

##### **Minister für Wirtschaft und Energie Gerber**

Der Wassertourismus in Brandenburg hat sich in den letzten Jahren zu einem hochattraktiven Wirtschaftsfaktor entwickelt. Wir haben fast 12 Millionen gewerbliche Übernachtungen in Brandenburg und erzielen einen touristischen Umsatz von deutlich über 4 Milliarden Euro. Diese touristische Attraktivität unseres Landes wird ganz entscheidend durch das Wasser geprägt.

Leider wird dieser Wirtschaftsfaktor vom Bundesverkehrsministerium konterkariert. Im Rahmen der Wasserstraßenreform wird versucht, über eine Klassifizierung von Wasserwegen touristisch relevante Wasserwege von den übrigen Wasserstraßen abzukoppeln. Man betrachtet die Wasserstraßen nicht als wichtige infrastrukturelle Voraussetzung für andere Politikfelder wie die Landwirtschaft, den Naturschutz, die Wasserwirtschaft oder eben den Tourismus. Vielmehr wird die Bedeutung der Wasserstraßen bewusst kleingeredet, indem die Bezüge zu anderen Politikfeldern ausgeblendet werden. Wasserstraßen sind aber Teil eines Gesamtsystems, in dem der Tourismus ein Baustein ist. Dies wird leider vom Bundesverkehrsministerium so nicht gesehen. Alle dortigen Planungen messen Wertschöpfung nur in Bruttoregistertonnen.

Die Bekanntmachung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes in Berlin hinsichtlich der erheblichen Reduzierung der Betriebszeiten an den Schleusen im Verlauf der Dahme-Wasserstraße, der Storkower Gewässer und des Oder-Spree-Kanals in Ostbrandenburg bereits ab 1. April 2015 hat die Landesregierung mit Überraschung zur Kenntnis nehmen müssen. In der betroffenen Region führt dies aus nachvollziehbaren Gründen zu erheblicher Unruhe.

Die Wirtschaft im Bereich der betroffenen Gewässer ist nicht unerheblich vom Tourismus abhängig. Der Tourismus auf und am Wasser ist eine tragende Säule der wirtschaftlichen Prosperität nicht nur in dieser Region des Landes Brandenburg. Die Verkürzung der Schleusenzeiten wird daher erhebliche Folgen haben, nicht nur für Motorboote, sondern auch für den muskelbetriebenen Wassersport, da dann auch Umtragungen von Kanus und Ruderbooten an den Schleusen zeitlich begrenzt werden.

Die Zahl der Schleusungen an den betroffenen Schleusen spricht für sich: Zwischen 10 000 und 20 000 Boote warten dort jährlich auf ihre Passage, Wartezeiten von mehreren Stunden in der Hauptsaison sind keine Seltenheit. Schwer vorstellbar ist, dass die Wasserwanderer vor den Schleusen zusätzliche Wartezeiten über Nacht in Kauf nehmen in der Erwartung, dass sie ihr Ziel erst am nächsten Tag erreichen, wenn die Schleusenwärter um 18 Uhr statt bisher 22 Uhr ihren Dienst beenden.

Die Folgen für die Befahrbarkeit des gesamten Reviers und seine Attraktivität sind absehbar, das heißt, Gäste, die Urlaub auf und am Wasser machen wollen, werden sich andere Ziele suchen. Daraus ergeben sich unweigerlich Folgen für die Tourismuswirtschaft in der Region, was nicht nur wirtschaftliche Einbußen und den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern darüber hinaus auch einen Rückschritt für die Lebensqualität in dieser Reiseregion befürchten lässt.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns als ersten Schritt gemeinsam mit dem MIL mit der eindringlichen Bitte an den Bund gewandt, im Interesse der Region, des Landes Brandenburg und nicht zuletzt auch im Interesse des Bundes die getroffene Entscheidung zur Reduzierung der Schleusenzeiten zurückzunehmen und die Schleusungen zeitlich wie bisher zu ermöglichen. Eine Antwort steht aus.

#### Anwesenheitsliste

Frau Alter (SPD)	Herr Homeyer (CDU)
Frau Augustin (CDU)	Frau Johlige (DIE LINKE)
Herr Baaske (SPD)	Herr Jung (AfD)
Frau Bader (DIE LINKE)	Herr Jungclauss (B90/GRÜNE)
Herr Barthel (SPD)	Frau Kaiser (DIE LINKE)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)	Herr Kalbitz (AfD)
Frau Bessin (AfD)	Frau Kircheis (SPD)
Herr Bischoff (SPD)	Herr Königer (AfD)
Herr Bommert (CDU)	Herr Kosanke (SPD)
Herr Bretz (CDU)	Frau Koß (SPD)
Herr Burkardt (CDU)	Herr Kurth (SPD)
Herr Christoffers (DIE LINKE)	Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Dannenberg (DIE LINKE)	Frau Lehmann (SPD)
Herr Dombrowski (CDU)	Frau Dr. Liedtke (SPD)
Herr Domres (DIE LINKE)	Herr Loehr (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)	Herr Ludwig (DIE LINKE)
Frau Fischer (SPD)	Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Folgart (SPD)	Herr Lüttmann (SPD)
Herr Galau (AfD)	Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Dr. Gauland (AfD)	Frau Muhß (SPD)
Herr Genilke (CDU)	Frau Müller (SPD)
Frau Geywitz (SPD)	Frau Dr. Münch (SPD)
Herr Gliese (CDU)	Herr Ness (SPD)
Frau Gossmann-Reetz (SPD)	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
Frau Große (DIE LINKE)	Herr Nowka (CDU)
Herr Günther (SPD)	Herr Petke (CDU)
Herr Hein (fraktionslos)	Herr Raschke (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)	Herr Dr. Redmann (CDU)
Herr Hoffmann (CDU)	Frau Richstein (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)	Herr Roick (SPD)
	Herr Rupperecht (SPD)
	Frau Schade (AfD)
	Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
	Frau Schier (CDU)
	Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
	Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)
	Herr Schmidt (SPD)
	Herr Dr. Schöneburg (DIE LINKE)
	Herr Schröder (AfD)
	Herr Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
	Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
	Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)
	Herr Senftleben (CDU)
	Herr Stohn (SPD)
	Herr Dr. van Raemdonck (AfD)
	Herr Vogel (B90/GRÜNE)
	Herr Vogelsänger (SPD)
	Frau von Halem (B90/GRÜNE)
	Herr Wiese (AfD)
	Herr Wilke (DIE LINKE)